Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Alle Originale der hier abgedruckten Dokumente befinden sich im SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR)

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2004

ISBN 3-86589-003-2

Band V

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 - 1946)

Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

- Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“
- Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf
- Referat „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“

Vorwort

Vorliegender Reader enthält Dokumente, die für das Verständnis und die Einschätzung der Geschichte der SED und ihrer Entstehung von Bedeutung sind. Seine Herausgabe steht im Zusammenhang mit der im Verlag Olga Benario und Herbert Baum veröffentlichte Untersuchung „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)". Um die dort vorgenommenen Analysen und kritischen Einschätzungen zu wichtigen Fragen nachvollziehen und beurteilen zu können, ist die Kenntnis dieser Dokumente eine Voraussetzung. Die folgende „Gesamtzusammenfassung" der genannten Arbeit kann auch als Orientierung zum Studium der hier wiederveröffentlichten Originaldokumente dienen:

„Ausgangspunkt der Analyse war eine Bestandsaufnahme der weltgeschichtlichen Dimension der Verbrechen des Naziregimes. Angesichts des Fehlens eines bewaffneten Aufstands innerhalb Nazi-Deutschlands wurde die Notwendigkeit und Problematik der Anti-Hitler-Koalition als Koalition eines sozialistischen Staates, der UdSSR, mit imperialistischen Staaten, den USA, England und Frankreich, geklärt, die gezwungen waren, Deutschland gemeinsam militärisch zu besetzen.

Der tagespolitische Rahmen der KPD/SED wurde zunächst durch das Potsdamer Abkommen abgesteckt, das auf der Konferenz der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam verabschiedet wurde.

Anhand der völlig berechtigten Positionen des Potsdamer Abkommens, die im einzelnen dargestellt und entwickelt wurden, standen Kernpunkte der Linie des antinazistisch-demokratischen Kampfes der KPD/SED nach 1945 auf dem Prüfstand.

Dabei wurden die Unzulänglichkeiten der KPD/SED, aber auch ihre geschichtlichen Leistungen eingeschätzt – konzentriert zunächst auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 und dessen Umsetzung.

Bei Berücksichtigung aller wesentlichen Schwachpunkte der Politik der KPD/SED muß als Ergebnis zunächst festgehalten werden: Die KPD/SED vertrat sehr wichtige und richtige Positionen und erzielte entsprechende Erfolge im Kampf für die Entnazifizierung Deutschlands, realisiert auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie verurteilte deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massenmorde (allerdings ohne den Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen). Die KPD/SED anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein, vollzog handfest die Entfernung von Nazis aus dem Staatsapparat, ergriff antinazistische Maßnahmen bis hin zu Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft. In der Praxis war die KPD/SED weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die Kritik der ideologischen Schwächen des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 berührt bereits einen Kernpunkt der Kritik an der KPD/SED nach 1945 (und auch davor): Nationalistische Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen statt Aufklärung und Kampf auf Leben und Tod gerade auch gegen die „deutsche Ideologie".

Es hat sich gezeigt, daß die Anerkennung der realen Lage des Bewußtseinsstandes der breiten werktätigen Massen mit opportunistischen Konsequenzen verbunden wurde, daß selbst im Bereich des antinazistisch-demokratischen Kampfes in Inhalt und Wortwahl ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht wurde, um an den verheerenden Bewußtseins stand der breiten werktätigen Massen anzuknüpfen.

Die KPD/SED stand von Anfang an vor der doppelten und doppelt schwierigen Aufgabe: Es galt, die praktisch-politischen und demokratischen Aufgaben im vollen Ausmaß auf allen Gebieten konsequent anzupacken, wozu der Aufruf von 1945 ein erster gewichtiger Schritt war. Gleichzeitig galt es im Sinne der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms" keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms auf dem Niveau des wissenschaftlichen Kommunismus zuzulassen (das heißt konkret: Propagierung der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats und einer klaren Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus). Hierzu galt es, selbstkritisch alle eigenen programmatischen Dokumente zu überprüfen, die Dialektik von Maximal- und Minimalprogramm, von kommunistischen Zielen und konsequent verfolgten demokratischen Aufgaben, auch theoretisch und programmatisch in Grundsatzdokumenten zu verankern.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 stand dabei zu Recht im Mittelpunkt bei der Prüfung dieser Fragen. Denn anders als im Aufruf vom Juni 1945 konnte und mußte nun Bilanz der kommunistischen Tätigkeit der letzten Jahrzehnte gezogen werden, insbesondere seit der Gründung der KPD im Dezember 1918.

Diese Aufgabe stellte sich um so mehr, als die große historische Chance wirklich bestand, große Teile sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie abzulösen, sie bei der Verwirklichung des Programms der demokratischen Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen, ja sogar in der SBZ die konterrevolutionäre Sozialdemokratie als Organisation zu zerschlagen, genauer gesagt, dort den Wiederaufbau dieser Agentur des deutschen Imperialismus zu verhindern.

Die Analyse der Dokumente des Vereinigungsparteitags hat gezeigt, daß die SED bei ihrer Gründung diese Aufgabe nicht erfüllt hat. Statt Aufklärung über die eigenen Fehler, statt gründlicher Kritik und Selbstkritik ließ sich die KPD bei der Vereinigung mit der SPD bei der Festlegung der programmatischen Grundlagen auf opportunistischen Handel mit Prinzipien ein und verabschiedete „Grundsätze", die den Kriterien des „konsequenten Marxismus" nicht entsprechen.

Als Kernfehler gegenüber dem Sozialdemokratismus ist deutlich geworden, was schon als Fehler im demokratischen Kampf gegenüber dem deutschen Nationalismus sichtbar wurde: Statt Aufklärung der Differenzen und Kampf um die Widersprüche wurde eine Art „Umarmungstaktik" eingeschlagen. Auf diese Weise wurden durch große Zugeständnisse stillschweigend die eigentlichen Probleme zugedeckt, etwa realistisch Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung der Arbeiterklasse auf dem Boden demokratischer Kämpfe ideologisch klar zu diskutieren und zu formulieren.

Der Gründungsparteitag der SED zog indes im Kern revisionistische Konsequenzen aus der Analyse der Besonderheiten Deutschlands – dessen Staatsapparat vor allem von der Sowjetarmee zerschlagen worden war, die auch die eigentliche, weil militärische Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bildete – und bündelte diese zur These vom „besonderen deutschen friedlichen Weg". Gleichzeitig wurden bei demokratischen Kernaussagen, wie sie noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 festgehalten worden waren, erhebliche Rückzieher gemacht, die alle in Richtung

Nationalismus und Lobhudelei gegenüber den Massen statt realistischer Einschätzung der Lage gingen. Fragen der Mitschuld wurden weggewischt. Der Selbstbetrug, sich über die Verpflichtung zur realistischen Einschätzung des wirklichen Bewußtseinsstandes der werktätigen Massen mit Phrasen hinwegzumogeln, ist hier dokumentiert worden.

Die harte Kritik an den Fehlern des Gründungsparteitags der SED hätte ein anderes Gewicht, wenn diese rasch selbstkritisch korrigiert worden wären. Dem war aber nicht so: In vielerlei Hinsicht wurden die opportunistischen Fehler des Gründungsparteitags Ausgangspunkt für die weitere Fehlentwicklung der SED nach 1946.

Doch nicht nur die Beurteilung der programmatischen Grundlagen der Vereinigung von KPD und SPD zur SED stand auf dem Prüfstand. Gegen alle antikommunistischen Propagandalügen von der „Zwangsvereinigung" wurde bei der historisch konkreten Einschätzung der Vereinigung selbst herausgearbeitet, daß das Hauptproblem der – aus gewichtigen, aber nicht überzeugenden Gründen – in großer Hast vollzogenen Vereinigung nicht die Vereinigung selbst war, sondern die Verwischung der Widersprüche zwischen KPD und SPD und die fehlende selbstkritische Korrektur des von führenden Kadern der KPD um des Tageserfolgs willen bewußt betriebenen Prinzipienhandels.

Als grundlegendes Problem einer Kritik der Fehler der SED auf solidarischer Grundlage hat sich erwiesen, daß die Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht abgeschwächt werden darf, daß die Fehler mit ihren Wurzeln möglichst tiefgehend aufgedeckt werden müssen. Ein entscheidendes und unverzichtbares Mittel war dabei, ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus alle aufzufindenden positiven Stellungnahmen auch von zweitrangigen Führungskadern der KPD/SED heranzuziehen, um deutlich zu machen, daß wichtige Grundsatzfragen diskutiert, richtige Antworten bereits angelegt oder in einzelnen Fragen auch schon entwickelt waren.

So ist klar geworden, daß es sich lohnte, in der KPD und SED zu dieser Zeit solidarisch für richtige Positionen zu kämpfen. Ebenso ist aber auch klar geworden, daß die falschen Positionen nicht zufällig, sondern im innerparteilichen Kampf, der mit falschen, vertuschenden Methoden geführt wurde, gegen richtige Ansätze und Antworten durchgesetzt und festgeschrieben wurden. Damit sind die Fehler der KPD/SED in ihrer Größe und in ihrer Bedeutung besser sichtbar geworden, und so wurde auch ein lebendiger Einblick in die Geschichte der KPD/SED ermöglicht.

* * *

Bei der bei uns geführten Diskussion über die Ergebnisse der Analyse der KPD/SED 1945/46 gab es eine gewichtige Kontroverse darüber, auf welchem Gebiet und worin die ***Ursachen*** der Fehler der KPD/SED vor allem liegen. In einem ersten Entwurf wurde mit einer gewissen Dramaturgie insbesondere der deutsche Nationalismus, das Nachgeben gegenüber den „Massen", die man ja gewinnen wollte, herausgearbeitet. Die deutschen Besonderheiten, vor allem das Ausmaß der Verhetzung der breiten Massen mit nazistischer und reaktionärer Ideologie sei nicht erkannt worden. Mit deutlicher, durchaus berechtigter Empörung wurde vor allem registriert und gebrandmarkt, daß die KPD/SED selbst einfache demokratische Gesichtspunkte in Frage gestellt, falsch beantwortet und dem allgemeinem reaktionären Druck nachgegeben hat. Wenn von „unseren Kriegsgefangenen" gesprochen, den deutschen Gebieten im Osten nachgeweint, das Vaterland „über alles" gestellt wird, die „kleinen Nazis" in Schutz genommen, Reparationen als „Last" dargestellt werden, ja gar gönnerhaft festgestellt wird, daß „die Juden auch Opfer" waren – dann ist eine solche Empörung sehr verständlich. Doch warum greift diese Akzentuierung dennoch zu kurz?

In erster Linie, weil sich die Kritik am Kern der Fehler der KPD/SED so auf den demokratischen Sektor konzentrieren würde. Jede demokratische Kraft könnte und müßte an denselben Maßstäben gemessen werden.

Die KPD aber hatte einen kommunistischen Anspruch und mußte und muß vor allem an kommunistischen Prinzipien gemessen werden. Die Gefahr, sozusagen bis zu diesem Punkt gar nicht mehr zu kommen, hat zwei Quellen:

Erstens kann angesichts übler antidemokratischer Positionen diese Frage scheinbar gar nicht mehr analysiert werden, denn wer kein konsequenter Demokrat ist, kann auch keinen kommunistischen Anspruch haben.

Zweitens spricht die KPD in den zentralen Dokumenten selbst so gut wie gar nicht über kommunistische Prinzipien. Kritisiert man ihre Dokumente anhand der Dinge, die dort stehen, wird sozusagen wie von selbst das Thema „kommunistische Prinzipien" nicht auftauchen. Wo nichts ist, kann man auch, zumindest im Detail, nichts kritisieren.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion über diese Fragen wurde deutlich, daß Lenins Schrift „Was tun?" in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel ist, um gerade die kommunistischen Prinzipien als Kernfrage zu verstehen und bei aller nötigen Kritik an typisch deutschen Fehlern der KPD nicht die Voraussetzung dieser Fehler zu übersehen: die Revision kommunistischer Prinzipien.

Lenin erklärt in „Was tun?" – um es nur ganz kurz anzureißen – , daß die kommunistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats sowohl durch die Ideologie des Revisionismus als auch durch die Anbetung der Spontaneität, des Selbstlaufs und des Bücklings vor den breiten Massen, die angeblich spontan zu richtigen Ideen kommen, ausgehöhlt und in Frage gestellt, schließlich revidiert werden.

Daß die breiten Massen nicht spontan demokratisches und sozialistisches Bewußtsein aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen allein erhalten, daß in den Kämpfen aufgeklärt werden muß, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen im eigenen Land und im internationalen Maßstab ausgewertet und hinzugezogen werden müssen, daß die Kommunisten als „Volkstribune" im wirklich demokratischen Kampf gegen jegliche reaktionäre Willkür vorangehen müssen, daß aber gerade all dies nur eine prinzipienerprobte Kommunistische Partei garantieren kann, die nach festen Kaderkriterien aufgebaut ist und deren Aufnahmepolitik sich an der Qualität und nicht der Quantität ihrer Mitglieder orientiert – das ist sozusagen eine Art Kriegserklärung an die ganze Gedankenwelt, die die Gründung der SED begleitete. Die rasante Mitgliederentwicklung der SED nach dem Motto Quantität vor Qualität legt die Vermutung nahe, daß beispielsweise Lenins Hinweise zur Einführung einer Kandidatenzeit für potentielle Mitglieder nicht beachtet wurden. Kein Wunder, daß Lenins Schrift „Was tun?" keine zentrale Bedeutung bei der Vorbereitung der kommunistischen Kader auf die Vereinigung von KPD und SPD und der Ausarbeitung ihrer programmatischen Grundlagen hatte, da sozusagen aus jeder Zeile dieser grundlegenden Schrift das Gegenteil von dem deutlich wird, was bei der Gründung der SED dann geschah."

Autorenkollektiv: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)", Offenbach 2000, S. 419 – 227

Diese Einschätzung und die ihr zugrunde liegenden Analysen und Kritiken zur Diskussion zu stellen und deren kritische Überprüfung anhand des Studiums der Originaldokumente zu ermöglichen – dies ist nicht zuletzt der Zweck dieses Dokumenten-Readers.

Der Verlag

1.

Entwurf der „Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946“

“Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“

Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 (Entwurf)

(Im Sekretariat des ZK der KPD am 8.2.1946 beschlossene Fassung)

Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands

Die Parteikonferenz stellt fest, daß das Aktionsprogramm der Partei, das im Juni 1945 vom Zentralkomitee veröffentlicht wurde, nicht nur die Zustimmung der breitesten Volksmassen gefunden hat, sondern daß auch wichtige Forderungen wie der "Neubau einer demokratischen Verwaltung", die "Enteignung der Großgrundbesitzer" und die "Überführung der Betriebe, die Faschisten oder Kriegsinteressenten gehört haben, in die Hände der Landes- und Stadtverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone in großem Masse durchgeführt wurden. Die Durchführung dieser demokratischen Maßnahmen in allen Teilen Deutschlands schafft die Grundlage für die Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung ihres Aktionsprogramms schlug die Kommunistische Partei allen antifaschistischen Parteien die Bildung einer Einheitsfront der KPD, SPD, Christlich-Demokratischen Union und Liberal-Demokratischen Partei vor. Diese Initiative unserer Partei zur Schaffung der Einheitsfront hat bereits in der sowjetisch besetzten Zone zum Erfolg geführt und fördert auch in den anderen Gebieten Deutschlands diese Einigung. Die Kommunistische Partei, die in zwei Weltkriegen unversöhnlich gegen die imperialistischen Machthaber in Deutschland gekämpft hat, hilft nunmehr unserem deutschen Volk, den Ausweg aus der Katastrophe zu finden, den Weg des demokratischen Neuaufbaus .

Die Parteikonferenz begrüßt den in der Arbeiterklasse wachsenden Willen zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur einigen Partei der Arbeiterklasse, sowie die Fortschritte in der Zusammenarbeit der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien. Die Stärkung dieser Einheitsfront ist das Unterpfand für den Neuaufbau unserer deutschen Heimat, für die demokratische Neugeburt unseres Volkes und für die Einheit Deutschlands.

1. Der Kampf um die endgültige Liquidierung von Faschismus und Reaktion.

[1] Nach den furchtbaren Leiden, die der Hitlerfaschismus über unser Volk und über unsere deutsche Heimat gebracht hat, ist es den aktiven antifaschistisch-demokratischen Kräften gelungen, das normale Leben der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen. Durch die Volkssolidarität der Arbeiter und Bauern, der Betriebsräte und Techniker, der Träger der demokratischen Selbstverwaltungsorgane und der fortschrittlichen Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler und Künstler wird jetzt in der sowjetischen Besatzungszone der Grundstein zu einer neuen demokratischen Ordnung gelegt und der friedliche Aufbau begonnen.

Dabei weist die Entwicklung in den verschiedenen Zonen eine große Ungleichmäßigkeit auf.

In der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitungen von Faschisten und durch die innere Festigung des demokratischen Aufbaus, durch die zunehmende demokratische Mitarbeit des schaffenden Volkes und durch den Übergang zum planmäßigen Aufbau in der Landwirtschaft und in der Industrie. Nachdem die bekanntesten Kriegsverbrecher und Naziführer un-

schädlich gemacht wurden, sind noch immer reaktionäre Kräfte am Werk, um die Position der Kriegsinteressenten in der Wirtschaft und in den Selbstverwaltungsorganen zu retten.

[2] In den westlichen und südlichen Besatzungszonen bemühen sich die faschistisch-reaktionären Kreise, gestützt auf die Konzernleitungen, Wirtschaftsorgane, Unternehmerverbände und Großgrundbesitzer, die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu retten.

[3] Die reaktionären faschistischen Kreise, die sich als Deutschnationale, als Deutsche Volkspartei und als Papenflügel des Zentrums in der Harzburger Front zusammengeschlossen hatten, waren die Inspiratoren und Finanziers des Hitlerfaschismus. Das Hitlerregime war ihr finanzkapitalistisches Klassenregime, die Hitlerpartei ihre imperialistische Kriegspartei. Diese reaktionären Kreise, die die Verantwortung tragen für die Wirtschaftskrise 1929-1932, für den Krieg und für die Katastrophe, sind heute die legalen Hauptvertreter des Kampfes zur Rettung der Positionen des Monopolkapitals und der militaristischen Reaktion. Nur wenige dieser Hauptkriegsverbrecher wurden verhaftet, während maßgebende Leiter der großen Monopole, des Stahltrusts, der AEG, des Siemenskonzerns, der Großbanken usw. noch immer legal ihre verbrecherische Politik weiterführen können. Der Erzreaktionär Hugenberg kann ungehindert Presseinterviews erteilen. Diese reaktionären Kräfte opfern auch bedenkenlos die Einheit Deutschlands ihren imperialistischen Interessen. Ihr Hauptziel ist gegenwärtig die Verhinderung der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte die allein in der Lage ist, den demokratischen Neuaufbau zu sichern, die nationale Einheit des deutschen Volkes zu wahren und den Frieden zu garantieren. Die faschistische Reaktion organisiert die Sabotage des von den antifaschistischen Kräften eingeleiteten planmäßigen Neuaufbaus der Wirtschaft. Sie versucht, ihre alte Politik unter der Devise "Teile und herrsche" fortzusetzen und beschwört damit die Gefahr einer Restauration der alten antidemokratischen Zustände herauf, die ein neues nationales Unglück für unser Volk bedeuten würde.

[4] Das deutsche Volk möge nie vergessen, daß die Herrschaft der reaktionären Industriellen, Finanzmagnaten, Großgrundbesitzer und Militaristen von jeher sein nationales Unglück war. In ehrlicher nationaler Selbsterkenntnis muß unser Volk feststellen, daß in Deutschland bisher nicht das Volk, sondern eine reaktionäre Minderheit den Weg der Nation bestimmte. An den geschichtlichen Wendepunkten unserer nationalen Entwicklung vermochten die demokratischen Kräfte nicht, den entscheidenden Einfluß auf die Geschicke der deutschen Heimat zu bekommen.
Ein geschichtlicher Wendepunkt war der Kampf um die Einigung des Reiches. Diese erfolgte nicht auf der Grundlage des demokratischen Bestimmungsrechtes des Volkes, sondern unter dem Kommando der preußischen Junker.
Ein weiterer geschichtlicher Wendepunkt war 1918, wo die Militaristen, Konzern- und Bankherren Deutschland in die Katastrophe geführt hatten und es dennoch wiederum nicht gelang, den Kriegsinteressenten die Grundlage ihrer Macht zu nehmen.
Ein geschichtlicher Wendepunkt war auch die Krise von 1932, wo die Mehrheit unseres Volkes zuließ, daß die Schuldigen an der Krise, die Konzern- und Bankherren, diese Krise ausnutzten, um den Haß des Volkes von sich abzulenken und gegen andere Völker zu richten.
An allen entscheidenden Wendepunkten unserer Geschichte fanden die demokratischen Kräfte nicht die Kraft, sich fest zusammen zu schließen zum Kampf gegen die reaktionären Feinde der Nation im eigenen Land.
[5] Heute ist offenkundig, daß die faschistischen und anderen reaktionären Kräfte bis zu Ende bankrott gemacht haben. Die zerstörten Städte und die Gräberfelder von Stalingrad bis zum Kanal sind eine ewige Mahnung für unser Volk, niemals wieder die Führung dieser

Reaktionäre zu dulden oder sich von reaktionären Werkzeugen zersplittern zu lassen.
Es gibt nur einen Weg zur endgültigen Sicherung des demokratischen Aufstiegs unseres Volkes und des Neuaufbaus Deutschlands, zur Wahrung der nationalen Einheit des deutschen Volkes, das ist die Einigung der Arbeiterklasse und die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Wer gegen diese Einigung intrigiert, der ist ein Feind des deutschen Volkes und ein Feind Deutschlands.

2. Die demokratische Initiative des Volkes ist die Grundlage und der Hebel des Neuaufbaus.

[1] Der Faschismus hat Deutschland so tief in die Katastrophe gestürzt, daß nur durch die Initiative des ganzen Volkes der Neuaufbau gelingen kann. Dabei muß von den besonderen Verhältnissen ausgegangen werden, wie sie in Deutschland nach der Zertrümmerung des Hitlerregimes bestehen. Diese Verhältnisse bedingen einen besonderen Weg. In ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 erklärte die Kommunistische Partei Deutschlands:
"Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland."
Ebenso falsch wäre es aber auch, Deutschland ein Regierungssystem westlicher Staaten aufzuzwingen oder die demokratische Erneuerung Deutschlands in die Schablone westlicher Verwaltungssysteme zu pressen. Das deutsche Volk muß bei dem demokratischen Neuaufbau von den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland ausgehen und darf sich dabei nur von seinen demokratischen Interessen leiten lassen, die gleichbedeutend sind mit den Interessen der deutschen Nation.

[2] Die Säuberung der Verwaltung von Faschisten und Militaristen, die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Übereignung der Betriebe der Faschisten und Kriegsinteressenten an die Selbstverwaltungsorgane (soweit sie nicht von den Besatzungsbehörden mit Beschlag belegt sind) hat in einem Teil Deutschlands die grundlegende Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland geschaffen, in der die fortschrittlichen demokratischen Kräfte den entscheidenden Einfluß in den Selbstverwaltungsorganen und in der Wirtschaft gewinnen können. Die Sicherung dieser demokratischen Entwicklung ist abhängig von der täglichen demokratischen Aktivität, von der Entfaltung der demokratischen Volksinitiative beim Neuaufbau und von der Entwicklung neuer demokratischer Kräfte aus dem Volke und ihre Betrauung mit leitenden Funktionen in den Selbstverwaltungsorganen und in der Wirtschaft. Der Faschismus hat Deutschland durch seine wahnsinnige Kriegspolitik so ruiniert, daß nur durch die Initiative aller Volkskräfte der Neuaufbau und die Überwindung der Not gelingen kann.

[3] Die alte Kluft zwischen demokratischer Parlamentsmehrheit und einer alten, scheinbar neutralen, in Wirklichkeit reaktionären Verwaltungsbürokratie, darf nie wieder zugelassen werden. Die ganze deutsche Geschichte lehrt, daß der sogenannte politisch neutrale Verwaltungsapparat stets ein Werkzeug der Reaktion war. Auch heute bedeutet die Forderung nach einem "unpolitischen" Beamtentum nichts anderes als den Versuch, die Positionen des Faschismus und der Reaktion zu retten. Die Parteikonferenz begrüßt daher die Erklärungen der westdeutschen Parteiorganisationen der KPD, in denen die Besetzung der wichtigsten Verwaltungsfunktionen mit bewährten Antifaschisten gefordert wird.
Die Demokratisierung der Verwaltungen ist ernsthaft durchzuführen. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, neue Kräfte aus den antifaschistischen Volksmassen für die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen zu gewinnen. Durch Bildung von Ausschüssen für Wohnungs- und Ernährungsfragen, für Wirtschaft, für Finanzfragen und dergleichen sind neue Frauen und Männer aus dem Volk zur ehrenamtlichen Arbeit in den Selbstverwaltungsor-

ganen heranzuziehen. So wird ihnen die Bewährung und der Aufstieg in leitende Funktionen ermöglicht. Die Auswahl befähigter Frauen, Männer und Jugendlicher aus den Reihen des schaffenden Volkes zur Schulung als Lehrer, Volksrichter, Wirtschaftsleiter, Polizeibeamte usw. sollte in größerem Umfang mit Hilfe der vier antifaschistischdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend- und Frauenausschüsse erfolgen. Das, was früher alle Regierungen versprochen, aber nie gehalten haben, nämlich den Aufstieg jedes Einzelnen entsprechend seinen Fähigkeiten, soll in der neuen demokratischen Ordnung durch die Schulreform und systematische Heranziehung von Werktätigen zu den Hochschulen verwirklicht werden.
Die neue Demokratie muß darin ihren Ausdruck finden, daß die Massen des Volkes aktiv mitarbeiten am Neuaufbau, selbst Vorschläge zur Verbesserung machen und offen die Mängel und Fehler kritisieren. Die Bürgermeister und Stadträte sollen regelmäßig vor der Bevölkerung über alle wichtigen Fragen berichten und die Vorschläge und Einwendungen der Bevölkerung hören. Auch die Presse der antifaschistisch-demokratischen Parteien soll der demokratischen Meinungsäußerung und einer ernsthaften Kritik an Fehlern zur Verfügung stehen. Die öffentliche Kritik der Massen an der Arbeit der Selbstverwaltungsorgane ist ein wichtiges Mittel, um Korruptionserscheinungen zu unterbinden und die Sauberkeit der Verwaltungsorgane zu sichern.

[4] Von größter Bedeutung ist das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der Bauern in der Landwirtschaft. Es ist notwendig, durch ein Betriebsrätegesetz das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter- und Angestelltenvertreter im Betrieb bei der Produktionsplanung, Preisfestsetzung und Verteilung der Waren sicherzustellen. Nur wenn Betriebsleiter, Ingenieure, Arbeiter und Angestellte auf demokratischer Grundlage für die Durchführung des Wirtschaftsplanes tätig sind, wenn die Erfindungsgabe aller Werktätigen ausgenutzt wird, kann der Aufbau gelingen.

[5] In der Landwirtschaft sind die "Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe“ die Träger des Neuaufbaus der Landwirtschaft und des demokratischen Willens der Bauernschaft. Die Gemeinde- und Kreisverwaltungen sollen in allen Fragen die "Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe" beratend und mitbestimmend heranziehen und ihnen jede notwendige Unterstützung gewähren. Eine weitere Stütze der demokratischen Entwicklung sind die bäuerlichen Genossenschaften, denen es vor allem obliegt, die Verbindung des Dorfes mit der Stadt zu vermitteln. Der Abschluß gegenseitiger Lieferungsverträge zwischen den bäuerlichen Genossenschaften und den Konsum-Genossenschaften der Arbeiter ist allseitig zu fördern, um die Ernährungslage der Industriearbeiter zu verbessern und das Dorf mit den notwendigen Industrieerzeugnissen zu versorgen.

[6] Dem gewerbliche Mittelstand in der Stadt sichert der demokratische Neuaufbau die Befreiung vom Druck der kapitalistischen Monopole, die Erhaltung seines Privateigentums und die freie Entfaltung der privaten Unternehmerinitiative. Handwerk und Kleinhandel sind im weitesten Masse zum Wiederaufbau der gewerblichen Erzeugung und des Güteraustausches heranzuziehen.

[7] Es wäre falsch und undemokratisch, die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis von dem demokratischen Neuaufbau auszuschließen. Die deutschen Imperialisten, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer haben es verstanden, durch eine (skrupellose Propaganda Millionen deutscher Männer und Frauen irrezuführen. Nachdem sie unser Volk in das furchtbare Elend der Wirtschaftskrise gestürzt hatten, nutzten sie den tiefen Hass der Volksmassen gegen das verfaulende kapitalistische System aus, indem sie einen Ausweg aus der Krise auf Kosten anderer Völker

versprachen.
Heute haben Millionen ehemaliger Nazianhänger erkannt, daß dieser Weg falsch und verderblich war. Es gibt heute fast keine Familie in Deutschland, die von den Naziverbrechern nicht in größtes Leid und bitterste Not gestürzt wäre. Es ist heute allen Einsichtigen klar, daß Hitler unser Volk in sein größtes nationales Unglück geführt hat.
Mögen die ehemaligen Nazianhänger auch eine besondere Schuld unserem Volk gegenüber tragen, es wäre doch abwegig, die Irregeführten jetzt für die begangenen Verbrechen hauptverantwortlich zu machen. Soweit sie nicht persönlich Verbrechen begangen haben, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihren früheren Anschauungen vollzogen haben, soll daher den bloß nominellen Mitgliedern der Nazipartei die Gelegenheit gegeben werden, durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampfe gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben und gleichberechtigte Glieder unseres Volkes zu werden.
Gewisse Kreise wollen durch eine übertriebene Hetze gegen die nominellen Nazis und die kleinen Pgs, die wirklichen Verbrecher, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer in den Hintergrund treten lassen, damit sie umso ungestörter ihre faschistische reaktionäre Politik weitertreiben können.
Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und die Grossen laufen läßt, sondern wir wollen, daß vor allem die großen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten bestraft werden.

[8] Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Besatzungsbehörde die Genehmigung zu Gemeindewahlen gibt, wo die demokratischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Als demokratische Voraussetzungen sind zu betrachten: Säuberung der Verwaltung von faschistischen Elementen, freie Entfaltung der politischen Tätigkeit der großen antifaschistisch- demokratischen Parteien, Herausgabe eigener Tageszeitungen und Flugblätter, Entwicklung der freien Gewerkschaften auf demokratischer Grundlage, Gewährung der Versammlungsfreiheit usw.
Wir schlagen vor, daß die Gemeindewahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erfolgen. Das aktive Wahlrecht sollen alle Männer und Frauen über 18 Jahre haben..
Wählbar sollen alle Männer und Frauen über 21 Jahre sein. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sollen sein: Kriegsverbrecher, Mitglieder der SS oder des SD, Mitglieder leitender Wirtschaftsorgane der faschistischen Kriegswirtschaft, Großgrundbesitzer über 100 ha sowie aktive Förderer der faschistischen Kriegspolitik, die während der Hitlerzeit Konzern-, Bank und Betriebsleitungen angehört haben, sowie leitende Funktionäre der Nazipartei vom Ortsgruppen- bzw. Zellenleiter an aufwärts, in der HJ vom Scharführer aufwärts.
Sorgen wir dafür, daß in Deutschland endlich der Wille des Volkes oberstes Gesetz wird, daß das schaffende Volk bestimmt und auch selbst die Kontrolle über die Durchführung seiner Beschlüsse durch die Selbstverwaltungsorgane und Wirtschaftsleitungen ausübt. Alles hängt von der demokratischen Initiative der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes ab.

3. Die Erfahrungen der Aktionseinheit und die Vereinigung von SPD und KPD

[1] Die KPD ging in ihrem Aktionsprogramm davon aus, daß die Vernichtung der Reste des Faschismus, der Neuaufbau Deutschlands, die Sicherung der Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens nur möglich ist durch die Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Die Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, die durch die gemeinsame Erklärung vom 14.7.45 geschaffen wurde, hat sich bewährt. Ein Teil der gemeinsamen Forderungen wurde in der sowjetischen Besatzungszone bereits durchgeführt. Die bedeutendsten demokratischen Aufgaben, die gemeinsam in Angriff genommen wurden, sind: die Säuberung der Selbstverwaltungsorgane und Wirtschaftleitungen vom Nazismus, die Durchführung der demokratischen Bodenre-

form und die Herstellung der Freiheit des Geistes und des Gewissens.
[2] Indem die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien unserem Volke half, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die Verbrechen des Hitlerismus zu erkennen und die Pflicht zur Wiedergutmachung zu bejahen, hat sie viel dazu beigetragen, unserem Volk das Vertrauen der anderen Völker wiederzugewinnen. Der gemeinsame zentrale Ausschuß, der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien hat sich in all seinen Beratungen und Entschlüssen vom Willen zur Erhaltung der Einheit Deutschlands leiten lassen. Das nationale Interesse erfordert den geschlossenen Kampf gegen jene reaktionären Gruppen, die unter der Losung des Föderalismus den Separatismus herbeiführen wollen oder gar bereit sind, das Ruhrgebiet preiszugeben, ohne das Deutschland nicht leben kann. Die vier Parteien sind sich auch darin einig, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands war, ist und bleibt und daß alle Bestrebungen, andere deutsche Städte zur Hauptstadt zu machen, auf eine Sprengung der Einheit Deutschlands hinauslaufen. Sie wissen sich darin eins mit allen Besatzungsbehörden, die den Kontrollrat ebenfalls nach Berlin verlegt haben. Die Zusammenarbeit der vier Parteien in den Ländern und Provinzen zeigt gleichfalls große Fortschritte. Es ist notwendig, die Grundlage dieser Einheitsfront in den Orten und Kreisen weiter zu festigen, besonders durch die Verstärkung der Zusammenarbeit in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, in den verschiedenen Ausschüssen und Wirtschaftsorganen.

[3] Die Stärkung der Wirkungskraft der Einheitsfront der Antifaschistisch-demokratischen Parteien ist abhängig von dem Zusammenhalt der beiden Arbeiterparteien, der KPD und SPD, die ohne Zweifel die Mehrheit des schaffenden Volkes vertreten. Der Beschluß der gemeinsamen Konferenz der Vertreter der beiden Arbeiterparteien vom 21. Dezember 1945 ist von größter nationaler Bedeutung. Durch diesen Beschluß über die Vorbereitung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der von den Arbeitermassen begeistert begrüßt wurde, wird die Hauptgarantie für den demokratischen Aufstieg Deutschlands und für die Herbeiführung einer glücklichen Zukunft unseres Volkes geschaffen.
Nachdem sich die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien beim Wiederaufbau und bei der Schaffung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane bewährt hat, erfordert die bevorstehende große Aufgabe des Neuaufbaues Deutschlands, der deutschen Wirtschaft und die Sicherung der Einheit Deutschlands die Vereinigung beider Arbeiterparteien. Diese Vereinigung ist jetzt möglich, denn sie wurde durch den gemeinsamen illegalen Kampf und durch die gemeinsamen Leiden in den faschistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen vorbereitet, sie wurde entwickelt im gemeinsamen Kampf zur Liquidierung der Reste des Faschismus und beim demokratischen Aufbau, sie wurde gefestigt durch die gemeinsame Beratung der Lehren der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung und durch die gemeinsamen Versammlungen, in denen die Lehren von Marx, Engels und Lenin diskutiert wurden. Die Beschlüsse der Studienkommissionen über die weitere gemeinsame ideologische Arbeit werden diese Zusammenarbeit festigen. Es ist bereits in zahlreichen Betrieben und Orten ein so weitgehendes Zusammenwachsen beider Parteiorganisationen erfolgt, daß die Funktionär- und Mitgliederversammlungen nur noch gemeinsam stattfinden.
Diese praktische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die immer dringender die Frage der organisatorischen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien auf die Tagesordnung stellt, wurde auch möglich, weil die historischen Ursachen für die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Entwicklung beseitigt wurden und das nationale Interesse des deutschen Volkes gebieterisch eine einheitliche Arbeiterpartei erfordert.

[4] Jene Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung der deutschen

Westzone, die jetzt gegen die Einheit auftreten, lassen sich von Interessen leiten, die dem werktätigen Volke Deutschlands feindlich sind. Sie befinden sich im Schlepptau der Reaktion, denn sie versuchen, den maßgebenden Einfluß der Arbeiterschaft zu verhindern, der allein den demokratischen Neuaufbau sichern kann. Die Feinde der Einheit wollen verhindern, daß eine geeinte starke Arbeiterklasse zu dem Kraftzentrum wird, das die Mittelschichten zum demokratischen Neuaufbau heranzieht.
Sie treiben damit diese Schichten der Reaktion in die Arme. Die Gruppe einheitsfeindlicher sozialdemokratischer Führer will so die Arbeiterschaft zu Blutspendern für die geschwächte, aber noch nicht entgültig zerschlagene Reaktion machen.
Die Gegner der Einheit versuchen mit allen Mitteln die Vereinigung unter der Losung zu hintertreiben, daß eine Urabstimmung im ganzen Reiche und eine Reichskonferenz der Sozialdemokratie stattfinden müsse, bevor die Einheit geschlossen werden könne. daß, solange die Besatzungsbehörden die Zonen bestehen lassen, auch die Parteien nach Zonen organisiert werden müssen, bedeutet die Forderung nach einer Reichskonferenz, daß die Einigung von dem in einigen Jahren zu erwartenden Beschluß der Besatzungsbehörden über die Aufhebung der Zonen abhängig gemacht werden und damit auf Jahre hinaus verhindert werden soll.
Diese Stellungnahme widerspricht allen Begriffen der Demokratie. Die Frage der Vereinigung muß von den Mitgliedermassen beider Parteien, und nur von ihnen, entschieden werden. Der von den Mitgliedern auf demokratische Weise geäußerte Wille zur Einheitspartei darf weder durch äußere Einflüsse, noch durch einzelne rückständige Führer sabotiert werden.

[5] Obwohl wir die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im ganzen Reich gewünscht haben, zwingen uns die besonderen Umstände, unter denen gegenwärtig die beiden Arbeiterparteien in Deutschland tätig sind, die Vereinigung in allen Bezirken zu befürworten, wo sie gegenwärtig möglich ist. Die Vereinigung soll also in allen Gebieten erfolgen, wo die demokratische Entwicklung fortgeschritten ist, und wo die Mitglieder beider Parteien ihren Willen zur Verschmelzung bekundet haben. Wir schlagen deshalb vor, daß in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone die Vereinigung unmittelbar vorbereitet wird. Wir sind überzeugt, daß durch dieses Beispiel die Vereinigung auch in anderen Teilen Deutschlands gefördert wird.
Von dieser festen Orientierung auf die baldige Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ausgehend, sind folgende nächste Aufgaben zu erfüllen:
Die Gegner der Einheit versuchen mit allen Mitteln, die Vereinigung zu -hintertreiben. So verlangt die Gruppe Schumacher, daß unter allen Umständen eine Urabstimmung, im ganzen Reiche und eine Reichskonferenz der Sozialdemokratie stattfinden müsse, bevor die Einheit geschlossen werden könne. Im gleichen Atemzuge erklären sie, daß, solange die Besatzungsbehörden die Zonen bestehen lassen, auch die Parteien nach Zonen organisiert werden müssen. Somit bedeutet die Forderung nach einer Reichskonferenz, daß die Einigung von dem Beschluß der Besatzungsbenorden über Aufhebung, der Zonen abhängig gemacht und auf Jahre hinaus verhindert werden soll.

1) Vereinbarungen zwischen den Organisationen der beiden Arbeiterparteien in allen Betrieben, Orten und Kreisen über die nächsten gemeinsamen Aktionsaufgaben in den Selbstverwaltungsorganen und in der Wirtschaft. Beratung dieser Fragen in gemeinsamen Funktionär- und Mitgliederversammlungen.
2) Besprechungen zwischen den Vertretern beider Parteien zur Überwindung der Hemmungen und Mißverständnisse,
3) Durchführung gemeinsamer Kurse und Bildungsveranstaltungen sowie gemeinsame Herausgabe von propagandistischer Literatur auf Grund des Planes der Studienkommission. Beschleunigte Herausgabe der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Bebel, Meh-

ring, Karl Liebknecht usw. die für die Kursustätigkeit und Bildungsveranstaltungen zunächst benötigt werden, durch den Verlag "Einheit".
4) Beginn der Meinungsaustausches über die Grundsätze und Ziele der einheitlichen sozialistischen Partei Deutschlands in der theoretischen Zeitschrift "Einheit" und in der Tagespresse.
Dieser Weg der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wird dazu führen, die Einheit der Gewerkschaften zu stärken und einen festen demokratischen Kurs in der Jugend- und Frauenbewegung zu sichern.
Die Einigung der Arbeiterklasse in den in der demokratischen Entwicklung am weitesten fortgeschrittenen Teilen Deutschlands, wird die Aktionseinheit der Arbeiter und die Schaffung der einigen Partei in den anderen Gebieten Deutschlands fördern und mit dazu beitragen, daß die Einheit Deutschlands gewahrt wird und das deutsche Volk wieder in den Kreis der anderen Völker aufgenommen wird.

4. Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistischdemokratischen Einheitsfront

Ein Teil der Forderungen im Aktionsprogramm der KPD wurde in aufopferungsvoller Arbeit der Genossen gemeinsam mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften bereits durchgeführt. Nunmehr gilt es, die neuen Selbstverwaltungsorgane zu festigen und mit Hilfe der Initiative des ganzen Volkes die großen Aufgaben des planmäßigen Neuaufbaues der Landwirtschaft, der Industrie des von Verkehr und des Handels zu beginnen.

1. Sicherung der Volksernährung mit Hilfe der Durchführung des Landwirtschaftsplanes.
Rechtzeitige Frühjahrsbestellung des gesamten noch anbaufähigen Bodens. Festigung der Bodenreform durch die restlose Übergabe des noch im Bodenfonds vorhandenen Bodens in das Privateigentum der Bauern. Beschleunigte Beschaffung von Wohnraum für Neubauern, die aus anderen Gebieten angesiedelt werden. Steuerbegünstigungen für Neubauern. Aufbau der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe. Ausbau ihrer Geräteverleihstellen, Zuchtstationen usw., verstärkte Belieferung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe mit landwirtschaftlichen Geräten und anderen dringend notwendigen Industriewaren.
Demokratische Wahl der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe. Durchführung von Vertreterkonferenzen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe für jeden Kreis sowie für jedes Land, bezw. jede Provinz. Wahl von Kreis-, bezw. Landesausschüssen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe.
Aufbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Organisierung der Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften der Werktätigen in den Städten.
Bildung von Ernährungsausschüssen in den Städten zur Kontrolle der Lebensmittelzuteilung, insbesondere der vollen Zuteilung der rationierten Lebensmittel an die Bevölkerung. Kampf gegen Schleichhandel und Schwarzen Markt.

2. Neuaufbau der Industrie und des Handwerks für den friedlichen Bedarf.
Der Aufbau der Industrie erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Dekkung des friedlichen Bedarfs der Bevölkerung und der Wiedergutmachungsleistungen. Die Grundlage für den Aufbau ist der Wirtschaftsplan. Die Durchführung des Wirtschaftsplanes und die richtige Verteilung der erzeugten Produkte muß durch das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und durch das volle Mitbestimmungsrecht der freien Gewerkschaften in allen Fragen gesichert werden. Es ist dafür zu sorgen, daß die Betriebe früherer Nazis und Kriegsinteressenten an die Landes- bezw. Stadtverwaltungen übereignet werden und als selbständige Betriebe staatlichen Charakters unter der Kontrolle der Wirtschaftsorgane ihre Produktion steigern und sich durch eine vorbildliche Leitung und Kontrolle der Produktion auszeichnen.
Die Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen Organen der

Wirtschaft und in den Wirtschaftabteilungen der Selbstverwaltungsorgane, ist durch Gesetz festzulegen.
In den Privatbetrieben ist durch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte dafür zu sorgen, daß vor allem solche Waren produziert werden, die vordringlich für den Aufbau und für die Versorgung der Bevölkerung nötig sind. Die Betriebsräte müssen an der Preisgestaltung mitwirken, um eine Steigerung der Preise und damit eine Entwertung der Mark zu verhindern.
Durch die Kontrolle der Verteilung der Waren muß erreicht werden, daß die Produkte in die Hände der werktätigen Bevölkerung kommen und nicht auf den Schwarzen Markt. In den Landes- und Gewerbebanken sind die Angestelltenräte mitverantwortlich für die Kontrolle der Finanzgebarung.

3. Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen und Neuaufbau der zerstörten Städte.
Die vordringlichste Aufgabe dabei ist die planmäßige Steigerung der Erzeugung und Beschaffung von Baustoffen, sowie der restlose Einsatz der Arbeitskraftreserven zum Zwecke der Reparatur der beschädigten Wohnungen bis zum Herbst 1946.
Zu gleicher Zeit ist der Neubau moderner typisierter Wohngebäude für die Neubauern und die arbeitende Bevölkerung der Städte in Angriff zu nehmen.
In allen Städten und Gemeinden mit bedeutenden Kriegsschäden ist der Wiederaufbau nach einem Gesamtplan, der vorher der Bevölkerung zu unterbreiten ist, sofort zu beginnen. Dazu sind neben den aus dem Wirtschaftsplan bereitgestellten Baumaterialien und der Auswertung der Trümmerstätten, die örtlich vorhandenen Baustoffe weitgehend auszunützen. Unter der Leitung der kommunalen Bauämter sind neben allen privaten Baubetrieben auch kommunale Baubetriebe einzusetzen. Mehr als bisher sind Arbeiter zu Baufacharbeitern umzuschulen. Die Finanzierung des Aufbaus soll durch die Heranziehung der großen Vermögen und die Erhebung einer Baunotsteuer erfolgen, die die Mietseinnahmen, die über die laufenden Ausgaben hinausgehen, erfaßt.

4. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.
Abschluß von Tarifverträgen auf Grund des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung für Männer, Frauen und Jugendliche. Verbesserung der unteren Lohngruppen.
Garantie des 8-Stundentages und der 45-Stundenwoche. Mehrarbeit ist von der Belegschaft zu beschließen mit der Angabe, für welchen Zweck die Mehrarbeit geleistet wird.
Arbeitsbeschaffung für jeden Werktätigen. Umschulung der Arbeitskräfte entsprechend den neuen Bedingungen der Produktion für den friedlichen Bedarf. Verstärkte Berufsausbildung von Frauen, auch in solchen Berufen, die bisher nur von Männern ausgeübt wurden, soweit sie gesundheitlich für Frauen geeignet sind. Verbesserung der Lehrlingsausbildung. Verbesserung des Mittagessens für die Arbeiter und Angestellten in den Werkskantinen. Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Mutter- und Säuglingsschutz.

5. Förderung des gewerblichen Mittelstandes.
Erhöhung der Erzeugung des Handwerks, das für den Aufbau der Wirtschaft, vor allem für die bessere Versorgung der werktätigen Bevölkerung große Bedeutung hat. Sicherung des Eigentums und der freien Initiative des gewerblichen Mittelstandes. Erhöhte Versorgung der Handwerksbetriebe mit Rohstoffen. Wirksame Hilfe für die bombengeschädigten Handwerker. Schaffung von Handwerkskammern zur Eingliederung des Handwerks in den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft.

6. Hilfe für Ausgebombte, Umsiedler und heimkehrende Kriegsgefangene.
Schaffung von Wohnungen und Unterkunftsräumen für Ausgebombte, Umsiedler und Heimkehrer. Aufnahme der Herstellung von typisierten Möbeln und Wirtschaftsgegenständen in den Wirtschaftsplan, um vordringlich die Obdach- und Mittellosen zu versorgen. Bevorzugte Belieferung der Ausgebombten, ehemaligen Kriegsgefangenen und Umsiedler mit Kleidern und Wäsche.

Einrichtung von Beratungsstellen für heimkehrende Kriegsgefangene. Hilfe in der Auffindung ihrer Angehörigen, Gewährung von Verpflegung und Unterkunft auf der Heimreise.
Rasche Eingliederung der Umsiedler und ehemaligen Kriegsgefangenen in den Wirtschaftsprozeß.

7. Entwicklung des Volksbildungswesen.
Systematische Schulung einer größeren Zahl befähigter Antifaschisten .als Betriebsleiter, Lehrer, Volksrichter und für die Mitarbeit in den verschiedenen Zweigen der demokratischen Verwaltung. Stärkere Heranziehung von Frauen zu diesen Aufgaben, entsprechend der größeren Bedeutung der Frauen im neuen Deutschland.
Durchführung der demokratischen Schulreform im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Einheitsschule. Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder, Förderung der Begabten.
Auswahl einer größeren Zahl Jugendlicher aus den Kreisen des werktätigen Volkes für das Studium an den Hochschulen und Universitäten.
Ausbau der Volkshochschulen und Verbesserung ihrer Programme.
Organisierung künstlerischer Veranstaltungen, sowie des Theaterbesuches zu verbilligten Preisen für die Arbeiter und Angestellten der Betriebe, für die Mitglieder der Gewerkschaften, für die freie Jugendbewegung und für die Anhänger der Frauenausschüsse.

8. Gleichberechtigung der Frau.
Die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Frau muß gesichert werden. Das bedeutet nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch die Verwirklichung der Forderung: Die Frau an den Platz, der ihr gebührt- in den Organen der öffentlichen Verwaltung, im Volksbildungs- und Gesundheitswesen, in den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, in den öffentlichen Vertretungskörperschaften, in den Wohnungs- und Ernährungsausschüssen, als Betriebsleiter usw.
Die berufstätige Frau muß eine Beschäftigung finden, die ihren Kräften und ihrem Leistungsvermögen entspricht. Die verantwortungsvolle Arbeit der Frauenausschüsse muß durch die Selbstverwaltungsorgane, die Gewerkschaften und die antifaschistisch-demokratischen Parteien volle Unterstützung finden. Der Mutter - und Kinderschutz ist auszubauen. Die Lebensmittelzuteilung an Hausfrauen in kinderreichen Haushalten ist zu erhöhen.

9. Aktive Mithilfe beim Aufbau der „Freien deutschen Jugend".
Die „Freie deutsche Jugend" ist eine einheitliche antifaschistische Jugendorganisation auf der Grundlage der Jugendgruppen in den Betrieben, Wohngebieten und der Erfassung der Jugendlichen in den Gewerkschaften, in der Sportbewegung und in christlichen Einrichtungen.
Tatkräftige Unterstützung der Jugend bei der Arbeitsbeschaffung, der gründlichen Berufsausbildung u.a. auch durch die Schaffung von besonderen Lehrwerkstätten; Entlohnung der Jugendlichen nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung.
Gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle Jungen und Mädchen durch unentgeltliche Teilnahme an den Grund-, Mittel- und Hochschulen und Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Minderbemittelte.
Unterstützung der Mädchen bei der Suche nach neuen Berufen und Arbeitsmöglichkeiten. Erschließung von Berufen, die bisher für sie verschlossen waren, z.B. Buchdruckergewerbe, Verwaltungsdienst, Herrenfriseure, Verkehrsbetriebe, Malerberufe, Polizei, Lehrer.
Umfassende Unterstützung durch die Selbstverwaltungsorgane beim Aus- und Neubau von Jugendheimen und Jugendstätten.
Weitestes Entgegenkommen dem Wunsche der Jugend nach neuer fortschrittlicher Jugendliteratur (Liederbücher, Zeitschriften etc.)

2.

Reaktionen aus der Öffentlichkeit

auf den Resolutionsentwurf

- Von kommunistischen Stellungnahmen bis hin zu pro-nazistischen Erklärungen

Langenhernsdorf, d. 16.2.46

An das Zentralkomitee der K.P.D.
Berlin C. 2, Wallstr. 76-79

Zum erstenmal ist Gelegenheit gegeben, sonstige Vorschläge zum Neuaufbau Deutschlands mitzuteilen.

Mir ist die ganze Tiefe des Zusammenbruchs u. der Schande, die Hitler u. seine Partei über uns gebracht hat, bewußt. Dieses sah ich als erfahrener Klein-Bauer im Jahre 1930 schon voraus. Es gibt keinen Aufstieg, wenn wir nicht der Wahrheit die Ehre geben, nur durch friedliche, soziale Taten beginnt neues Leben, dadurch erwerben wir uns einen ehrenden Platz unter den Völkern. Jeder Deutsche, besonders auch unsere Bauern, besonders diese, die durch das Erbhofgesetz ihren Vorteil hatten, gegen den weichenden Erben zum Nachteil, haben sich innerlich freizumachen von den letzten Resten des Faschismus. Unser Zorn, Hitler u. seiner Bande, unsere ganze Kraft für den Neuaufbau eines demokratischen Deutschland zum Segen unseres Volkes.

Nun zum Vorschlag zur Ergänzung der Resolution.

Das Erbhofgesetz ist außer Kraft zu setzen, oder wenigstens der Anerbe hat seine weichenden Erben nach der Höhe des Wertes vom Gut abzufinden. Dieses müßte auch noch nachgeholt werden, die ihren Nutzen daraus hatten; denn das waren die treuesten Nazianhänger. Das Genossenschaftswesen ist ganz gewaltig auszubauen u. zu fördern. Bei dieser oder durch diese müssen sämtliche landwirtsch. Erzeugnisse, soweit sie nicht gleich zum Verbraucher gelangen, und sämtliche Bedarfsartikel, Landmaschinen u. Geräte bezogen werden. Alles, was der Handel noch auf Lager hat, wäre der Genossenschaft zuzuführen; denn der Handel hält die Ware zurück oder macht Kompensationsgeschäfte. Der Händler ist der größte Konjunkturritter, in Friedenszeiten nutzt er durch Redegewandtheit sein Geschäft aus, aber in Kriegszeiten liegt ihm nichts am Barverkauf, sondern an Tausch, deshalb liegt die Gefahr vor, daß einer, der nichts zu tauschen hat, unsere Neubauern, nichts bekommen kann. Ein Händler läßt heute keinen Kunden mit in sein Lager, nur auf Gnade dessen holt er allein etwas, vorgesetzt nach Laune, bekommt [man] dann etwas.

Genau so ist es auch beim Viehhandel. Das Zuchtvieh ist auf eine unzuträgliche Höhe gestiegen, kann kaum bezahlt werden. Es liegt in gar keinem Verhältnis zum Schlachtvieh. Bei den Ferkelpreisen ist es ebenso. Muß denn, wer Schlachtvieh schafft für die Ernährung, bestraft werden durch niedrige Preise. Das Zuchtvieh soll höchstens 20-25% über dem Schlachtvieh stehen. Natürlich nutzen die Händler dies alles aus, es wäre da auch angebracht, wenn alles durch die Genossenschaft ginge.

Dasselbe wäre vom Konsum zu berichten. Dort sollten dann sämtliche Waren, Textil, Lebensmittel, eigne Bäckerei, Fleischerei, Schuhwaren (sein); denn das hat sich gezeigt bei Durchsicht eines Schuhwarenlagers, dort sind 2000 Paar vorgefunden worden. Also beim Konsum würde doch alles besser verteilt u. das Horten von Waren wär behoben. Niemand will etwas verkaufen, nur die Ware behalten. Auch der Tausch wäre sofort vorbei.

Dann, der Neuaufbau der zerstörten Häuser kann erfolgen, wenn die Versicherung eingreift. Es müßte eine alljährliche Sondersteuer vom Kapital, den Kriegsverbrechern u. Pg. eingehoben werden, dieser Erlös müßte dann dem Aufbau zu Gute kommen. Der Kapitalist hätte eine beträchtliche Menge abzuführen, den Kriegsverbrecher enteignen u. der Pg. Sondersteuern auferlegt bekommen. Z. Beispiel der Mieter allmonatlich einige Mark Miete als Mietzinssteuer, der Haus, Grund u. Boden besitzt, wäre eine Sondersteuer, bei der Brandkasse, Grund u. Gewerbesteuer einzuheben. Müßte solange eingehoben werden, bis der Aufbau beendet wäre. Diese Pg. haben meistens ihren Nutzen bei der N.S.D.A.P. gehabt, nun sollen sie auch ihren Beitrag zum Wiederaufbau leisten.
Nun möchte ich Ihnen auch eine Bitte vortragen.

Am 24.3.45 brannte meine Scheune u. Stallgebäude nieder, diese waren erst 1927 bezw. 1931 neuerbaut. Die Ursache wurde damals nicht geklärt, weil am 16.4.45 hier der Amerikaner einzog. Durch die hilfsbereite Unterstützung des Bürgermstr. waren beide Gebäude in ca. 10 Wochen wieder aufgebaut nach dem Einmarsch der Amerikaner.

Natürlich, verschiedene Maschinen konnten wegen Mangel noch nicht beschafft werden. Die Landesbrandkammer des Bundeslandes Sachsen schrieb mir zu meinem Erstaunen, daß jetzt eine Auszahlung der Versicherungssumme zur Zeit nicht möglich wäre, weil der Schaden vor dem 8.5. erfolgt sei. Nach den Brandkammerbestimmungen aber erst eine Auszahlung erfolgt nach dem Wiederaufbau. Da nun meine Gebäude nach 8.5.45 wieder aufgebaut worden sind, müßte doch die Auszahlung erfolgen. Befinde mich dadurch in einer ganz schlechten Lage, mein Betriebsvermögen ist verbraucht und die Handwerker bringen die Rechnungen u. fordern ihr Geld u. bringen mich bald in Verzweiflung. Soll ich denn als Antifaschist hier allein den Schaden von dem Nazikrieg haben? Und den Pg. ist nichts geschehen. Aus diesen Gründen bitte ich alles zu berücksichtigen, mein Gesuch gütigst zu genehmigen, meine Vorschläge zur Resolution zu berücksichtigen, reiche Ihnen die Hand, wenn erwünscht, reihe mich ein in die K.P.D. u. helfe mit beim Wiederaufbau.

In der Hoffnung, bei Ihnen Gehör u. Genehmigung des Gesuches hoffend

Hochachtungsvoll
Paul Oberländer,
Langenhernsdorf N. 89
Kr. Zwickau Sa.

Nachtrag:
Es wäre auch angebracht, wenn eine Luxussteuer denen auferlegt würde, den Privatpersonen, die Klaviere, Harmoniums besitzen nur zum Luxus, ausgenommen, die es zum Beruf gebrauchen. Viele haben eine Angst vor der Mark, da wird allerhand Jux gekauft; dasselbe mit den Autos u. Motorrädern, die nur zum Spazierfahren benutzt werden, wer's zum Beruf braucht, ist etwas anderes. Wenn das Guthaben der kleinen Sparer weg sein soll, wäre hart, die haben 6 Jahre nichts kaufen können u. dann soll alles weg sein? Vom Kapitalist hört man nichts, der soll wohl seine Hypotheken behalten, dann würde der Reaktion geholfen sein.

Hochachtend d. Ob.

3. Denke im Sinne u. zum Wohl unseres Vaterlandes mitzuhelfen.

Berlin, Blankenfelde 19.2.46

Zu dem Artikel in D.V.Z. vom 16.2.46
Zur Resolution d. Parteikonferenz d. K.P.D. habe ich folgendes mitzuteilen.
Zuerst möchte ich dem Herrn Vorsitzender Wilhelm Pieck von ganzen Herzen danken, für die menschlichen Worte über den nominellen Pg. Auch wir gehören dazu, denn wir sind 1932 arm und erwerbslos auf diese Siedlung gekommen und haben uns noch nie im Leben politisch betätigt. Nach der Machtübernahme lief man uns das Haus ein, um meinen Mann in die Partei aufzunehmen. Man versprach auch meinem Mann Arbeit, und nach langem überlegen trat mein Mann ein. Es dauerte auch nicht lange, und mein Mann bekam Arbeit, darüber waren wir sehr froh, denn seit 1926 waren wir beide erwerbslos und hatten doch für zwei Knaben zu sorgen. Aber politisch betätigt haben wir uns nie. Wie oft haben wir nachher Zettel bekommen von der Ortsgruppe bezwecks Raußschmiß aus der Partei, weil wir nie in eine Versammlung gingen. Auch wollten wir selbst wieder austreten, aber aus Angst vor erneuter Arbeitslosigkeit unterließen wir es. Wir sind beide nicht mehr jung, der Mann 58 J. und ich 56 J. Und nun müssen wir die Schande mitertragen, Nazis gewesen zu sein. Aber unsere Herzen und Gewissen sind rein, wir haben keinen Menschen ein Leid zugefügt, alle Siedlerkameraden haben uns gern.

Nun komme ich zu dem Hauptpunkt aus Ihrem Entwurf, zu dem Absatz, daß einige gewisse Kreise eine übertriebene Hetze gegen uns kl. Pg betreiben.

Ja, das ist auch in unserer Siedlung der Fall.
Der K.P.D. Funktionär x ist eine gefürchtete Persönlichkeit bei uns, und ihm selbst haben wir alles Schlimme, was uns angetan wird, zu verdanken. Aber die gewesenen Hoheits-träger, Kontrolleure und Pg. mit goldenem Abzeichen, welche es verstanden haben, sich lieb Kind bei ihm zu machen und schnell in die Partei d. K.P.D. eingetreten sind, die haben Ruhe, die brauchen auch nicht um Holzscheine zu betteln wie wir, die bekommen alles. Diesem Herrn Fust habe ich zu verdanken ungerechte Verleumdungen, ihm habe ich zu danken, daß mir mein Mann weggeholt wurde vor einem halben Jahr, obwohl er nichts verbrochen hat, und oft für ihn gutgesagt ist worden. Und ihm habe ich zu verdanken, daß die Russen mir am 12.2.46 meine Wohnung ausplünderten.
Hat dieser Herr weiter nichts im Sekretariat zu tun, als Schlechtigkeiten auszusinnen?
Und so wie uns geht es vielen Siedlergenossen hier, es heißt immer nur, daß geht alles von x aus. Jetzt sind es bald sieben Monate daß mein Mann weg ist, und ich weiß nichts von ihm, wenn er was verbrochen hätte, aber meinem Mann kannten alle nur als einen stillen lieben Menschen, der sich um nichts gekümmert hat, nur seiner Arbeit nachgegangen ist. Er hat auch nie Streit mit irgend jemand gehabt. Vielleicht liegt es auch in Ihrer Macht, mir dabei zu helfen, daß ich bald meinen Mann wiederbekäme.

Ich wende mich nicht nur für mich an Sie mit der Bitte, auch uns zu helfen, sondern für alle kl. Pg in unserer Siedlung, welche wir alle unter diesem Herrn x zu leiden haben.

Denn glauben Sie mir, daß damit keine Sympathien erworben werden. Wir sind genau so belogen und betrogen worden wie das ganze Volk. Haben keine Reichtümer erworben bei den Nazis, sondern stehen genau so arm da wie 1932. Wir haben längst selbst eingesehen, daß das Hitlerregime Deutschlands Untergang war, und uns längst umgestellt und sind gerne bereit nach Ihrem Sinne mit aufbauen zu helfen.

Hoffentlich nehmen Sie sich die Mühe und lesen mein Schreiben durch und bringen uns Abhilfe. Dann danke ich Ihnen von ganzem Herzen im Namen aller Siedlerkameraden.
Denn namenloses Leid hat die Gehässigkeit dieses Herrn über einzelne gebracht. Seinen Sohn, welcher Unteroffizier war, würde er natürlich nicht melden.

Hochachtungsvoll
Fr. Irene Giesler geb. Weise
Berlin Blankenfelde
Sonnenblumensteig 32.

Potsdam, den 19.2.46

An

das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands
Berlin C 2

Wallstr. 76-79

Betrifft: Behandlung nomineller Pgs!

Als ständiger Leser der Deutschen Volkszeitung, dem Parteiorgan der KPD Deutschlands, welche mein Beitrittsgesuch zur KPD im Juli v. Js. wegen meiner Zugehörigkeit zur früheren Nazipartei leider ablehnte, las ich mit größtem Interesse auch die Resolution für die Parteikonferenz am 2. u. 3. März 1946 in der Nr. 39 des Blattes. In gleicher Nr. erschien auch der Artikel "Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis u. nominelle Pgs" vom Genossen W. Leonhard, welcher in Idee und Auffassung genau mit dem über-einstimmte, was in der betr. Resolution über die Behandlung der ehemaligen Pgs zum Ausdruck gebracht ist.

Jetzt kenne ich mich nicht mehr zwischen Absichten u. Tatsachen aus und möchte meinen persönlichen Fall nunmehr hiermit an mitentscheidender politischer Stelle, die mir gesinnungsmäßig am nächsten liegt, mit der Bitte um Rat u. Beistand unterbreiten.

Voraussetzen möchte ich, daß ich seit Januar 1942 Pg war, jedes Amt aber abgelehnt hatte, als überzeugter Pazifist nach vierjährigem Frontdienst im 1. Weltkrieg stets gegen Militarismus u. Faschismus eingestellt war und tatsächlich nur zur Gruppe der nominellen Pgs gehörte. Jede Beweisführung mit einer Reihe einwandfreier Zeugen kann ich zur Erhärtung meiner Behauptung erbringen.

Da ich aber selber die Ungerechtigkeit und das Unsinnige der Verfolgung u. Bestrafung **aller** Pgs nach **gleichem Schema** in voller Härte erleben mußte, möchte ich hiermit nach soviel vergeblichen anderen Versuchen meinen Fall auf diese Weise nochmal zur Sprache bringen. Ich habe dabei die stille Hoffnung, vielleicht auf diesem Wege doch noch einmal zu einer gerechten Beurteilung zu gelangen.

Ich war also, wie schon erwähnt, kaum drei Jahre nachweisbar nur beitragzahlendes Mitglied der Hitlerpartei. Um beruflich als kleiner Beamter nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden, gab ich dem fortwährenden Druck seitens meiner Verwaltung (nachweisbar!) endlich nach. Keine andere Belastung wäre mir nachzuweisen. Alle erdenklichen Wege habe ich benutzt, um mich bei meiner vorgesetzten Behörde, der Deutschen Reichsbahn zu rehabilitieren, darunter auch mit zwei persönlichen Schreiben an den Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin. Auf jeden Versuch blieb man mir die Antwort schuldig.

Seit Mai 1945 war ich trotz körperlicher Hinfälligkeit nach langer schwerer Krankheit durch intensivste Arbeit bei Tag und Nacht bemüht meine total ausgebombte Dienststelle wieder aus dem Nichts im wahrsten Sinne des Wortes neu aufzubauen. Als Lohn für meine mit vollem Erfolg gekrönte Mühen wurde ich nach 9 Monaten überzeugter Wiederaufbauarbeit nach den Richtlinien der Dt. Reichsbahn zur Bereinigung vom Nationalsozialismus von der Reichsbahndirektion Berlin meines Dienstpostens zum 31.1.46 enthoben. Nach fast 30jähriger untadeliger Dienstzeit stehe ich heute als 52jähriger erfahrener Beamter des äußeren Dienstes bei der Eisenbahn vor dem Nichts.

Ich frage:
Warum gibt man den kleinen, politisch unbelasteten Pg nicht die Möglichkeit sich zu rechtfertigen? Warum verurteilt man so ungerecht in Bausch u. Bogen und mit einer Härte, die zu den Verfehlungen solcher kl. Pgs in keinem Verhältnis steht? Warum steht man die Möglichkeit zur Rehabilitierung nur prominenten Persönlichkeiten zu? Warum gibt es so unglaubliche Unterschiede in der Frage der Behandlung ehem. Pgs bei Behörden und Privatbetrieben, wo doch endlich gerade jetzt jedem Volksgenossen eine gleiche rechtliche Behandlung zugesichert ist? Der wirklich aktive Nazi aus nächster Nachbarschaft darf weiterhin seine Arbeit als Privatangestellter ausüben, niemand stößt sich daran, während dem um soviel weniger belasteten Behördenangestellten in rigorosester Weise Arbeit u. Brot genommen wird.

Ist sich der so lange ersehnte neue demokratische Deutsche Staat bewußt, was für Staatsbürger er sich durch solch ungerechte und

ungerechtfertigte Behandlung heranzieht?

Laßt uns kl. Pgs unsern ehrlichen Aufbauwillen, unsere in einem Menschenalter erworbenen Kenntnisse u. Fähigkeiten in die Tat umsetzen. Statt dessen hetzt Ihr uns auf die Straße und treibt uns u. unsere Angehörigen zu Verzweiflungsakten über das erlittene Unrecht. Verurteilt nicht, ohne die angeblich **so** Schuldigen gehört und gerichtet zu haben! -

Nicht die schlechtesten Arbeitskräfte werden es sein, die alsdann ohne begründete Verbitterung beweisen wollen, saß sie wirklich nicht mehr als nur nominelle Pgs waren.

Fritz Fleischmann
Reichsbahnsekretär
Potsdam, Margarethenstr. 24

KPD
Ortsgruppe
Neue Schleuse
Krs. Jerichow II

(2) Neue Schleuse, den 19.2.1946

An das
Zentralkomitee der KPD,
B e r l i n C 2.
Wallstraße 76-79

Betr.: Änderungsvorschläge sowie sonstige Vorschläge zu dem Resolutionsentwurf für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946.

Zu dem Absatz der Resolution, Gemeindewahlen betreffend, steht die hiesige Ortsgruppe der KPD auf dem Standpunkt, dass die Ansetzung von Gemeindewahlen als verfrüht angesehen werden muss. Im übrigen bitten wir, folgenden Änderungsvorschlag zu beachten und den Satz "sowie leitende Funktionäre der Nazipartei, vom Ortsgruppenleiter bezw. Zellenleiter an aufwärts" zu streichen und dafür dem Absatz folgende Fassung zu geben: Sämtliche Mitglieder der NSDAP und deren Frauen, sowie Offizieren vom Leutnant an, sind vom Wahlrecht auszuschliessen. Unseren Änderungsvorschlag begründen wir wie folgt: Alle ehemaligen Pg sind vorerst nicht würdig, das Wahlrecht auszuüben, denn gerade die grosse Masse der kleinen Pg waren einst die Zuträger und Stützen der grossen Nazibonzen. Die Masse der ehemaligen kleinen Pg - mit wenigen Ausnahmen - zeigen gerade hier in unserem ausgesprochenen Industrieort, dass sie nichts zugelernt haben und sich vorerst auch nicht umstellen wollen. Es besteht kein Zweifel, dass diese ehemaligen Pg kaum die Stimme für eine Marxistische Arbeiterpartei abgeben werden. Ehemaligen Offizieren vom Leutnant an, soweit sie sich nicht innerhalb der Kriegsjahre gegen die Kriegspolitik der Nazipartei antifaschistisch betätigt haben, müsste man ebenfalls das Wahlrecht absprechen, denn gerade diese Herren Offiziere waren diejenigen, die manchen guten Antifaschisten in den Tod getrieben haben

Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Neue Schleuse

Fleischmann

Spremberg/L., den 19.II.1946
Bahnhofsvorpl. 3

An das
Zentralkomitee der KPD
Berlin C 2
Wallstr. 76 - 79

Vor mir liegt die "Deutsche Volkszeitung" vom 16.II.46 mit dem Artikel von W.Leonhard "Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pgs." und der Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2.und 3.März 1946.
In diesem Entwurf fordern Sie alle Betriebsgruppen usw. auf, zu dieser Resolution Stellung zu nehmen.
Mit diesen Zeilen bitte ich, Stellung zu diesen Fragen nehmen zu dürfen.
Ich bin 44 Jahre alt, verlor 1940 meinen Mann und stehe seit Jahren wieder im Beruf. Seit Oktober v.Js. arbeite ich beim hiesigen Landratsamt in der Abteilung Bodenreform, wo ich meine Arbeit zur Zufriedenheit des Sachbearbeiters und des Øfersonalchefs ausübe.
Da ich Mitglied der NS Frauenschaft war, muss ich Ende des Monats meine ~~Stellung~~ mir lieb gewordene Arbeit aufgeben. Da ich alleinstehend bin und ausserdem noch meine 70 jährige Mutter erhalten muss, ist die Entlassung für mich hart.
W.Leonhard schreibt in seinem Aufsatz zum politischen Schulungstag ganz richtig "Wäre es nicht ein verhängnisvoller Fehler, ihnen bei ihren Bestrebungen nicht behilflich zu sein?" usw. Und dann führt er einen Absatz aus der Rede W.Piecks an, worin alle ehemaligen einfachen Mitglieder der früheren Nazipartei aufgerufen werden, sich in die grosse antifaschistische, demokratische Kampffront einzureihen. Ebenso werden wir Frauen immer wieder aufgerufen, uns den Frauenorganisationen anzuschliessen. Ja, können wir das denn, die wir dadurch gestraft werden, dass wir aus irgend einem nichtigen Grunde damals in die Frauenschaft eintraten, nun unseren Beruf verlieren, in den wir Monate lang schon für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes gearbeitet haben? Wäre ich später Mitglied des Frauenwerkes geworden, so hätte ich meinen Beruf behalten, gehörte aber im Grunde doch der Frauenbewegung im Nazistaat an.
Ich bin so sehr bereit, und habe es ja in den Monaten schon bewiesen, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu helfen und meine ganze Kraft einzusetzen. In Verwaltungen und öffentlichen Betrieben haben wir nichts mehr zu suchen. Ich selbst darf keine schwere körperliche Arbeit infolge grosser Narbenbrüche leisten. Ich kann verstehen, dass man mir meine Arbeit nimmt, wenn ich aktiv für den Nazismus gearbeitet hätte. Ich würde dann auch nicht wagen, Stellung zu diesen Fragen zu nehmen. Ich bitte, das Zentralkomitee der KPD doch einmal zu überlegen, ob es nicht angebracht wäre, den Frauen, die nicht der Partei sondern nur einer ihrer Gliederungen angehört haben, das bisherige Arbeitsfeld zu lassen und sie in ihrer Arbeit unauf ällig zu prüfen, ob sie würdig sind, die Arbeit zu behalten, da sie sich mit ganzer Kraft am Wiederaufbau beteiligen, oder aber, wenn dies nicht der Fall ist, sie dann abzusetzen.
Wir, die wir so stark am Wiederaufbau unseres Vaterlandes interessiert sind, werden durch solche Massnahmen tatsächlich vor den Kopf gestossen und an unserer Freude gehemmt.

Hochachtungsvoll
Johanna Lehmann
geborene Nadath

Ortsgruppe Waltersdorf
der KPD

Waltersdorf, am 19.Februar 1946

An das
Zentralkomitee der KPD
Berlin C 2
Wallstrasse 76/79

Betrifft: Resolution für die Parteikonferenz der KPD.

Zu Punkt 2, Absatz über die Nazis der Resolution der KPD haben wir folgendes zu bemerken:
Die Stellungnahme der Parteileitung zu den ehemaligen Nazis wird in der Zeitung unserer Partei immer so gebracht, als wäre diese Ansicht die Meinung der gesamten Partei.
Es dürfte unserer Parteileitung bekannt sein, daß diese bei weitem nicht der Fall ist, sondern daß die Genossen, die mit den "armen kleinen Pg's und nominellen Nazis" tu tun haben, eine ganz andere Einstellung zu diesen haben.
Der Widerspruch selbst bei den Ausführungen unseres Genossen Wilhelm Piek sollte das bewiesen haben.
Es ist ein leichtes, diesen Widerspruch damit abzufertigen, als verstünden die widersprechenden Genossen nichts von der "grossen Politik".
Wer nomineller Nazi oder kleiner Pg. ist, kann nicht nach irgendwelchen Formeln am grünen Tisch (auch vom Zentralkomitee) festgestellt werden. Das können nur die Ortsgruppen für den Bezirk ihrer Ortsgruppe selbst feststellen, da sie die Tätigkeit aller Nazis am besten beurteilen können.
Nach unserer Meinung - und das ist die Meinung des größten Teiles der "kleinen KPD-Genossen"- zählt der Nazi, der bis zur letzten Minute zu Adolf Hitler gehalten hat und für diesen eingetreten ist und dadurch die illegale Tätigkeit unserer Genossen gefährdet oder unterbunden hat, zu den aktiven Nazis.
Wer dieses verkennt, der gefährdet die antifaschistische Tätigkeit und verwässert die Demokratie.
Die Einschränkung "soweit sie nicht persönliche Verbrechen begangen, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihrer früheren Einstellung vollzogen haben ....." ist viel zu einengend.

bitte wenden

Wir haben viele Nazis, die persönlich keine direkten Verbrechen begangen haben, die keine führenden Funktionäre waren -- und welcher Nazi zeigt sich nicht heute als Unschuldslamm und "macht ganz groß in antifaschistischer Haltung" --.
Aktiver Nazis ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat.
Wir bitten Euch, in diesem Punkt Eure Ansicht noch grundlegegend zu ändern, sonst bringt Ihr wohl auf der Parteikonferenz die Ansicht des Z.K. zum Ausdruck, aber niemals die der Masse unserer Genossen.
Wir hier unten haben heute schon die üblen Auswirkungen Eurer Einstellung zu den Nazis zu tragen. Wenn Ihr auf dem Wege über die Parteikonferenz Eure Ansicht zu der der Mitglieder der Partei stempelt, dann tragt Ihr auch die Verantwortung für alles das, was wir hier unten durchaus erwachsen sehen.
Ihr tut ja die Warnungen, die wir Euch zurufen ab mit dem Bemerken: "damit zeigt man, daß man von der Politik nichts verstünde." Sehr leicht gesagt, hoffen und wünschen wir, daß es Euch nicht einmal wieder leid tun wird, diese Warnungen überhört zu haben.

Noch besser aber ist es, Ihr hört in letzter Minute auf die Warnungen der Genossen, die täglich mit den "nominellen Nazis und den kleinen Pg's" in Berührung kommen.

Ortsgruppe Waltersdorf
der KPD
i.V. Willuschat

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Waidmannslust

den 19.2.1946.

An das
Zentral-komitee der K P D
Berlin C2
Wallstr. 76/79

Betr.: Ergänzungsvorschlag zum Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD.

Die Ortsgruppe Waidmannslust der Kommunistischen Partei Deutschlands hat zu dem Resolutionsentwurf für die Parteiarbeiterkonferenz am 2. und 3. März in einer Mitgliederversammlung am 19.2.46 Stellung genommen und begrüsst den Entwurf in all seinen Punkten, schlägt darüber hinaus vor, einen weiteren Punkt in die Resolution hineinzubringen, in den die Kommunistische Partei für eine baldige Oeffnung von Kleinsparkonten bis zu einer für die gesamte Finanzlage erträglichen Höhe eintritt, da die meisten Kleinkontenbesitzer alte und oft arbeitsunfähige Leute sind, die aus öffentlichen Mitteln der Sozialen Hilfe unterstützt werden.
Weiterhin schlägt die Ortsgruppe Waidmannslust vor, dass die Partei für eine stärkere Berücksichtigung der Altersrentner entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten eintritt.
Als weiteren Punkt beantragen wir, in die Resolution folgenden Zusatz aufzunehmen:
„Schaffung antifaschistischer Gesetzesunterlagen und Gewährleistung einer antifaschistisch demokratischen Justiz. Bereinigung der Justiz und ihrer Verwaltungsorgane auch von solchen reaktionären Elementen, die zwar nicht nazistisch organisiert waren, jedoch durch ihre den Faschismus begünstigende Arbeit und Rechtsprechung reaktionären Kurs steuern. Schaffung eindeutiger gesetzlicher Grundlagen, die eine wirksame Verfolgung der nazistischen Denunzianten aus der Vergangenheit ermöglichen und exemplarische Bestrafung solcher propagandistischen faschistischen Aeusserungen, die sich mit dem Mantel „Demokratischer Rechte der Meinungsaeusserung" tarnen.
Schaffung von Gesetzen, die eine schärfere Bestrafung von gewerbsmässigen Schwarzaufkäufern auf dem Lande und Schwarzhändlern in den Städten ermöglichen."
Ferner schlägt die Ortsgruppe Waidmannslust vor, in dem Absatz bezüglich des Wahlrechts eine redaktionelle Aenderung vorzunehmen. Dahingehend, dass auch für Angehörige der SA vom Obertruppführer bezw. NSKK-Obertruppführer an das Wahlrecht verweigert wird.

Dieser Vorschlag wurde in der obengenannten Mitgliederversammlung einstimmig angenommen.

Die Kommunistische Partei
Ortsgruppe Waidmannslust
pol.-Sekretär
(Henning)

Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Berlin-Waidmannslust

KPD
Ortsgruppe Neuenhagen

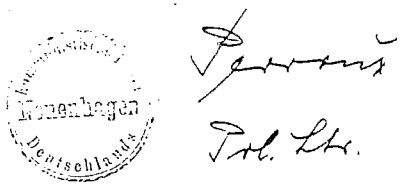
21.2.46

An das ZK der K.P.D.

Die Mitgliederversammlung am 21.246 der Ortsgruppe Neuenhagen der KPD beschloss und beantragt **Erweiterung der Resolution zur Parteikonferenz:**

Erweiterung der Resolution betreffs Liquidierung der restlichen Reaktionäre, aktive Offiziere sind von der Wahlberechtigung auszuschliessen,

Sitz und Stimme der Betriebsräte bei den öffentl. Körperschaften, Selbstverwaltungen etc. wie in der Industrie,
schnellste Inkraftsetzung des Betriebsrätegesetzes,
Säuberung des Hochschullehrkörpers und der Studentenschaften von den Nazis und den akt. Offizieren,
Dr. Schumacher ins KZ zu bringen oder des Landes zu verweisen,
Verbot des Tagesspiegels
Streichung der 3-tägigen Karenzzeit bei der AOK für Arbeiter,
restlose Enteignung der geflüchteten Nazis und nicht Verebbarkeit ihres Besitzes,
Begrenzung und Festsetzung der Höchsteinkommen, besonders in den Selbstverwaltungen, da sonst die Bevölkerung berechtigten Zweifel an unserer sozialen Einstellung hegt.
Verankerung der Gleichberechtigung der Frau im bürgerlichen Gesetzbuch,
Zuteilung der Lebensmittelkarte 3 an Frauen mit zwei und mehr Kindern, für alle Zonen. Auszunehmen sind Angehörige der NSDAP und anderen Gliederungen.



Ortsgruppe IV der K P D
Kriegsgefangenenlager 69

Frankfurt/Oder, den 22.2.1946
Hornkaserne, Nuhnenstr.

Eilt sehr !

An das
Zentral - Komitee der K P D
B e r l i n C 2
Wallstr. 76 - 79

Betr.: Vorschläge zum Resolutionsentwurf für die Parteikonferenz.

Wir Genossen und Freunde der K P D, Ortsgruppe IV, Frankfurt a.d.Oder haben am 21.2.46 in einer Versammlung, die von insges. 350 Teilnehmern besucht war, den Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz am 2. und 3. März in mehrstündiger Diskussion eingehend erörtert und sind übereingekommen, folgende Berichtigungs- und Ergänzungsvorschläge zu dem in der "Deutschen Volkszeitung" vom 16.2. abgedruckten Text einzureichen und um ihre Beachtung zu bitten:

1. Die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre scheint uns bei den gegenwärtigen Zuständen nicht angebracht zu sein. Die 18jährigen Jungen und Mädchen, die ausnahmslos aus HJ und BdM kommen und die ihnen dort eingepaukte Nazi-Ideologie noch nicht überwunden haben können, sind politisch noch zu unreif und unselbständig und charakterlich noch zu unfertig, als daß man ihre Stimmen als vollgültig betrachten könnte. Wir sind der Meinung, daß man es zum Vorteil der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront vorläufig bei der bisherigen Festsetzung - 21 Jahre - bewenden läßt.

2. Die Aufzählung der vom Wahlrecht Ausgeschlossenen ist unvollständig und bedarf dringend der Ergänzung. Nach dem vorliegenden Wortlaut könnte beispielsweise die ehemalige Reichsfrauenführerin, oder der ehemalige Reichsstudentenführer ohne weiteres zur Wahlurne gehen. Es sind nach unserer Meinung nicht nur die leitenden Funktionäre der Nazipartei und der HJ, sondern auch der SA, des NSKK, NSStB, der Frauenschaft, DAF, des BdM u.a. Organisationen vom Wahlrecht auszuschließen. Dabei müßte genau festgelegt werden, von welchem Dienstrang bzw. von wel-

cher Dienststellung an der Ausschluß vom Wahlrecht statt - haben soll. Wir sind der Meinung, daß man die Funktionäre der NSDAP vom Scharführer an aufwärts vom Wahlrecht aus - schließen sollte. Für die übrigen Gliederungen würden sinngemäß entsprechende Dienststellungen gelten müssen.

3. Es ist schön, daß man für "heimkehrende Kriegsgefangene" Beratungsstellen einrichten und ihnen behilflich sein will bei der Auffindung ihrer Angehörigen und bei der raschen Eingliederung in den Wirtschaftsprozess. Es scheint uns aber merkwürdig, daß man in der Kriegsgefangenen-Frage sonst garnichts zu unternehmen gedenkt. Wir begrüßen es wärmstens und finden es recht und gut, daß man beispielsweise - wie aus häufigen Meldungen der "Deutschen Volkszeitung" hervorgeht - alles in Bewegung setzt, um die von den Nazis verschleppten tschechischen Kinder ausfindig zu machen und in ihre Heimat zurückzubringen. Ebenso notwendig wäre es aber auch, wenn sich die antifaschistischen Parteistellen und Organisationen endlich einmal dafür interessieren würden, die von den Nazis und ihren Wehrersatzdienst-Stellen in die Wehrmacht gepreßten und an die Front verschleppten deutschen Antifaschisten ausfindig zu machen, die nun schon seit Jahr und Tag als Kriegsgefangene in härtester Arbeit wiedergutmachen müssen, was andere zerstört haben. Nicht alle Antifaschisten waren im KZ., und manche kamen aus dem KZ. über "Bewährungseinheiten" an die Front und als Überläufer in die Gefangenschaft. Wäre es nicht eine gute Tat antifaschistischer Solidarität, wenn man wenigstens den Versuch unternähme, diese Kriegsgefangenen ausfindig zu machen, um sie gegen aktive Nazis auszutauschen, die zu Hunderttausenden im Lande zur Verfügung stehen, gegen jene Leute vor allem, die den Hitler-Krieg, den sie mitverschuldet, als u.k.-Gestellte in der Heimat überdauert haben und nun gleichfalls wieder zu Hause sind und vielleicht sogar - wie das nicht allzu selten vorkommen soll - als angeblich "unersetzliche Fachkräfte" noch immer in maßgeblichen Stellen sitzen ? Will man wirklich zuwarten, bis die anti - faschistischen Kämpfer, die heute Kriegsgefangene sind, als Dystrophiker oder sonstwie durch Krankheit Erschöpfte nach Hause kehren, wo man sie dann mit mehr oder minder deutlich bekundetem Mitleid als arme "Heimkehrer" betrachtet, die auf lange Zeit hinaus höchstens als zusätzliche Esser ins Gewicht fallen, für eine schöpferische Aufbauarbeit aber, zu der einigermaßen gesunde und tatkräftige Menschen gehören, zunächst überhaupt nicht in Frage kommen, obschon sie gerade hier dringend nötig wären?

Die K P D hat in allen entscheidenden Fragen des Wiederauf - baus den ersten Schritt getan. Wir vermissen jedoch bisher schmerzlich jeden Versuch, in der Kriegsgefangenen-Frage eine gewisse "Volksinitiative" zu entfalten. Es muß der Eindruck entstehen, daß diejenigen Deutschen, die sich nun gerade in der Kriegsgefangenschaft befinden, ein für allemal die vom Schicksal bestimmten Wiedergutmacher sind und auf vorläufig unabsehbare Zeit hinter dem Stacheldraht zu ver - bleiben haben, während diejenigen, bei denen eine Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen und Gewehren durchaus angebracht wäre, größtenteils unbehindert in Deutschland leben und ihre Freiheit dazu mißbrauchen, faschistische und reaktionäre Flüsterpropaganda zu betreiben, um dadurch den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau unseres Staates und die Umerziehung unseres Volkes zu stören.

Wir sagen das nicht nur im Namen aller antifaschistischen Kameraden und der Genossen in unserem Gefangenenlager, sondern wir sprechen zugleich auch im Namen der zahlreichen bewährten Antifaschisten und Genossen, die sich noch in den Kriegsge - fangenenlagern außerhalb der deutschen Landesgrenzen, z.B. in der Sowjet-Union, die nicht wenige von uns in langer, harter Wiederaufbauarbeit kennengelernt haben, befinden und die keine Möglichkeit haben, zum Resolutionsentwurf Stellung zu nehmen.

Im Auftrage :

Gen. (Dr.Grimm)	Gen. (Dr.Herneck)	Gen. (Franz Kratky)
Mitgl.-Nr.470617	Mitgl.-Nr.471067	Mitgl.-Nr.222519

Resolution

der sozialistischen Betriebszelle der Feinmechanik G.m.g.H. zur Parteikonferenz der K.P.D.

Die aus kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern und Angestellten vereinigte Betriebsgruppe der Feinmechanik G.m.b.H. hat heute am 22. Februar 1946 Stellung genommen zu dem Entwurf der „Resolution für den Parteitag der K.P.D." - Sie unterschreibt diesen Entwurf in allen seinen Absätzen, wünscht aber einige Punkte besonders hervorgehoben zu wissen und ist zum großen Teil nicht einverstanden mit der Auffassung über das Naziproblem. Wir fordern in erster Linie die Vereinigung der Arbeiterparteien. Wir wissen, daß nur die Einigung der Arbeiterklasse und die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte den demokratischen Aufstieg des deutschen Volkes und den Neuaufbau Deutschlands gewährleisten kann, und wir unterstreichen den Satz: „Wer gegen diese Einigung intrigiert, ist ein Feind Deutschlands und ein Feind des deutschen Volkes". Wir fügen hinzu: „und ein Feind der deutschen Arbeiterklasse, die allein berechtigt ist, die Führung Deutschlands in die Hand zu nehmen, deren historische Stunde gekommen ist, die Zukunft Deutschlands in ihrem Sinne zu formen und in ihrem Sinne aufzubauen." Wir sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter sind bereit mit der CDU und der DDP zusammen zu gehen, soweit sie nicht ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei in sich aufnehmen und den Deserteuren der deutschen Arbeiterklasse Unterschlupf gewähren.
Damit der Lebensstandard der Werktätigen bald gehoben werden kann, erwarten wir, nachdem durch die Bodenreform das erzreaktionäre Junkertum aus dem Sattel gehoben ist, eine schnellste Weitertreibung derselben. Wir erwarten den baldigen Zusammenschluß der Kleinbauern zu Genossenschaften zwecks Industrialisierung der Landwirtschaft, den Aufbau von Traktorenstationen und die Propagierung von gemeinsamer Bewirtschaftung des Grund und Bodens, damit das aus unserem zusammengeschrumpften Ackerbesitz herausgeholt wird, was nur irgend herausgeholt werden kann.
Ein besonderes Augenmerk müssen wir der Schule zuwenden, deren Aufbau zur Einheitsschule eine Grundbedingung für uns sein muß. Prinzipiell müssen wir für kostenlosen Unterricht und für kostenlose Verteilung der Lehrmittel eintreten. Ist diese durch die Finanzkatastrophe, in die uns der Nazikrieg gebracht hat, nicht möglich, so muß sich die Höhe des zu zahlenden Schulgeldes unbedingt nach dem Verdienst des Vaters bezw. der Eltern richten, sodaß die Schulkosten der ärmeren Kinder von den Begüterten getragen werden. Vom 14 Lebensjahr an muß den unbemittelten Schülern ein Stipendium gewährt werden. Wir müssen mit allen Mitteln dafür eintreten, daß zuerst den Kindern unserer Klasse die Pforten der höheren Schulen, der Lehrinstitute und der Universitäten geöffnet sind.
Für unseren Industrieaufbau erwarten wir eine stärkere Planung. Unsere Industrie darf in Zukunft keiner Profitwirtschaft dienen, sondern sie muß das herstellen, was den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Bedürfnissen unseres demokratischen Deutschlands zum Austausch der Erzeugnisse mit Auslandsgütern entspricht. Wir erwarten konkrete Maßnahmen für den Austausch der Erzeugnisse zwischen Stadt und Land. Die Bedürfnissen an Industrieerzeugnissen müssen von den Ortsvorstehern registriert, den Landräten bezw. der Provinzialverwaltung zugeleitet und von diesen an die Städte weitergegeben werden, die sich ihren geeigneten Industrien in Auftrag geben. Nur so können die Wünsche der Landbevölkerung erfüllt werden, nur so wir das Erforderliche und Notwendige in richtiger Menge hergestellt werden.

Die Auffassung über die Millionenmassen der Nazis, wie sie in dem Entwurf zur Resolution niedergelegt ist, entspricht nicht unserem Empfinden. Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und die Grossen laufen läßt, aber wir wollen, daß man die Großen hängt und die Kleinen auch nicht laufen läßt. Wir sind nicht der Ansicht, daß die große Masse der Abzeichenträger als nominelle Pg´s, sondern als Aktivisten zu betrachten sind. Wir sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter unserer Betriebsgruppe wissen heute, daß jenes Unglück, das über Deutschland und besonders über die deutsche Arbeiterklasse hereingebrochen ist, durch taktische Fehler der Arbeiterparteien während der Weimarer Republik und durch die Politik, die die Arbeiterklasse spaltete und die Nazis zur Macht kommen ließ, mit verschuldet wurde. Aber wir erkennen heute, daß alles Elend, das die deutschen Werktätigen auch schon in der Weimarer Republik erdulden mußten, wie Arbeitslosigkeit, Rechtlosigkeit und Bruderkampf, sowie Aufstieg der Reaktion bis zur faschistischen Diktatur eine Folge dessen sind, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht erkannte, daß nur das Banner, das Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg uns vorantrugen, zum Sieg über Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus führen konnte. Darum sind wir der Ansicht, daß die Fehler der Weichheit und der übertriebenen Toleranz von 1918 gegenüber unseren Feinden, selbst wenn es Arbeiter sind, sich nicht wiederholen dürfen. Wir können nur die als nominelle Pg´s anerkennen, die, aus Angst und Verfolgung in die NSDAP getrieben, schon während des Krieges durch Agitation gegen Hitler oder Unterstützung Verfolgter aktiv mit uns gekämpft haben. Diese Festzustellen ist Aufgabe der Betriebs- und Straßengruppen oder der evtl. dafür eingesetzten Sonderausschüsse. Alle anderen Abzeichenträger sind Aktivisten und müssen als solche behandelt werden. Es ist heute noch lange nicht an der Zeit, daß wir diesen Aktivisten das Wahlrecht geben können oder das sie sogar gewählt werden könnten. Wir stemmen uns mit allen Mitteln dagegen daß sie in irgendeiner antifaschistischen Organisation aufgenommen werden, weder in eine der politischen Parteien noch in den FDGB. Für uns waren die Hitler, Göhring, Goebbels und Konsorten, die Männer, Frauen und Kinder zynisch ermorden und quälen ließen, keine politischen Führer, sondern eine gemeine Verbrecherbande. Und die Mitglieder ihrer Partei, die ihrem Treiben Beifall klatschten, sind kriminell belastet. Man soll niemals sagen, daß die einfachen Pg´s unwissend waren. Sie alle kannten die Judengesetze, sie alle haben die Judensterne gesehen, die ihre Träger in gemeinster Weise kenntlich machten. Erinnern wir uns doch der Lokale und Geschäfte, bei denen der Eintritt „Juden und Hunden" verboten war. Sie alle kannten die KZ-Lager und wußten, daß unsere Genossen dort zu Tode gefoltert wurden. Ihre persönliche Stellung, ihr persönliches Ich bestimmte ihre Solidarität mit den Verbrechern der Nazipartei. Das sind Menschen, die zu jeder anderen Zeit jedes gemeine Gift in sich aufnehmen würden, selbst wenn es ihren Mitmenschen noch so viel Qual und Leid brächte, nur um ihr eigenes Leben schön zu gestalten. Diese nominellen Pg´s die nur ihr Nazitum ablegten, weil der Krieg unglücklich für sie zu Ende ging, erhofften ja bis zur letzten Stunde noch den Sieg Hitlers und bedauern noch heute ins geheim seine Niederlage. Wir appellieren an das proletarische Gewissen unserer Genossen. Hört ihr nicht mehr das Weinen der Mütter, Frauen und Kinder? Oder glaubt ihr vielleicht, daß irgendeiner der kleinen Pg´s der Hakenkreuzfahne den Rücken gekehrt hätte wenn der Krieg anders ausgelaufen wäre? Rund um uns sterben die Menschen, weil sie durch Unterernährung und Hunger geschwächt sind. Die Statistik unserer Stadt weist für die Monate Oktober und November 1945 je ca. 500 Todesfälle, gegenüber 20 Geburten pro Monat auf. Genossen, daß bedeutet, daß wenn wir täglich 8 Stunden arbeiten, auch Sonntags, wir stündlich mehrmals nach der Uhr sehen können und bei jedem Halb- und Vollstundenschlag erschrecken müssen, weil wieder einer aus unseren Reihen die Augen für immer geschlossen hat. Oder glaubt ihr vielleicht, daß man die Särge dieser Toten mit Hakenkreuzfahnen bedecken könnte? Es werden wohl nur wenige dabei sein, denn die Geschäftemacher, die in ihrer Bilanz seelenruhig alle Kriegs- und Nazigreuel gebucht hatten, stehen ja heute noch zum größten Teil in ihrer Ladentür und haben es nicht nötig zu verhungern. Genossen wir haben 1918 verpaßt, wollen

wir 1945 auch verpassen? - Wir verlangen, daß nur die sozialistische Arbeiterschaft die ihrer Fahne treu geblieben ist, entscheiden kann, wer nomineller Pg. war, und daß nur nach den Gesichtspunkten entschieden werden darf, wie sie zuerst von uns angeführt wurden.
Um die Ernährung für das nächste Jahr unbedingt sicherzustellen, fordern wir, daß jeder Quadratmeter Bodenfläche zum Anbau von Gemüse usw. freigegeben wird. Es sind hierbei von den Stadtverwaltungen besonders die Betriebe zu berücksichtigen, aber auch alle anderen müssen herangezogen werden. Wir bedauern, daß bei allen Anregungen über die Ernährungsfrage, die augenblickliche katastrophale Zeit gar nicht behandelt wird. Wenn wir die Zukunft aufbauen wollen, müssen wir erst die Gegenwart meistern. Hier muß unbedingt zuerst der Hebel angesetzt werden und es müssen Wege geschaffen werden, daß dem großen Sterben Einhalt geboten wird. Wir wissen, daß der durch die Nazis verschuldete Krieg uns in die Ernährungskatastrophe gestürzt hat; aber es muß festgestellt werden, daß die Verteilung der wenigen uns noch verbleibenden Lebensmittel nicht so erfolgt, wie es in einer sozialistischen Demokratie unbedingt erforderlich wäre. Es ist uns klar, daß wir hungern müssen, aber wir verlangen auf das Energischste, daß die Verwaltungen dafür sorgen, daß es in einer solchen Zeit keine Satten und keine Verhungernden gibt. Man kämpft gegen den in Bayern sich breitmachenden Separatismus, aber man übersieht den Separatismus bei uns. Es kann nicht angehen, daß Provinzialverwaltungen oder Städtische Ämter sich mit Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln eindecken, während ein großer Teil der Bevölkerung Kartoffelschalen sich als Ernährung sucht. Es darf kein Gramm Fett, Mehl, Fleisch oder andere Nahrungsmittel bei Festivitäten verwendet werden, wenn ein großer Teil der Bevölkerung am Verhungern ist. Auch Alkohol sollte man nicht dort als Genußmittel zur Hebung der Stimmung verwenden, sondern sollte ihn den Arbeitern geben, die bei Regenwetter und Kälte am Brückenbau arbeiten.
Unsere Genossen die in den Ämtern und Verwaltungsstellen sitzen, sind die Agitatoren der Praxis. Auf sie richten sich die Blicke der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse. Auf ihre Makellosigkeit und Charakterfestigkeit kommt es an, ob die Partei der Parteilosen, aber auch ein großer Teil aus unseren Reihen mit uns oder gegen uns marschieren wird. Wir ringen mit allen Mitteln um die Einheit der Arbeiterklasse, wir stehen vor dem Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien; aber wir müssen heute schon Sorge tragen, daß es nicht zu einer Loslösung der enttäuschten Kräfte kommt, zur Loslösung vielleicht unserer besten Genossen, die dieses Treiben nicht mitmachen wollen. Wir haben äußerste Selbstkritik zu üben, damit nicht wieder die Stunde kommt, in der wir sagen müssen: „Unsere Taktik war verkehrt und wir sind mitschuldig an dem was gekommen ist!" Uns muß das einzelne Menschenleben das Höchste sein, sonst handeln wir nicht besser als die Nazis gehandelt haben. - Wir verlangen: „Fort mit den Sonderküchen und Lagern für einzelne Gruppen!" Die Lebensmittel sind Eigentum der Gesamtbevölkerung und was an Einrichtungen geschaffen wird, muß für alle geschaffen werden. Wir verlangen, daß die Genossen, die nicht in ihren Handlungen erkennen lassen, daß sie Mitglieder unserer Partei sind, als Schädlinge öffentlich von ihrem Posten und aus der Partei entfernt werden. Wir verlangen einen erbitterten Kampf für die Reinheit der Partei, der öffentlich geführt werden muß! Die deutsche Arbeiterklasse muß erkennen, daß unsere Praxis auf unserer Theorie der Gerechtigkeit aufgebaut ist! Nicht Rundfunkreden und Zeitungsartikel entscheiden über unsere Zukunft, sondern die Tat und der Beweis, daß wir es besser machen können als die, die gewesen sind!

Betriebsgruppe der Feinmechanik G.m.b.H.
Babelsberg, Turnstr. 18
I.A. Der Pol. Leiter

Bünhart.

Erich Thomas
Maurer-Umschüler
Mitglied des FDGB

10 Dresden A 19, 22.2.1946
Heynahtstr. 5 II

Zum Entwurf zur Resolution
für den 2. und 3. März 1946

Einschreiben

An das
Zentralkomitee der KPD
Berlin C 2
Wallstraße 76-79

Mit der höfl. Bitte um Entgegennahme der nachstehenden Ausführungen zwecks Prüfung und zur g.F. weiteren Entschließung im Sinne des Entwurfs zur Resolution für die Parteikonferenz am 2. und 3. März 1946.

Als Bezieher der "Sächsischen Volkszeitung", des Organs des Bezirks Sachsen der KPD, verfolge ich mit regem Interesse die Bestrebungen der KPD auf dem Gebiete des Neuaufbau Deutschlands. In der Nr. 44 von heute erhielt ich Kenntnis von dem oben erwähnten Entwurf.

Zum rechten Verständnis dieser Zuschrift darf ich zunächst einige persönliche Mitteilungen bringen: ich war Pg, trat 1940 unter Druck von Seiten meiner Behörde in die Partei ein, die mich durch den zuständigen Ortsgruppenleiter im Herbst 1942 zum Blockleiter bestimmte und als solchen schon nach kurzer Zeit mit der kom. Führung einer Zelle beauftragte.

Diese kurzen Ausführungen deshalb, weil im Entwurf zur Resolution in den Ausführungen unter "Es wäre falsch und undemokratisch, die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis von dem demokratischen Neuaufbau auszuschließen." usw. sich Gedankengänge befinden, die heute zweifellos in weitesten Kreisen verankert sind. Dies um so mehr als der Nürnberger Prozeß immer deutlicher zur Kenntnis gebracht hat, wo die wirklich Schuldigen an den jetzigen Verhältnissen zu suchen sind.

Von besonderem persönlichen Interesse ist für mich und bestimmt ungezählte ehemalige Block- und Zellenleiter der Hitlerpartei der Satz:

> Gewisse Kreise wollen durch eine übertriebene Hetze gegen die nominellen Nazis und die kleinen Pg. die wirklichen Verbrecher, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer in den Hintergrund treten lassen, damit sie um so ungestörter ihre faschistische reaktionäre Politik weitertreiben können".

und weiter unten unter den Ausführungen über die Genehmigungswünsche gegenüber der Besatzungsbehörde hinsichtlich der Gemeindewahlen im Satz:

> "Vom Wahlrecht ausgeschlossen" usw. die Worte: "sowie leitende Funktionäre der Nazipartei, vom Ortsgruppenleiter bzw. Zellenleiter an aufwärts..."

Der Entwurf birgt demzufolge zwei Begriffe und zwar den "des kleinen Pg" wie auch den des "Ortsgruppenleiters **bzw**. Zellenleiters" als unterste leitende Funktionäre der Nazipartei.

Ich darf hierzu ausführen:
Nach meinen persönlichen Erfahrungen innerhalb der mir vorgesetzt gewesenen Ortsgruppe war ich auf Grund der von München getroffenen Vorschriften auch als kom. Zellenleiter kein **leitender** Funktionär, sondern hatte praktisch nur die Anordnungen des Ortsgruppenleiters in verwaltungstechnischem Sinne an die Blockleiter innerhalb des Zellengebietes weiterzugeben und die etwa erforderlich gewordenen Erhebungen und Listen, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittelkarten von den Blockleitern einzufordern und an die Ortsgruppe zurückzuleiten. Was die Ortsgruppe bzw. der Ortsgruppenleiter selbst für Aufträge oder Sonderweisungen auf politischem Gebiete durch die Kreisleitung erhielt, blieb den Zellenleitern unbekannt. Somit waren diese lediglich Beauftragte für bestimmte Aufgaben der Ortsgruppe, aber niemals Wissende im Sinne einer Führung, die das Vertrauen weitester Volkskreise, insbesondere aber Hunderttausende aktiver Pg, so entsetzlich täuschte, diesen Idealismus abforderte, selbst aber Sadismus und Verbrechen als Mittel zur Erreichung imperialistischer Ziele anwendete.

Diese Hunderttausende aktive Pg und ehemaligen Block- bzw. Zellenleiter, darunter auch ich, mühen sich heute um den Wiederaufbau durch tatkräftigen Einsatz an den Brennstellen der Erfordernisse der gegenwärtigen Lage. So bin ich, wie selbstverständlich auch andere, heute Schwerarbeiter. Meine Tätigkeit fand Anerkennung durch Aufnahme im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund [81638]. Können diese Tatsachen nicht dazu dienen, uns kom. Zellenleitern eine Beurteilung zukommen zu lassen, die dem gesunden Volksempfinden entspricht, wenn sich dieses in etwa folgenden Worten äußert: was haben die Zellenleiter denn schon weiter getan als Lebensmittelkarten verteilt? Es sei ohne weiteres zugegeben, daß auch unter den Zellenleitern sich Schweinehunde befunden haben, die ihre Stellung in sträflicher Weise ausnutzten. Man wird aber ohne weiteres zugeben müssen, daß solche unlautere Elemente von Seiten der Antifa bzw. zuständigen Stellen längst die entsprechende Behandlung erfahren haben werden.

Deshalb eine Bitte für Viele:
Kann die Konferenz nicht die Möglichkeit finden, eine Entschließung herbeizuführen, daß hinsichtlich der Zellenleiter nach Prüfung der Einzelfälle die gleichen Grundsätze angewendet **werden können**, wie bei den nominellen und kleinen Pg? Kann ehrliches Mühen um das neue Deutschland nach Erkenntnis des Irrtums durch falsche Propaganda nicht auf diese Weise eine Anerkennung finden? Weshalb sollen diese Aktivisten, im Ringen um die Erfolge am Neuaufbau an dessen Brennpunkten schaffend, immer wieder mit dem Makel behaftet werden, nicht vollwertige Volks-genossen zu sein? Kann die Bestrebung zur Schaffung einer Einheitspartei nicht auch ihren Sonderausdruck darin finden, daß sie **diese** ehemaligen Aktivisten vollwertig innerhalb der Einheitspartei werden läßt, wenn sie es im Einzelfalle durch ihr Verhalten verdienen?

Bitte prüfen Sie diese Gedankengänge, die nicht aus Egoismus, sondern aus der Gesamtlage heraus sich entwickelten und die nur dazu dienen sollen, das neue, demokratische Deutschland auf seinem Wege vorwärts bringen zu helfen, weil jeder Mann, der guten Willens und Vorsatzes ist, gebraucht wird!

Hochachtungsvoll!

Thomas

Nachsatz:
Ich darf nach meinen Ausführungen für die Fassung des Entwurfs zur Resolution in Vorschlag bringen, weil für die breite Leserschaft der Zeitungen und für die Stellungnahme der Leser zur Resolution erwünscht.

1.) Klärung des Begriffs "kleiner Pg" durch das Zentralkomitee der KPD;
2.) Klärung der Fassung "Ortsgruppenleiter **bzw** Zellenleiter" ["bzw"]

ferner:
für die Diskussion:
ehemalige Pg, die jetzt Mitglied des FDGB sind, dürfen Delegierte innerhalb des FDGB wählen,
sie sind also wahlberechtigt und in demokratischem Sinne wieder als Vollmitglieder anerkannt.
Weshalb dann der Widerspruch, daß diese ehemaligen Pg von der politischen Wahlberechtigung ausgeschlossen sein sollen, obwohl der FDGB, der doch die Mitglieder aller vier Blockparteien einheitlich und ohne Unterschied umfaßt, sie [die ehemaligen kleinen Pg usw.] anerkennt und wertet?

Thomas

Berlin-Friedrichsfelde, 22.2.46

An das Zentralkomitee der KPD

Vielleicht ist es überheblich, als einzelner zur Resolution für die Parteikonferenz Stellung zu nehmen, ich möchte vorausschicken, daß ich am 15.12.45 aus Gefangenschaft zurückgekehrt bin und am 1.2.46 meine Aufnahme in die Partei beantragt habe und F.D.G.B.

Zur **Frage der Gemeindewahlen** möchte ich, auch vom Standpunkt fast aller Arbeitskameraden die Frage gestatten, ob ehemalige S.A.Leute auch das Wahlrecht erhalten sollen, und wenn die Konferenz dafür ist, doch zumindest die S.A.Leute von der Wahl ausgeschlossen sehen, die vor 1933 in der S.A. eingetreten sind, ausgenommen diejenigen K.P.D.Genossen, die zwecks Zersetzungsarbeit Mitglied der S.A. waren und dies nachweisen können. Denn zum Beitritt zur S.A. konnte doch niemand gezwungen werden und die S.A. war doch auch Hitlers Garde und unsere Sklavenhalter, zum mindesten müßte man einfachen S.A.Leuten eine Bewährungsfrist stellen.

Mit Gruß für die Parteikonf.

Alfred Englisch
Berlin-Friedrichsfelde
Kol. Birkenhain 23

Plauen, d. 22.2.46

An das Zentralkomitee d. K.P.D.

Habe d. Resolutions-Entwurf gelesen u. teile Ihnen folgendes mit,

1. Im Kampf zur Liquidierung von Faschismus u. Reaktion wäre hinzusetzen, daß alle Pg. vom Range d. Zellenleiters ab! vom Dienst der öffentlichen Verwaltungen d. Gemeinden, des Staates, d. Krankenkassen u.s.w. beseitigt werden müssen, ferner müssen alle Pg. im Range d. Kreisleiter auf Befehl v. Herrn Marschall Shukow enteignet werden, ferner Kreisamtsfachschaftsleiter stehen im Rang eines Kreisleiters u. sind somit von freiem Handel und Wirtschaft zu beseitigen! u. zu enteignen u.d. Vermögen dem Konsum-Verein zu übergeben! dürfen keine Geschäfte mehr betreiben, denn das waren ja die Nazi-Garde, mit der man die Arbeiterschaft versklavte u. den nötigen Druck auf das Volk ausübte.

2. Zum Volksbildungswesen wäre zu sagen, daß für alle begabten Arbeiterkinder die Schule, von der niedrigsten Schule bis zur Universität, vollkommen schulgeldfrei ist!

Vielleicht können Sie meinen Freund Wilhelm Pieck grüßen!

Mit rot Front
zeichnet Wilhelm Sorger
Plauen i.V. Falkensteiner Str. 2
Ortsteil Klein Friesen

Vielleicht kann mein Freund Wilhelm einmal zu mir nach Plauen kommen u. sich im schönen Vogtland mal erholen, ich bitte um Nachricht, ich würde mich freuen! Denn für die Partei wäre es kein Fehler!

Stadtlengsfeld, 23.2.46

Z.K. der K.P.D.
Berlin C.2.
Wallstr. 76-79

In der Resolution für die Parteikonferenz wird unter "die einstigen Mitläufer der Nazis" ausgeführt, daß diese "armen, irregeführten Geschöpfe den falschen und verderblichen Weg, den sie gefolgt waren, erkannt hätten" u.s.w. Haben die Hauptschuldigen die Sühne für ihre Verbrechen zu tragen, so sind die Mitläufer doch erst Schuld daran, daß es diesen Verbrechern möglich war durch die stillschweigende Zustimmung der Mitläufer ihre Untaten zu begehen.

Die Annahme der Parteizugehörigkeit der N.S.D.A.P. erfolgte doch meistens nur um **persönlicher** Vorteile willen. Wer nicht Pg. war, war vom Futternapf ausgeschlossen. Bis 33 stand dieser Gesellschaft noch genügend soz. Literatur zur Verfügung, es hätten sich auch die "Intellektuellen" etwas politisch bilden können und wären nicht dem Rattenfänger in ihrer pol. Dummheit zum Opfer gefallen.

Trotzdem sie sahen, wie klassenbewußte Arbeiter in den Heldenkellern von einer sadistischen Bande gefoltert wurden, wie Familienväter auf Nimmerwiedersehen verschwanden, hat sich keine Hand gerührt, wurde kein Wort laut, um diese Taten zu ändern. Ihre soziale Lage war ja gesichert, dafür wurden sie ja Pg.

Wer gegen seine eigene Klasse kämpft, gehört zum Lumpenproletariat und hat kein Recht mehr, sich politisch zu betätigen. Er mag seinen Anteil an allen zukünftigen Errungenschaften der klassenbewußten Arbeiterschaft haben, an ihren Kämpfen darf er nicht teilnehmen. Hat er zur Haltung seiner Stellung die Parteizugehörigkeit der N.S.D.A.P. erworben, so hat er jetzt seine Stelle dem Betriebsrat zur Verfügung zu stellen, der andere, klassenbewußte Kräfte dafür einsetzen wird.

Die Arbeiterschaft ist immer noch zu bange den sogen. Intellektuellen entgegenzutreten. Sie hat doch jetzt gesehen, daß deren pol. Horizont im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Stehkragens steht. Diese

Kräfte sind nach & nach leichter zu ersetzen als sie wohl denken. Die höchste Stelle im Betrieb und Leitung sei der Betriebsrat. Zur Einstellung aller Werksangehörigen ist er entscheidend. Zur Erfassung der Parteimitglieder der K.P.D., d.h. der Kaufleute & Techniker wäre wohl eine Stelle zu gründen, der alle Anschriften dieser bekanntzugeben sind, und die den Austausch gegen Pg.`s zu besorgen hätte. So werden wir einmal Betriebe erhalten, frei von kapitalistisch verseuchten Elementen.
Wir haben nach dem vorigen Krieg gesehen, wohin es führt, wenn die Humanitätsduselei gegenüber dem Kapitalismus zu weit geführt wird. Wir sind auf dem besten Wege, diese Scharte wieder auszumerzen, dürfen aber nicht in denselben Fehler verfallen wie damals. Feind bleibt Feind, ob er aus Eigennutz oder Dummheit handelt, ist ganz gleich.

Ein eigenes Kapitel sind noch die Parteilosen. Diese, ohne eigene Meinung, zu träge und zu feige sich eine eigene Meinung zu bilden, zwischen den Parteien schwankend, verfolgen nur ihren spießbürgerlichen Eigennutz. Man weiß nie, wie man mit ihnen dran ist. Wie Froschlaich, den man in den Händen knetet, zwischen den Fingern hervorquillt und nie eine feste Gestalt annimmt, so erscheinen mir diese schwankenden Gestalten. Sie sind für uns gefährlicher als der blutigste S.S.Mann, da man nie weiß, ob Freund ob Feind, sie sind eben politisch **nicht einwandfrei.**

Wir haben noch einen schweren Kampf vor uns: "Ost gegen West". Sorgen wir dafür, daß im Osten wenigstens alle Betriebe frei werden von Nazi-Elementen, um nicht auf eigener Scholle einen Zwei-Fronten-Krieg zu führen.
Etwas anderes ist es mit den Jugendlichen, die in der Nazi Ideologie großgeworden sind. Ihnen war keine Möglichkeit gegeben, andere Ideengänge kennenzulernen und gegen einander abzuwägen. Hier muß ein anderer Maßstab angelegt werden und dafür haben die Jugendorganisationen zu sorgen.

Etwas anderes auch bei Leuten, die ehrenamtlich ihren Mitbürgern einen Dienst leisteten (Kriegsversehrte, Rotes Kreuz) und von den Nazis in die Partei gezwungen wurden. Ihnen soll die Zugehörigkeit zur Partei nicht verwehrt werden.

Da dem Rest dann nur noch die bürgerl. Parteien zum Eintritt verbleiben, werden fast alle diese ehemaligen Pg.s in ihre Reihen strömen und die Macht dieser Reaktionäre wird hiermit einen ungeheuren Zuwachs erhalten, und weil wir ja gut demokratisch ausgerichtet sind, wird die Arbeiterschaft an die Wand gedrückt.

Wir leben, Gott sei Dank, in einer Demokratie, d.h., die Stimmen jedes pol. Schafskopfes wiegt so schwer wie die eines pol. Einsichtigen. Als Lenin 1917 nach Rußland zurückkehrte, fand er überall eine revolutionäre Stimmung vor, die ihm die Masse zuführte und seiner meisterhaften Führung gelang es, diese Stimmung aufrechtzuerhalten bis zum siegreichen Ende. 1918 hätten wir dieselbe Aufgabe lösen können, denn die Macht lag in den Händen der Arbeiterschaft, wenn nicht eine opportunistische Führerschaft den Revolutionären das Heft aus der Hand gewunden hätte. Hierzu kam dann noch die Lügenpropaganda über Greuel, begangen von den Spartakisten.

Es ist ganz gleich, ob wir jetzt Unglücklichen helfen. Im ersten Augenblick wird er die Hilfe dankbar empfinden, im nächsten Augenblick ist sein Gedanke, daß ihm diese Hilfe ja zusteht, und von da ist der Schritt nicht weit, daß diese Hilfe ungenügend und es eigentlich eine Gemeinheit ist, daß sich nicht die ganze Welt um ihn bekümmert. Schuld daran ist der erste Helfer, daß noch andere da sind, die ihm hätten helfen können, daran denkt er nicht. Der Leitsatz, daß irgendeine gewährte Hilfe den Betroffenen in unsere Reihen führen könnte, ist irrig, denn die Masse ist konservativ bis in die Knochen und denkt gar nicht daran, hierin ihre Meinung zu ändern solange kein äußerer Anstoß erfolgt, um diese Meinung zu erschüttern. Dann allerdings fällt sie jedem Phrasendrescher zur Beute. Man darf ihr nur nicht mit logischen Beweisen kommen, sie verwechselt Ursache & Wirkung und kennt keine kausalen Zusammenhänge.

Die Russen sind Schuld daran an unserer Ernährungslage, oder die verdammten Kommunisten drängen sich in alle Posten, ohne daß etwas besser wird. Das ist der Dank. Da hilft keine Aufklärung. So im Osten.

Im Westen haben wir ja an den Wahlen gesehen, wie der Wind weht. Die Masse hat keine Lehre gezogen aus dem furchtbaren Geschehen

der letzen Jahre. Fast möchte man sagen, sie heißen alle Untaten gut, denn sie verteidigen ein System, das in allen Zeiten Kriege entfesselt hat und das bei dem jetzigen Kulturstand überflüssig geworden ist, das kapit. System.

"Kampf dem Kapitalismus" muß wieder unser Feldgeschrei werden und nicht "Kampf dem Faschismus". Dann müssen wir rücksichtslos alle kapit. Elemente aus den Betrieben ausmerzen. Durch die Betriebe an die Bauernschaft (auch noch ein Kapitel) heranzukommen suchen, und so die Schlüsselstellungen in unsere Hand bringen.

Es wäre eine Leichtigkeit, überall festzustellen, wieviele Mitglieder in jedem Ort die Arbeiterpartei zählt, wieviel Stimmen für Rechts od. Links abgegeben sind und so festzustellen, wo die Arbeit einzusetzen hat. Die Wahl sei Pflicht für jedes Mitglied und seine Hausgenossen.

Hat der Ausgang der Wahl gezeigt, daß die Masse zur Vernunft gekommen ist und sich offen gegen den Kapitalismus bekennt, dann erst ist es Zeit, den ehemaligen Pg.s unsere Reihen zu öffnen.

Paul Gerhardt
Stadtlengsfeld Obertor 7
z.Z. Düsseldorf bei R. Staggemeyer,
Rather Broich 93 bis 25/4/46

(19) Niemberg b/Halle, den 23.2.46.

Zentralkomitee der KPD.

Berlin C 2

Zu Ihrer Resolution am 2.u.3.März 46

Mögen die ehemaligen Nazianhänger auch eine besondere Schuld unserem Volk u.s.w.

Täuschen Sie sich nicht zu leicht in den Nazianhängern. Für evtl. Verbrechen können solche nicht hauptverantwortlich gemacht werden, aber es ist auch bei jedem einzelnen größte Vorsicht geboten.
Wenn auch kein Haßgedanken aufkommen soll, dann ist es aber auch nicht unbillig, an die Jahre 1933/45 zurückzudenken, wo den Antifaschisten die Kandaren bis zur letzten Stunde angelegt waren.
Und weiter, unter den Zellen-u. Blockleitern der NSDAP hatte ich meine größten Gegner u. Anzeiger, die wußten alle, was sie taten; nur jetzt stellen sie sich etwas tölpisch, sie wollten früher alle an Gemeinheiten groß werden.

Mit demokratischem Gruß !

A. Richard Gans.

Horst B r a n d i s
Oelsnitz i.Erzgeb.

23.Febr.1946.

An

das Zentralkomittee der K. P. D.

B e r l i n C. 2
Wallstrasse 76-79.

Betrifft: Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD.

Ich habe als ehemaliger Mitläufer der Nazipartei, der ich als junger Mensch ebenfalls den Versprechungen der Nazis auf ein "sozialistisches Deutschland" Glauben schenkte und mich heute, wie fast alle anderen Nazi, am meisten belogen und betrogen fühle, habe mit grossem Interesse die vorgenannte Resolution gelesen und bin von fast allen Punkten begeistert. Besonders freut es mich dabei, dass endlich auch uns ehemaligen kleinen Nazis Gelegenheit geboten werden soll, mitzuhelfen am Neubau eines wahrhaft demokratischen Deutschlands, denn das haben wir ja in Wirklichkeit- ich meine die breite Masse - immer gewollt und nicht die verbrecherische Politik eines Hitler !!

Wichtig ist mir dabei, dass endlich einmal die wirklichen Kriegsverbrecher - und das sind nur die Großgrundbesitzer, Banken-,Konzern- Trust und Stahlmagnaten - zur Verantwortung gezogen werden sollen und nicht "der kleine Pg.", der doch nur das gute wollte und heute bitter enttäuscht und betrogen am liebsten Hitler und seine Trabanten selbst an den Galgen gehängt hätte.

Was ist aber nun ein kleiner Pg. ? Doch kaum ein Block - oder ehemaliger Zellenleiter oder wie sonst das Amt heissen mag, das ein einfacher Mann bekleidet hat !! Mir ist genau bekannt, wie auch Ihnen, dass die Befehlsgewalt in der Nazipartei erst beim Kreisleiter losging und so könnte man höchstens beim Ortsgruppenleiter von einem führenden Funktionär sprechen, denn die anderen hatten ja alle nichts zu melden! Gerade dieser oder jener Zellen- oder Amtswalter , sei es nun in der NSV oder sonstwo sind nur Idealisten gewesen und haben vielen geholfen und oft manches verurteilt,konnten aber nichts ändern,da es ihnen sonst schlecht gegangen wäre.

Deshalb erscheint es mir wichtig, dass von vornherein nicht die als führende Funktionäre angesehen werden, die gar keine waren,sondern die nur das ausführten bezw.ausführen mussten, was auf Grund des dämlichen Führerprinzips angeordnet wurde. Obwohl sie das selbst oftmals innerlich ablehnten oder dagegen waren.

Es wäre deshalb meiner Ansicht nach politisch und moralisch mehr als gerechtfertigt, auch diesen kleinen Amtsträgern die Möglichkeit zu geben, mitzuhelfen und ihre ganze Kraft, die sie früher - wie sie alle heute sehen - einer Wahnsinnspolitik im guten Glauben hingegeben haben, für das neue Deutschland mit einzusetzen. Das Ergebnis wird dann bestimmt das sein, dass sich jene Menschen mit Begeisterung für den neuen demokratischen Staat einsetzen, dass die Familien und die Verwandten dies dankbar anerkennen,sei es durch besondere Mitarbeit und bei der Wahl usw.

Hängen wir dieses Mal wirklich nicht den kleinen Pg., sondern den Reichs- und Gauleiter oder Kreisleiter.

Nicht aber den einfachen Amtsträger, wenn er nichts weiter verbrochen hat !

Also nicht den kleinen Funktionär zur Verantwortung ziehen,ihn etwa von der Aufnahme in eine Partei ausschliessen oder ihn etwa nicht wählen lassen. Das wäre meiner Ansicht sehr nachteilig. Denn gerade der kleine Funktionär, der am meisten erkannt hat,dass er seine Freizeit und sein Geld für eine verbrecherische Idee geopfert hat, wird das zu schätzen und zu würdigen wissen, wenn er wieder mithelfen kann, das furchtbare Erbe seines Verführers zu beseitigen.

Deshalb kann jede Politik der Vergeltung oder in diesem Sinne erst dort beginnen, wo sie angebracht ist, nämlich höchstens ab Ortsgruppenleiter, wie dies auch in anderen Zonen der Fall ist.

Ich grüsse die KPD., die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung

Horst Brandis

Untergruppe der KPD
Wirtschaft und Arbeit

Dresden, den 23.2.1946

Betr.: Die Resolution für die Parteikonferenz.

Bei dem Durcharbeiten der Resolution und der daran anschließenden Diskussion auf der Untergruppensitzung kamen folgende Unklarheiten des Textes zur Sprache:

In der Stellungnahme zu dem ehemaligen Pg's solle denselben Gelegenheit gegeben werden, sich durch aktive Mitarbeit am Kampfe gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben. Diese Formulierung ist sehr unklar und bedarf einer kongreten Stellungnahme, wo und wie sich diese ehemaligen Faschisten im Kampfe gegen den Faschismus und für den Neuaufbau eingesetzt werden sollen. Des weiteren betreffend der Ausübung des Wahlrechtes vermissen wir in der Aufstellung der Organisationen die Anführung der folgenden Untergliederungen der NSDAP: SA, NSKK, NFK, da dieselben schon durch das Tragen der Uniform ihre aktive Stellung zum Faschismus bewiesen haben. Außerdem ist wohl eine genaue Festlegung des Ausschlusses vom Wahlrecht, zeitlich gesehen, notwendig.

Pol.-Leiter, Kader-Leiter

Leipzig, den 23. Febr. 1946

An das Zentralkomitee der KPD Berlin C 2.

Betrifft: Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD

Obwohl ich nicht Funktionär, sondern ehemaliger SA-Mann bin, möchte ich die Gelegenheit benutzen, einer entscheidenden Stelle, etwas über die ehemalige SA zu schreiben, da deren Aufgaben und Bedeutung meiner Meinung nach meist überschätzt wird. Dabei bin ich mir der besonderen Schuld aller ehem. Nazisanhänger bewusst, die darin besteht, dass wir alle mit dazu beitrugen, dass Hitler seine Politik des Wahnsinns durchführen konnte. Aber umso mehr haben wir auch den Willen, diese Schuld wieder gutzumachen und am Wiederaufbau eines friedlichen Deutschlands, ganz gleich an welcher Stelle, mitzuarbeiten.

Von den meisten Pg.'s wurden, die nach Schliessung der Partei im März 1933 eingetretenen Mitglieder der SA nicht als gleichberechtigt anerkannt, sondern es wurde ihnen immer wieder gesagt: " Ihr seid die, die erst hinter der roten Fahne herliefen! " und auch die SA-Vorgesetzten warfen uns anfangs das gleiche vor, und wir wurden entsprechend behandelt, und zum Teil schikaniert.

Eine eigentliche Aufgabe hat die SA nach 1933 wohl kaum gehabt. Zunächst war das Exerzieren und Marschieren das Wesentliche. Als mit der Länge der Zeit dies schliesslich auch von den Führern als langweilig und unbefriedigend erkannt wurde, wurde das SA-Sportabzeichen erfunden, und die Zeit mit Vorübungen und der Ablegung dieses Abzeichens ausgefüllt. Zu irgendwelchen politischen Aufgaben, so beispielsweise zu den Judenverfolgungen, wurden die "neuen" SA-Männer nachweislich nicht herangezogen. Auf dem Lande war das Beisammensitzen nach dem Dienst in den Gastwirtschaften oder das Skatspielen, ebenso wie auch in den Städten, meist das Wichtigste.

Über die Dienstränge ist folgendes zu sagen. Die nach 1933 eingetretenen SA-Männer wurden, wenn sie einigermassen regelmässig zum Dienst erschienen, nach 1 bis 2 Jahren Sturmmann, Rottenführer, diese hatten überhaupt keine Aufgaben, dann Scharführer. Der Scharführer hatte die Aufgabe, 6 - 10 Männern Dienstbefehle zuzustellen, besondere Rechte oder Befehlsgewalt hatte er wohl kaum. Die sogenannten alten Kämpfer waren mindestens Truppführer oder mehr. In Sonderformationen, beispielsweise bei Sanitätern, Musikzügen, Spielmannszügen usw. erfolgte eine sogen. Beförderung noch eher und Funktionen hatten hier selbst höhere Dienstränge keine.

Ich möchte Ihnen diese Angaben machen, damit bei einer Beurteilung nach allgemeinen Richtlinien, ob nominell oder aktiv, auch für die Angehörigen der SA ein gerechter Massstab angelegt wird.

Günther Wegener.

Resolution der K.P.D.
vom 23. Februar 1946 N.45 4.Teil Punkt 5

Hier wird geschrieben,wirksame Hilfe für die bombenbe= schädigten Handwerker und von gewerblichen Mittelstand.Warum schreibt mann nichts von total ausgebombte gewerbetreibende Antifaschisten.Es gibt hier ehrliche Antifaschisten,die über 50 Jahre alt sind und sich schlecht eignen zum Umschulen,aber in ihrem Fach noch sehr viel leisten können.Sie warten auf eine Hilfe oder einen gerechten Ausgleich.Ich war einmal der Meinung,wenn die Nazis ausgewirtschaftet haben,wird es fraglich sein, ob noch soviel Antifaschisten leben,um alle noch beste= hende Gaststätten besetzen zu können.Und wie sieht es aus?Wir ausgebomb te Antifaschisten stehen auf der Straße und Nazis machen weiter. Ich lese die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis.Ich den= ke dabei sofort an 1918,so ungefähr sagte man damals auch.Für mich gibt es über das Alter von 30 Jahren überhaupt keine Verführten oder Mit= läufer,bis auf 1% vielleicht.Vor allem darf es im Ernährungsgewerbe überhaupt keine P.G. geben.Hier hätte man schon längst die Konzession entziehen müssen.Dann wären wir in Punkt Ernährung und Gaststätten nicht soviel sabotiert u.s.w.Zusammen gezogen möchte ich noch sagen, zu große Humanität ist Niederlichkeit und dafür mußman im Leben büßen. Vor allen muß der soziale Faden schnurgerade sein.Die S.P.D.muß zu= stimmen,damit es kein 18 -32 wieder gibt.Es genügt nicht,wenn man gros= se Verbrecher abbaut und Millionen kleine VerbrecherKonzessionen gibt, das ist noch gefährlicher für die Zukunft.Das heißt in der Zukunft den Sozialismus ausbauen.

Friedrich Wessel
3.Sekretär der K.P.D. der Ortsgruppe
Königsaue u. Aschersleben
Ascherslebenerstr.4 b.

Friedrich Wessel

Ausgebombter Gastwirt geb. 25.2.1892 aus Hamburg-Barnbeck,
Geierstr.20 Polizeirevier 61

~~Gastwirt~~
Friedrich Wessel
Königsaue
über Aschersleben
Ascherslebenerstraße 4

Geschrieben, 24. Februar 1946

An das
Zentralkomitee der KPD
Berlin C 2 Wallstr. 76-79

Wir haben in unserer Betriebsgruppe die Resolution für die Parteikonferenz der KPD durchgelesen und diskutiert.

KPD und SPD sind die Träger des Neuaufbaues Deutschlands, unserer Wirtschaft usw. Um dies weiterhin kräftig durchführen zu können, ist die sofortige Vereinigung der beiden Arbeiterparteien erforderlich.

Zu begrüßen ist der Beschluß der Arbeitsbeschaffung für jeden Werktätigen, damit positive Arbeit für den friedlichen Bedarf geschaffen wird. Infolgedessen begrüßen wir es auch, daß die Millionen kleiner Pgs in den Aufbau eingeschlossen werden sollen. Wir haben in unserer Betriebsgruppe auch kleine Pgs, es sind frühere Beamte. Wir haben sie als Arbeitskollegen recht schätzen gelernt. Sie greifen mächtig mit zu und sehen ein, daß sie von den Naziführern gründlich belogen und betrogen worden sind. Wir führen mit ihnen auch politische Gespräche. Sie urteilen recht sachlich und gut und werden bei guter Schulung sicherlich gute Partei-mitglieder werden. Man kann von ihnen lernen. Sie lesen Engels' Schriften usw., und wir sprechen uns darüber aus. Es ist daher für unser Vaterland sehr gut, daß solchen Leuten Gelegenheit gegeben wird, am Aufbau aktiv mitzuarbeiten. Wir Genossen haben uns über das Schicksal dieser Pgs ausgesprochen und bringen folgenden Vorschlag:

Jeder Pg muß ein Jahr mit Hacke und Schaufel arbeiten, ganz (gleich) ob er Kaufmann, Angestellter, Beamter usw. ist. Der Arbeitseinsatz geht durch das zuständige Arbeitsamt. Vorher ärztliche Untersuchung. Nach einem Jahr geht er dann in seinen früheren Beruf zurück, vorausgesetzt, daß in diesem Beruf Arbeitsplätze frei sind. Der FDGB übernimmt in dieser Arbeitszeit, in der die Löhnung als Hilfsarbeiter erfolgt, die politische Umschulung der Leute. Durch dieses Arbeitsjahr

erhalten die Pg eine ganz andere Kenntnis vom Leben, kommen auf den Arbeitsstellen mit verschiedenen Leuten zusammen und lernen dabei, die Händearbeit von jedermann schätzen. Sie kommen dadurch in ihren früheren Beruf als ganz andere Menschen zurück und sind mehr einsatzfähiger geworden. Ist jemand während seines Arbeitseinsatzes länger als 6 Wochen arbeitsunfähig, so muß er länger als ein Jahr arbeiten. Die Zeit für Anfang der Arbeitseinsatzes kann vom 1. Juni 1945 gerechnet werden. Nach einem Jahr vermittelt sie das Arbeitsamt in ihre frühere Tätigkeit zurück und stellt ihnen eine Bescheinigung über den abgeleisteten Arbeitseinsatz aus. In leitende Stellen bei Verwaltungen, Wirtschaft usw. dürfen solche Pgs nicht mehr gebracht werden. Außerdem müssen solche Pgs im ersten Jahre ihrer alten Beschäftigung von ihrem Verdienst 5 % Sühnebetrag an den Staat abführen, dann 5 Jahre 3% und dann weiter 2%. Nach zwölf Jahren kann dieser Abzug bei guter Führung wegfallen. Dieses Sühnegeld kann zum Aufbau und Zahlung von Renten sehr gut verwendet werden.
Dies wäre vielleicht eine Regelung für Beschäftigung solcher Pgs, die seit dem 30. Januar 1933 der Partei beigetreten sind.

Man könnte bei einem solchen Verfahren bei den Verwaltungen der Eisenbahn und Post vor allen Dingen frühere Beamte - ganz gleich welchen Posten der Beamte früher bei der Post oder der Eisenbahn gehabt hat - unterbringen, da unser Verkehrswesen noch nicht richtig geht, wären diese Leute dort am richtigen Platz eingesetzt und würden unserem Aufbau sehr nützen. In leitende Stellen dürfen sie natürlich nicht kommen. Was leitende Stellen sind, muß vorher die Verwaltung genau bestimmen. In solchen Stellen müssen tatkräftige Antifaschisten mit großem Wissen kommen. Aber in anderen Stellen können solche Pgs gut untergebracht werden, und wir haben von deren Fachkenntnisse, da sie doch oft schon Jahrzehnte bei einer Verwaltung waren, einen großen Nutzen. Für diese wiederbeschäftigten Beamten dürfte dann in einem Jahre gegen die Aufnahme in die Partei nichts mehr einzuwenden sein. Ich glaube auch, wir würden gute Mitarbeiter bekommen. Jedoch müssen für solche Pgs usw. alle Beförderungn und Prüfungen, die sie nach dem 30. Jan. 33 gemacht haben, da nur nazistisch eingestellte befördert wurden, für ungültig erklärt werden, das dadurch ersparte Geld kann zum Aufbau verwendet werden.

Nicht wieder beschäftigt bei Verwaltungen dürfen natürlich Pgs vor dem 30. Jan. 33 werden; denn die haben die anderen ja nur verführt, ebenso dürfen Leute, die 12 Jahre beim Militär waren, Zwölfender; und gewesene Offiziere, auch Reserveonkels, nicht wieder im Staatsdienst beschäftigt werden, denn diese sind nur die Keimzellen für den elenden Militarismus. Solche Leute verlangen Kadavergehorsam von ihren Mitmenschen und reden immer nur vom Militär. Sie verderben nur ihre Mitmenschen und warten nur, wo sie eine Uniform wieder tragen können und unseren Kindern den Kommißton beibringen können.

Dies wäre unser Vorschlag zur Resolution. Ich habe ihn niedergeschrieben, wie wir es besprochen haben. Manches hätte vielleicht noch ausführlicher geschrieben werden müssen. Sie werden uns wohl verstehen.

Witt.berge, d. 24.2.46
Bentwischer Weg 97

Werter Genosse!

Veranlaßt durch den Entwurf einer Resolution für die Parteikonferenz der K.P.D. und die Aufforderung, Vorschläge zur Verbesserung der antifa. dem. Arbeit zu machen, drängt es mich, Ihnen meine Gedanken und Ideen zu unterbreiten. Ich bin zwar keine Ortsgruppe etc., ja noch nicht mal Mitglied der K.P.D. (allerdings nicht durch meine Schuld), aber ich bin Marxist, sogar schon sehr lange und bei der S.P.D. organisiert. Aber das ist ja auch nebensächlich. Wesentlich ist, ob man für den Sozialismus arbeiten will oder nicht. Schwer und groß ist die Aufgabe, die vor uns liegt, und nur engstes, härtestes Zusammenarbeiten kann uns zum Ziele führen, oder wir werden statt der Schöpfer einer neuen Weltordnung die Totengräber des Sozialismus sein.

Werter Genosse! Das, was ich hier schreibe, ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das, was für die Konferenz, die "D.V.Z." oder "Der freie Bauer" geeignet erscheint, schreibe ich gesondert.

Zu Punkt I des Entwurfs wäre folgendes zu sagen: Vielerorts ist die Erfassung der Nazis ungeschickt angefaßt worden. Hier in Wittenberge sollen z.B. über 6000 Nazis aller Schattierungen gewesen sein, es haben sich aber noch keine 2000 gemeldet, trotz 2maliger Registrierung! Das ist kein Ruhmesblatt für uns. Es müßte möglich sein, alle Scharführer, Blockwalter, Truppführer etc. dazu zu bringen, daß sie alle ihnen unterstellten Leute namentlich angeben. Zusätzlich könnten unsere eigenen Genossen doch sagen, wer an ihrem Arbeitsplatz das Parteiabzeichen, SS oder SA Uniform getragen hat. Das soll nun nicht in eine Denunziation großen Stils ausarten. Es soll für unsere amtlichen Stellen auch nicht ein Evangelium sein, sondern nur ein Hinweis. Ein wertvolles Mittel sind auch Photographien, die während der Hitlerzeit gemacht wurden. Ich bin nun nicht der Ansicht, daß wir jeden Nazi mit Haut u. Haaren auffressen müssen, aber sie sollen auch auf keinen Fall glauben, daß sie uns noch mal dumm machen können. Im Gegenteil, die Ausführungen über "die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis" sind sehr gut. Alle diese Menschen von uns abzustoßen und der Reaktion in die Arme zu treiben, wäre eine nie wieder gutzumachende Dummheit. Ich habe einen ausführlichen Artikel "Wir und die Nazis", der im Grunde dieselben Gedanken enthält, vor ca. 10 Tagen an den "Märker" gesandt. Sollte er dort nicht erscheinen, werde ich ihn an die D.V.Z., bezw. Ihnen zuschicken,

Betr. Aufbau der Industrie u. Landwirtschaft möchte ich folgendes sagen: Es kann nichts anderes gehen, als diese beiden entscheidenden Gebiete fest in die Hand zu nehmen. Und doch sollte alles möglichst ohne Zwang gehen. Für uns gibt es hier Dreierlei: Überzeugend, nochmals überzeugend, mit allen Mitteln überzeugend! Wir können die Millionenmassen nicht zwingen! Eine ungeheure Propaganda muß einsetzen. In jedem Dorf, in jeder Kleinstadt könnten in einer geeigneten Anzahl Aushängekästen in kurzen Zeitabständen ganz kurz, aber klar und überzeugend gehalten, Artikel ausgehängt werden, die heute mal diese Frage und morgen jene behandelten. Aber kurz, klar und überzeugend, ein vernünftiger Widerspruch darf gar nicht möglich sein. Zu empfehlen wären auch über den Ort verteilte Lautsprecheranlagen, über die alle örtlichen Bekanntmachungen und dazwischen (evtl. eingeflickt in die Bekanntmachung) Aufklärung über das, was werden soll. Kurze Nachrichten, die dem Nazismus den Boden entziehen oder den Massen die ganze volksfeindliche Fratze des Kapitalismus zeigen. Die Kinos müssen durch geschickt und interessant aufgebaute Kurzfilme die Menschen überzeugen und begeistern verstehen. Varieté und Theater können ebenfalls sehr viel leisten. Zumal die kleinen Bühnen. Alle Poeten, Schriftsteller, Komponisten sollten aufgerufen werden zur Mitarbeit. (Themen: Eine Gruppe junger Sozialisten, die arbeitet, hilft, aufklärt, eine Gruppe Andersgesinnter, das Bourgeoisiesöhnchen, der Überpatriot, der Spieler-, Wettrennfanatiker, der Gebildete mit dem Akademikerdünkel, der notorische Faulenzer, die bürgerliche Amüsiergruppe etc. etc.) In einer Reihe von Aussprachen gelingt es der ersten Gruppe einen Teil der Letztgenannten zu überzeugen und zur Mitarbeit zu bringen, der andere Teil landet über dramatische Höhepunkte in der Gosse. Oder: Es ist Krieg. Die Bürgerfamilie ergeht sich in nationalen Phrasen, schiebt, lebt gut, sucht vor dem annähernden Krieg ihr Vermögen in

Sicherheit zu bringen. Der Alte ist ein Trottel. Sie hat ein kleines Techtelmechtel. Der Sohn ist ganz Nationalsozialist und kriegsbegeistert, Feind des Hause sich abspielenden Spießerpatriotismus. Nur die Tochter haßt diesen Krieg. Sehnt sich nach eine glücklichen Ehe, nach Mann u. Kind. Erkennt mehr u. mehr, wie dieser Krieg ihr ganzes Lebensglück zerstört, erkennt auch mehr und mehr die Ursachen dieser ganzen Misere. Auch sie versteht es, Menschen zu begeistern, um sich zu scharen und nach dem Zusammenbruch mit ihnen ein neues Leben anzufangen. Auch hochpolitisch könnte ein Theaterstück sein (während in den ersten das Politische gar nicht erkennbar sein soll. Nur nicht zu dick auftragen). Reden, Aussprüche, Schriften der Nazis, Militärs, Reaktion, politischer Geistlichkeit zitieren und durch kleine Beispiele, möglichst aus unserer näheren Umgebung, in ihrer Auswirkung vorstellen.

Wir brauchen auch noch sehr viele Propagandisten, die immer und überall, auf der Eisenbahn, in der Schlange, am Biertisch, in den Wartesälen, Krankenhäusern, im Kino (gute Pointen durch kurze Ausrufe unterstreichen), auf der Landstraße jeder Latrinenparole oder versteckten Nazipropaganda entgegentreten, nicht durch schimpfen oder drohen, nein lächelnd, belehrend, aber durch schlagkräftige Antworten den Parolenmacher bei seiner Umgebung ins Unrecht setzen.

Sehr gut sind auch die monatlichen Aussprachen zwischen Magistrat u. Bürgerschaft. Dabei nur nicht alles beschönigen wollen, nein, dies und das u. vieles andere gefällt uns auch noch nicht, aber wir haben das traurige Erbe antreten müssen, die und die Politik der Reaktion mußte dazu führen, wir wollen und werden das ändern und fordern alle **anständigen** Menschen zur Mitarbeit auf. Ich könnte Ihnen da so manches erzählen. Von Polizeibeamten, die sich auf Diskussionen einlassen u. dabei den Kürzeren ziehen u.s.w.

Zum Punkt Wahlen bin ich der Ansicht, daß alle Gegner der Demokratie, also auch den reaktionären Kreisen um Hugenberg u. Papen, das Stimmrecht entzogen werden muß. Sie alle haben bewiesen, daß sie Gegner der Demokratie sind und können logischerweise nicht in einer Demokratie mitbestimmen.

Die unter Punkt 3 - Vereinigung von SPD und KPD angeführten 4 Grundsätze sagen alles, was zu diesem Kapitel zu sagen wäre. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Vereinigung erst nach den Wahlen stattfinden sollte, durch die Vereinigung wird uns ein gewisser Prozentsatz Stimmen verlorengehen. Dieser Prozentsatz könnte uns um die Majorität bringen, auf die wir hier in der russischen Zone doch hoffen! Oder glauben Sie, daß die Querköpfe um Schumacher ihre Stimme für eine geeinte Partei abgeben werden? Wir haben auch jetzt noch unbelehrbare Revisionisten in unseren Reihen. Andererseits sollte von der KPD nie mehr das Wort von der "Diktatur des Proletariats" gesprochen werden. Es schadet unserer Bewegung mehr als es nützt. Die politischen Kinder, die sich unter Demokratie so'n honigsüßes Gemengsel vorstellen, werden dadurch abgestoßen. Und - wenn wir uns einig sind, haben wir die Diktatur der Mehrheit des deutschen Volkes. Der hat sich allerdings jeder unterzuordnen.

Zu Punkt 4/1 - Sicherung der Volksernährung - verweise ich auf meinen Aufsatz: "Das neue Dorf". Ich glaube, daß wir damit unserer soz. Wirtschaftsauffassung sehr nahekommen. Auch die Bauweise dürfte die wirtschaftlichste sein. In ein solches Dorf gehören auch Gemeinschaftsküchen. Und die Warenverteilung übernimmt der Konsum-Verein. Für nicht angebracht halte ich die freien Märkte.

Erstens: Diese Zeit geht dem Bauer bei seiner landwirtschaftlichen Arbeit verloren.

Zweitens: Der Bauer muß diese Ware teuer verkaufen, denn zu seinen Entstehungskosten kommen ja noch Transport zum Markt und Verkaufszeit hinzu.

Drittens: Wird ein großer Teil dieser Waren von Schwarzhändlern aufgekauft und mit einem unerhörten Überverdienst weiterverkauft werden, bezw. Weiterverschoben.

Viertens: Besteht keinerlei Gewähr, daß diese Waren auch nur einigermaßen gleichmäßig unter das Volks kommen. Auch der Bauer wird auf hingehaltene, begehrenswerte Tauschartikel zu Tausch bereit

sein. Gerade das führt zu sehr viel Mißstimmung unter der Arbeiterschaft.

Ich schlage folgendes vor: Für Produkte, die der Bauer über das Ablieferungssoll hinaus zur Ablieferung bringt, können ihm Bezugsscheine für ihm fehlende Textilien etc. ausgehändigt werden. Es ist dem Bauer aber auch klar und eindeutig zu sagen, daß er, genauso wie der deutsche Arbeiter, alles, was er erarbeitet, bis auf das, was er für sich benötigt, der Allgemeinheit gegen angemessene Bezahlung zur Verfügung stellen muß. Heute, wo deutsche Kinder vor Hunger sterben, macht kein anständiger Bauer Tausch- oder Schiebergeschäfte. Wer es trotzdem tut, richtet sich damit selbst.

Ich bin mir klar, daß es eine schwere Aufgabe ist, Dörfer in der vorgeschlagenen Form aufzubauen. Vielleicht lassen sich vorerst einige Musterdörfer dieser Art errichten, die dann Schulungsstätten für unsere Jungbauern sein könnten. Hier könnten die Menschen am praktischen Beispiel herangebildet werden, die später einmal die Führung der Landwirtschaft übernehmen sollen. Ich glaube, den Jungens würden doch die Augen aufgehen, wenn sie den Unterschied zwischen einer sauberen, mit allen Mitteln moderner Technik ausgerüsteten Bauernwirtschaft und ihrem Dreckladen (denn das sind 80% aller Bauernhöfe) zu Hause sehen.

Zum "Neuaufbau der Industrie" siehe den beiliegenden Aufsatz für die D.V.Z. Wir müssen zum mindesten dahin kommen, daß nur das volkswirtschaftlich Notwendige produziert wird. Das kann es nicht mehr gehen, daß jeder kapitalistische Schubiak sich irgendeine Salbe oder Heilerde oder Kruschen-Salz zusammenbraut und dann damit aufs Volk losgelassen wird. Keiner kann produzieren, was nicht staatlicherseits gutgeheißen wurde. Es sollte eine staatliche Institution geschaffen werden, bestehend aus erstkl. Organisatoren, den tüchtigsten Ingenieuren, Technikern, Facharbeitern u. Erfindern. Sie erhalten eine entsprechende Fabrikanlage gegliedert in eisen- etc., textil-, holz-, leder-, genußmittel-, keramikwarenverarbeitende Abteilungen. Angegliedert sind ein chemikalisches und ein physikalisches Institut. Hier wird alles untersucht, geprüft. Diese Einrichtung steht in ständiger Verbindung mit dem ganzen Volkes, das - ebenso wie die herstellende Industrie - neue Ideen, Verbesserungsvorschläge betr. Konstruktion, Arbeitsverfahren und zu verwendendes Material prüft und zur Belohnung vorschlägt.

Auch hier muß eine geschickte Propaganda einsetzen, die vor allen Dingen dem Konstrukteur, Ingenieur etc., Physiker u. Chemiker klar macht, daß er in der demokratischen Wirtschaft freier, ungehemmter arbeiten kann wie in der Privatindustrie, daß ihm Aufstiegsmöglichkeit bis zum Fabrikleiter gegeben ist. Auch an sein vaterländisches Gefühl appellieren. Ihm klar machen, daß es eine schönere Aufgabe ist, an der Befriedigung seines Volkes mitzuarbeiten, wie den Profitinteressen eines einzelnen Unternehmers zu dienen. Der Ingenieur muß auch viel mehr mit praktischem Wissen ausgestattet werden. Diese jungen Ingenieure, die mit ihrem Schulwissen in den Betrieb kommen, sind etwas Fürchterliches. Vielleicht müssen wir hier mit etwas ganz Neuem kommen: dem Facharbeiteringenieur.

Auch unsere Facharbeiterjugend muß noch besser ausgebildet werden. Diese jungen Menschen müssen von allem eine Vorstellung haben. Wie eine Uhr, ein Kochtopf, Gußstücke, Schmiedestücke, Klingenartikel, Ziehteile, Bänder, Spritzgußteile, vor allem auch Werkzeuge, Tuche etc. etc. entstehen, alles das müssen diese Jungens mal mit eigenen Augen gesehen haben. Dieses Wissen und das "wie man eine Arbeit anfaßt" wird sich in ihrer späteren beruflichen Tätigkeit sehr vorteilhaft auswirken. Alle hergestellten Waren durch Konsumgenossenschaft, landwirtsch. Genossenschaften, Baugenossenschaften etc. restlos erfassen. Diese Stellen sind alle mit ihrem Kopf für zweckmäßige u. gerechte Verteilung verantwortlich.

Werter Genosse!

Leider langt meine Zeit nicht dazu, zu allen Fragen Vorschläge zu machen. Wenn Wert darauf gelegt wird, bin ich gern bereit, meine Ansichten über "Volksbildungswesen", "Freie Deutsche Jugend", "Schulwesen", "Gesundheitspflege", "Währung", "Religion", "soziale Fürsorge" und "Wohnungsbau" darzulegen. Auch über "Transport und Verkehr" wäre manches zu sagen.

Es ist das Erstemal, daß ich mich mit allen diesen Fragen so eingehend befasse und meine Gedanken schriftlich niederlege. Etwas gedacht habe ich mir schon bei alle dem, was ich im Leben gelesen, gesehen und gehört habe. Aber den Extrakt daraus ziehe ich jetzt zum Erstenmale. Die Arbeit, die ich mir hier gemacht habe, ist getragen von dem Willen, wenn möglich auch einen Baustein zu unserem demokratischen Staate beizutragen.

Ich bin gern bereit meine Gedanken auch zur sog. Einheitspartei zu unterbreiten, wenn ich die Gewißheit habe, daß sich meine Ansichten mit dem, was kommen soll, decken.

Hier bitte ich um vollkommen offenes ungeschminktes Urteil

Zum Schluß möchte ich der Parteikonferenz der KPD wünschen, daß ihre Arbeit ein voller Erfolg beschieden sein möge.

Mit soz. Gruß

Adam Lammer

Leipzig, am 24.2.46

An das Zentralkomitee der KPD

Werte Genossinnen und Genossen!

Im Entwurf der Resolution für die Parteiarbeiterkonferenz am 2. u. 3. März Abschnitt 1 Rubrik Gemeindewahlen finde ich etwas unvollkommen.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sollen sein: Mitglieder der SS, des SD, Mitglieder leitender Wirtschaftsorgane der faschistischen Kriegspolitik, die während der Nazizeit Konzern-, Bank- und Betriebsleitungen angehört haben sowie leitende Funktionäre der Nazipartei vom Ortsgruppenleiter bzw. Zellenleiter aufwärts, in der HJ vom Scharführer aufwärts, heißt es im Entwurf.

Aber wie steht es mit den Frauenschaftsleiterinnen, wie mit den Führerinnen der Hitlerjugend, des BDM?
Ich schlage vor, diese vom Faschismus geschulten, von der nazistischen Ideologie verseuchten Frauen auf jeden Fall vom Wahlrecht auszuschließen. Man kann diese Frauen auf keinen Fall als nominell und damit als indifferent bezeichnen. Außerdem sind diese Leiterinnen und Führerinnen fast ausnahmslos aus dem reaktionären Bürgertum hervorgegangen und bedeuten somit für uns eine ernste Gefahr.
Ich bitte, meinen Vorschlag zu prüfen.

Mit kommunistischem Gruß
Änne Jonas
Frauenleiterin der Straßengruppe 1
Stadtteil 16 Arbeitsgebiet Süd-West
Leipzig W 31 Zollschuppenstr. 3 IIIr

Eschdorf, am 24. Februar 1946.
über Dresden Bad Weißer Hirsch
Nr. 66.

An
das Zentralkomitee der KPD.
B e r l i n C 2,
Wallstraße 76 - 79.

Vorschläge
zur Resolution für die Parteikonferenz der KPD.

Sachbetreff: Behandlung der ehemaligen Pg.

Man muß bei der Behandlung der ehemaligen NSDAP.-Funktionäre einen Unterschied zwischen Stadt und Land machen. Es gibt ein falsches Bild und führt praktisch zu Ungerechtigkeiten, wenn man die Inhaber von Parteiämtern auf dem Dorfe mit denen in der Stadt auf eine Stufe stellt.

In den kleinen Dörfern unter 1000 Einwohnern bestanden in der Regel auch Ortsgruppen der NSDAP. Es waren aber Zwergortsgruppen. In den kleinen Dörfern war der Arbeitsanfall innerhalb einer solchen Liliput-Ortsgruppe so gering, daß der Ortsgruppenleiter wohl in der Lage gewesen wäre, alle Arbeiten selbst zu verrichten. Der Blockleiter in einer Stadtortsgruppe hatte eine größere Arbeitsleistung zu bewältigen als der Ortsgruppenleiter eines kleinen Dorfes. Der Hang zu Überorganisation führte aber dazu, daß jeder Mitarbeiter einer NSDAP-Kreisleitung auch auf den kleinsten Dörfern einen besonderen Sachbearbeiter seines Aufgabengebietes haben wollte.

So kam es, daß auch auf den Dörfern unter 1000 Einwohnern "Parteiämter" eingerichtet wurden, die aber meist nur auf dem Papier standen oder aber nur geringe Arbeit erforderten. Die Blockleiter, Zellenleiter, Amtsleiter, soweit es sie auf den Dörfern überhaupt gegeben hat, traten in den kleinen Ortsgruppen so gut wie gar nicht in Erscheinung und wurden im Dorfe meist nicht als politische Aktivisten empfunden. Auch die sogenannten Gliederungen spielten auf dem platten Lande eine untergeordnete Rolle. Die Frauenschaft war oft ein Kaffeekränzchen ohne politische Bedeutung. Man tut diesen Dorforganisationen viel zu viel Ehre an, wenn man sich überhaupt noch mit ihnen beschäftigt.

Es wird deshalb vorgeschlagen:

In den Dörfern unter 1000 Einwohnern werden die Inhaber von Parteiämtern als kleine Pg. betrachtet und den nominellen Mitgliedern der Nazipartei gleichgerechnet. In Zweifelsfällen entscheidet der örtliche Antifa-Ausschuß.

Als leitenden Funktionär könnte man höchstens den Ortsgruppenleiter betrachten. Es hat aber auf den kleinen Dörfern auch Ortsgruppenleiter gegeben, die man beim besten Willen nicht als Aktivisten bezeichnen kann. Auch hier sollte die Stellungnahme des örtlichen Antifa-Ausschusses ausschlaggebend sein.

Berlin-Pankow, den 24.2.1946

An das
Zentral-Komiteeder KPD
B e r l i n C 2
Wallstr. 76 - 79

Die Straßengruppe IV, der Stadtteilleitung I, der VBL Pankow, hat am 22. Februar 1946 zur Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 Stellung genommen und beschlossen, folgende Vorschläge dem ZK zu unterbreiten:

Zu Punkt 2 der Resolution:

Es wird vorgeschlagen, Richtlinien für die Behandlung der ehemaligen nominellen Pg's herauszugeben, damit die Behandlung derselben bei den Ortsgruppen und einzelnen Straßengruppen der Partei einheitlich durchgeführt wird. Darüberhinaus, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn in den Ortsgruppen bzw. Straßengruppen Ausschüsse gebildet werden, die die einstigen Nazi-Anhänger bezüglich ihrer politischen Vergangenheit genauestens prüfen. Hiermit wäre eine Gewähr gegeben, nur die wirklichen ehemaligen Mitläufer der Nazi zur antifaschistisch-demokratischen Arbeit heranzuziehen und darüberhinaus, dieselben in den Genuß der politischen Schulung unserer Partei kommen zu lassen.

Weiterhin ist aufgefallen, daß die Mitglieder der SA bei der Ausschließung vom Wahlrecht nicht mitaufgeführt sind. Es wird angenommen, daß hier nur ein Druckfehler vorliegt; denn es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß auch jedes einfache Mitglied der ehemaligen Sturmabteilung der Nazi-Partei kein Wahlrecht genießen darf.

Zu Punkt 4 der Resolution:

Es wird begrüßt, daß die Kosten zur Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen usw. z.T. durch die Mieteinnahmen der Hausbesitzer, die über die laufenden Ausgaben (einschl. Haus-Instandsetzungsabgabe) die hinausgehen, dazu erfaßt werden. Denn es ist nur recht und billig, daß in unserem kommenden demokratischen Staat der Hauseigentümer, durch die Abschaffung seiner mühelosen Gewinne, somit zur Arbeit gezwungen wird und nicht wie bisher, auf Grund seines Vermögens ein Drohnenleben führen kann.

b.w.

Die Mitglieder der Straßengruppe IV, wünschen der Parteikonferenz vollen Erfolg bei Ihrer Arbeit zum Aufbau unseres neuen antifaschistisch-demokratischen Deutschland und somit zum Wohle der gesamten Deutschen Arbeiterschaft.

Mit kommunistischem Gruß!

Karl Stimmer

Straßen-Gruppe IV

Dresden, den 25. 2. 1946

An
das Zentralkomitee der KPD
Berlin

In dem **Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. u. 3./3. 46** wird, wie schon so oft, der Zellenleiter der Nazipartei als leitender bezw. führender Funktionär bezeichnet. So heißt es in dem Entwurf, daß von den Gemeindewahlen die leitenden Funktionäre vom Ortsgruppen- bezw. Zellenleiter an aufwärts ausgeschlossen werden sollen. Sie stellen also hier den Zellenleiter mit dem Ortsgruppenleiter auf eine Stufe. Es ist anzunehmen, daß hier eine Verwechslung zwischen Stützpunktleiter u. Zellenleiter vorliegt, denn der Stützpunktleiter stand dem Ortsgruppenleiter gleich, oder aber es liegt eine Verkennung der wirklichen Tätigkeit des Zellenleiters vor. Ich gestatte mir deshalb Ihnen die Funktionen, die ein Zellenleiter hatte, zu unterbreiten.

Zunächst der Aufbau innerhalb der Ortsgruppe:
Als unterstes Organ der Block- u. Zellenleiter, welche auch bei jeder Gelegenheit gemeinsam genannt wurden, dann kamen die Amtsleiter, wie Geschäftsführer, Personal-, Propaganda-, Organisations-, Schulungs-, Presse-, Kassen-, Film- u. Funkamtsleiter und die Amtsleiter der DAF u. NSV u. dann die Ortswalter der DAF u. NSV und zuletzt der Ortsgruppenleiter. Z.B. hatte der Ortsgruppenleiter regelmäßig Amtsleiterbesprechungen, wozu niemals die Block- u. Zellenleiter hinzugezogen wurden.

Und nun die Tätigkeit des Zellenleiters:
Der Block- u. Zellenleiter waren nur die Boten der Partei, wobei der Blockleiter ein viel größeres Betätigungsfeld als der Zellenleiter hatte, denn der Zellenleiter hatte mit der Bevölkerung überhaupt nichts zu tun. Der Zellenleiter war nur die Mittelaperson zwischen Ortsgruppe u. Blockleiter. Alles was der Blockleiter zu erledigen hatte, holte der Zellenleiter in der Ortsgruppe ab und stellte es den Blockleitern, in meinem Falle waren es 4, zu. Außerdem rechnete er die von den Blockleitern kassierten Parteibeiträge mit dem Kassenleiter ab. Damit war die Tätigkeit des Zellenleiters, die man bestimmt nicht als führend

bezeichnen kann, erschöpft. Einen Einfluß oder Einblick in die Geschäftsführung oder in parteipolitische Maßnahmen hatte der Zellenleiter keinesfalls. Was er in der Ortsgruppe abzuholen hatte, lag in seinem Fach, dort nahm er es heraus u. verschwand wieder. Hieraus wollen Sie ersehen, daß der Zellenleiter tatsächlich nicht als führender Funktionär anzusehen ist, sondern nur eine ganz untergeordnete Position einnahm und wenn man die Verantwortung u. Betätigung zugrundelegt, eigentlich noch unter dem Blockleiter stand. Daß der Block- u. Zellenleiter eine Kategorie waren, beweisen ja auch die gleichen Rangabzeichen an der Uniform.
Aber all dieser Zinnober ist ja nun Gott sei Dank vorüber, wir sind sehr schwer enttäuscht worden und wollen nun umsomehr am Neuaufbau mithelfen. Es wird wohl wenige geben, die das bis heute noch nicht eingesehen haben, wie schwer wir betrogen wurden.
Und so bitte ich Sie, erkennen Sie aus meiner Darlegung, daß der Zellenleiter tatsächlich nicht als leitender oder führender Funktionär anzusehen ist und revidieren alle Ihre Anordnungen und Maßnahmen in bezug auf die Zellenleiter, so daß diese günstiger bezw. milder behandelt werden.

Hochachtungsvoll
Willy Klemm

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Groß-Hessen
Frankfurt a. Main, Gutleutstr. 8-12
Telefon 32876

Frankfurt a.M., 25.Febr.1946
F/W.

An das
ZK. der KPD.
B e r l i n
Wallstr. 76-79

Werte Genossen!

Die Bezirksleitung Gross-Hessen hat sich in ihrer Sitzung vom 23.2.46 mit dem Entwurf zur Resolution für die Parteikonferenz in Berlin beschäftigt und dazu folgendermassen Stellung genommen:

1. Die Bezirksleitung billigt vorbehaltlos die in der Resolution vorgenommene Einschätzung der politischen Lage in Deutschland, die Beurteilung der Politik der Partei seit dem Aufruf des ZK. vom 11.Juni 1945 und die praktische Aufgabenstellung für die nächste Periode.
2. Die BL. stellt jedoch kritisch fest, dass die Kapitel 2 bis 4 im wesentlichen auf Grund der politischen Verhältnisse in der Sowjetzone formuliert wurden. Sie ist sich dabei nicht darüber im klaren, ob diese Formulierung vom Gesichtspunkt der Verhältnisse in der Sowjetzone nicht mit voller Absicht geschehen ist, so wie es auch in einer Pressemitteilung hiess, dass Gäste aus den Westzonen zur Reichsparteikonferenz erwartet werden. Aus diesem Grunde sieht die BL. auch vorläufig davon ab, Abänderungsvorschläge einzubringen, die sich mit einer konkreten Darstellung der Verhältnisse in der amerikanischen Zone oder mit einer detaillierten Aufgabenstellung der Partei in dieser befassen würden. Sie ist der Meinung, dass eine schematische Übernahme der für die Sowjetzone aufgestellten praktischen Forderungen auf die Westzonen Verwirrung anrichten könnte bzw. von den Massen der Bevölkerung nicht verstanden würde.
   Als Beispiel hierfür führen wir an:
   Im Kapitel 4 Abs. 1: "Festigung der Bodenreform usw." "Steuerbegünstigung für Neubauern" - "Aufbau der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" - "Ausbau ihrer Geräteverleihstellen usw."

   Im Absatz 2: "Die Grundlage für den Aufbau ist der Wirtschaftsplan." usw.

   Absatz 9: "Die Freie Deutsche Jugend ist eine einheitliche antifaschistische Jugendorganisation auf der Grundlage der Jugendgruppen der Betriebe, Wohngebiete usw. "

   Auch in den übrigen Absätzen des Kapitels 4 müssen zumindest Ergänzungen eingefügt werden, die den in den Westzonen vordringlichen Sofortmassnahmen entsprechen, Massnahmen, die durch die fortgeschrittene Demokratisierung der Verwaltung und andere gesetzliche Tatsachen in der Sowjetzone heute bereits überholt sind. Dies trifft insbesondere zu für die Aufgaben auf dem Gebiet der Sicherung der Volksernährung, des Neuaufbaus der Industrie und der Entwicklung des Volksbildungswesens.

3. Kapitel 2. Das Zitat aus dem Aufruf des ZK vom 11.6.: "Wir sind der Auffassung..." kann sich nicht ausschliesslich stützen auf die in den ersten beiden Sätzen des Kapitels gemachten Feststellungen. Dass es falsch wäre, Deutschland ein Regierungssystem irgendwelcher anderer Staaten aufzuzwingen, müsste unterstrichen werden, ohne es allein zu begründen mit den "besonderen Verhältnissen. wie sie in Deutschland nach der Zertrümmerung des Hitlersystems bestehen", denn: "die Abwehr gegen Versuche zur Einführung fremder Regierungsformen insbesondere in den westlichen Zonen ist gleichbedeutend mit dem Kampf gm wirkliche Demokratie".

4. Im Kapitel 4 müsste nach dem Absatz über das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft hervorgehoben werden, in welcher Form sich die Reaktion in den Westzonen gerade in der Wirtschaft zu sammeln versucht: Rolle der Industrie- und Handelskammern, Neubildung von Arbeitgeberverbänden, Belassung von Reaktionären und Militaristen in den Betriebsleitungen. Sabotage der Produktion usw.

5. Im Kapitel Gemeindewahlen müsste Bezug genommen werden auf die Erfahrungen bei den Wahlen in der amerikanischen Zone und daran anknüpfend die Voraussetzungen für eine wirkliche demokratische Wahl in den übrigen Zonen formuliert werden. Bei der Aufzählung der Naziaktivisten fehlen die höheren Grade der SA. Die Formulierung "vom Ortsgruppenleiter bzw. Zellenleiter" ist zweideutig.

6. Kapitel Aktionseinheit. Statt: "Die Feinde der Einheit wollen verhindern, dass eine geeinte starke Arbeiterklasse zu dem Kraftzentrum wird....." sollte es heissen: "Die Politik der Feinde der Einheit, die nur parteiegoistischen Zielen dient, verhindert praktisch, dass eine geeinte .....".

Mit Genossengruss!

Strassengruppe 582
Stadtteil X
Bezirk Friedrichshain

Berlin, den 25. Februar 1946

Zentralkomitee der
K. P. D.

Berlin C. 2
Wallstr. 76

Betrifft: Resolution zur Parteikonferenz 2.u.3.3.1946.

Wir Mitglieder der Strassengruppe 582 des Stadtteils X, Bezirk Friedrichshain sind dem Ersuchen des Z.K. um Stellungnahme zum Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der K.P.D. nachgekommen. Alle Aufgaben, die sich die K.P.D. beim Neuaufbau Deutschlands gestellt hat, fanden vorbehaltlose Zustimmung unserer Genossen. In eingehender Diskussion, an der sich sämtliche anwesenden Genossen beteiligten, wurden aber auch Mängel und Fehler geschildert, die abzuändern, dringende Angelegenheit der Parteileitung sein sollte.

Grundlegende Voraussetzung für eine demokratische Erneuerung Deutschlands, ist die gründliche Säuberung aller Selbstverwaltungsorgane und Wirtschaftsstellen von Faschisten und Militaristen aller Art, eine Aktion, die zum grössten Teil, was den Sowjetsektor anbelangt, als abgeschlossen gelten darf. Bei der Neubesetzung dieser Funktionen, insbesondere derjenigen untergeordneter Natur, unterlaufen Fehler, welche unsere Bevölkerung in der Beurteilung der neuen Verwaltung, gelinde ausgedrückt, sehr erbittern. So umfassend und erschöpfend alle Massnahmen auf den ersten Blick erscheinen, so müsste die Parteileitung unter allen Umständen versuchen, hier grundlegenden Wandel zu schaffen. Die sittsam bekannten Kräfte der Reaktion nutzen diese Situation geschickt aus und versuchen, alle Fehler, die unterlaufen, unserer Partei in die Schuhe zu schieben. Dadurch gerät die K.P.D. in starken Misskredit, eine Tatsache, die sich nicht bestreiten lässt, und die bei allen Genossen grösste Sorge auslöst. Durch das neue Mannöver der Reaktion, ihre Positionen nach und nach von unten herauf zu erobern, wir denken hierbei an sämtliche Stellen, die mit der Abfertigung des Publikums zu schaffen haben (Kartenstellen, Polizei, Wirtschaftsstellen, Sozialamt usw.) schlagen wir deshalb vor:

1) Genaue Kontrolle der politischen Vergangenheit, insbesondere der sogenannten Nicht-P.G's., sowie strengste Sichtung aller neuen Bewerber.

2) Schaffung eines zentralen Kontrollrates, aus zuverlässigen und bewährten antifaschistischen Kräften, dem ausschliesslich die Aufgabe zufällt, Einstellungen vorzunehmen.

3) Voraussetzung der verlangten geistigen und körperlichen Eignung.

4) Regelmässige Abhaltung von Lehrgängen allgemeinbildender sowiee spezialler Art (Verkehr mit dem Publikum).

b.w.

5) Austausch geeigneter Kräfte untereinander.

Ferner vermiessen wir im Entwurf zur Resolution Hinweise, wie sich die Parteileitung die weitere finanzpolitische Entwicklung unseres Wirtschaftslebens vorstellt und damit analog die Umgestaltung unseres Steuerwesens. Ohne einschneidende Massnahmen im deutschen Währungssystem, verbunden mit einer durchgreifenden Steuerreform, sind alle Anstrengungen aus unserer Notlage herauszukommen, nur Ansätze und Stückwerk. Zu diesen beiden Punkten schlagen wir vor:

1) Alle Versprechungen von restloser Enteignung der Finanzgrössen, Kriegsverbrecher und aktiven Nazis endlich wahr zu machen.
2) Alle beschlagnahmten Vermögen und Vermögenswerte in die öffentliche Hand zu leiten, die dafür Sorge zu tragen hat, dass die Not derjenigen, die durch den Krieg alles verloren haben, wenigstens teilweise gelindert wird.
3) Verwaltung der enteigneten Fabriken, Banken usw. durch Stadt- bezw. Provinzialverwaltungen. Nutzbarmachung des Gewinns für die Allgemeinheit.
4) Dauernde Sperrung aller Bankguthaben über 3000 Mark. Verwendung der evtl. verbliebenen Werte für den Wiederaufbau.
5) Grundlegende Steuerreform unter der Devise: "Wer viel verdient, soll mehr Steuern zahlen."
6) Energische und rücksichtslose Ausrottung des Schwarzen Marktes. Anweisung an alle Preisüberwachungsstellen, endlich Schluss zu machen mit den lächerlichen Geldstrafen und durch drakonische Massnahmen, einschliesslich Freiheitsstrafen Ordnung zu schaffen.

Betreffs der kleinen Pg's, bitten wir die einzelnen Verwaltungsbezirke, Anweisung zu geben, noch keine Pg's aufzunehmen. Die Ausführungen des Genossen P i e c k sind von vielen Genossen falsch verstanden worden und haben aus einer Isolationspolitik eine Aufnahme in die K.P.D. gemacht. Wie wir in Erfahrung brachten, wollen im Bezirk Kreuzberg einzelne Funktionäre schon dazu übergehen, Pg's. in die K.P.D. aufzunehmen.

Gruppenleitung

Majerholz — Chełbowski

Berlin, den 25. Februar 1946.

Ergänzungen zu dem Entwurf der Partei - Resolution für die Partei-Konferenz am 2. und 3. März 1946.

Die Strassengruppe 574 Friedrichshain begrüsst die im Entwurf der Partei-Resolution niedergelegten Richtlinien und Massnahmen zur Entnazifizierung der Verwaltungen und Betriebe. Die Strassengruppe sieht in der Durchführung dieser Aufgaben die Voraussetzung für eine reibungslose Aufbauarbeit und Produktionssteigerung sowie einer vorbildlichen demokratischen Arbeit der Verwaltungen und Betriebe. Im Widerspruch zu diesen Richtlinien stehen jedoch die Vorschläge über die Behandlungen der kleinen Pg.'s und der genannten Mitläufer der Nazipartei. Die Strassengruppe ist sich darüber einig, dass ein bestimmter Teil der kleinen Pg.'s nicht so harmlos war, wie sie es heute gern scheinen möchten. Ein bestimmter Teil der Pg.'s waren die Denuzianten, die die Genossen in die Kz.'s gebracht und die Bevölkerung 12 jahrelang terrorisiert haben. Es sind die Pg.'s, die heute ein Heer von Rechtsanwälten gegen die Arbeitenden ~~entgegen~~ in Anzeigen bringen und wo sie nur können, den Wiederaufbau sabotieren. Die Strassengruppe 574 Friedrichshain empfiehlt folgendes zur Behandlung der Pg.'s:

Ein Urteil der Einstellung der Pg.'s zum demokratischen Aufbau ist z.Z. noch verfrüht. Sie sind der Meinung, dass die Pg.'s sich erst die volle berechtigten Einfügung in die Gemeinschaft verdienen müssen. Zu diesem Zweck werden sie von den Arbeitsämtern erfasst und von diesen zu r praktischen Arbeit und zwar an der Trümmerbeseitigung und am Aufbau des Verkehrs und der Produktionsstätten mindestens 1 Jahr beschäftigt. Nachdem sie sich ein Jahr bewährt und im neuen demokratischen Sinn bewegt haben, erhalten sie vom Betriebsrat eine Freistellungsbescheinigung welche sie berechtigt, dem FDGB und einer Partei beizutreten, um somit vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu werden. Diejenigen Pg.'s, welche sich weigern, am Aufbau mitzuarbeiten, werden den aktiven Pg.'s gleichgestellt und als solche behandelt.

Zur Frage des Rundfunks wird angeregt, bei Tagungen des FDGB und der beiden Arbeiterparteien das gesamte Programm auf Schallplatte aufzunehmen und im Rundfunk lückenlos zu übertragen. Da zwei Wellenlängen zur Verfügung stehen, lässt sich dieses leicht durchführen, indem eine Wellenlänge für die Übertragung der Veranstaltungen des FDGB und der Arbeiterparteien zur Verfügung gestellt werden können.

Franz Gabay
Pol. n. 574.

Die am 26. Februar tagende Stadtteilversammlung Moltke der KPD, Stadtkreis Eberswalde schlägt zum Entwurf der Resolution zur Parteiarbeiterkonferenz folgende Änderungen vor:

In Abschnitt I: Kampf um die endgültige Liquidierung von Faschismus und Reaktion

soll es im zweiten Absatz heissen:

statt " In der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitungen von von Faschisten"

folgendermassen:
"In der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitungen von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und ihrer sämtlichen Gliederungen sowie von solchen Personen, die als Stützen der Naziherrschaft zu bezeichnen waren."

In Abschnitt II " Die demokratischen Initiative des Volkes usw." heisst es ungefähr in der Mitte: "Durch Bildung von Ausschüssen für Wohnungs- und Ernährungsfragen, für Wirtschaft, für Finanzfragen und dergleichen sind neue Frauen und Männer aus dem Volk zur ehrenamtlichen Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen heranzuziehen."

Es wird um Einfügung eines Z u s a t z es an dieser Stelle gebeten, dass nicht nur ehrenamtlich, sondern auch h a u p t a m t l i c h Frauen in stärkerem Masse als bisher auch in der Provinz zu den Verwaltungsorganen herangezogen werden sollen.

Schliesslich fordert die Stadtteilversammlung Moltke, dass in der Frage etwa bevorstehender Gemeindewahlen die Parteikonferenz genauestens prüfen und diskutieren soll, ob es politisch tragbar ist, dass die nominellen Pgs schon bei den ersten Wahlen zugelassen werden, wie aus dem vorliegenden Entwurf zur Resolution ersichtlich ist.

Kommunistische Partei D
Stadtkreisleitung
Eberswalde

Gruppe - Sellheim

Stadtteil IV Bezirk Kreuzberg Berlin, SO 36, d. 26.2.46

An das Zentralkomitee der K.P.D.
Berlin C 2. Wallstr. 76-79

Stellungnahme der Gruppe Sellheim und der Gruppe I8 zur Resolution für die Parteikonferenz der K.P.D. am 2.u.3. März 46.
Wir schlagen folgende Änderung vor.
Die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis.

Zur Beleuchtung der Pg.Frage möchten wir nur an den Ausspruch Hitlers erinnern: "Schmäht mir nicht die kleinen Pgs. Sie sind die Garanten des Dritten Reiches. Und waren sie es etwa nicht?
Die kleinen Pqs. waren die ausführenden Organe, und sie gaben sich gerne dafür und dazu her. Tausende und abermals Tausende in die KZ-Lager brachten ja diese Pgs, fühlten sich als Denunzianten sehr stolz und [sind] somit das Rückgrat des Nationalsozialismus gewesen. Auf Grund der Mitgliederzahl und seiner Mitläufer war es einem Hitler nur möglich, einen derartig grauenhaften Krieg zu führen, ja noch vor Kriegsende spielten die Pgs. mit einem Sieg auf die Volksmassen einen Druck aus. Durch all diese Vorkommnisse haben sich die kleinen Pgs außerhalb der Gemeinschaft gestellt und haben auch jetzt abseits zu bleiben. Alle Pgs. haben erst eine zweijährige praktische Aufbauarbeit zu leisten und werden in erster Linie Schutt und Trümmerhaufen beseitigen müssen, also praktische Arbeit leisten. Denn genannte Pgs arbeiten am wenigsten, bevölkern aber am stärksten den schwarzen Markt. Eine Aufnahme der Pgs könnte erst nach einer zweijährigen Bewährung zur Debatte stehen. Diese Forderung ist ein berechtigtes Verlangen aller K.P.D.Genossen.

gez. F. Hellwig
Org-Leiter d. Gruppe Sellheim

26.FEB.1946

Einige Randbemerkungen zur Resolution für die Parteikonferenz

Zu Kapitel 1)
An allen entscheidenden Wendepunkten unserer "glorreichen" Geschichte versagte das Volk, weil es versagen mußte. So hat es auch an dem Wendepunkt in 1945 versagt. Wo keine Voraussetzungen für das Gelingen eines Unternehmens gegeben sind, läßt sich unschwer dessen Mißlingen vorhersagen. Ein Volk, das durch Jahrhundertlange geschichtliche Entwicklung dumm, feige, hörig und engstirnig wurde, kann nicht über Nacht zu fanatischen Verfechter einer fortschrittlichen Revolution werden. Wer bestimmte und formte bisher die geschichtliche Entwicklung... Die Reaktion. Diese Entwicklung der deutschen Menschen in seiner geschtl. Epoche war Stagnation und dazu brauchte man den Menschen mit den erwähnten Eigenschaften. Forcieren wir unsere Anstrengungen, die Voraussetzungen für eine fortschrittliche Entwicklung zu schaffen. Wir bauen damit ein Fundament das seinesgleichen in der Welt nicht hat; denn daß der deutsche Mensch nicht von Natur aus mit jenen unwürdigen Eigenschaften belastet ist, beweisen seine Taten.
Heute ist offenkundig, daß die faschistischen und anderen reaktionären Elemente bis zu Ende bankrott gemacht haben. Daß ich nicht lache. Reaktionäre und Faschisten sind am allerwenigsten nationale Elemente. Also haben sie noch nicht bankrott gemacht, sondern nur eine Niederlage erlitten; es kann eine entscheidende sein, wenn sie richtig ausgenutzt wird. Die Sowjetmacht mit ihrer absolut dem Frieden dienenden und nur daran interessierten Politik ist mir fast die Garantie dafür. Doch wer sich über das Wesen "Reaktion" klar ist, muß mit Überraschungen rechnen auch wenn sie offenkundiger Wahnsinn sind.

Zu Kapitel 2)
Wenn die Erfindergabe aller Werktätigen "ausgenützt" wird, kann der Aufbau gelingen.
Dazu ist unerläßlich, daß der Werktätige sich seines Wertes bewußt wird und danach handelt. Der klassenbewußte Arbeiter gibt heute als Gegenwert nicht nur seine Arbeitskraft, sondern auch seine Intelligenz, Initiative und guten Willen her. Diese heutige Bereitschaft zum vollen Einsatz entspricht seinem Klassenbewußtsein. Arbeiter und Unternehmer sind gleiche Partner.
Handwerk und Kleinhandel sind im weitesten Maße usw.
Ist mir nicht ganz klar, welche Funktion der Kleinhandel in seiner Masse heute noch hat, als die, abzutreten und die Schippe zu greifen. Wer l Tag in der Woche arbeitet, um 7 davon zu leben, ist heute nicht tragbar.

(Gehört an den Anfang zu Kapitel 2)
Wir sind der Auffassung, daß der Weg Deutschl. das Sowjetsystem aufzuzwingen falsch wäre usw.
Diesen Satz kann ich nur unterstreichen. Die deutsche Pleite ist einmalig und einzigartig in ihrer Vollkommenheit. Die Argumente sind so hinreißend und überzeugend und die Machtmittel, die uns namentlich im sowj. Sektor zur Verfügung stehen, so gewaltig, daß der Erfolg auch epochemachend sein muß, ohne daß wir auf diese Leistung besonders stolz sein können.
V. Dinder
Bln. N.O. 55, Prenzl. Allee 229

[Zeitungsausschnitt]

Aus "Der Berliner" Nr. 24 v. 23.11.
Ich verstehe nicht, warum man so sehr auf ihn schimpft.
Sein Scharf biick ist direkt lobenswert.
Bln. 24. Febr. 1946

26.FEB.1946

Oldisleben

Entwurf! Resolution der K.P.D. am 2.u.3. März 1946 ist gut:
Es müßte aber noch an anderer Stelle - Nur wenige Hauptkriegsverbrecher wurden verhaftet - Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte waren die gehorsamsten Diener von Hitler, haben nicht nach richterlichen, juristischen, menschlichen Ermessen Urteile gefällt, sondern nur auf Befehl Hitlers. Diese sind genau so große Kriegsverbrecher wie Hugenberg u. Konsorten. Keiner dürfte von denen mehr auf freiem Fuße sein. - Wir verlangen, daß diese alle verhaftet werden und auf die Anklagebank kommen.

Mit komm. Gruß

Fritz Kühne Oldisleben, Schulberg 10

Seit 50 Jahren gewerkschaftlich wie politisch organisiert, 1919 die Ortsgruppe der K.P.D. gegründet und geführt, auch Mitbegründer der jetzigen Ortsgruppe, 73 Jahre alt.

Kommunistische Partei Deutschl.
Ortsgruppe Hohenschönhausen

Bln-Hohenschönhausen, den 26.2.46
Berlinerstr. 119

An das Z.K
der KPD

Antrag

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 2 „die demokratische Initiative des Volkes" usw. hinter „Sauberkeit der Verwaltungsorgane zu sichern" einzufügen:
Den Wählern muß das Recht gegeben werden, ihre Abgeordneten und Gemeinderäte im Falle der Ungeeignetheit wieder abrufen zu können.
Der Antrag wurde mit 63 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Antrag

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 2 betrifft: Wahlrecht, einzufügen hinter „oder des SD" „Mitglieder der SA, Frauenschaft, soweit sie sich aktiv betätigt haben".
Der Antrag wurde mit 57 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Antrag

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt „Wahlrecht" einzufügen, hinter „vom Scharführer aufwärts", „auch sind Denunzianten deren, Handlungen antifaschistischen Kreisen irgendwie geschadet haben, vom Wahlrecht auszuschließen".
Der Antrag wurde mit 64 Stimmen angenommen.

Antrag

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 2 einzufügen den Passus „Bereinigung des Justizwesens von Reaktionären oder nazistischen Richtern und Staatsanwälten.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

A n t r a g .

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 4 Abs. 1 einzufügen hinter"Schleichhandel und Schwarzen Markt", "Ausbau der Preisämter und rücksichtslose Bestrafung der Preiswucherer durch Schließung der Geschäfte und Einziehung der Vermögen."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

A n t r a g .

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 4 Absatz 8 einzufügen hinter"kinderreichen Haushalten ist zu erhöhen, "bei nachweislicher Aktivität als Nazisten fällt die Erhöhung fort".

Der Antrag wurde mit 57 Stimmen dafür und 5 dagegen und 2 Stimmenthaltung angenommen.

A n t r a g .

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt Abschnitt 4 Absatz 3 am Schluß hinzuzufügen: "Schaffung von Kontrollorganen der Mieter in den Wohnblocks, insbesondere in den Wohnsiedlungen der Wohnungsbaugesellschaften, die mit Hilfe staatlicher oder städtischer Gelder gebildet wurden.
Die gesetzliche Verankerung des Mitbestimmungsrechtes dieser Organe beim Wiederaufbau bzw. der Instandsetzungsarbeiten von Wohnungen.
Kontrollrecht dieser Organe über das Finanzgebahren der Wohnungsgesellschaften".

Der Antrag wurde mit 64 Stimmen angenommen.

A n t r a g .

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18.V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 4 Absatz 7 hinter "Förderung der Begabten" einzufügen, "Schaffung von Elternbeiräten an allen Schulen".

Der Antrag wurde mit 64 Stimmen, also einstimmig angenommen.

A n t r a g .

Die Gesamt-Funktionärkonferenz 18. V.B.L. Ortsgruppe Hohenschönhausen beantragt zum Abschnitt 4 Absatz 6 ist hinter "auf der Heimreise" einzufügen: "Der Austausch von nicht vorbelasteten Kriegsgefangenen gegen aktive Nazis ist bei der interalliierten Besatzungsbehörde anzustreben".

Der Antrag wurde mit 62 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung angenommen.

F D G B Verband 7 (Eisenbahn) Ebersbach(Sachs),den 26.2.46
beim Bahnhof Ebersbach(Sachs)

An das Z e n t r a l k o m i t e e der K P D

B e r l i n C 2
Wallstraße 76 - 79

Betr.: Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2.u.3.3.46

Die Mitglieder des FDGB Verb.7 (Eisenbahn) beim Bahnhof Ebersbach(Sachs) (100 % organisiert) stimmen der für die am 2.u.3. März 1946 stattfindenden Parteikonferenz der KPD zum Ausdruck gebrachten Resolution betr. Behandlung der ehem.kleinen Pg. vollinhaltlich zu. Man gebe diesen kleinen Pg. Gelegenheit zur positiven Mitarbeit,nehme den starken physischen Druck,der durch die Unsicherheit auf diesen Leuten lastet und eine ständige Unfallquelle darstellt,von ihnen.Es dürfte dieses um so leichter sein,da es sich vorwiegend um ältere Leute,die z.T. schon jahrzehnte lang im Dienst sind,handelt und die ja schließlich damals nur dem dauernden Druck,der betreffs Erwerb der Mitgliedschaft bei der NSDAP durch die Verwaltung(Amtsblätter,Unterricht u.s.w.) ausgeübt wurde,erlegen sind.

Der Gewerkschaftsausschuß

Mayj

Kommunistische Partei Deutschlands

Ortsgruppe Strausberg

Große Straße 1, Liebknecht-Haus
Girokonto:
Städt. Sparkasse Strausberg Nr. 20

Strausberg, den 26.2. 1946

An

ZK der KPD, Berlin C 2, Wallstraße 76-79,
KPD Bezirksleitung Brandenburg, Potsdam,
KPD Kreisleitung Oberbarnim, Freienwalde,
Zelle Ost,
Zelle West,
Zelle Herm. Kelm, Vorstadt,
Zelle Bötzsee, Vorstadt,
Betriebsgruppe Stadtverwaltung.

Betr.: Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2.u.3.3.1946.

Zu dieser Resolution haben wir in unserer gestrigen Arbeitsgebietsleitungs-Sitzung Stellung genommen. Bevor wir unsere Änderungsvorschläge formulieren, protestieren wir gegen die kurzfristige und nach unserer Auffassung undemokratische Durchführung dieser Konferenz. Bis heute ist uns durch die Kreisleitung, die für uns genau wie auch die Bezirksleitung ein Stern von Bethlehem ist, noch keine Anweisung darüber zugegangen, ob und wieviel Deligierte von der Ortsgruppe zu dieser Konferenz zu wählen sind. Wir haben also keinerlei Gelegenheit, unsere Auffassung zu dieser Resolution persönlich zu vertreten. Wir sind durchaus Anhänger des von den Bolschewiki geschaffenen Prinzips des demokratischen Zentralismus, können aber dieses Organisations-Prinzip natürlich nur anerkennen, wenn die zentrale Politik der Partei durch demokratische Aussprache und daraus folgenden Beschlüssen geschaffen wird.

Zur Resolution selbst haben wir folgende Änderungsvorschläge:

1. Betr.: Gemeindewahlen:

von Wahlrecht ausgeschlossen sollen sein sämtliche ehemaligen Mitglieder der NSDAP. und deren Gliederungen.

Begründung: Wir sind durchaus der Auffassung, daß den ehemaligen sogenannten kleinen Pgs die Möglichkeit zur Teilnahme am antifaschistisch demokratischen Aufbau gegeben werden soll. Diese Teilnahme muß allerdings praktischen und nicht theoretischen Charakter tragen. Wir sind die letzten, die einen ehemaligen kleinen Pg der sich willig in die Aufbaufront einreiht Steine in den Weg legen. Es geht aber auf keinen Fall an, daß diese Teilnahme lediglich durch das Wahlrecht dokumentiert werden soll. Hier besteht durchaus die Gefahr, daß der Reaktion Auftrieb gegeben wird und im Zuge der Gemeindewahlen, die aufopfernde Tätigkeit der aktiven Antifaschisten durch Ausbotung derselben infolge der Wahlen zunichte gemacht wird.

Zu 4,/2 - Neuaufbau der Industrie usw.

bitte wenden !

Hier vermissen wir die Festlegung der Interessenvertretung der Landarbeiter. Trotz Durchführung der Bodenreform verbleiben noch gewisse Gruppen von Bauern, die auch in Zukunft auf Inanspruchnahme fremder Arbeitskraft angewiesen sind. Wir schlagen folgende Formulierung vor:

Das Mitbestimmungsrecht der Landarbeiter soll dadurch gewährt werden, daß kollektiv innerhalb der Gemeinden je ein Vertrauensrat der Landarbeiter gewählt wird, dem die Recht des Betriebsrats zugebilligt werden.

Zu 8. Gleichberechtigung der Frau:

Den letzten Satz bitten wir wie folgt zu formulieren:

Die Lebensmittelzuteilung an Hausfrauen in kinderreichen und solchen Haushalten, wo mindestens 2 Erwerbstätige Familienmitglieder durch die Hausfrau betreut werden, ist zu erhöhen.

Hierzu dürfte eine Begründung wohl nicht mehr erforderlich sein.

~~Mit kommunistischem Gruß~~

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Schönow
Sekretariat

den 26.2.1946

An das
Zentralkomitee der KPD

B e r l i n C 2

Wallstrasse 76/79

Zu dem "Entwurf"
der Resolution für die Parteikonferenz am 2. und 3. März 1946"
wurde in unserer gestriegen Funktionärsitzung beschlossen, Euch unsere folgende Stellungnahme mitzuteilen.
Und zwar zum Absatz "Gemeindewahlen"

1. Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit soll abhängig gemacht werden von mindestens 3 Monaten der Ortsansässigkeit des Betreffenden.
2. Ehemalige Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen (Außer DAF und NSV, sofern sie keine bezahltes Hauptamt hatten) sollen kein Wahlrecht haben.

Für die Ortsgruppe Schönow der KPD.

Kaderleiter.

Kommunistische Partei Schönow Deutschlands

1. Polit.Sekretär.

In Anbetracht der Tatsache, dass nicht allein die Spaltung der Arbeiterschaft zu 1933 führte, sondern die laue Gesetzgebung der Weimarer Koaltion gegen den deutschen Imperialisten mit dafür verantwortlich war, erhält über

der Teil derResolution des Zentralkomitees der KP welcher von der Wahlberechtigung der NSDAP-Mitgliedschaft spricht folgenden Wortlaut:

Ehemalige Mitglieder der NSDAP und deren Unterorganisationen sind auf keinem Fall wahlberechtigt wenn eine 10 jährige Mitgliedschaft zugrunde liegt oder eine kürzere Mitgliedschaft mit einer Funktion vom Blockleiter aufwärts.

Woltersdorf b.Erkner, den 27.Febr.1946

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei
B e r l i n C 2
Wallstr.76/79

Betr.: Resolutionsentwurf.

Die Ortsgruppe Woltersdorf der Kommunistischen Partei hat in ihrer Mitgliederversammlung am 26.Februar 1946 zu dem Resolutionsentwurf des ZK eingehend Stellung genommen, und billigt den Resolutionsentwurf in seiner Gesamtfassung bis auf den Punkt - Gemeindewahlen - .

Einstimmig wurde beschlossen, dem Zentralkomitee folgende Abänderung zu unterbreiten:

1.) Gemeindewahlen in der sowjetisch-besetzten Zone unter allen Umständen nicht vor Oktober d.J. stattfinden zu lassen.

Begründung:

Wir sind uns dessen bewußt, daß Ernährung Politik ist und auf Grund der augenblicklich herrschenden katastrophalen Ernährungslage, die ganz erheblich von den Sätzen, welche in Berlin üblich sind, abweicht, besteht nicht die geringste Chance, eine Mehrheit für die geeinte Arbeiterschaft augenblicklich zu erzielen.

2.) Bei den ersten stattfindenden Wahlen nicht nur Kriegsverbrecher und führende PGs auszuschalten, sondern sämtliche Mitglieder der früheren NSDAP und ihren Untergliederungen das Wahlrecht abzusprechen.

Begründung:

Es kann nicht angehen, daß diese Menschen in den vollen Genuß des Wahlrechts kommen, nachdem sie 12 Jahre lang über Deutschland und darüberhinaus über die ganze Menschheit dieses Unglück verschuldet haben. Hier liegt die Gefahr nahe, daß durch die Zulassung der Vorgenannten, die politische Vertretung maßgebend bestimmt wird. Gerade wir in den Landgemeinden können feststellen, mit welcher Frechheit diese Banditen heute schon wieder auftreten, und nur ein geringer Prozentsatz würde die Stimme für die geeinte Arbeiterpartei abgeben. Wir unserer seits schätzen die Gefahrt, die bei einer Zulassung dieser Kreise zur Wahl schon heute in ihrer zu erwartenden Auswirkung genügend ein. Die politische Vertretung innerhalb der Gemeinden muß unter allen Umstenden bei der 1.stattfindenden Wahl von bewußten Antifaschisten bestimmt werden.

Wir bitten, unseren Abänderungsvorschlag ernsthaft in Erwägung zu ziehen und eine Abänderung des Resolutionsentwurfes in dieser Hinsicht vorzunehmen.

Mit kommunistischen Gruß!

i.A.

(Pol.Leiter)

Kommunistische Partei Woltersdorf Deutschlands

Kommunistische Partei Deutschlands
12. Verwaltungsbezirk Steglitz
Sekretariat

Berlin-Steglitz, den 27.2.1946
Schloßstraße 60
Telefon: 24 68 05 u. 24 67 05

An
das Zentral-Kommitee der K.P.D.

B e r l i n C 2
Wallstr. 76/79

Werte Genossen !

Nachstehend übermitteln wir Euch eine Entschließung der Ortsgruppe Lankwitz auf der Mitgliederversammlung.

"Entschließung der Mitgliederversammlung
vom 21. Febr. 1946

Das Z.K. der Partei wird aufgefordert in der Presse klar zum Ausdruck zu bringen, daß die K.P.D. den nominellen Nazi's zwar die Mitarbeit beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ermöglichen will, der Eintritt in unsere Partei jedoch vorläufig nicht in Frage kommt.

Ortsgruppe Lankwitz
(K n a p p)."

Mit komm. Gruss !
V. B. L. 12. Verw. Bez.
Sekretariat (Blaschke)

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
V.B. BERLIN Steglitz

Bezugnehmend auf den Teil der Resolution, welcher von nominellen Pgs spricht, ersucht der Stadtteil VIII folgenden Satz einzufügen resp. zu berichtigen:

Um eine Reinhaltung aller Verwaltungsbezirke von enemaligen Nationalsozialisten während der ersten Jahre des Wiederaufbaues zu erzielen, beantragt der Stadtteil VIII, dass es allen Nationalsozialisten sowohl nomineller als auch aktiver Natur bis zum Jahre 1950 nicht gestattet wird, in einer Behörde orgendeine Stellung einzunehmen.

27.2.1946

Berlin, den 27.Februar 1946

An das Z. K. der K.P.D.

B e r l i n C.
Wallstrasse

Betrifft: Stellungnahme der Strassengruppe "Jonny Scheer" vom Stadtteil "Alex" zur Resolution des Z.K.

Absatz I Alle Aufsichtsratmitglieder und Direktoren, sowie ~~XXXX~~ Prokuristen der Kriegsindustrie sind vor einem ordentlichen Gericht zu stellen, welches von zuverlässigen antifaschistischen Richtern besetzt sein muss.

Gründe: Sie haben Hitler finanziert und den Krieg bis zur höchsten Potenz unterstützt und sich dadurch mitschuldig am völligen Zusammenbruch Deutschlands und seiner Zerstörung gemacht.
Durch ihre scharfen Massnahmen gegenüber der Arbeiterschaft haben sie diese nicht nur mundtot gemacht, sondern unzählige in Arbeitserziehungslager und in's K.Z. gebracht. Dasselbe muss auch gegen alle Mtglieder der Banken in Anwendung gebracht werden, da für diese Faschisten auch dieselben Voraussetzungen gegolten haben.

Absatz II Alle Nazis sind aus den Dienststellen der Behörden sofort zu entfernen und mit guten Antifaschisten zu besetzen. Wir Antifaschisten sehen es als eine Beleidigung an, wenn gesagt wird, es wären nicht genügend geschulte Ersatzkräfte vorhanden. Es gibt genug intelligente Leute, die sich in kurzer Zeit das nötige Wissen aneignen würden, um auch höhere Funktionen übernehmen zu können.
Ferner müssen alle nicht organisierten Elemente aus den Behördenstellen entfernt werden. Viele Genossen haben bisher Parteikleinarbeit geleistet, weil sie es für ihre höchste Pflicht hielten diese Arbeit zu verrichten und nun dadurch zurückstehen müssen.

Es sind politisch geschulte Genossen auf das Land zu schicken, welche die Frühjahrsbestellung zu überwachen haben und mithelfen sollen, wo es an Kräften fehlt. Zugleich sollen die Genossen die Aufgabe haben, die Bauern zu organisieren und sie in Bauernnenossenschaften zusammen zu schliessen.

Die Jugend muss in Lehrwerkstätten das Bauhandwerk erlernen; z. Beispiel: Maurer, Zimmerleute, Dachdecker. Tischler, Schlosser u.s.w.!

Die Handwerksberufe müssen zu Handwerksgenossenschaften zusammengeschlossen werden, um alle technischen Möglichkeiten zu erschöpfen.

Ferner darf der Lehrerberuf nur noch von Frauen und Körperbehinderten Männer ausgeführt werden, um alle gesunden männlichen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau frei zu machen, evtl. für die Ernährung des Volkes eine Reserve frei zu halten.

I.A.
Pol.-Leiter
Hugo Bezirk
C 2 Kürgestr. 16

K.P.D.
Ortsgruppe Westend

Eberswalde, den 27. Febr. 1946
Werbellinerstr. 1

An das
Zentralkomitee der K.P.D.
B e r l i n - C. 2
Wallstr. 76-79
über die Kreisleitung der K.P.D.
E b e r s w a l d e

Nach eingehender Durchsprache der Resolution für die Parteikonferenz der K.P.D. am 2. und 3. März 1946 haben wir folgende Abänderungsvorschläge in Bezug auf die Resolution zu machen :

Unter Abschnitt 1 muss es statt

"in der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitungen von Faschisten ...."

heissen :

"in der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die noch im Gang befindliche Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitungen von Faschisten..."

Ebenso ist unter Abschnitt 2 der Satz in Bezug auf die Gemeindewahlen :

"Als demokratische Voraussetzungen sind zu betrachten : Säuberung der Verwaltung von faschistischen Elementen ..... "

zu ersetzen durch den Satz :

"Als demokratische Voraussetzungen sind zu betrachten : restlose Säuberung der Verwaltung ..... ".

Der Satz :

"Wählbar sollen alle Männer und Frauene über 21 Jahre sein"

soll ersetzt werden durch den Satz :

"Wählbar sollen alle Männer und Frauen über 21 Jahre sein, sofern sie nicht Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren oder nicht grundsätzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind."

Im Abschnitt 4 soll im 3. Absatz der Satz :

"Unter der Leitung der kommunalen Bauämter sind neben allen privaten Baubetrieben auch die kommunalen Baubetriebe einzusetzen"

ersetzt werden durch den Satz :

"Unter der Leitung der kommunalen Bauämter sind neben allen Privatbetrieben vor allem kommunale Baubetriebe einzusetzen."

Im 5. Absatz ist der Satz :

"Schaffung von Handwerkskammern zur Eingliederung des Handwerks in den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft."

zu ersetzen durch den Satz :

"Schaffung von Handwerkskammern innerhalb der jetzt neu organisierten Industrie- und Handelskammern zur Eingliederung des Handwerks in den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft."

b.w.

Im 7. Absatz ist der Satz :

"Ausbau der Volkshochschulen und Verbesserung ihrer Programme"

zu ersetzen durch den Satz :

"Ausbau dieser Volkshochschulen und Verbesserung ihrer Programme."

(Mit diesem Satz soll zum Ausdruck gebracht werden, dass grundsätzlich die heutigen Hochschulen und Universitäten Volkshochschulen sein müssen.

Im 8. Absatz muss hinter dem Satz :

"Die berufstätige Frau muss eine Beschäftigung finden, die ihren Kräften und ihrem Leistungsvermögen entspricht"

folgender Satz eingefügt werden :

"Zu diesem Zweck sind solche Berufszweige, die ihrer Art nach hauptsächlich für werktätige Frauen in Frage kommen, wie Verkaufstätigkeit, Verwaltungsdienst, Herrenfriseure, Lehrer, Polizei, Malerberufe usw. möglichst nur mit Frauen zu besetzen während die in diesen Berufszweigen tätigen Männer anderen Berufen zugeführt werden müssen."

Im 9. Absatz sind die Wörter :

"..... in der Sportbewegung und in christlichen Einrichtungen"

zu ersetzen durch die Wörter :

"in der Sportbewegung und in religiösen Einrichtungen."

Kommunistische Partei Deutschlands Stadtverwaltung Eberswalde

Mit kommunistischem Gruss!

Karl Pippel

K.P.D. Gruppe 7
Stadtteil Stettiner-Bhf.

Berlin, den 27. Februar 1946

36. Sitzungsbericht vom 26.2.1946.

Betrifft : Resolution für die Parteikonferenz der K.P.D am 2. und 3. März 1946.

Die Gruppe 7 des Stadtteils 5 hat auf der Sitzung am 26.2.46 den Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz der KPD besprochen und einstimmig gutgeheissen. Nachstehend angeführte Vorschläge zur Verbesserung wurden gemacht.

Artikel 2

Bei den Satz :

Wir wollen, dass vor allen die grossen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten bestraft werden.

wird folgende Ausweitung vorgeschlagen

wir wollen, dass vor allen die grossen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten , die Denunzianten Partei und Mitläufer, die sich im gleichen Sinne betätigt haben, bestraft werden.

Artikel 4, Absatz 1

Der Endsatz lautet :

Kampf gegen Schleichhandel und schwarzen Markt.

Abänderungsvorschlag

Kampf gegen Schleichhandel und schwarzen Markt und allerstrengste Bestrafung wegen Beteiligung an solchen volksfeindlichen Handlungen.

1) Zentralkomitee
2) U B L
3) z d A.

Pol. Leiter

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Rudolstadt

Ernst-Thälmann-Haus
Fernsprecher: 808 und 838
Bank: Stadt- und Kreissparkasse Rudolstadt

Ihre Zeichen:	Ihr Schreiben vom:	Unser Zeichen:	Tag:
		Hg/B.	28.2.46

An das
Zentralkomitee der KPD

Berlin

Resolution.

Die Funktionärsitzung der KPD und SPD am 28.2.46 begrüßt die Resolution für die Parteiarbeiterkonferenz am 2. und 3. März 1946 und fordert folgende Abänderung :

1.) Das Wort "auch" in dem Satz : "Diese praktische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die immer dringender die Frage der organisatorischen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien auf die Tagesordnung stellt, wurde "auch" möglich, weil die historische Ursache für die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Entwicklung beseitigt wurde usw." , zu streichen. - Es könnte zu Verwirrungen führen.

2.) Zum Absatz 3: Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen und Neuaufbau der zerstörten Städte folgende Erweiterung hinzuzusetzen : "Die im Privatbesitz befindlichen Hypotheken müssen unverzüglich den öffentlichen Körperschaften übereignet werden zu Gunsten des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen."

3.) Der Absatz " Gemeindewahlen" soll wie folgt erweitert werden : " Alle Funktionäre der militärischen Nebenorganisationen der NSDAP vom Range des Schaarführers aufwärts das Wahlrecht abzuerkennen.

4.) Für den Absatz 9 "Aktive Mithilfe beim Aufbau der "Freien Deutschen Jugend" fordern wir folgende Abänderung : Das Wort "christliche Einrichtungen" zu ersetzen durch den Ausdruck "andere antifaschistische Einrichtungen."

Mit kommunistischem Gruß !

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Rudolstadt

K.P.D.-Betriebsgruppe
der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft
Berlin m.b.H.

Berlin C. 2, den 28. Febr. 1946
Stralauer Str. 42/43

An das
Z.K. der K.P.D.

Berlin C.
Wallstr.

Die am 26. 2. 46 tagende Betriebsgruppensitzung, die sich mit der Resolution zur Parteikonferenz befaßte, beantragt folgende Zusätze:

1) Im Punkt 4, Absatz 6 die Hereinnahme der Fürsorge für Kriegsbeschädigte oder durch Kriegseinwirkung Körperbehinderte.

2) In der Frage der ehemaligen Pg's, die Ausdehung der Regreßpflicht und des Ausschlusses von Staatsbürgerrechten bis hinunter zum Blockleiter bzw. vom Blockleiter an aufwärts.

Die Betriebsgruppe ist der Auffassung, daß gerade die unteren Funktionäre diejenigen waren, welche durch ihre Tätigkeit das Fundament für die Gewaltherrschaft der N.S.D.A.P. schufen.

Wir bitten, uns von der Annahme oder Ablehnung der Resolutionsänderung in Kenntnis zu setzen.

Pol.Leiter — Org.Leiter

Kommunistische Partei Deutschlands
Stadtteilleitung Stettiner Bahnhof
Berlin N 4, Chausseestr.110

Berlin, den 28. Februar 1946

An den
Verwaltungsbezirk
B e r l i n N 4
Rosenthalerstr.13

Werte Genossen!

Am 26.2. fand im Stadtteil Stettiner Bahnhof eine Versammlung aller Mitglieder der KPD statt.
Thema : Beratung der Resolution des Zentralkomittee der Parteikonferenz am 2.3.46.
Die eingegangenen Gruppenberichte lauten wie folgt:
Ohne Widerspruch und Abänderung wurde die Resolution anerkannt und einstimmig angenommen.
Die Genossen versprechen alles zu tun, um diese Resolution zu verwirklichen.
Die Gruppe I ist der Meinung, dass im Abschnitt 2 der Resolution, betr. Gemeindewahlen, in der Zeile:" Von Wahlrecht ausgeschlossen" u.s.w die Aufführung der SA, als nicht wahlberechtigte Organisation, vergessen wurde, und stellt daher den Antrag, die SA als nicht wahlberechtigt, noch einzufügen.

Mit kommunistischem Gruss!
Stadtteilleitung Stettiner Bahnhof
(Sekretär)

Abschnitt: Gemeindewahlen.

Ergänzen: Vom Wahlrecht ausgeschlossen sollen sein:

Blockwarte der Partei und einfache Mitglieder des NSKK, der SA und des NSFK.

Abänderungsvorschlag der Straßengruppen des Stadtteils Britz.

K.P.D. Ortsgruppe Wilhelmsruh
die Ortsgruppenleitung.
Zeichen: Ri/Fr.

Berlin-Wilhelmsruh, den 28.2.1946

An das
Zentralkomitee der Kommunistschen
Partei Deutschlands
(1) B e r l i n C 2
Wallstraße 76.

R e s o l u t i o n

Die K.P.D. Ortsgruppe Wilhelmsruh fordert von den für die Steuerfragen zuständigen Instanzen, daß alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder steuerlich doppelt so hoch zu belasten sind, wie die übrigen Volksgenossen, damit sie hierdurch einen Teil ihrer Schuld abtragen, die sie an der Zerstörung von Deutschland haben.

Die Ortsgruppenleitung

K. P. D.
U. B. Tegel/Süd

Berlin-Tegel/Süd, den 1.3.46

An das
Zentralkomitee
der K.P.D.
B e r l i n C 2
Wallstr. 76/79

Werter Genosse!

Die Mitgliederversammlung am 24.2.46 nahm Stellung zur Parteikonferenz und bittet, folgende Abänderungsvorschläge zu berücksichtigen:

1. Erziehung des Beamtentums im demokratischen Sinne.
2. Ehemaligen SA.-Mitgliedern und Mitgliedern der N.S.Frauenschaft, vom Amtsleiter aufwärts, ist kein Wahlrecht zu gewähren.
3. Bei Wirtschaftsplanungen ist den Gewerkschaften alle Macht einzuräumen.
4. Strenge Preisüberwachung. - Die Preise müssen für die Werktätigen (Bevölkerung) tragbar sein.
5. Schärfste Unterdrückung des schwarzen Marktes. Schwarzhändler sind mit Zwangsarbeit zu bestrafen.
6. Den Werktätigen soll ein markenfreies Mittagessen aus den Freihandelsspitzen gewährt werden.

bitte wenden!

7. Stärkere Durchsetzung des Landes mit guten Genossen.
8. Zurückstellung der Aufnahmen kleiner und nomineller Pgs in die antifaschistischen Parteien auf einen späteren Termin.

Diese Resulution wurde einstimmig angenommen. Wir bitten, diesell zu berücksichtigen.

Mit komm. Gruss

K.P.D.
U.B. Tegel/Süd
Orgleiter

Betriebsgruppe der
Zentralverwaltung
für deutsche Umsiedler
im sowjetischen Okkupationsgebiet

Abt.: Le/Gr.

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

W.66, Leipzigerstr.
BERLIN-FRIEDRICHSFELDE, den 1. März 1946
Alfredstraße 17
Fernsprecher 58 76 71 / 58 76 72 / 58 03 35 48 00 12
Nachruf 50 08 35
Telegrammadresse: Umsiedlerzentrale Berlin

An das
Zentralkomitee der KPD
B e r l i n C.

Am 28.Februar 1946 fand eine Sitzung der Betriebsgruppe der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler statt. Nach Diskussion über die Resolution des ZK ergaben sich folgende Verbesserungs- und Aenderungsvorschläge:

In Absatz 2 unter "Gemeinewahlen" ist in dem Absatz
"Vom Wahlrecht ausgeschlossen sollen sein....."
hinter den Worten
"..sowie leitende Funktionäre der Nazipartei, vom Zellenleiter aufwärts"
einzusetzen

"in der SA vom Scharführer aufwärts".

Des weiteren ist bei diesem Fragenkomplex der Bekämpfung von Faschismus und Militarismus unbedingt die Gruppe der Berufssoldaten einzubeziehen.

Unter Absatz 4 "Die nächsten Aufgaben" Ziffer 6 ist in die Hilfe auch der Kriegsbeschädigte mit einzuschalten.

Unter Absatz 3 ist die Hauptbetonung auf die

Reparatur der beschädigten Wohnungen

zu legen. Der Neubau sollte erst nachplanmässiger Koordinierung aller Beteiligten Stellen in Angriff genommen werden, damit nicht überhastete und schlechte Propagandabauten entstehen.

Betriebsgruppe der
Zentralverwaltung für
deutsche Umsiedler.

Kommunistische Partei Deutschlands

Kreisleitung Frankfurt/Oder

Stadtbank Konto Nr. 374
Telefon 205

Frankfurt/Oder, den 1.3.46. Kü.
Wiesckestr. 11

Abänderungsantrag zum Entwurf der Resolution.

Die Kreisleitungssitzung vom 27.2.46., in Frankfurt/Oder, legte folgenden Abänderungsantrag fest:

Wir beantragen, das folgende Personen von der Wahl ausgeschlossen werden:

Angehörige der SS, SD, Gestapo, Mitglieder leitender Wirtschaftsorgane, faschistische Kriegswirtschafts-Grossgrundbesitzer, auch die durch die Bodenreform enteigneten, sowie aktive Förderer der Faschistischen Organisationen und Kriegspolitik, die während der Hitlerzeit Konzern oder Bankleitungen angehörten. Sowie leitende Funktionäre der Nazipartei und ihrer Gliederungen, vom Range eines Ortsgruppenleiters bzw. Zellenleiters, in der SA und HJ vom Schaarführer aufwärts.

Kommunistische Partei Deutschland
Kreisleitung Frankfurt/Oder

Ballenstedt, d. 4. 3. 1946

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Werte Genossen

Betrifft: Vorschlag Kriegsverbrecher u. Einheitspartei

Als Kriegsverbrecher alle Amtswalter vom Blockleiter an aufwärts zu betrachten. Sie sind mit dem Vorsatz in die N.S.D.A.P. gegangen, für die Partei zu arbeiten, trotzdem jeder Einzelne genau wußte, welche Ziele Hitler verfolgte und grade den Amtswaltern (Pol.Leitern) diesen Stubenschnüfflern haben wir es zu verdanken, daß Tausende u. Abertausende in die K.Z. gelangten. Sie wurden ja nur deshalb Pol.Leiter, weil sie sich schon vorher hervortaten und Volksgenossen bei den Ortsgruppenleitungen denunzierten. Ich selbst war nach der Kapitulation Breslaus vom ersten Tage an im Antifaschistischen Fangdienst tätig und habe viele, viele von den Verbrechern festgenommen, darunter manche, welche ich jahrelang kannte, die mir manchmal den Rogen raufbrachten in der Nazizeit durch ihre Drohungen, Aufforderungen und Erpressereiversuchen bei Sammlungen usw. Diese Pol.Leiter waren es, welche in der Breslauer Festungszeit die sogenannte Ruhe und Ordnung mit Gewalt aufrechterhielten, Frauen u. Kinder zum Rollbahnbau während Bomben und Bordfeuer schleppten, ohne Rücksicht auf die schweren Verluste, welche die dort arbeitenden Menschen hatten, sie waren es, welche noch die letzten Tage der Gestapo 4 Genossen und eine Genossin zutrieben, welche dann am letzten Festungstage auf bestialische Weise ermordet wurden. Nun sind oder wollen sie Alle anständige Menschen gewesen sein. So wie die Breslauer Pol.Leiter, so hätten es alle Pol.Leiter Deutschlands gemacht, wenn sie Gelegenheit dazu gehabt hätten. Es sind Verbrecher.

Ballenstedt 1. März.
mit kommunistischen Gruß,
Alfred Kluge Grabenstr. 5 Mitglied der K.P.D.

Eine Kommision ist einzusetzen, die die genaue Formulierung festlegt, wer die Wahlberechtigung bekommen kann. Es wird vorgeschlagen:

1. Daß die Pgs ab Blockleiter
2. Die Mitgl. der HJ ab Gefolgschaftsführer.
3. Alle SA Leuteaußer "SA Anwärter"
4. Alle Angehörigen oder Mitarbeiter der Gestapo

nicht wählen dürfen.
Die Kommision hat zu prüfen, inwieweit Angehörige der Waffen SS keine Wahlberechtigung haben sollen.

Zusatzantrag zu Punkt 2

betr.: Demokratisierung der Verwaltung:

Unter Beibehaltung der zu Punkt 2 gemachten Äusserungen wird beantragt, dieselben wie folgt zu erweitern:
Die Besetzung aller Verwaltungspositionen, ob bezahlt oder nicht, soll prozentual zur Stärke der antifaschistischen Parteien erfolgen.
Begründung:
Die Fassung des Absatzes gibt Anlass zu der Annahme, dass den antifaschistischen Volkskreisen nur die ehrenamtliche Mitarbeit gestattet werden soll, während die Verwaltungsfunktionen von Berufsbeamten ausgeführt wird. Wir sind aber der Meinung, dass die Spezialisierung der Verwaltunsarbeiten es durchaus gestattet, auch Kräfte aus dem Volk in diese Funktionen einzusetzen.

betr.: Presse.
Die Fassung: "Auch die Presse der antifaschistisch-demokratischen Parteien soll der demokratischen Meinungsäusserung und einer ernsthaften Kritik an Fehlern zur Verfügung stehen," ist um folgenden Nachsatz zu erweitern:
Die Ausübung der Kritik darf aber nur Presseorganen gestattet sein, die Organ einer direkt am Aufbau Deutschlands beteiligten Partei oder Organisation sind.

Zusatzantrag zu Punkt 3

betr.: Wahlrecht.
Der Satz: "Vom Wahlrecht ausgeschlossen ~~XXXXX~~ sollen sein," soll den Zusatz erhalten "und SA".
Über das Wahlrecht der übrigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP entscheidet eine aus den antifaschistischen Parteien zubildende Prüfungskommission unter Leitung anerkannter Opfer des Faschismus.
Diese letzte Formulierung "Über das Wahlrecht usw." wird beantragt, am Ende des behandelten Absatzes hinzuzusetzen.

An das
Zentralkomitee der KPD
Berlin C 2
Wallstr.76/79.

Betrifft: Resolutionsentwurf für die Parteikonferenz der KPD

Die Betriebszelle der "DEFA" hat in ihrer Sitzung die nachfolgenden Änderungen und Zusätze diskutiert und erlaubt sich, sie der Parteikonferenz zur Annahme vorzuschlagen:

I. Änderungsvorschläge

1. In Teil 2 soll der Absatz "Mögen die ehemaligen... bis "Volkes zu werden folgendermassen lauten:
"Mögen die ehemaligen Nazianhänger auch eine besondere Schuld unserem Volke gegenüber tragen, es wäre doch abwegig, die Irregeführten jetzt für die begangenen Verbrechen hauptverantwortlich zu machen. Es soll daher den bloss nominellen Mitgliedern der Nazipartei die Gelegenheit gegeben werden, durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampfe gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben und gleichberechtigte Glieder unseres Volkes zu werden. Als nominelle Mitglieder der Nazipartei sind diejenigen anzusehen, die nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres aus der HJ oder dem BDM automatisch in die NSDAP überführt wurden. Aber auch allen übrigen NSDAP-Angehörigen, soweit sie nicht persönlich Verbrechen begangen haben, nicht führende fasch.Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihren früheren Anschauungen vollzogen haben, soll durch Übernahme freiwilliger, zusätzlicher Leistungen, deren Höhe und Dauer durch besondere antifasch.Säuberungsausschüsse festzulegen sind, die Möglichkeit ihrer Rehabilitierung vor unserem Volke gegeben werden.
2. In Teil 2 ist der Absatz "Das aktive Wahlrecht... bis vom Scharführer aufwärts" abzuändern in:
"Das aktive Wahlrecht sollen alle Männer und Frauen über 18 Jahre haben. Wählbar sollen alle Männer und Frauen über 21 Jahre sein, die durch ihre gegnerische Haltung während des Regimes das Vertrauen der Allgemeinheit erworben haben. Vom Wahlrecht sollen alle aktiven Nationalsozialisten sowie alle aktiven Förderer der fasch. Kriegspolitik vorerst ausgeschlossen sein. Die antifasch.Säuberungsausschüsse haben das Recht, in Einzelfällen nach erfolgter Prüfung und Bewährung Aufhebung dieser Massnahme zu veranlassen.
3. In Teil 2 vor dem drittletzten Absatz . . . dass vor allem die Gross Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten bestraft werden. Auch alle diejenigen, die an der ideologischen Vorbereitung und Durchführung der Naziverbrechen führend beteiligt waren, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.
4. In Teil 4, Abs. 2 soll es heissen: "Es ist dafür zu sorgen.... e n t s c h ä d i g u n g s l o s übereignet werden.... "
5. In Teil 4, Abs. 3 soll es heissen: hinausgehen, erfasst. Dann weiter "Grundbesitz, der sich noch in den Händen ehemaliger aktiver Nazis oder aktiver Förderer der fasch. Kriegspolitik befindet, soll entschädigungslos dem Fiskus übereignet werden. Ebenso sollen die kommunalen Behörden wie die landlichen Gemeinden bevollmächtigt werden, geeignete Massnahmen zu ergreifen, durch die jeder unkontrollierte Handel mit Immobilien sowie jede Spekulation mit Baugelände rechtzeitig unterbunden werden kann. Die Wohnungsämter sind anzuweisen, streng darauf zu achten, dass freiwerdender oder verfügbarer Wohnraum nur dann an ehem.aktive Nationalsoz. oder Förderer der fasch. Kriegspolitik abgegeben werden darf, wenn von keiner anderen Seite Anspruch darauf erhoben wird.
6. In Teil 4, Abs.7 soll es heissen nach "Hochschulen und Universitäten Verschärfung der Zulassungsbestimmungen für ehem.Nationalsozialisten und ehem.Wehrmachtsangehörige, insbesondere für solche, die Sonderformationen angehört haben.(Flieger, U-Boot-Waffe, Fallschirmjäger,

Feldgendarmerie, Feldintendanturen, PK-Berichter usw.)

Weiter nach "der Frauenausschüsse"; "durch Neugründung einer eigenen Besucherorganisation der vereinigten Arbeiterparteien, die an die Tradition der Volksbühnenbewegung anknüpft." Besondere Bedeutung hat die Filmproduktion für die antifasch. Erziehung unseres Volkes. Wir fordern nicht wirklichkeitsfremde Luftschlösser oder völkerverhetzende Filme, sondern realistische Kunst im Dienst des Wiederaufbaues, der Wiedergutmachung, des Friedens. Die Lichtspieltheater sollen der Privatspekulation entzogen werden, um eine demokratische Kulturpolitik zu gewährleisten.

7. In Teil 4, Abs. 9 soll es heissen: statt "bisher für sie verschlossen waren" " bisher für sie nur ungenügend eröffnet waren"

Entschliessung
zum Resolutionsentwurf des Z.K. der K.P.D.

- -

Die Strassen-gruppen 1 bis 4 ..... des Stadtteils Buckow- West im V.B.L. Neukölln hat zu dem Entwurf des Zentralkomitees Stellung genommen und billigt den Inhalt desselben. Es wird jedoch gewünscht, das die unter Nr. 2 der Resolution angezogene Berichterstattung der Bürgermeister und Stadträte über ihre Tätigkeit eine klarere Formulierung erhält. Es genügt nicht, das diese Körperschaftsmitglieder nur die Vorschläge und Einwendungen der Bevölkerung " hören ". Hier ist durch die Schaffung k o m m u n a l e r B e i r ä t e aus den weitesten Kreisen der Bevölkerung, den Betrieben, den Gewerkschaften, den Verbraucherorganisationen u.a. Massenorganisationen ein aktives Bindeglied herzustellen, das auch geeignet ist praktische Vorschläge zu unterbreiten und auftretende Mängel und Bürokratisierung zu verhindern, sowie eine wirksame Kontrolle auszuüben.

Unter Nr. 4 Abschnitt 2 wäre es erwünscht, die Frage der " A r b e i t s - m o r a l " mit einzubauen. Die Forderung nach Mitbestimmung und Einräumung weitgehenster Rechte setzt auch Pflichten voraus. Es braucht nicht besonders nachgewiesen werden, das die Arbeitsleistung - trotz Beachtung aller hemmenden Momente - noch nicht den erwünschten Grad erreicht hat. Esx genügt nicht ein Lippenbekenntnis zum Aufbau abzulegen. Oft genug werden durch unsaubere Machinationen persönliche Vorteile erschlichen, die besonders in der Lebensmittelkartengruppierung in Erscheinung treten.

In der Angelegenheit der einstigen Mitläufer der Nazibewegung halten wir es für angebracht, die Frage einer besonderen Erfassung dieser Kreise ins Auge zu fassen. Wir schlagen hierzu vor :
Ausschaltung aller ehemaligen Mitglieder die vor 1933 organisiert waren. Sie bildeten das Fundament. Nur dann , wenn sie unmittelbar nach der Machtübernahme ausgeschieden sind oder durch auffallende Beteiligung den Kampf gegen den Nazismus unterstützten, könnte eine Ausnahme gemacht werden. Ferner alle diejenigen Mitglieder oder Sympathisierenden die irgend wie belastet sind. Die Übrigen, die sich nicht an den Verbrechen beteiligt haben und die in der Nachkriegszeit den ehrlichen Willen zum Ausdruck gebracht haben , durch aktive Arbeit am Wiederaufbau einen Teil ihrer Schuld gutzumachen, müssten in eine Art politischer Quarantäne genommen werden, wo sie durch politische Schulung allmählich in die antifaschistische Front überführt werden könnten. In jedem Falle ist die induvidüelle Prüfung vorzunehmen. Die Leitung dieser Organisation müsste in Händen bewährter Antifaschisten liegen. Irgendwelche politischen Rechte oder sonstige öffentlichen Funktionen dürfen dieser Organisation nicht zugebilligt werden. Sie sind lediglich Schulungsgruppen .
Wie notwendig eine Zusammenfassung dieser Aufbauwilligen Kräfte ist, soll durch die Erfahrung in unserem Stadtteil bewiesen werden. Nach Kriegsende waren von uns ungefähr 60 ehemalige Nazisten erfasst. Von diesen stellte sich die Hälfte ständig zur Verfügung. In der Zwischenzeit haben ein Teil sich wieder heimgefunden, die in der Gefangenschaft waren und dort solange blieben, bis sie Gewissheit hatten, das ihnen hier nichts geschieht. Jetzt kehren sie heim und stärken den schwankenden den Rücken. Sie nehmen ihre alten persönlichen Verbindungen auf und damit auch die politischen. Stoff zur Kritik und zum Stänkern ist ja immer vorhanden. Hier muss eingegriffen werden, sonst drängen wir auch die anderen Teile von uns weg in die Arme der Reaktion.
Eine direkte Aufnahme von ehemaligen Nazisten in die Partei ohne lange Prüfungszeit könnte von uns nicht gebilligt werden.

Entschließung angenommen am 20.2.46 L.

3.

Referat von Walter Ulbricht:

"Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront"

Zweiter Verhandlungstag

Sonntag, den 3. März 1946

Vors. W. P i e c k eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Vors. P i e c k : Die Sitzung der Reichskonferenz der KPD ist wieder eröffnet. Wor fahren in der Tagesordnung fort. Es steht heute zur Verhandlung der Punkt 2 der Tagesordnung:

Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront.

Dazu wird das Referat vom Genossen Ulbricht gehalten.

In Verbindung mit diesem Tagesordnungspunkt steht die Beratung der vom ZK vorgelegten Resolution, ferner das Programm zur Neuaufbau der Wirtschaft und der heute verteilte Entwurf des Wohnungsbauprogramms der KPD. Diese drei Dokumene stehen mit zur Beratung und werden am Schluss dieser Tagesordnung zur Abstimmung gebracht werden.

Ich ersuche die Delegationsführer, die Wortmeldungen für die Diskussion heraufzugeben.

Das Wort hat zunächst der Genosse Walter Ulbricht zu seinem Referat.

Walter U l b r i c h t : Genossinnen und Genossen ! Nachdem gestern Genosse Fisch das Programm begründet hat, besteht meine Aufgabe darin, den Weg zu zeigen, wie unser Volk aus der gegenwärtigen Katastrophe, in die der Hitlerfaschismus Deutschland gestürzt hat, herauskommen kann. Unsere erste Aufgabe nach dem Sturz des Hitlerfaschismus war die Linderung der Not des Volkes und die Durchführung aller notwendigen Massnahmen, um das Fundament für den demokratischen Aufbau Deutschlands und für die Sicherung des Friedens zu schaffen. Heute ist das Leben wieder in Gang gekommen. Die Selbstverwaltungsorgane sind im Rohbau geschaffen worden. Aber gerade jetzt zeigen sich eine Reihe Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ergeben. Es sind Massnahmen notwendig, die einen gründlichen Neuaufbau des Verwaltungsapparates und des Wirtschaftsapparates sichern, die es uns ermöglichen, eine wirkliche Neugeburt unseres Volkes herbeizuführen.

Das Volk fragt heute: welchen Weg gibt es aus der von Hitler herbeigeführten Katastrophe? wie stellt ihr euch die neue demokratische Ordnung vor? was für grundsätzliche Massnahmen in der Wirtschaft sollen den Neuaufbau ermöglichen und uns künftig vor Erwerbslosigkeit und Krisen bewahren? Mit welchen Volkskräften soll das Programm des Neuaufbaus verwirklicht werden?

Nachdem alle früheren Regierungen und Machthaber versagt haben, nachdem die herrschende Klasse Deutschlands die Nation zweimal in die Katastrophe geführt hat, nachdem es sich erwiesen hat, dass der alte Weg falsch war und gegen die nationalen Interessen unseres Volkes gerichtet war, ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Vertreter des werktätigen Volkes, jetzt einen solchen Weg zu beschreiten, der unser Land nicht nur aus der Katastrophe herausführt, sondern unser Volk zu einer glücklichen Zukunft entgegenführt. Das Volk, das gegenwärtig die grössten Opfer beim Neuaufbau bringt, will wissen, wohin dieser Weg führt, es will Garantien sehen, es will die Garantien mitschaffen, damit nie wieder irgendwelche Cliquen imstande sein werden, unser deutsches Heimatland in die Katastrophe zu stürzen.

Wir können nicht einfach die Erfahrungen und Methoden, die in anderen Ländern angewandt wurden und sich dort mehr oder weniger bewährt haben, auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen, weil Deutschland besondere Entwicklungsbedingungen hat. Was sind das für Besonderheiten, die wir beachten müssen und deren Negierung bedeuten würde, dass wir vom richtigen Wege abweichen?

Die erste Besonderheit besteht darin, dass in Deutschland die alten feudalen Reste bis vor kurzem erhalten geblieben sind und dass in gewissen Gebieten Deutschlands noch die Überreste des Feudalismus in Gestalt der Herrschaft der Grossgrundbesitzer in den Agrargebieten fortbestehen. In Deutschland hatte sich die Bourgeoisie unfähig erwiesen, ihre eigene bürgerliche, demokratische Revolution bis zu Ende durchzuführen. Die Folge davon ist, dass die Grossgrundbesitzer und Junker in

weiten Gebieten Deutschlands herrschen, und das sind die Familien, aus denen die Offiziere und reaktionären Staatsbeamten hervorgingen. Deshalb muss der erste Schritt einer demokratischen Ordnung und des demokratischen Aufbaus die Enteignung der Grossgrundbesitzer und die Übergabe des Grundbesitzes der Grossgrundbesitzer und Junker an die werktätigen Bauern und an die Landarbeiter sein.

Die zweite Besonderheit der Entwicklung in Deutschland besteht darin, dass Deutschland das Land der höchsten Entwicklung der Macht des Monopolkapitals war, dass hier das Grosskapital in der Tat mit dem faschistischen Staatsapparat verschmolzen war. Der Wirtschaftsapparat des deutschen Grosskapitals war mit dem faschistischen Staatsapparat aufs engste verbunden. Die deutschen Konzernherren wurden zu Wehrwirtschaftsführern. In den Leitungen der Wirtschaftsgruppen sassen die führenden Männder der grossen Konzerne, Syndikate und Kartelle. Die Tatsache, dass die Vertreter des Grosskapitals, die führenden Männer der Konzerne und Banken aufs engste mit der faschistischen Staatsgewalt verschmolzen, zum grossen Teil selbst zu Staatsbeamten wurden, hette zur Folge, dass es am Ende der Hitlerherrschaft nicht genügte, den Staatsapparat zu zerschlagen, sondern dass es ebenso notwendig wurde, den gesamten Wirtschaftsapparat und den Apparat des Reichsnährstandes zu liquidieren. Deshalb war und ist die zweite Aufgabe der demokratischen Neuordnung die Säuberung der Betriebsleitungen die Beschlagnahme all der Betriebe, deren Besitzer Nazis und Kriegsinteressenten waren - ich sehr von den kleinen Betrieben ab - und die Überführung dieser Betriebe in die Hände der Landesverwaltung, d.h. sie müssen Betriebe staatlichen Charakters werden. Weil die alten Unternehmerorganisationen während der Zeit des Hitlerfaschismus zu Organen der faschistischen Staatsgewalt wurden, kann es auch keine Wiederzulassung dieser Organisationen geben, auch wenn sie sich gegenwärtig irgendwie tarnen, sondern wir müssen darauf bestehen, dass die Unternehmerorganisationen verboten werden. (Sehr gut!) Das ist eine der Grundbedingungen für die Sicherung der demokratischen Entwicklung in Deutschland. Nachdem die Unternehmerorganisationen in zwei Weltkriegen neben den Militaristen die Träger der imperialistischen Eroberungspolitik waren, ist es klar, dass für diese Organisationen in Deutschland kein Platz mehr sein kann.

Die dritte Besonderheit besteht darin, dass der grösste Teil der Staatsbürokratie zum Faschismus überging, dass sich jene preussisch-reaktionäre Staatsbürokratie zum Faschismus entwickelte. Deshalb ergab sich die Notwendigkeit, den Staatsapparat zu zerschlagen und, soweit verschiedene Organe der kommunalen oder der Landesverwaltungen weiter bestanden, die vollständige Säuberung von allen faschistischen Elementen von Mitgliedern der Nazipartei durchzuführen. Das Charakteristische der gegenwärtigen Lage besteht eben darin, dass zwischen den neuen demokratischen Kräften, die Deutschland neu aufbauen wollen, und den alten faschistischen, reaktionären Kräften der Kampf geht, dass die alten faschistischen und imperialistischen Kräfte alles tun, um dem deutschen Imperialismus zu retten, was sie nur retten können.

Über die Naziführer wird in den verschiedenen Prozessen, die gegenwärtig laufen, das gerechte Urteil gefällt. Aber jene wahren Herren Deutschlands, die 1932 den Hitlerfaschismus unterstützten und ihm Anfang 1933 zur Macht verhalfen, haben heute noch starke Positionen in Deutschland, und sie sind die Hauptgefahr für die gesamte Entwicklung in Deutschland. (Sehr richtig!) Sie suchen, mit allen Mitteln das Rad der Geschichte zurückzudrehen, die demokratische Entwicklung in Deutschland aufzuhalten und so viel wie möglich Machtpositionen zu retten, um die alte Politik wieder durchzuführen, die sich nach dem ersten Weltkrieg so verhängnisvoll ausgewirkt hat, jene Politik, die durch den Kapp-Putsch, den Hitler-Putsch und andere Putsche gekennzeichnet wird, die die Reaktionäre damals anzetteln konnten, weil die Weimarer Demokratie nicht die genügende Energie gegenüber der Reaktion aufbrachte. (Sehr wahr!)

Diese Lage zwingt uns, vor unserem Volke hier auszusprechen, dass die demokratische Entwicklung, das friedliche Leben und der Aufstieg unseres Volkes nur möglich ist, wenn drei Grundbedingungen erfüllt werden, und dass nur jene das Recht haben, sich Demokraten zu nennen, die sich für die Durchführung der folgenden drei Grundbedingungen einsetzen:

Erstens: die konsequente Durchführung der Bodenreform, d.h. die Enteignung der Junker und aller Grossgrundbesitzer, die mehr als 100 ha besitzen;

zweitens: die Enteignung der Kriegsinteressenten, d.h. der Konzernherren, Bankherren und Grossindustriellen, die entweder Nazis waren oder als Kriegsinteressenten hitlers Krieg bis zu Ende aktiv unterstützt haben, und die Übereignung dieser Betriebe an die Landesverwaltungen bezw. an die Gemeinden;

drittens: Säuberung der Verwaltung und Aufbau einer neuen demokratischen Verwaltung, in der vor allem neue, junge Kräfte aus dem Volke arbeiten sollen gemeinsam mit solchen früheren Angestellten, die nicht Mitglieder der Nazipartei waren, die keine aktiven Förderer der faschistischen Politik gewesen sind. Wir wollen, dass durch die Schaffung einer solchen demokratischen Ordnung endlich in Deutschland des Volkes Wille oberstes Gesetz wird. (Bravo!) Darum geht gegenwärtig in Deutschland der Kampf zwischen den fortschrittlichen demokratischen Kräften, die Deutschland aus der Katastrophe herausführen, und jenen Reaktionären, die vom deutschen Imperialismus retten wollen, was sie noch retten können.

Der Kampf wird in verschiedenen Formen geführt. Gegen jene verfaulten, korrumpierten faschistischen Elemente, die sich als Banditen herumtreiben, ist die Frage des Kampfes eine Aufgabe der Polizei. Aber die Hauptgefahr bilden gegenwärtig jene Kräfte, die sich plötzlich als Hitlergegner ausgeben (sehr gut!) und nun versuchen, alle möglichen Positionen in der Wirtschaft, in der Verwaltung usw. für sich zu retten, um in einiger Zeit dann ihre alte Politik aufs neue zu beginnen. (Sehr wahr!) Es handelt sich um jene Kräfte, die nicht nur Hitler mit zur Macht gebracht haben, d.h. vor allem die Herren der Harzburger Front, sondern die bis zu Ende Hitlers Krieg unterstützt haben, die sich nur in der Weise von Hitler distanzierten, dass sie diesen Krieg mit allen Mitteln bis zu Ende führen wollten in der Hoffnung, es sei vielleicht doch noch ein Sieg möglich. Diese Kräfte sind nicht weniger schlimm als die Hitleristen, wenn auch manche von ihnen nicht das Parteibuch der Nazis in der Tasche haben.

(Zuruf: Direktor Schwab!)

- Direktor Schwab hat sich etwas in eine westliche Zone begeben! (Heiterkeit und Zurufe.)

Wir begrüssen die Beurteilung der gegenwärtigen Lage, wie sie die internationale Gewerkschaftsdelegation gegeben hat, und stimmen völlig mit ihr überein. Wir sind erfreut darüber, dass der Kollege Jouhaux in seinem Interview nach den Besprechungen mit den Vertretern der freien Gewerkschaften in Deutschland offen ausgesprochen hat, welche Gefahr die alten reaktionären, imperialistischen Kräfte gegenwärtig in Deutschland darstellen. Wir stimmen auch völlig überein mit den Vorschlägen der Exekutive der Weltföderation der Gewerkschaften, die nach ihrem Studium in Deutschland vorschlägt, eine gründliche Säuberung durchzuführen, und die erklärt, dass die Entnazifizierung weit davon entfernt ist, befriedigend beendet zu sein (sehr richtig!), die davon spricht, dass eine rasche Verwirklichung der Potsdamer Deklaration notwendig ist, wonach die deutschen Fabriken sich auf friedliche Industrien konzentrieren sollen, und in der zweiten vorgeschlagen wird, dass die Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlage der Junkerklasse ist. Wir stimmen völlig überein damit, dass die Verteilung der grossen Landgüter unter das deutsche Volk in allen Gebieten Deutschlands durchgeführt werden soll. (Zustimmung) Wir stimmen völlig überein mit den Vorschlägen der Weltföderation der Gewerkschaften, die eine beschleunigte Entnazifizierung der Industrie fordern. (Sehr gut!) Die Massnahmen, die die Weltföderation der Gewerkschaften hier vorschlägt, liegen ebenso im Interesse des deutschen Volkes wie im Interesse anderer Völker; denn ohne die Verwirklichung dieser Vorschläge der internationalen Gewerkschaftsföderation kann es in Europa keinen Frieden geben. (Sehr wahr!) Deshalb erklären wir hier: wir werden alles tun, um im Sinne dieser Vorschläge der internationalen Gewerkschaftsföderation zu handeln und in Deutschland die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Wie stark die Kräfte des deutschen Monopolkapitals und des deutschen Imperialismus noch sind, möchte ich an einer Reihe von Beispielen erläutern.

Ihr wisst alle, welche Diskussion gegenwärtig in allen Teilen Deutschlands in der Presse usw. über die Frage Zentralisation, Dezentralisation usw. geht. Mir will scheinen, als ob diese ganze

Diskussion etwas auf schiefer Bahn läuft. Man spricht viel über Dezentralisation der Verwaltungen, man spricht davon, dass die Gewerkschaften nicht zentralistisch aufgebaut sein dürfen, aber merkwürdigerweise wird wenig darüber gesprochen, dass die grösste zentralistische Organisation über alle Zonen Deutschlands hinweg besteht, nämlich die zentrale Organisation der deutschen Konzerne. (Lebhafter Beifall.)

Da haben wir den AEG-Konzern, an diessen Spitze Herr Bücher in Hamburg steht. Von dort aus werden alle Betriebe des Konzerns weiter geleitet, ebenso alle Nebenbetriebe. Nach wie vor ist der AEG-Konzern beteiligt an der Deutschen Werft, an der Hochbahn Hamburg, an dem Elektrizitätswerk in Hamburg. In Berlin ist der Chef der Fabrikleitung der Nazi und Wehrwirtschaftsführer Otto Köhn. Da ihm das Pflaster in Berlin etwas zu heiss wurde, ist er nach dem Westen verzogen. Gegenwärtig wirkt an seiner Stelle Herr Baurat Spennrath, ein alter Nazi. Also im AEG-Konzern, der seine Fäden über ganz Deutschland gezogen hat, sitzen weiter noch die alten Nazis und Wehrwirtschaftsführer an der Spitze.

Im Siemens-Konzern kommandiert Herr Direktor Benkert, Nazi und Wehrwirtschaftsführer. Die Siemens-Belegschaft hat die Absetzung dieses Herrn gefordert, aber er kommandiert heute noch immer im Siemens-Konzern.

Der Osram-Konzern hat ebenfalls noch alle Verbindungen mit den Fabriken in den verschiedenen Gebieten Deutschlands. Er beginnt schon wieder Verhandlungen über die Marktpreise und versucht, mit anderen Fabriken die Hochhaltung der Preise zu vereinbaren. Ja, die Direktion dieses Konzerns besass die Unverfrorenheit, einen Vertreter nach Zwickau zu entsenden in einen Betrieb, der der Beschlagnahme unterliegt, und dem Treuhänder des Betriebes einen Anstellungsvertrag vorzulegen. (Hört, hört!)

Die Leitung des Flick-Konzerns, eines der grössten Konzerne der deutschen Kriegsindustrie arbeitet weiter. Nachdem in den ersten Monaten nach dem Sturz Hitlers herr Kalitzsch die Führung hatte, der inzwischen verhaftet wurde, ist nun der Syndikus Strese an seine Stelle getreten. Das ist jener Strese, der in Holland Gemälde für Herrn Flick zusammenramschte, die Flick dann den Naziführern schenkte. Er hält die Verbindung zwischen allen früheren Konzernbetrieben der drei Zonen in Deutschland.

Der Reemtsma-Konzern, dessen Leitung in Hamburg sitzt, übt ebenfalls seine Tätigkeit weiter aus. Zwar ist der Leiter des Konzerns als Kriegsverbrecher verhaftet, aber der dritte Bruder von ihm leitet den Konzern weiter. Nur die Werke in Dresden und Berlin wurden vom Konzern losgelöst und einem Treuhänder zur Verwaltung ~~übergeben~~ unterstellt.

Wir haben also die Tatsache, dass es Zonengrenzen gibt, die für die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die demokratischen Kräfte gelten, nicht aber für die deutschen Imperialisten. (Hört, hört!) Wir stimmen völlig überein damit, wenn der englische Minister Bevin erklärt, dass im Ruhrgebiet der Generalstab des deutschen Monopolkapitals sass. Ich glaube aber, diese Feststellung ist nicht ganz exakt; denn noch heute sitzt der Generalstab des deutschen Monopolkapitals im Ruhrgebiet. (LebhaftebZustimmung.) Es gibt sogar solche Fälle, dass die Beauftragten der Konzerne in den Westgebieten staatliche Funktionen ausüben. Im Westgebiet wurde das Verwaltungsamt für Stahl und Eisen dem reaktionären Verein der Deutschen Eisenhüttenleute übertragen. An der Spitze steht der Nazi und Wehrwirtschaftsführer Otto petersen, der Vertrauensmann von Vögler, Krupp, Springerum und Poensken. Er ist es, der dort den Kampf gegen die Gewerkschaften führt. Ihm zur Seite steht Herr Skrotzki, der frühere Syndikus der Reichsgruppe Industrie. Unter der Hitler-Regierung war er der Bearbeiter für die Wehrwirtschaft in der Reichsgruppe Industrie. Dieser Herr versuchte vor vier Wochen, in Berlin die faschistischen Wirtschaftsorgane aufrecht zu erhalten und in die gegenwärtigen Wirtschaftsorgane einzubauen. Er organisierte in Berlin eine illegale Konferenz der Vertreter der Konzerne und Syndikate.

Damals

Damals haben wir in Berlin öffentlich diesen Vertreter des deutschen Imperialismus angeklagt, seine illegale Tätigkeit enthüllt. Daraufhin ist er nach Westen gegangen und sitzt heute in führender staatlicher Funktion. (Hört, hört!) In der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft sitzt Dr. Busch als Generaldirektor, ein Nazi. Im Mathias-Stinnes-Konzern sitzt als Generaldirektor Dr. Hans Roche, ein Nazi. Im Klöckner-Konzern sitzt der Nazigeneraldirektor Dr. Fuhr. In der Vereinigung der eisenschaffenden Industrie in Düsseldorf sitzt der Nazidirektor Dr. Schäffer. Er war früher Leiter der Abteilung Eisen und Stahl im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Man kann nicht bestreiten im wesentlichen leben die alten faschistischen Wirtschaftsorganisationen fort, die sich jetzt den neuen Namen Vereinigungen zugelegt haben. In Minden wurde der deutsche Wirtschaftsbeirat für die englische Besatzungszone geschaffen. Präsident ist der bekannte Konzernherr Abraham Frowein, einer der Führer des Bamberg-Konzerns, war bis 1936 Beirat der Reichsgruppe Industrie. Er glaubt sich als Vertreter des Monopolkapitals zu dieser Funktion berufen, weil er eine jüdische Grossmutter hatte. (Heiterkeit und Zuruf: Heute Mitglied des Provinzialbeirats!) - Es wird gerufen, dass Herr Froweis Mitglied des Provinzialbeirats ist. Ich erinnere mich, dass in der Hitlerzeit Herr Frowein Mitglied der Industrie- und Handelskammer für das Wuppertal war und damit in der Führung der Wirtschaft der Textilindustrie des Wuppertals gesessen hat, dass er von vornherein aktiv die faschistische Wirtschafts-und Kriegspolitik unterstützt hat. Dieser Herr Frowein führt gegenwärtig seine Korrespondenz in allen Zonen Deutschlands. Er ist der Mann, der seine Beauftragten in alle Gebiete Deutschlands zu den Grossunternehmern schickt, um die Organisationen der deutschen Grossindustrie wieder aufzubauen.

Ich glaube, die Tatsachen, die ich anführte, genügen, um zu zeigen, wie stark noch die Kräfte des deutschen Imperialismus gegenwärtig sind und dass der Alarmruf der Internationalen Gewerkschaftsföderation auf Säuberung Deutschlands von den Faschistenm Militaristen und Imperialisten wirklich erfüllt werden muss, damit endlich das deutsche Volk und die anderen Völker in Frieden leben können.

Wenn aus verschiedenen Gebieten Deutschlands Klage darüber geführt wird, dass im Westen usw. der Aufbau an manchen Orten sehr langsam oder kaum vorwärtsgeht, so sage ich ganz offen: solange dieser alte faschistische Wirtschaftsapparat weiter besteht, kann es gar nicht besser gehen. (Zustimmung.) Solange der faschistische Sand im Räderwerk der deutschen Wirtschaft ist, solange kann es nicht gehen. (Sehr richtig.) Diese Herren - man nennt sie Fachleute - sind Fachleute in der Organisierung der Kriegsproduktion, sind grosse Fachleute in der Führung des Krieges; aber sie sind Trottel in der Organisierung der Friedenswirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Frage der Rolle der deutschen Konzern- und Bankherren steht in engem Zusammenhang mit der Lage im Ruhrgebiet. Ich sagte schon: das Charakter stische der Lage ist, dass das Rihrgebiet und vor allem Düsseldorf das Zentrum der Kriegsinteressenten ist, dass sich die deutschen Monopolherren am Rhein und Ruhr konzentriert haben, und, wie gestern ein Genosse richtig sagte, Düsseldorf, das Zentrum ihrer Organisationen geworden ist. Diese Herren sind es, die sich dafür einsetzen, dass das Ruhrgebiet von Deutschland wegkommt. In der französischen Presse war gewissermassen ein Angebot veröffentlicht, in dem es hiess, dass, wenn das Ruhrgebiet Frankreich unterstellt würde, d.h. wenn die grossen Betriebe der Ruhr an französische Konzerne angegliedert würden, die Konzerne und die Grossindustrie, auch die Kriegsindustrie des Ruhrgebiets weiter bestehen könnten, dass aber, wenn das Ruhrgebiet bei Deutschland bleibe, die Kriegsindustrie und andere Industrien des Ruhrgebietes zerstört würden. Ich bin überzeugt: gewisse Kreise in Frankreich würden nicht so die Kampagne für die Abtrennung des Ruhrgebietes führen, wenn sie nicht von gewissen Kreisen der deutschen Ruhrindu-

striellen unterstützt würden (sehr richtig), die die Hoffnung haben, auf diesem Wege die alten Positionen des deutschen Monopolkapitals zu retten.

Wir haben demgegenüber klar und eindeutig gesagt, dass die antifaschistisch-demokratischen Kräfte alles tun werden, damit das Ruhrgebiet bei Deutschland bleibt, weil Deutschland ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann. Einige Auslandszeitungen haben meine Rede auf der Gewerkschaftskonferenz zur Ruhrfrage in Beziehungen gesetzt zu früheren nationalistischen Forderungen anderer Parteien. Diese Kritiker übersehen, dass für uns ganz andere Gründe massgebend sind Als Partei des Volkes sind wir gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets; denn Deutschland braucht die Ruhrkohle, braucht den Ruhrkoks und braucht die Fertigindustrie des Ruhrgebiets. Wir Antifaschisten, wir Kommunisten als Partei des Volkes, fühlen uns aufs Engste verbunden mit der Arbeiterschaft und dem werktätigen Volke des Ruhrgebiets; denn die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets ist Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets, weil eine solche Abternnung einen ständigen politischen Unruheherd schaffen würde, der ein Hindernis wäre für das friedliche Zusammenleben der Völker. Im Ruhrgebiet sitzen jene Konzern- und Bankherren, die eine spekulative Politik treiben, um Gegensätze zwischen den Alliierten hervorzurufen, die eine Politik treiben, wie sie das deutsche Monopolkapital auch nach dem ersten Weltkriege betrieben hat. Wir haben aber umgekehrt ein Interesse an der Einigkeit der Alliierten, denn wir wollen, dass ein langer Friede in Europa sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sagen den Vertretern Frankreichs und Englands: Wenn Sie im Interesse des Friedens Deutschland etwas wegnehmen wollen, dann nehmen sie uns weg die preussischen Militaristen, die Grossgrundbesitzer, die Konzern- und Bankherren (stürmische Zustimmung), Diese Herren haben jahrzehntelang gepredigt, sie brauchten Raum; geben Sie ihnen Raum in Zentralafrika! (Stürmische Zustimmung.) Wenn das geschieht, dann wird Ruhe in Mitteleuropa sein, dann wird das deutsche Volk auch die Reparationsaufträge erfüllen können um das wieder gutzumachen, was in anderen Ländern zerstört wurde. Dann wird der friedliche Neuaufbau möglich sein und ein friedliches Zusammenleben zwischen den Völkern Europas. (Wiederholte stürmische Zustimmung.)

Ich glaube, es ist notwendig, dass in allen Teilen unserer Heimat in den Betrieben, in den Wohngebieten, in den Dörfern, eine grosse Aufklärungskampagne über die Gefahr geführt wird, die diese imperialistische Reaktion in Deutschland für unser eigenes Volk darstellt. Es muss endlich ausgesprochen werden, was die Ursachen des Krieges waren, dass die Ursachen des Krieges nicht nur der Welteroberungswahnsinn einer Clique nazistischer Militaristen war, sondern dass die Ursachen des Krieges in der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands lagen. Es ist notwendig, eine richtige Analyse des deutschen Faschismus zu geben und auszusprechen, dass der deutsche Faschismus die Herrschaft der terroristischen chauvinistischsten, raubgierigsten Kreise des deutschen Monopolkapitals war. (Sehr richtig.) Wir müssen unser Volk darüber aufklären, dass nicht nur Hitler, sondern auch seine Hintermänner die nationale Gefahr für unser Volk sind. Sie waren es, die den Krieg nicht nur zur Versklavung anderer Völker führten, sondern gleichzeitig ihre Kriegspolitik als Waffe zur Versklavung des eigenen Volkes benutzten. Sie waren es, die die deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet haben, die schon vor Kriegsausbruch jede wirtschaftliche Entwicklung verhinderten, indem sie einseitig die Rüstungsindustrie zum Schaden des Volkes und zum Schaden der Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie förderten. Sie waren es, die dem deutschen Staat in einen Raub- und Wucherstaat verwandelt haben, in dem die grossen Kapitalbesitzer und ihr Nazianhang vorwiegend von der Ausplünderung fremder Länder

und der Versklavung anderer Völker lebten, Sie waren es, die zum tiefsten kulturellen Niedergang führten, die alles Rekationäre, alles Antidemokratische in der Geschichte Deutschlands förderten, pflegten und Deutschland zum rückständigsten Land Europas machten.

Gegenüber dieser reaktionären, faschistischen Politik proklamie ren wir die Politik der Neugestaltung Deutschlands, die Politik der Neugeburt unseres Volkes. Nachdem in Deutschland das wirtshhaftliche Leben begpnnen hat sich etwas zu normalisieren, nachdem die Selbstverwaltungsorgane im Rohbau geschaffen wurden, steht jetzt vor uns die Aufgabe, mit dem Programm des Neuaufbaus Deutschlands vor das Volk zu treten, um unserem Volke den Weg zu zeigen, der aus der Katastrophe herausführt, den Weg, der zu einer glücklichen Zukunft Deutschlands führt. Das Programm des Neuaufbaues Deutschlands muss von drei Grundsätzen ausgehen. 1.: in Deutschland muss der wolle des Volkes oberstes Gesetz werden (bravo), 2.: die deutsche Wirtschaft muss den Interessen des deutschemVolkes dienen. (Sehr richtig.) 3. Alles Demokratische, Fortschrittliche der Kultur muss gepflegt werden. Es muss eine wirkliche Neuerziehung unseres Volkes die Schaffung einer neuen demokratischen Kultur erfolgen.

Gestattet, dass ich diese 3 Grundsätze des Programms der Neuaufbaues Deutschlands erläutere. In verschiedenen Zeitungen wurde behauptet, es gäbe in Deutschland verschiedene Arten der Demokratie. Ich glaube, das ich unrichtig. Es gibt gegenwärtig in Deutschland demokratische fortgeschrittene Gebiete. Das sind jene Gebiete, in denen die Werktätigen das volle Mitbestimmungsrecht haben, in denen es eine demokratische Presse gibt, in denen es demokratische Landesverwaltungen mit dem Rechte der Gesetzgebung gibt. Es gibt andere Gebiete, in denen sich die Demokratie noch im Embryonalzustand befindet. (Sehr gut.) Wir haben in unserem Aktionsprogramm betont, daß wir eine parlamentarische Demokratie wollen, in der der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist. Was heisst das? Das heisst, dass das Volk seine Vertreter auf demokratischem Wege in die gesetzgebenden Körperschaften wählt. Ab er das heisst vor allen Dingen - und das scheint mir das Neue zu sein -, dass das Volk, das die antifaschistisch-demokratischen Kräfte selbst tätig mitwirken am Neuaufbau, an der Neugestaltung Deutschlands (sehr wahr), dass die alte Kluft zwischen dem staatlichen Bürokratischen Apparat und dem Volke liquidiert wird, dass in den Betrieben die Betriebsräte und Gewerkschaftler volles Mitbestimmungsrecht haben, dass sie mitarbeiten an der Planung der Produktion in den Betrieben und in den Wirtschaftsorganen. Wir wollen, dass durch die Schaffung der verschiedensten Hilfsorgane, der Wohnungsausschüsse, der Ernährungsausschüsse usw. möglichst breite Kräfte des Volkes zur Mitarbeit im demokratischen Staat herangezogen und erzogen werden. Wir wollen, dass das Volk selbst die Durchführung seiner Beschlüsse kontrolliert (sehr richtig dass nicht ein solcher Zustand herrscht, wie er früher immer war, dass im Parlament Gesetze beschlossen wurde und es eine Bürokratie gab, die etwas ganz anderes machte. (Zustimmung.) Das ist keine Demokratie.

Wir sind aus diesem Grunde gegen gewisse Praktiken in anderen Zonen Deutschlands, wo den Beamten die politische und parteipolitische Tätigkeit untersagt wird. Wir sind umgekehrt der Meinung, dass die Beamten und die Angestellten die besten Demokraten und Antifaschisten sein müssen. (Zustimmung.) Sie sollen sich nicht hinter ihren Berg von Papier vor dem Volk verstecken, sondern sie sollen täglich mit dem Volke wirken und täglich zeigen, wer sie sind Wenn das geschieht, dann wird auch das Volk auf diese Männer einwirken, wird Kritik üben, und dann wird es eine gesunde demokratische Entwicklung in Deutschland geben. (Sehr wahr.) Das verstehen wir unter demokratischer Entwicklung. D.h.: Während bisher in der deutschen Geschichte eine kleine Minderheit von Bank- und Konzernherren und Grossgrundbesitzern im deutschen Staatsapparat über die Mehrheit

des Volkes bestimmte, während diese kleine Minderheit ihre Beauftragten, ihre Syndizi usw. in die Verwaltungsorgane schickte, sollen jetzt die Vertreter der Mehrheit des Volkes den Willen der Mehrheit des Volkes verwirklichen. (Zustimmung.)

Eine solche demokratische Entwicklung in Deutschland ist erst dann gesichert, wenn den Kriegsinteressenten und Militaristen die materiellen Machtmittel genommen sind, d.h. wenn die Grossgrundbesitzer enteignet sind und wenn den grossen Kriegsinteressenten die Betriebe weggenommen worden sind. Wenn es einige englische Beobachter gibt, die diese Massnahme nicht für unbedingt erforderlich halten, so übersehen sie nach unserer Meinung, dass in Deutschland die Konzernherren, Bankherren und Grossgrundbesitzer, die Mitglieder der leitenden Wirtschaftsorgane und die Mehrzahl der Beamten zu Faschisten oder zu solchen Kräften geworden sind, die aktiv den Faschismus unterstützt haben, die Hitlers Krieg bis zu Ende gefördert haben. Weil sie das taten, deshalb müssen sie entfernt werden. Das ist nicht unsere Schuld; die Herren haben selbst diese Entwicklung vorausbestimmt, indem sie Hitler bis zu Ende unterstützten, als Kriegsverlängerer den Krieg bis auf deutschen Boden führten. Es ist unsere Aufgabe, daraus die geschichtlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, d.h. die Kriegsinteressenten und Kriegsverlängerer wegzujagen. Das ist die geschichtliche Notwendigkeit (sehr gut), und jeder hat es sich selber zuzuschreiben, der diese Kriegspolitik bis zu Ende geführt hat und jetzt weggejagt wird. Also es liegt kein Grund des Klagens vor, sondern es handelt sich darum, geschichtliche Notwendigkeiten durch die Vertreter des Volkes zu vollziehen.

Die Lage in den verschiedenen Gebieten Deutschlands ist gegenwärtig ungleichmässig. Das hängt damit zusammen, dass Deutschland von 4 verschiedenen Mächten besetzt ist, die verschiedene Methoden der Besatzung und verschiedene Auffassungen über die Frage der demokratischen Entwicklung und über die Sicherung des Friedens haben. Die Sowjetunion hat durch Marschall Shukow erklären lassen, dass sie nicht die Absicht hat, dem deutschen Volk die sowjetische Ordnung irgendwie aufzuektroyieren und ich glaube, alle antifaschistischen Demokraten können bestätigen, dass die Raxis in der sowjetisch besetzten Zone zeigt, dass eine freie demokratische Entwicklung möglich ist. Auch als Mitglieder der Gewerkschaftsleitung muss ich sagen, dass niemals Vertreter der Besatzungsbehörden sich in die inneren Fragen der Entwicklung der Gewerkschaften eingemischt oder Forderungen gestellt haben. Im Gegenteil, sie weisen immer darauf hin, dass die Frage des Aufbaues der Gewerkschaften, der Methoden ihrer Arbeit, soweit sie sich im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse bewege, Sache der Gewerkschaftsmitglieder selbst sei. In der sowjetisch besetzten Zone sind wir der Meinung, dass auf Grund der bisherigen demokratischen Erfahrungen und des gegenwärtigen Standes der Entwicklung folgende Hauptaufgaben als nächste Aufgaben zu erfüllen sind. Die wichtigste Frage ist die Frage der Auswahl der befähigten Frauen, Männer und Jugendlichen aus dem Volk zur Schulung für die Tätigkeit in den Wirtschaftsleitungen, in den Betriebsleitungen, in den Verwaltungsorganen, als Schullehrer, in der Justiz und in der Polizei. (Lebhafte Zustimmung.) Ohne die Heranziehung neuer Menschen, Frauen und Männer aus dem Volke, die mit dem Volke verbunden sind, können die grossen Aufgaben des Neuaufbaus nicht gelöst werden. Nur dadurch, dass jene früheren Wirtschaftsfunktionäre, die keine Nazis waren, mit neuen Männern aus dem Volke, früheren Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären in der Wirtschaft, früheren Schöffen in der Justiz, mit Neulehrern, d.h. mit Frauen und Männern, die genügend Fähigkeiten, Intelligenz besitzen, um in kurzer Zeit als Lehrer geschult zu werden, zusammenarbeiten, kann der Fortschritt gesichert werden. Nicht überall wird dieser Aufgabe das genügende Verständnis entgegengebracht.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Resolution zur Parteikonferenz erhielten wir eine Anzahl Briefe, in denen sich Antifa-

schisten darüber beschweren, dass es ihnen nicht ermöglicht wird, sich für solche verantwortlichen Funktionen zu schulen. Aus einem Thüringer Gebiet wird mitgeteilt, dass den Neulehrern nicht genügend die Möglichkeit der Schulung gewährt wird, weil nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Familien dieser Neulehrerinnen- und lehrern während der Zeit der Schulung unterstützt werden. Bei der Schulung der Kader für die Justiz zeigte sich, dass in einigen Fällen nicht genügend Frauen und Männer aus den werktätigen Volk herangezogen wurden. Es gibt bei uns einen Beschwerdebrief aus Thüringen, wo eine Schule für die Ausbildung von Justizangestellten durchgeführt und kein einziger Werktätiger herangezogen wurde, sondern nur alte vorgebildete Juristen zugelassen wurden. (Hört, Hört!)

F.F.

Wir glauben, das zeigt, dass dort nicht genügendes Verständnis für die demokratische Entwicklung vorhanden ist. Diese Fehler muss man korrigieren.

2. Sind wir der Meinung, dass die Bevölkerung aktiver zur Mitarbei in den Verwaltungsorganen herangezogen werden muss. Es gibt Tendenzen einer gewissen Abgeschlossenheit mancher Bürgermeister und mancher Verwaltungen. Es ist notwendig, in den Wohnungsausschüssen, in den Ernährungsausschüssen, in den Kleingartenausschüssen, bei den Gartenämtern usw. mehr Kräfte aus dem Volke zur Mitarbeit heranzuziehen und zur Kontrolle der Durchführung der gefassten Beschlüsse. Es ist notwendig, dass die Vertreter der verschiedenen Selbstverwaltungsorgane vor dem Volke über ihre Tätigkeit Bericht geben und dass sie die Vorschläge aus der Bevölkerung sorgfältig anhören und beachten.

Ich muss sagen, dass diese demokratische Entwicklung gegenwärtig in verschiedenen Landgebieten weiter vorgeschritten ist als in den Städten. Die Bauern schreiben an die Zeitungen und an die verschiedenen Selbstverwaltungsorgane. Sie beschweren sich darüber, dass noch alte Verwalter auf den Gütern sitzen, dass hier und da noch Faschisten Einfluss ausüben, dass man Schiebungen macht usw. es zeigt sich, dass die Bauern wachgeworden sind, dass sie in Verbindung mit der Durchführung der Bodenreform eine wirkliche demokratische Initiative entwickeln. In mancher Stadt kann man vonden Methoden lernen, die im Dorfe durchgeführt werden, kann man lernen, von der Tätigkeit der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe. (Sehr gut!) Ich wünschte, dass in allen Städten die Demokratie sich so lebendig entwickelt, wie das gegenwärtig in der grösseren Zahl der Dörfer der Fall ist.

Wir sind der Meinung, dass gleichzeitig eine systematische Schulung der Betriebsräte durchgeführt werden muss, um sie für die grossen Wirtschaftsaufgaben vorzubereiten, an denen sie teilnehmen müssen. Hier sollen die Landes- und Stadtverwaltungen mithelfen, die materiellen Möglichkeiten für die Schulung der Betriebsräte zu schaffen.

3. Es ist notwendig, dass die verschiedenen Selbstverwaltungsorgane eine Kontrolle durchführen, wie die Durchführung ihrer Beschlüsse wirklich erfolgt. Wahrscheinlich werden die vier antifaschistisch-demokratischen Parteien Funktionäre zur Verfügung stellen müssen, die bei der Durchführung der Beschlüsse und Gesetze und bei der Kontrolle der Durchführung mithelfen. Es gab einige Bezirke, in denen die Bodenreform nicht konsequent durchgeführt wurde, wo bestimmte demokratische Massnahmen zu wünschen übrig lassen, wo ernste Fehler in der Organisation der Ernährungswirtschaft zu Tage traten, oder die Beschlüsse über die Demokratisierung der Industrie- und Handelskammern oder über die Liquidierung das Apparatesde Reichsnährstandes nicht schnell und entschieden genug durchgeführt wurden. Man muss eine ernste Kontrolle organisieren.

4. Es ist notwendig, dass in den verschiedenen Städten und Orten eine Art beratende Versammlung durchgeführt wird aus Vertretern der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Jugendausschüsse und Frauenausschüsse, dass die besten Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Kreise bestimmte Gesetze und Anweisungen mit vorberaten und sich für die Durchführung interessieren. Man muss in kleineren Orten sogar dazu übergehen, die Bürgermeister, die Gemeindevorsteher durch die Bevölkerung selbst wählen zu lassen. Wir wollen, dass eine lebendige Demokratie durchgeführt wird und die Entwicklung nicht im Formalismus hängen bleibt.

In unserer Resolution wird gesagt, dass wir die Besatzungsbehörden bitten, die Durchführung demokratischer Gemeindewahlen überall dort zu erlauben, wo die Vorbedingungen gegeben sind. Unter Vorbedingungen verstehen wir, dass Zeitungen der Partei erlaubt werden, dass man Broschüren herausgeben kann, dass eine freie, öffentliche Versammlungstätigkeit gestattet ist, dass im Verlauf der Wahlkampagne ein wirklicher ideologischer Kampf gegen die nazistische Ideologie geführt werden kann. Also nicht solche Wahlen, wie sie in der amerikanischen Zone durchgeführt wurden, die keine demokratischen Wahlen waren, (sehr richtig) wo es nicht erlaubt war, Broschüren herauszugeben, wo keine grosse Kampagne für die Aufklärung des Volkes durchgeführt wurde, wo die Parteien keine Möglichkeit hatten, in den Zeitungen eine gute Aufklärungsarbeit zu leisten! Das ist keine Demokratie. Das sind gewisse Überraschungsmethoden, die man - daran zweifele ich nicht - im Laufe der Entwicklung korrigieren muss. Und jene, die heute durch solche Überraschungen gewählt wurden und jetzt dasitzen und nicht wissen, wie es weitergehen soll, (Heiterkeit) werden sich noch wundern und werden es später bedauern, dass sie auf solche Weise gewählt worden sind (Zustimmung).

Wir sind der Meinung, dass bei den Wahlen alle Deutschen, die über 18 Jahre alt sind, das Wahlrecht haben sollen. Wir schlagen das deshalb vor, um zum Ausdruck zu bringen, dass jene Massen der Jugendlichen, die aktiv am Aufbau arbeiten, auch das Recht haben müssen, zu wählen und über 21 Jahre auch gewählt werden können.

Zum Unterschied von der Praxis und den Auffassungen in einigen anderen Gebieten schlagen wir vor, dass der Kreis derjenigen, die vor Wahlrecht ausgeschlossen werden, ein beschränkter sein soll. Die einfachen früheren Nazimitglieder, die jetzt zum grossen Teil beginnen, an der Arbeit des Nauaufbaus teilzunehmen, sollen ruhig ihr Wahlrecht ausüben. Wir wollen nicht einen solchen Zustand, wie er bei den Wahlen in der amerikanischen Zone festzustellen war: das ein grosser Teil der kleinen Nazis von der Wahl ausgeschlossen wurde, während die grossen Kriegsinteressenten das Wahlrecht hatten. (Händeklatschen). Wir sind deshalb der Meinung, dass die Kriegsverbrecher, die Mitglieder der SA oder des SD, die Mitglieder leitender Wirtschaftsorgane der faschistischen Kriegswirtschaft mit oder ohne Nazi-Mitgliedsbuch, (sehr wahr!) die Grossgrundbesitzer über 100 ha sowie die aktiven Förderer der faschistischen Kriegspolitik, die während der Hitlerzeit Konzern-, Bank- und Betriebsleitungen angehört haben, sowie leitende Funktionäre der Nazipartei vom Ortsgruppenleiter bezw. Zellenleiter an aufwärts, in der Hitlerjugend vom Scharführer an aufwärts vom Wahlrecht

ausgeschlossen werden. Wir woollen also nur die aktiven Faschisten vom Wahlrecht ausschliessen, die die Verantwortung für die Kriegspolitik und die Fortführung des Krieges auf deutschem Boden tragen, und wir wollen den einfachen Nazimitgliedern, die vom Faschismus betrogen wurden. die Möglichkeit geben, sich in die grosse Front des demokratischen Aufbaus einzureihen.

In einigen Gebieten Deutschlands gibt es offenkundig sehr eigenartige Auffassungen über die Demokratie und über die Rolle der Parteien. Wir hatten früher angenommen, dass auf Grund der Potsdamer Beschlüsse nur demokratische Parteien zugelassen werden. Wir müssen mit Erstaunen feststellen, dass leider auch reaktionäre, monarchistische und getarnte Parteien, hinter denen faschistisch-militaristische Kräfte stecken, in verschiedenen Gebieten erlaubt wurden. So wurde eine sogenannte rheinische Volkspartei geschaffen, auf deren Programm die Loslösung vom Rhein und Ruhr vom Reich steht. Wer hinter dieser Partei steckt, zeigt sich in dem Programm. Dort heisst es in Punkt 9: Der Sozialisierung industrieller und wirtschaftlicher Betriebe können wir nicht beipflichten (Zurufe: Aha!) Wir haben ja nicht die Sozialisierung gefordert, sondern haben nur gefordert, dass die grossen Kriegsindustriellen und Inetressenten enteignet werden, damit sie nicht einen dritten Krieg vorbereiten und beginnen können. Es ist offensichtlich, dass gerade diese Kriegsinteressenten hinter der sogenannten Rheinischen Volkspartei stehen, und ist kein Zufall, dass sie für die Trennung von Rhein und Ruhr von Deutschland eintreten. Ich denke, dass es die Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Kräfte ist, einen entschlossenen Kampf gegen diese Bande im Rheinland zu führen. (Händeklatschen)

Es gibt noch ähnliche solche Parteien. Es gibt in Bayern eine Königspartei und noch einige andere monarchistische Parteien oder Gruppierungen; denn es gilt dort die Praxis: wenn 25 Menschen sich zusammenschliessen, können sie eine Partei bilden.

Im niedersächsischen Gebiet gibt es eine sogenannte Niedersächsisch Landespartei. Im Hannoverschen Kurier lesen wir darüber, dass sie sich zur westlichen Demokratie bekennt. Sie erstrebt die engste Verbidnung mit den westlichen Demokratien, insbesondere mit Gross-Britannien. Gegen diese Verbindungen haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden, aber wir glauben, dass solche Splitterparteien, die keine demokratischen Parteien sind, nicht der demokratischen Entwicklung in Deutschland dienen, ebenso wenig wie die monarchistischen Parteien oder sogenannte Bürgerparteien, wie sie in Hamburg zu schaffen begonnen wurden. Wir halten auch solche Organisationen für überflüssig, wie das Komitee der Wenden in der Lausitz, ein Komitee, hinter dem sich gewisse Kreise des Monopolkapitalismus verstecken, die Deutschland zerspalten und zersplittern möchten, hinter dem einige Kräfte stecken, die Hitlers Krieg bis zu Ende unterstützt haben. Wir sagen offen: auch für solche Organisationen ist kein Platz in Deutschland, und wenn diese Herren erklären, sie könnten in diesem Deutschland nicht leben, so können wir nur den Wunsch aussprechen, dass die Besatzungsbehörde behilflich ist, ihnen die Möglichkeit zu geben sich im polnischen Gebiet anzusiedeln. (Beifall)

Wir sind also der Meinung, dass Demokratie nicht bedeutet, dass alle reaktionären, halbfaschistischen, faschistisch-monarchistischen Kräfte die Möglichkeit haben sich zu organisieren. Man gewinnt den Eindruck, dass es gewisse Kreise gibt, die das Bestreben haben, durch die Bildung zahlreicher reaktionärer Organisationen die junge demokratische Entwicklung in Deutschland zu diskreditieren. (Sehr gut) Sie wollen offenkundig einen Zustand herbeiführen, wie in den Jahren der Krise 1929 bis 1932, wo die Reaktion und die Faschisten die Zersplitterung in 34 Parteien im Interesse des Monopolkapitals ausnutzten. (Sehr gut)

Im Interesse der demokratischen Entwicklung ist es notwendig, dass die antifaschistisch-demokratischen 4 Parteien einen entschiedenen Kampf gegen dies reaktionären Gruppierungen führen und offen aussprechen:

in Deutschland soll endlich der wahre Geist der Demokratie Einzug halten. Demokratie heisst für uns die Einheit aller demokratischen Kräfte (Händeklatschen).

Wir sind nicht einverstanden und sprechen das offen aus mit den Auffassungen gewisser Vertreter aus westlichen Staaten, die erklären, dass der Kampf zwischen den beiden Gruppierungen der höchste Ausdruck der Demokratie ist. Nein, das ist der höchste Ausdruck der Zersetzung der Demokratie, nichts anderes (Händeklatschen). Wir aber wollen eine demokratische Entwicklung, die die Freundschaft zwischen den demokratischen Kräften entwickelt und zur Einheit unserer gesamten Nation führt.

So viel zur Frage der ersten Grundbedingung der demokratischen Entwicklung, dass der Wille des Volkes oberstes Gesetz sei!

Nun zur zweiten Frage, zu den Massnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, die uns aus der Katastrophe herausbringen und der Neuaufbau Deutschlands, der deutschen Wirtschaft auf einer neuen demokratischen Grundlage ermöglichen sollen. Jeder von Euch spürt täglich, wie gross die Not ist, die der Hitlerfaschismus über unser deutsches Volk gebracht hat. Ihr habt in den verschiedenen Gebieten durch Eure Organisierung der Volkssolidarität, durch die Organisierung der Volkshilfe, durch die Organisierung der Thüringen-Organisation alles getan, damit die Not des Volkes gelindert wird, soweit es überhaupt möglich ist. Das war der erste grosse Schritt nach vorwärts: die gegenseitige Hilfe die Sol darität des Volkes, um über die schlimmste Not hinaus zu kommen.

Aber diese Einzelmassnahmen genügen nicht. Es ist notwendig, eine grosszügige Planung durchzuführen, um die Grundlagen zu schaffen dass Monat für Monat und Jahr für Jahr ein wirklicher Aufstieg der deutschen Wirtschaft möglich wird. Wir haben in der sowjetisch besetzten Zone für diesen Ausweg aus der Ernährungskatastrophe zwei Grundaufgaben in Angriff genommen: 1. die Durchführung der Bodenreform, die Ausarbeitung und Durchführung des Landwirtschaftsplanes.

Ich möchte aber zunächst noch darauf hinweisen, dass die Voraussetzung sowohl für die Bodenreform wie für die Durchführung des Landwirtschaftsplanes die Zerschlagung der alten Reichsnährstand-Organisation war und ist. Inwieweit muss man sagen, dass die Bodenreform durch die Aktivität der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, durch die Aktivität der Bauern und Landarbeiter innerhalb dreier Monate durchgeführt wurde. Die Bauern und Landarbeiter haben bewiesen, dass sie von der Neuorientierung der Landwirtschaft mehr verstehen, als sehr viele von den Fachleuten, die in den hohen Ämtern gesessen haben und zum Teil noch sitzen.

Warum stelle ich die Frage der Bodenreform an die Spitze der Massnahmen für die Lösung der Ernährungskrise? - deshalb, weil nur durch den Übergang zur intensiven landwirtschaftlichen Produktion, nur durch den Übergang zur gattungsmässigen Bodenbearbeitung die Möglichkeit besteht, aus den Ernährungsschwierigkeiten herauszukommen. Nur dadurch, dass die Privatwirtschaft der kleinen Bauern gefördert wird, ist es möglich, in schnellem Tempo auch die Viehwirtschaft wieder aufzubauen.

Im Zusammenhang mit der Bodenreform steht die Entwicklung der Demokratie im Dorfe, die Entwicklung der Vereinigungender gegenseitigen Bauernhilfe. Wir haben eine grundlegende Veränderung im Dorfe erreicht: anstelle des Kommandos der alten Grossgrundbesitzer sind die Organe der gegenseitigen Bauernhilfe d.h. die Vertretungsorgane der Kleinbauern und Mittelbauern getreten. Sie werden zur stärksten ökonomischen Kraft im Dorfe; denn sie verfügen über die Maschinenverleihstellen, verfügen über Zugstationen usw., und dort, wo infolge des Krieges diese Zugstationen und Maschinenverleihstellen erst schwach entwickelt sind, wird in der nächsten Zeit alles getan werden, diese Stellen zu entwickeln, um die landwirtschaftliche Produktion der Klein- und Mittelbauern schneller zu fördern. Wir können sagen, dass durch die demokratische Entwicklung im Dorfe alle Kräfte der werktätigen Bauernschaft zur Ent-

faltung kamen und damit die Grundbedingungen erfüllt werden: dass durch die intensivste Anstrengung nicht nur jedes Stück Boden bebaut wird, sondern jedes Stück Bodens intensiv bebaut wird.

Aber wir sind weiter gegangen. Wir haben Schluss gemacht mit den alten Nazimethoden der Landwirtschaftspolitik, wobei den Bauern alles weggenommen wurde. Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass der Bauer zu Beginn des Erntejahres wissen muss, wie hoch sein Ablieferungssoll ist. D.h. der Bauer muss wissen: wenn er seiner Ablieferungsfrist genügt hat, kann er seine übrigen Produkte frei auf dem Markt verkaufen. Das Ablieferungssoll muss so festgelegt werden, dass den Bauern die Möglichkeit des freien Verkaufs von Produkten gewährt wird.

Wir wissen, dass im ersten Jahre nach dem Hitlerkrieg dieses Prinzip nicht überall durchgeführt wurde, weil die Folgen des Krieges das erschwerten. Aber unsere Aufgabe ist es, im nächsten Landwirtschaftsjahr alles zu tun, damit dieses Prinzip durchgeführt wird. Der Bauer soll zu Beginn des Jahres wissen, was er abzuliefern hat. Wir wollen, dass er sich anstrengt und einen möglichst hohen Ertrag aus dem Boden herausholt, damit ermöglichst viel zusätzliche Produkte auf den freien Markt bringen kann. Niemand hat das Recht, über das Ablieferungssoll hin dem Bauern neue Auflagen zu machen.

4. Wir sind dazu übergegangen, die enge Verbindung der Bauernschaft und der Arbeiterschaft herzustellen. Mit Hilfe der freien Gewerkschaften ist es gelungen, dass die Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten beliefert wurden, dass bestimmte Betriebe festgelegt wurden, die landwirtschaftliche Geräte und Maschinen produzieren, damit die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe mit landwirtschaftlichen Geräten beliefert werden können.

5. Wir sind dazu übergegangen, alle Kräfte der Parteien und Gewerkschaften zu mobilisieren, damit in diesem Frühjahr jedes Stück Boden angebaut wird. Es darf keinen Garten, keine Rasenfläche geben, wo nicht irgendwie Gemüse usw. angebaut wird. Das ist notwendig im Interesse der Sicherung unserer Volksernährung.

Die Grundlagen für alle diese Massnahmen ist der Landwirtschaftsplan. Im Landwirtschaftsplan für 1946 ist vorgesehen: die Erhöhung der Getreideanbaufläche um 500 000 ha gegenüber dem Jahre 1945, die Erhöhung der Anbaufläche für Kartoffel um 565 000 ha gegenüber 1945, die Erhöhung der Anbaufläche für Zuckerrüben um 84 000 ha gegenüber 1945, so dass die gesamte Aussaatfläche für 1946 - 4 850 000 ha mehr beträgt als im Vorjahre. Dazu kommt, dass für den Kleingartenbau usw. noch eine ganze Anzahl Flächen in den Städten und in der Umgebung der Städte zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wir wissen, dass diese Massnahmen nicht sofort zur Lösung der Ernährungskrise führen. Aber jeder Deutsche sieht, dass das ein Weg ist. Er sieht, dass die demokratischen Selbstverwaltungsorgane wissen, wohin siewollen : sie haben einen Plan und mit Hilfe dieses Planes geht es vorwärts. Wenn gegenwärtig die Bevölkerung aus der westlichen Zone über die Ernährungsnot, über die Senkung der Brotrationen klagt, so sage ich ihr ganz offen: bei uns in der Sowjetzone ist das Leben auch nicht leicht. Es ist sehr schwer, aber wir haben einen Weg. Bei Euch aber in der englisch besetzten Zone ist die Lage so, dass Ihr noch keinen Weg habt.

Wenn dort die Brotrationen herabgesetzt werden, liebe Freunde, so ist das doch kein Wunder. Es kann doch nicht anders sein, wenn bei Euch der alte Apparat des Reichsnährstandes noch besteht. (Lebhafter Beifall.) Es kann doch gar nicht anders sein, wenn die faschistischen Gutsverwalter, die bei uns davongelaufen sind, bei Euch auf den Gütern sitzen und sabotieren. (Lebhafte Zustimmung) Es kann doch gar nicht anders sein, wenn eine Reihe von alten Grossgrundbesitzern, die das sowjetisch besetzte Gebiet verlassen haben, bei Euch Grosspächter geworden sind und drüben jetzt wieder als Grossgrundbesitzer wirken, wenn bei Euch, wie z.B. bei Hamburg, die früheren Plätze der Reichswehr an alte Offiziere verteilt werden, die ihr ganzes Leben lang keine bäuerliche Arbeit geleistet haben und auch nicht gerade die Absicht haben, sie jetzt zu leisten. (Sehr richtig!) Da kann doch bei Euch nichts herauskommen! Oder wenn sogar ein solcher Zustand vorhanden ist, dass einer der feudalen Grossgrundbesitzer, der das gastliche Gebiet der östlichen Zone verlassen hat (Heiterkeit), bei Euch grosse Bodenflächen eines früheren Flugplatzes bekommt und jetzt sozusagen als Bauer auftritt. Sein ganzes Leben lang hat er nur Landarbeiter geknechtet und angetrieben. Glaubt ihr, dass dieser Boden gut bearbeitet wird? Niemals. Solange Ihr nicht dazu übergeht, den Bauern und Landarbeitern den Boden zu geben, wird es bei Euch nicht besser werden! (Sehr gut!) Also nicht etwa deshalb, weil bei Euch zu wenig Boden vorhanden ist, geht es schlecht, nein, weil bei Euch noch der alte Reichsnährstand kommandiert (sehr richtig!), weil bei Euch noch die alten Junker und Grossbesitzer kommandieren, weil bei Euch zum Teil noch die alten Oberpräsidenten usw. im Amt sind, deshalb geht es bei Euch nicht, und es wird auch nicht gehen, solange Ihr dort nicht demokratische Ordnung schafft. Das ist die Voraussetzung! Ohne demokratische Ordnung werdet Ihr nicht mehr zu essen haben. So steht die Frage. (Lebhafter Beifall.)

Nun noch etwas anderes! Bei Euch gibt es grosse feudale Ländereien, die im Besitz von irgendwelchen Fürsten oder sonst jemand sind. Diese Ländereien sind an Bauern verpachtet, die dafür hohe Pachtsummen zahlen müssen. Glaubt Ihr, dass ein solches altes reaktionäres Pachtsystem der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion dient? Das ist nicht der Fall. Wenn Ihr dazu übergehen würdet, die Pachtzahlungen an die alten Grossgrundbesitzer einzustellen und den Bauern den Boden zu übergeben, Ihr sollt mal sehen, was aus diesem Boden herausgeholt wird. (Sehr gut! und Beifall.)

Ich frage weiter: wäre es nicht gerecht, wenn der Boden, den Hitler den Bauern weggenommen und für Flugplätze und andere militärische Einrichtungen benutzt hat, den Bauern zurückgegeben würde? Wie ist es aber bei Euch? Im Lippischen Gebiet wurde der Flugplatz Herrn von Manteuffel übergeben. (Hört, hört!) Das ist der Herr, den die Bauern aus der sowjetisch besetzten Zone davongejagt haben. Aber bei Euch bekommt er den Flugplatz, den Hitler früher den Bauern weggenommen hat. Ich frage Euch: hat das etwas mit Demokratie zu tun ?

Ich glaube, dass die Ernährungsfrage auch in den anderen Gebieten Deutschlands zur gelöst werden kann,

erstens, indem das Pachtsystem geändert wird. Die Pachtzahlungen müssen gegenüber den Grossgrundbesitzern, die Land verpachtet haben, eingestellt werden. Bei dem Grundbesitz, der von Klein- und Mittelbauern gepachtet wurde, müssen die Pachtpreise überprüft werden.

Zweitens ist es notwendig, allen Grossgrundbesitz über 100 ha zu enteignen.

Drittens ist es notwendig, den Apparat des Reichsnährstandes zu liquidieren und fortschrittliche Demokraten mit der Leitung der Abteilung Landwirtschaft zu beauftragen.

Viertens ist es notwendig, den Boden, den Hitler den Bauern genommen hat, diesen Zurückzugeben, und

fünftens ist es notwendig, Ordnung in der Verteilungswirtschaft zu schaffen, indem bei den Verwaltungsorganen Ernährungsausschüsse aus Vertretern der werktätigen Bevölkerung gebildet werden. (Sehr gut!) Diese Ordnungsmassnahmen sind notwendig. Dann wird es auch mit der Lebensmittelversorgung besser stehen, und es wird nicht mehr so viel auf den schwarzen Markt kommen.

Auch in der sowjetisch besetzten Zone ist eine Reihe von Massnahmen in bezug auf die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte notwendig, damit gesichert wird, dass die Produkte

wirklich der Bevölkerung auf ihre Karten zur Verfügung gestellt werden können. Die Kontrolle in einer Reihe von Bezirken hat ergeben, dass gewisse Lebensmittelhändler Unterschlagungen begingen, dass sie Lebensmittel zurückhielten, die für die Bevölkerung bestimmt waren, wahrscheinlich um sie auf dem schwarzen Markt zu verschieben. Wir sind deshalb der Meinung, dass eine strengere Kontrolle und Überwachung der vorhandenen Lebensmittelbestände überall durchgeführt werden muss, dass in allen Städten und Gemeinden die Ernährungsausschüsse ausgebaut werden müssen, und zwar durch Hinzuziehung von Vertretern der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der Frauenausschüsse, und dass die Selbstverwaltungsorgane den gesamten Handel überwachen, um zu verhindern, dass durch den Gross- und Kleinhandel Waren, die der Bevölkerung auf Karten gegeben werden sollen, in andere Kanäle geleitet werden. Notwendig ist viertens, dass die Betriebsräte der privaten Handelsfirmen das Recht haben, die Lager und Lebensmittelbestände zu kontrollieren und darüber Bericht zu erstatten. Nach unserer Meinung werden diese Massnahmen dazu beitragen, eine bessere Verteilung der Lebensmittel für die Bevölkerung zu sichern.

Wie ist die Lage in der Industrie? Wenn wir vom Neuaufbau der Industrie sprechen, so müssen wir hervorheben, dass es die Ingenieure, Techniker, Angestellten und Arbeiter waren, auch eine Reihe von Fabrikanten, die nach dem Sturz des Hitlerfaschismus buchstäblich zwischen den Trümmern begannen, die Betriebe aufzubauen und wieder in Gang zu bringen. Während damals die Konzernherren es für zweckmässig hielten, abzuwarten und alle mögöichen und unmöglichen Forderungen an die Selbstverwaltungsorgane zu stellen, haben die Arbeiter, die Angestellten und Ingenieure das Verdienst, sofort Hand ans Werk gelegt zu haben, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. Sie begannen mit der Wiederingangsetzung des Verkehrs, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, mit der Reparatur von Dächern und Häusern, mit der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte usw. Alle diese Massnahmen, die damals eingeleitet wurden, genügen heute nicht mehr. Heute reichen die lokalen und Einzelmassnahmen nicht mehr aus, um im Aufbau der Wirtschaft voranzukommen. Deshalb hat das Zentralkomitee unserer Partei ein Wirtschaftsprogramm für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaftsb ausgearbeitet. Das Programm geht davon aus, dass die Wirtschaft der Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung dienen muss und dass eine Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Leichtindustrie notwendig ist.

Zweitens soll der Neuaufbau gleichzeitig die demokratische Entwicklung sichern, indem die Betriebe der Kriegsinteressenten den Landesverwaltungen übereignet werden. Dadurch wird es den Kriegsinteressenten unmöglich gemacht, noch einmal ihre materiellen Machtmittel zur Wiederholung ihrer Kriegspolitik auszunutzen.

Drittens: die Leitung und Kontrolle der Wirtschaft soll in den Händen der staatlichen Selbstverwaltungsorgane liegen, die durch ihre Wirtschaftsplanung die richtige und vollständige Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten, der Rohstoffe und die Verteilung der Waren organisieren.

Viertens: in der Erkenntnis der Tatsache, dass der Neuaufbau nur bei einer vollen Entfaltung aller Volkskräfte möglich ist, ist es erforderlich, das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften nicht nur im Betrieb, sondern in allen Wirtschaftsorganen zunsichern.

Jeder von Euch weiss, mit welchen Schwierigkeiten wir bei der Durchführung dieser Aufgaben zu kämpfen haben. Es fehlt sozusagen an allem. Dazu kommt noch, dass die Demontage eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen hat. Weiter gibt es viele Advokaten, die versuchen, die Eigentumsinteressen der Kriegsinteressenten zu verteidigen, und die für die den Kampf um die Wiedererlangung der beschlagnahmten Betriebe führen.

Wir glauben, dass in der deutschen Justiz noch nicht in allen Organen das notwendige Verständnis für die neue Rechtslage vorhanden ist. Die grundlegenden Veränderungen, die in Deutschland erfolgt sind, machen auch eine Neuorientierung auf dem Gebiete der Justiz notwendig. Die Justiz muss antifaschistisch-demokratisch organisiert sein. Sie soll helfen, die neue demokratische Entwicklung zu sichern. Wenn sie sich aber nur an bestimmte alte, vergangene Gesetze hält, schematisch alte Eigentumsbegriffe

auf die heutige Lage anwendet, so wird sie der neuen demokratischen Entwicklung nicht gerecht. Denn die alten Gesetzgeber haben vor 40 oder 50 Jahren nicht voraussehen können, dass die deutschen Grossindustriellen zu Faschisten wurden und einen Hitlerkrieg, den grausamsten Raubkrieg, bis auf deutschen Boden weiterführen würden. (Sehr richtig!) Diese grundlegende Veränderung muss auch in den Rechtsbegriffen ihren Ausdruck finden, d.h. die Justiz muss mithelfen, dass die Enteignung der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten durchgeführt und dass der demokratischen Gerechtigkeit freien Lauf gelassen wird.

Es wurde die Frage gestellt, dass es heute noch unklar ist, wer gegenwärtig im Besitz der Betriebe der Kriegsinteressenten ist. Ich glaube, die Frage ist klar. Die Betriebe wurden von der sowjetischen Besatzungsbehörde auf Grund des Befehls 124 beschlagnahmt, und gegenwärtig verfügt die Besatzungsbehörde über diese Betriebe, die allerdings die Leitung durch die Selbstverwaltungsorgane unterstehen. In der Bergbauindustrie ist bereits eine Klärung dieser Frage erfolgt, indem sie Bergbaubetriebe, die den Kriegsinteressenten gehörten, in der sowjetisch besetzten Zone durch besondere Gesetze an die Landesverwaltungen übereignet wurden. Diese Gesetze fussten auf der Tatsache, dass die Kohlenbarone durchweg nicht nur den Hitler-Faschismus mit zur Macht gebracht, sondern ihn bis zu Ende unterstützt haben. Aus dem Grunde musste im Interesse der Sicherung der Demokratie die Übereignung dieser Betriebe an die Landesverwaltungen erfolgen

Was die anderen Betriebe betrifft, die Kriegsinteressenten gehörten und die heute von der Besatzungsbehörde oder auch von der Landesverwaltung beschlagnahmt wurden, so glauben wir, dass wir gewisse Vorschläge, die die sächsischen Genossen gemacht haben, prüfen müssen, um hier die wirtschaftliche Entwicklung durch bestimmte gesetzliche Massnahmen zu fördern. Die sächsischen Genossen, der Präsident der Landesverwaltung, Genossen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei haben die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, die Frage der Übereignung von Betrieben der Kriegsinteressenten an die Landesverwaltung durch ein Volksbegehren und einen Volksentscheid rechtlich zur Entscheidung zu bringen. Auf Grund dieses Vorschlages ist eine Anfrage an die sowjetische Besatzungsbehörde gerichtet, auf die Marschall Shukow geantwortet hat, dass, wenn in den einzelnen Ländern von einer genügend grossen Zahl demokratischer Kräfte der Wunsch nach einem Volksbegehren, betreffend Übereignung der Betriebe von Kriegsinteressenten an die Landesverwaltung, geäussert wird, wenn der Vorschlag gemacht wird, in den einzelnen Ländern einen Volksentscheid durchzuführen, die sowjetische Besatzungsbehörde gegen ein solches Volksbegehren oder einen Volksentscheid keine Einwendungen erheben werde. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident der Landesverwaltung Sachsens hat den Vorschlag mit Artikel 36 der alten sächsischen Verfassung begründet. Dort heisst es :

> Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl, ein Gesetz begehrt, so muss das Gesamtministerium den Volksentscheid herbeiführen. Verlangt das Volksbegehren ein Gesetz, so muss ihm ein Gesetzentwurf mit Begründung beigefügt sein.

Auf der Grundlage des § 36 der früheren sächsischen Verfassung ist es möglich, ein solches Volksbegehren über die Übereignung der Betriebe der Kriegsinteressenten - das bezieht sich selbstverständlich nur auf die grösseren Betriebe - an die Landesverwaltung bezw. an die betreffende Stadt- oder Kreisverwaltung durchzuführen.

Daraufhin wurde beinder sowjetischen Besatzungsbehörde angefragt, wie sie es mit der Weiterführung der beschlagnahmten Betriebe zu handhaben gedenke. Wir wissen sehr gut, dass diese mehr als 4000 beschlagnahmten Betriebe im Grunde genommen Besitz der sowjetischen Besatzungsbehörde sind; denn diese Betriebe sollten eigentlich als Ersatz für die Betriebe dienen, die die deutschen Truppen in der Sowjetunion zerstört haben. Die sowjetische Besatzungsbehörde hat erklären lassen, dass sie bereit ist, den grössten Teil dieser Betriebe dem Volke zur Verfügung zu stellen, damit es selbst entscheiden kann, wem sie übereignet werden. (Stürmischer Beifall.) Wir sind Marschall Shukow dankbar - und ich glaube, alle demokratischen, antifaschistischen Kräfte werden Marschall Shukow tiefen Dank aussprechen - für

das Verständnis, das er der Lage entgegenbringt, in der sich unsere Bevölkerung gegenwärtig befindet, und für die Hilfe, die er uns durch diese Erklärungen in der demokratischen Entwicklung und beim demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft leistet. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wie stellen wir uns unter diesen Bedingungen die Organisation des Neuaufbaus der Wirtschaft vor? Wir schlagen vor und stellen diese Frage vor allen antifaschistischen Demokraten zur offenen Aussprache, dass die Wirtschaft von den Landesverwaltungen geleitet wird, dass bei den Landes- bezw. Provinzialverwaltungen ein Planungsamt geschaffen wird, dem die Planung und Lenkung der Produktion, die Rohstoffzuteilung, die Kontrolle der Reparationen lieferungen und die Planung der Verteilung obliegt, dass bei den Landesverwaltungen die Abteilung für Industrie und Brennstoff ausgebaut wird, die die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, dass die Produktionsaufträge verteilt und richtig durchgeführt werden, dass weiter die Abteilung für Handel und Versorgung vor allem mithilft, dass das Handwerk entwickelt wird, dass eine gerechte Verteilung der Produkte erfolgt und entsprechend den Beschlüssen des Planungsamtes die Aufgaben der Verteilung gelöst werden, und dass weiter die Finanzabteilung in ihrem Plan die grundlegenden Produktionsaufgaben zur Grundlage ihrer gesamten Finanzpolitik nimmt.

Im Interesse einer planmässigen Durchführung des Neuaufbaus halten wir es für notwendig, dass das System der Landes- und Provinzialbanken, also der Banken staatlichen Charakters ausgebaut wird, dass mit diesen Banken jene Privatbanken wie Gewerbebanken, Handwerksbanken, also Banken lokalen Charakters, die von der Besatzungsbehörde zugelassen sind, eine aktivere Hilfe bei der Finanzierung der neuen grossen Produktionsaufgaben leistet.

Die Durchführung dieser Aufgaben der Wirtschaftsorgane macht es andererseits notwendig, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern als beratende Organe der Wirtschaftsabteilungen mehr noch als bisher mit neuen antifaschistisch-demokratischen Fachleuten zu besetzen und die Reorganisation und Demokratisierung dieser Körperschaften entschieden durchzuführen. Vor allem muss gesichert werden, dass die Gewerkschaften und die Abteilung für Wirtschaft und Arbeit in den Industrie- und Handelskammern entscheidenden Einfluss bekommen. Wir sind der Meinung, dass auf diesem Wege der Wirtschaftsplanung und des Neuaufbaus der Wirtschaft es möglich sein wird, die ganze Volksinitiative zu entfalten, damit die Produktion gesteigert, die Bevölkerung besser versorgt wird und damit die Städte schneller aufgebaut werden.

Dabei wird es weiter notwendig sein, gewisse Reorganisationsmassnahmen auf dem Gebiete des Handels durchzuführen. In Verbindung mit der Übernahme der Betriebe der Kriegsinteressenten durch die Landesverwaltungen als landeseigene Betriebe schlagen wir vor, Handelskontore zu schaffen, an denen zu 51% staatliches Kapital und zu 49% privates Kapital beteiligt ist. Wir schlagen vor, dass in jedem Land bezw. in jeder Provinz ein Handelskontor, ein Industriekontor und ein Kohelnkontor geschaffen wird und dass ähnliche Organe für die einzelnen Bezirke geschaffen werden, die alles das durchführen, was in dem betreffenden Bezirk zur Verteilung der Waren erforderlich ist. Durch dieses Zusammenwirken staatlicher Lenkung und privater Handelsinteressen glauben wir eine wirklich gerechte Verteilung der Produkte und einen breiten Handelsapparat zu schaffen und gleichzeitig eine weitgehende freie Initiative des privaten Handels zu gewährleisten.

Zusammenfassend möchte ich hervorheben, dass wir im Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsplan in Zukunft Betriebe verschiedenen Charakters in der sowjetisch besetzten Zone haben werden: erstens Betriebe staatlichen Charakters - das sind frühere Staatsbetriebe und Betriebe, die Kriegsinteressenten gehört haben und jetzt den Landes- und Provinzialverwaltungen übereignet werden -, zweitens kommunale Betriebe, d.h. Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und sonstige kommunale Versorgungsbetriebe.

3.) privatkapitalistische Betriebe, die sich gegenwärtig zahlenmässig in der Mehrheit befinden. 4.) Handwerksbetriebe, deren Förderung besonders notwendig ist. Wir sind der Meinung, dass dieser Neuaufbau der Wirtschaft einen grossen demokratischen Fortschritt darstellt.

Wenn nun Dr. Schumacher und einige andere Leute sagen, dass wir die angeblich hohe Wirtschaftsform der Konzerne zerschlagen, wo antworten wir: wir zerschlagen die alte Form der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals, der Herrschaft der deutschen Kriegsinteressenten. (Sehr richtig.) Diese Form wollen wir bis zu Ende zerschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) An ihrer Stelle schaffen wir die höhere Form der staatlichen Lekung der Wirtschaft, der Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Schaffung eines grossen Teiles der Betriebe, der gewissermassen einen staatlichen Sektor der Wirtschaft darstellen wird.

Diese höhere Form ermöglicht uns die Durchführung der Planung und die schnellere Durchführung des Aufbaus der deutschen Wirtschaft.

Was ist der Unterschied gegenüber früher? Früher gab es auch eine Planung, eine Planung im Interesse des Krieges, eine Planung, die geleitet wurde von den deutschen Konzern- und Bankherren, und 300 Rüstungsplutokraten. Jetzt wird es eine Planung geben, die geleitet wird von den besten Vertretern des deutschen Volkes, von den besten antifaschistisch-demokratischen Fachleuten. Das ist das Neue. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der Durchführung dieser Aufgabe haben die Betriebsräte und die Gewerkschaften eine besonders grosse Verantwortung. Wir begrüssen es deshalb, dass auf der Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz Betriebsräte-Richtlinien angenommen wurden, die nicht nur Gültigkeit haben für Berlin oder für Sachsen, sondern die Gültigkeit haben für ganz Deutschland und die vielleicht sogar auch grosse internationale Bedeutung haben. In diesen Richtlinien über die Aufgaben der Betriebsräte wird gesagt, die Betriebsräte hätten dafür zu sorgen, dass alle Gesetze und Verordnungen, die zugunsten der Arbeiter und Angestellten sind, durchgeführt werden, die Betriebsräte hätten mit zu bestimmen bei der Gestaltung der Produktion und Arbeitsplanung für die Zwecke des friedlichen Bedarfs. An allen Verhandlungen und Besprechungen über Fragen des Betriebs, der Produktion und Arbeitsplanung im Betriebe und bei den Behörden sollen sie teilnehmen, um anzuregen und die notwendigen Massnahmen zu veranlassen. Der Betriebsrat entsendet seine Vertreter in die Planabteilung des Betriebes. Er kontrolliert die Preisbildung und die richtige Verteilung der produzierten Güter. Das sind Aufgaben der Betriebsräte in Verbindung mit ihrer Aufgabe der Vertretung der unmittelbaren täglichen Interessen der Arbeiterschaft.

Wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, dass angesichts der grossen neuen Aufgaben in allen Bezirken unmittelbar die Schulung der Betriebsräte in Angriff genommen werden muss (sehr richtig) und dass zur gleichen Zeit die Gewerkschaftsfunktionäre geschult werden müssen, damit sie in den Industrie- und Handelskammern, in den Wirtschaftsabteilungen, in den Preiskontrollabteilungen usw. ihre grossen Aufgaben erfüllen können. Wir glauben, dass in der Westzone diese Aufgaben, wie wir sie für die fortgeschrittensten demokratischen Gebiete Deutschlands stellen, nicht mechanisch übertragen werden können. Immer wieder müssen wir vor allem daran gehen, zu säubern. Immer wieder ist es notwendig, durchzusetzen, dass die Arbeiter, die Betriebsräte, die Gewerkschaften, die Vertreter der Arbeiterparteien mithelfen, die Initiative bei der Säuberung der Betriebsleitungen von Nazis und Kriegsinteressenten entfalten. Es ist notwendig, neue Wirtschaftsorgane zu schaffen. Glaubt ihr denn, dass es in der Wirtschaft des Westens weitergehen kann, wenn die alten Kriegsinteressenten in den Industrie- und Handelskammern sitzen? Ist es nicht eine Schande, dass in diesen Industrie- und Handelskammern keine Gewerkschaftsver-

vertreter sitzen oder höchstens ein Horchposten zugelassen wird ? Ist das die Demokratie? Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das muss man ändern und die Gewerkschaften müssen sich ihrer neuen Aufgabe bewusst werden. Ich sage euch offen: bei euch befinden sich viele Gewerkschaftsleitungen noch in dem Zustand, wie sie bei uns im Juni/juli vorigen Jahres waren. Da wurde nur in einigen Gewerkschaftsleitungen über Organisationsparagraphen diskutiert und es war nicht leicht, eine Neuorientierung durchzuführen. Wenn ich eure Gewerkschaftszeitungen für die englische Zone lese, so muss ich euch sagen: sie hätte auch im Jahre 1913 so geschrieben sein können. (Zustimmung und Heiterkeit.) Hier fehlt einfach der neue Geist der Demokratie. Hier sind die alten Organisationsformen beibehalten, wie wir sie im Jahre 1913 diskutiert haben, und über sie wird weiter diskutiert. (Zustimmung und Zurufe.) Hier fehlt wirklich der Geist des Kampfes für die Interessen der Arbeiterschaft. Hier fehlt der Geist des Kampfes gegen die Monopolherren. Die Zeitung in Hamburg, wo die Bücher und Konsorten sitzen, enthält kein Wort gegen die faschistischen Herren des Monopolkapitals. Ich frage Euch: was ist denn in dieser Gewerkschaftsleitung los? vielleicht gibt es in dieser Gewerkschaft noch keine Demokratie! (Sehr gut.) Wir können das von hier aus schwer beurteilen. Vielleicht sind diese Gewerkschaftsleitungen noch nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt worden. (Jawohl, sehr richtig!) vielleicht ist es so, wie es in Stuttgart war, wo eine Reihe von Gewerkschaftssekretären zu einem stadtbekannten Advokaten ging und sich dort bestätigen liess, dass sie früher Gewerkschaftssekretär waren, und damit als die Gründer der neuen Gewerkschaften anerkannt wurden. (Rufe: jawohl, hört, hört! Heiterkeit.) Es scheint, dass diese advokaturmässige Gewerkschaftsgründung nicht sehr demokratisch ist. (Sehr gut.) Ich glaube, es wäre besser, wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihre Vertreter wählen würden. Wenn man uns sagt, dass in der Westzone die Demokratie sich so entwickelt, wie denkt ihr darüber? Wäre es nicht gut, wenn diese demokratie damit beginnen würde, dass man die Gewerkschaftsleitungen demokratisch wählte? (lebhaftebZustimmung.) Bei uns ist es so, dass die alten erfahrenen Gewerkschaftsführer, die ehrlich den demokratischen Neuaufbau wollen, mit neuen Gewerkschaftsfunktionären zusammensitzen, die als Betriebsräte oder Funktionäre aus den Betrieben hervorgegangen sind. Dieses Gespann bewährt sich ganz gut. Die Alten lernen von den Jungen und die Jungen lernen von den Alten. Manchmal wurde diskutiert. Das war zum Nutzen von Beiden, und mir scheint, dass diese demokratischen Methoden der Gewerkschaftsbewegung noch nicht genügend im Westen Einzug gehalten haben. (Zustimmung und Rufe: überhaupt nicht.) Also, Genossen, wir wollen auch keine Vorschriften machen; aber seht euch einmal an, wie es in der sowjetisch besetzten Zone gemacht wurde. Wenn es einige Genossen gibt, die Zweifel haben, so schickt einfach Delegierte von Gewerkschaftsleitungen aus dem Ruhrgebiet, aus Hamburg oder aus den Grossbetrieben nach Sachsen oder nach Thüringen! Ihr braucht uns ja nicht zu glauben. Kommt her und sehr euch die Sache selber an! (Zuruf: wir würden auch gern einmal hinfahren!) Bitte schön, fahrt hin! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Stürmische Zustimmung.) Selbstverständlich gibt es Zonengrenzen. Aber wenn die Konzernherren übder die Zonengrenzen kommen, dann können die Gewerkschaftsvertreter das auch tun. (Erneute stürmische Zustimmung und Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, dass die Gewerkschaftler und Betriebsräte auch einen Weg finden werden. (Sehr gut! Und Heiterkeit.)

Im Zusammenhang mit der Durchführung dieser grossen Aufgaben des Wirtschaftsplanes sehen wir als eine der wichtigsten Massnahmen den Neuaufbau der deutschen Städte an. Wir haben euch das Wohnungsbauprogramm der KPD vorgelegt. In diesem Wohnungsbauprogramm wird vorgeschlagen den planmässige Organisierung der Wohnungswirtschaft, die Reparatur der beschädigten Wohnungen und Gebäude, die Organisie-

rung der Rohstoffbeschaffung für das Bauwesen usw. Da in diesem Programm alles gesagt ist, kann ich darauf verzichten, weitere Erläuterungen zu geben. Ich möchte nur hervorheben, dass sich die Genossen aus allen Gebieten als Beispiel jene Pläne des Neuaufbaus nehmen sollen, wie sie in Dresden und in einigen anderen Städten bereits in Angriff genommen wurden. Zeigt, dass ihr Demokraten die besten Neuerbauer der deutschen Städte seid! (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der Veröffentlichung unserer Resolution erhielten wir eine grosse Anzahl von Briefen und Entschiessungen von Parteiorganisationen, Mitteilungen und Vorschläge anderer Antifaschisten. In diesen Vorschlägen wird vielfach Kritik an den Zuständen in der Justiz geübt. In einer Reihe dieser Briefe wird die Durchführung einer entschiedenen demokratischen Justizreform vorgeschlagen. So wird in einem Briefe gesagt:

> Der Schaffung von Volksrichtern muss in der Resolution mehr Platz gewidmet werden. Wir müssen auch mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Schöffengerichte bekommen.

Es ist ein Zusatzantrag zur Resolution eingereicht worden, in dem vorgeschlagen wird, dass in Punkt 7 folgende Ergänzung eingefügt wird:

> Aufbau einer demokratischen Justiz. Die Schaffung einer demokratischen Rechtspflege setzt voraus, dass parallel mit der Reinigung des Verwaltungsapparates auch der Justizapparat ~~mit der~~ eine gründliche Änderung erfährt. Die Demokratisierung der Rechtspflege erfordert eine gründliche Säuberung des Justzapparates von allen faschistischen und reaktionären Elementen. Ausgeschaltete Justizangestellte sind durch antifaschistische Kräfte aus allen Schichten des deutschen Volkes, die den demokratischen Staat bejahen, zu ersetzen. Der Zugang zum Richteramt steht allen Männern und Frauen offen, die politisch und moralisch die Voraussetzungen hierfür besitzen. In kurzen Lehrgängen, Kursen und Seminaren erhalten die Volksrichter ihre Ausbildung. Die Erziehung der Volksrichter wie auch die des akademischen Nachwuchses erfolgt durch Lehrkräfte, die ihre demokratisch antifaschistische Gesinnung unter Beweis gestellt haben.

Diese Ergänzungsvorschläge sind absolut richtig und die Redaktionskommission soll diese Vorschläge berücksichtigen.

In den Ergänzungen wird weiter empfohlen, dass bei der Durchführung der Justizreform die Neuordnung in der Wirtschaft berücksichtigt werden müsste, dass die neuen Bedingungen des Betriebsrätegesetzes das Mitbestimmungsgesetz der Gewerkschaften, die Korrekturen in steuerrechtlicher Beziehung, die Reform des städtischen Bodenrechtes usw. Beachtung finden müssten. Wir halten alle diese Vorschläge für richtig.

Was die Frage der Volksrichter betrifft, so möchte ich nur eine Ergänzung machen. Es handelt sich erstens darum, dass demokratische Frauen und Männer aus dem Volk zu Volksrichtern geschult werden. Aber es handelt sich auch darum, dass frühere Richter, die Demokraten waren, die keine Mitglieder der Nazipartei waren, zu wirklich demokratischen Volksrichtern umgeschult werden müssen. (Bravo.) Beide Aufgaben müssen jetzt in Angriff genommen werden.

Weiter liegen Änderungsvorschläge vor zur Frage der Polizei. Es wird vorgeschlagen, dass die Volkspolizei ausgebaut wird, dass sie die Möglichkeit bekommt, erfolgreich den Kampf gegen das Bandenwesen zu führen, und dass sie hilft, die demokratische Entwicklung zu sichern. In den Vorschlägen wird gesagt, dass die Polizeibeamten überzeugte Demokraten und Antifaschisten sein müssen, dass sie ihre Volksverbundenheit zum Ausdruck bringen müssten; deshalb sei es notwendig, eine systematische Schulung der neuen antifaschistischen Polizeibeamten durchzuführen und überall die Polizei den

demokratischen Selbstverwaltungsorganen zu unterstellen.

Das sind die Grundgedanken des Planes des neuen demokratischen Aufbaues, wie wir ihn als einzigen Ausweg aus der Katastrophe sehen, die Hitler herbeigeführt hat. Über diese Frage unseres Planes, zum demokratischen Neuaufbau Deutschlands hat es gewisse Diskussionen im Ausland gegeben. Ein Vertreter der Reuter-Agentur hat bei der Beurteilung der Innerpolitischen Lage Deutschlands die Frage gestellt: was ist eigentlich die Ursache des bedeutenden Einflusses, den die KPD im Lande besitzt? Er weist in diesem Artikel auf die konsequente Unterstützung des Systems hin, das sich bereits als erfolgreich erwiesen hat. Er unterstreicht die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in den Betriebsvertretungen, ihre Teilnahme an der Durchführung der Bodenreform, welche die Landwirtschaft völlig umgewandelt hat, und insbesondere den Kampf der KPD um die politische Einheit Deutschlands. Ein anderer Beobachter, der angesichts dieser demokratischen Entwicklung besorgt ist, äussert die Meinung, dass es notwendig sei, jeden Zentralismus in Deutschland zu verhindern, eine schwache Föderation separatistischer Staaten zuzulassen, um diese demokratische Entwicklung zu verhindern. (Hört ! hört !) Dieser Vorschlag die demokratische Entwicklung in Deutschland durch Separatismus und Föderalismus zu verhindern, widerspricht offenkundig den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz der Alliierten. (Sehr richtig.) Denn in diesen Beschlüssen wird gesagt, dass Deutschland eine wirtschaftliche Einheit ist und dass von unten nach oben die Selbstverwaltungsorgane aufgebaut werden sollen mit dem künftigen Ziel der Schaffung einer deutschen Reichsregierung. Wir kommunisten sind der Meinung, dass die Schaffung und Festigung der demokratischen Grundlagen Deutschlands die Basis, das feste Fundament für die Einheit Deutschlands ist. Erst auf dieser Grundlage wird die Einheit unseres Vaterlandes und wir die kündtige Schaffung einer Reichsregierung sowie eines demokratischen Parlamentes möglich sein. Deshalb sind wir gegen den Föderalismus. Wir sind dagegen, dass die Rechte der einzelnen Landesverwaltungen in separatistischem Sinne entwickelt werden. (Sehr wahr.) Wir wollen bei jedem Schritt das grosse Ziel der Einheit Deutschlands und der Schaffung einer einheitlichen deutschen demokratischen Reichsregierung beachten. (Lebhafte Zustimmung.)

Der genannte Beobachter, der so besorgt ist um die demokratische Entwicklung, stellt die Frage, was die anderen Kräfte dem Programm der Kommunisten und der Sozialdemokraten gegenüber zu stellen haben und er sagt:

> Den anderen Kräften fehlt ein gut geplantes und ausgearbeitetes Programm, dass dem Plan der Schaffung einer nationalen Ordnung Deutschlands entgegen gestellt werden könnte.

(Aha.) Ich stimme völlig mit diesem Beobachter überein. (Heitere Zustimmung.) Wenn er sagt, dass die anderen Kräfte in grosse Schwierigkeiten geraten, so sieht er die Entwicklung richtig. Gegenüber unserem grossen demokratischen Plan des Neuaufbaues Deutschlands kann es keinen besseren geben. (Sehr richtig.) Das ist die Frage, und unserem Plan der Einheit Deutschlands soll jemand einen anderen Plan entgegen zu stellen versuchen! Das ganze Volk würde diese Gesellschaft hinwegfegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich fasse zusammen. Der Sinn des neuen Planes des Aufbaues Deutschlands basiert auf folgenden Grundsätzen, für die wir den Kampf gemeinsam mit den sozialdemokratischen Freunden und gemeinsam mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften, mit den Freunden der anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien führen. Dieser Plan hat zur Grundlage, erstens dass in Deutschland des Volkes Wille oberstes Gesetz ist, dass das Volk am täglichen Neuaufbau und an der Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse teilnimmt, dass wirklich zum ersten Mal freie Bahn dem Tüchtigen geschaffen wird, freie Bahn den tüchtigen antifaschistischen Demokraten (bravo), zweitens dass

in diesem neuen Deutschland demokratische Selbstverwaltungsorgane bestehen, deren Aufgabe es ist, die demokratische Entwicklung zu fördern und - ich sage das offen - deren Aufgabe es ist, die faschistischen Banditen und reaktionären Saboteure zu unterdrücken. (Lebhafte Zustimmung.) Drittens: die Grundlage des antifaschistisch-demokratischen Deutschlands ist die Neugestaltung der Wirtschaft, die Durchführung der Industriereform in der Weise, dass die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird, dass die Betriebe der Kriegsinteressenten den Landesverwaltungen übereignet werden und in Betriebe staatlichen Charakters verwandelt werden, dass an Stelle der alten faschistischen und imperialistischen Grossbanken das neue System der Landesbanken ausgebaut wird. Viertens: die Grundlage des neuen Deutschlands ist die Enteignung des Grossgrundbesitzes, die Durchführung der demokratischen Bodenreform, die Schaffung demokratischer Bauernorgane, die im Dorf bestimmen und die dafür sorgen, dass die landwirtschaftliche Entwicklung gut vorwärts geht. Fünftens: die Grundlage des neuen Planes ist das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften. Der neue Plan bedeutet - wir sagen es offen - eine Beschränkung der Ausbeutung der Arbeiter; er schafft die Möglichkeit, dass die Produktion auf der Grundlage der demokratischen Rechte, des vollen Mitbestimmungsrechts der Entwicklung der Demokratie gesteigert wird. Sechstens: die Durchführung einer Wirtschaftsplanung, die die volle Entfaltung aller Produktionsmittel, aller Rohstoffe garantiert, die die gerechte Verteilung aller Produkte sichert, die es den besten Vertretern der Bevölkerung ermöglicht, eine Kontrolle der Verwaltung durchzuführen, eine solche Wirtschaftspolitik, die auf dem Wirtschaftsplan basiert, wird verhindern, dass künftig Deutschland von Krisen erschüttert wird.

Das sind die Massnahmen, die wir durchführen wollen, die Massnahmen, die auf Grund des neuen Planes des demokratischen Aufbaues durchgeführt werden. Wir sagen offen: in Deutschland, auch in der sowjetisch besetzten Zone besteht noch Kapitalismus. Aber dadurch, dass die Macht des Monopolkapitals und der Grossgrundbesitzer gebrochen ist, ist die Macht der kapitalistischen Kreise geschwächt, und sind alle Möglichkeiten geschaffen für einen wirklich grundlegenden demokratischen Aufbau. Diesen demokratischen Aufbau durchzuführen, diese grosse Aufgabe mit den Kräften aller antifaschistischen demokratischen Parteien zu führen, das ist der Sinn der Schaffung der neuen sozialistischen Einheitspartei des deutschen arbeitenden Volkes. (Stürmische Zustimmung.) Wenn man uns Kommunisten, wenn man die Führer der Sozialdemokratie, von einigen Leuten aus der Westzone ausgenommen, fragt: "Warum habt ihr es so eilig mit der einheitlichen sozialistischen Partei?", so antworten wir: wir haben es deshalb eilig, weil die Schaffung der sozialistischen Einheitspartei die Voraussetzung ist, um den grossen Plan des Neuaufbaus Deutschlands durchzuführen. (Stürmischer Beifall.)

4.

Zwei Diskussionsbeiträge

zum Referat von W. Ulbricht

G. R a s t (Hamburg): Genossen und Genossinnen! Der Genosse Ulbricht hat in seinem Referat den Geheimrat Bücher erwähnt, der aus der Sowjetzone verschwunden ist und jetzt in der Westzone die Konzerne neu organisiert. Er hat seinen Sitz in Hamburg. Interessant ist dabei, dass die Aufsichtsräte, in denen er sitzt – es sind nicht weniger als drei – von Herrn Blohm, von der Kriegswerft Blohm & Voß, zusammengeschoben wurden. Herr Blohm war zweimal bereits als Kriegsverbrecher verhaftet worden, ist dann aber immer wieder entlassen worden und übt jetzt eine sehr "segensreiche" Tätigkeit aus, indem er die Kriegsverbrecher-Konzerne neu organisiert. Zwei dieser Aufsichtsräte, in denen Herr Bücher und andere sitzen, sind die Hamburger Hochbahn und die Hamburg Elektrizitätswerke, also Betriebe, die zur Hälfte im Besitz der Stadt Hamburg sind. Man muss sich wirklich fragen: wie kommt es, dass ausgerechnet diese Betriebe solche ausgemachten Faschisten und Kriegsverbrecher in den Aufsichtsrat wählen? Wie sieht die Hamburger Selbstverwaltung aus, wie sieht die Hamburger demokratische Verwaltung aus? Wie kommt es, dass solche Versorgungsbetriebe heute noch nicht vollkommen in den Besitz der öffentlichen Hand übergegangen sind, und wie kommt es, dass diese Kriegsverbrecher noch nicht enteignet sind, sondern hier die Möglichkeit erhalten, einen neuen Kern für die Konzernbetriebe zu finden?

In den Aufsichtsräten sitzen ausser Vertretern der Schwerindustrie, der Dresdner Bank, der Commerzbank, der Deutschen Bank auch Hamburger Senatoren. Wir haben aber bis heute noch nicht gemerkt, dass sie gegen die Politik der Kriegsverbrecher protestiert haben. Wir sehen sogar, dass das Prinzip herrscht, sich gegenseitig von einem Aufsichtsrat in den andern zu wählen. Geheimrat Bücher sitzt in drei Aufsichtsräten. Dr. Bannwardt von den Hamburger Elektrizitätswerken sitzt im Aufsichtsrat der Hamburg Hochbahn, während Generaldirektor Stein von der Hochbahn im Aufsichtsrat der Berliner Elektrizitätswerke sitzt. So sehen wir, wie sich hier ein neuer Konzernkern entwickelt.

Die Hamburger Verwaltung hat gegen ein solches Vorgehen nicht protestiert. Der Protest ist vielmehr von einer andern Stelle ausgegangen, nämlich von den Arbeitern aus den Betrieben der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft. Dort besteht ein Arbeitsausschuss, der sich aus Mitgliedern der SPD und KPD zusammensetzt. Als dieser Arbeitsausschuss, der schon mancherlei segensreiche Tätigkeit entfaltet hatte, von dem neuen Aufsichtsrat hörte, trat er sofort zusammen, um zu beschliessen, wie man gegen den faschistischen Aufsichtsrat kämpfen und ihn beseitigen könnte. Man beschloss, eine Betriebsversammlung einzuberufen und dort eine Entschliessung vorzulegen, die auf die Tätigkeit in diesen Aufsichtsräten hinwies. Die Betriebsversammlung ist allerdings bis heute nicht zustande gekommen, und zwar deshalb nicht, weil sie nicht von den Betriebsvertretern und vom Betriebsrat selbst einberufen werden kann, sondern von der Gewerkschaft einberufen werden muss. Weil aber der von der englischen Militärregierung beauftragte Vorsitzende des Gesamtverbandes bis heute keine Zeit dazu hatte, ist die Betriebsversammlung nicht zustande gekommen. (Hört, hört!) Der Vorsitzende ist entweder verreist oder hat sonst keine Zeit dazu.

Ich will gleichzeitig bemerken, dass auch die Gewerkschaften keinen Protest gegen die Aufsichtsräte eingebracht haben, obwohl es gerade gleich in der ersten Sitzung die beiden kommunistischen

Senatoren waren, die verlangten, dass die Gewerkschaften in der Wirtschaftsführung der einzelnen Betriebe entscheidenden Einfluss bekämen. Wir haben aber bis heutemnicht gesehen, dass die Gewerkschaftsführer sich um diese entscheidende Einflussnahme gekümmert haben.

Dagegen erlebten wir sehr bald etwas anderes. Der neue Aufsichtsrat machte sich bei der Hochbahn sehr bald bemerkbar. Als nämlich die Betriebsführung von der Ausschusssitzung erfuhr, beschloss sie eine ganze Reihe von Maßnahmen, um eine weitere antifaschistische Tätigkeit im Betriebe zu verhindern. Ein Teil des Betriebsrats wurde aus dem Betriebe herausgenommen und ins Verwaltungsgebäude gesetzt, und zwar hier in das Vor- oder Hinterzimmer des Personaldirektors, der bis vor kurzem zwar selbst Betriebsrat war, heute aber Direktor geworden ist, allerdings nicht von den Arbeitern ernannt, sondern von den anderen Generaldirektoren. Wenn er jetzt behauptet, er sei noch immer zu 80% Betriebsrat und zu 20% nur Direktor, dann müssen wir sagen, dass die 20% Direktor entschieden viel schwerer wiegen als die 80%. (Heiterkeit.) Ein anderer Teil des Betriebsrats erhielt Anweisungen, unterschrieben vom Personaldirektor und einem der ältesten Faschisten, die noch immer geblieben sind, es sei ihm verboten, weiter Sprechstunden innerhalb des Betriebs abzuhalten, um mit der Belegschaft ihre Interessen zu beraten, und dass es dem Betriebsrat überhaupt verboten sei, während der Arbeitszeit den Platz zu verlassen, um mit anderen zu sprechen.

Unsere Betriebsgruppe musste darauf antworten. Diese Antwort gab die Belegschaft dadurch, dass sich bei allen diesen Kämpfen, die sich vom September bis Mitte Februar hinziehen, unsere Betriebsgruppe vervierfacht hat, und wir glauben, dass wir diese Zahl sehr bald werden verdoppeln können.

Weiter bestand die Tätigkeit der Betriebsdirektion darin, dass sie die einzige Frau, die im Betriebsrat sitzt, auf einen Posten gebracht hat, wo sie kaltgestellt ist, und dass es ihr ebenfalls verboten wurde, die Interessen der Frauen, deren einzige Vertreterin sie ist, wahrzunehmen. Das war wohl auch die Antwort darauf, dass wir einen Betriebsausschuss der Frauen gewählt und darin hundertprozentig die gewerkschaftliche Organisation durchgeführt haben, dass wir gleichzeitig die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! aufgestellt haben. Denn in Hamburg gelten ja die alten Löhne, dh. die Hitlerlöhne, und Hitler hat bekanntlich gesagt, 50 bis 80% des Männerlohns seien für eine Frau genug.

Wir haben weiter gegen das Bestreben der Direktion zu kämpfen, die Frauen von den Posten, die sie sich in der Kriegszeit erworben haben, auf minderbezahlte und minderqualifizierte Stellen hinabzusetzen. Heute haben wir in unserm Kampfe erreicht, dass unser Betriebsrat wieder ein Sprechzimmer bekommen hat, dass er auch Sprechstunden abhalten kann. Wir wissen aber natürlich, dass der Kampf damit nicht zu Ende ist.

In vielen Betrieben sieht es bei uns faktisch so aus, dass die kleinen Nazis "gegangen worden" sind, während die grossen Nazis noch dort sitzen. Das spielt sich so ab, dass der Betriebsrat zwar das Recht hat, Fragebogen von den einfachen Belegschaftsmitgliedern ausfüllen zu lassen, dass aber die Direktionsmitglieder sagen, sie hätten ja ihre Fragebogen bei den Engländern ausgefüllt und seien dazu im Betriebe nicht mehr verpflichtet. Darüber hat es einen sehr langen Kampf gegeben, der jetzt in

eine neue Phase einzutreten beginnt. Wir bekommen jetzt sehr viele neue Fachkräfte hinzu in Form von ausgedienten Reserveoffizieren usw., und es ist ein altes Wort der Direktion, dass sie sagt: wir können diese Kräfte nicht entbehren! Wenn Ihr aber sehen würdet, wie traurig unsere Hamburger Verkehrsverhältnisse aussehen, wo die Bahnen nur von 5 bis 9 und dann nachmittags wieder 3 bis 4 Stunden verkehren – inzwischen fährt die Bahn auch ab und zu wieder nicht – , so können wir nur sagen: es ist keine Entwicklung nach aufwärts. ~~Xxx xhxx xxgx~~ Nun heisst es: die ~~Fkx~~ Fachkräfte sind nötig. Wir wissen allerdings, diese Fachkräfte, die wir in Hamburg leider aus der Ostzone in starkem Maße geschenkt bekommen haben, haben erreicht, dass die Hamburger Arbeiter heute die 30-Stundenwoche haben, weil nicht genug Strom da ist, dass wir in Hamburg heute viele, viele Arbeitslose haben, obwohl es bei uns am Allernotwendigsten fehlt und es wirklich notwendig wäre, die Friedensproduktion in Gang zu bringen.

Ich will nur an ein grosses Gebiet erinnern, an den Fischfang. Was für das Ruhrgebiet die Kohle ist, ist für uns an der Wasserkante der Fisch. Wir können damit nicht nur uns selbst helfen, sondern auch zur Verbesserung der Ernährung in ganz Deutschland beitragen und könnten zB. auch Saatgut, das uns sehr fehlt, gegen Fische eintauschen. Obwohl aber sehr gute Vorschläge für eine gesteigerte Produktion von seiten der Arbeiter vorliegen, kann man nicht erreichen, dass die 300 Fischdampfer, die im Hamburger Hafen liegen, die in Kriegsschiffe umgebaut wurden, wieder zu Fischdampfern umgebaut werden. Warum? weil wir zu viel Fachkräfte aus der Nazizeit haben. Hier müssen wir klar erkennen, dass damit eine Gefahr für die Existenz und das nackte Leben des Volkes entsteht, weil diese Fachkräfte gerade die sind, die uns nach dem ersten Weltkriege die Inflation beschert haben und die jetzt auch wieder versuchen, das Volk zu verelenden und so aufs neue ihre Position zu stärken, sich neue Machtpositionen zu schaffen. Wiederholt wurde schon auf den Justizapparat hingewiesen, wo die sogenannten Fachkräfte, die Nazis, eine Gefahr für die Einheit Deutschlands sind. Denn es ist ja ganz klar, dass wir den ausländischen Arbeitern niemals klarmachen können, dass wir ein friedliches Volk sind, wenn wir überall die Nazis und Kriegsverbrecher in den Spitzenstellungen lassen. Also ist es für uns eine Lebensfrage, dass wir diese Nazis loswerden.

Man darf aber nicht nur die Lage kennzeichnen, sondern muss auch aufzeigen, welche Perspektiven wir in unserer Politik haben und wie wir die Lage ändern wollen. Auch wir in der Westzone erkennen, dass es vor allen Dingen dabei auf die Einheit der Arbeiterbewegung ankommt, darauf, die Sozialistische Einheitspartei zu schaffen, die allein die Gewähr gibt, die Denazifizierung hundertprozentig durchzuführen.

Wir haben in Hamburg gute, aber auch schlechte Beispiele in der Durchführung dieser Politik, und ich glaube, man soll hier auch Selbstkritik üben.

Wir haben in Hamburg seit dem Juli vorigen Jahres durch die Vorstände der SPD und KPD ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen. Dabei haben wir aber einen Fehler gemacht: wir haben nämlich das Aktionsprogramm mehr oder minder in der Tasche behalten, anstatt es in die Tat umzusetzen. So ist es ein Programm geblieben, und das war einer unserer entscheidenden Fehler. Wir haben erst heute die Möglichkeit, es drucken zu lassen. Dass wir es bis jetzt nicht drucken lassen konnten, durfte aber kein Hinder

nis für unsere Partei sein, es nicht doch in breitestem Maße bekanntzumachen.

Dann haben wir einen zweiten Fehler gemacht, indem wir in einigen Versammlungen die Parole der Leistungssteigerung verkündet haben, ohne dabei zu beachten, dass man die Leistung nicht steigern kann, ohne vorher die Denazifizierung durchgeführt zu haben, weil nämlich sonst die Leistungssteigerung nicht dem Volke zugute kommt, sondern sehr leicht nur dazu dienen kann, die Existenz der Nazis zu verbessern, die wir noch überall sitzen haben.

Wir haben aber auch gute Beispiele, und dafür möchte ich ein sehr merkwürdiges anführen. Auf dem Parteitage der SPD, der vor einigen Wochen stattfand, wurde eine Entschliessung angenommen, die sich an den Hamburger Senat richtet und darauf hinausläuft, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen für die Frage, wer sich im Kriege bereichert, ein grosses Vermögen erworben hat, und auf welche Art er es erworben hat, um den Betreffenden als Kriegsverbrecher und Nutznießer der Nazizeit zu stempeln und ihm sein Vermögen wieder abzunehmen, ihn auch aus der Position, in der er vielleicht sitzt, hinauszuwerfen. Das war ein ausgezeichneter Antrag, der vielleicht noch hätte ergänzt werden können. Er liegt jedenfalls durchaus in der von uns gewünschten Linie. Als nun dieser Antrag im Hamburger Senat zur Beratung stand, zeigte sich ein merkwürdiges Bild. Es waren fünf SPD- und zwei KPD-Senatoren anwesend. Aber kein SPD-Senator fand sich, um den Antrag zu begründen. Das besorgte dann ein kommunistischer Senator. Als dann im Senat über den Antrag des SPD-Parteitages abgestimmt wurde, machten die kommunistischen Senatoren eine richtige Einheitspolitik und hielten sich an die Aktionseinheit, die wir beschlossen hatten, aber die fünf SPD-Senatoren stimmten nicht für den Antrag. (Hört,hört!) Sie waren also dagegen, und es ist nun die Sache der sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs, ihren Senatoren zu sagen, wenn der Parteitag eine Entschliessung angenommen habe, die sich an den Senat richtet, dass es dann die Aufgabe des Senats sei, dieser Entschliessung auch zu entsprechen.

(Zuruf: Ihr müsst nachhelfen!)

Der Hamburger Senat hat die Entschliessung an unsere Bürgerschaft weitergegeben, die sich zusammensetzt aus 18 Vertretern der vier Parteien und 63 Vertretern aller möglichen Organisationen, der Gewerkschaften, der Schrebergärtenvereine, der Ärzte usw., – also eine Ständevertretung. Man verlangt nun von der Bürgerschaft die Denazifizierung. Wie sie bei der Zusammensetzung aussehen wird, kann man sich ja vorstellen. Wenn wir auch in der Westzone die Denazifizierung besser durchführen wollen – und das müssen wir – , sollten wir uns stärker auf die Potsdamer Beschlüsse stützen. Potsdam liegt ein wenig weit von der Westzone ab (Heiterkeit), und wir haben das Empfinden, dass man bei uns die Beschlüsse nicht genügend kennt, leider manchmal auch nicht bei unseren Genossen. Wir müssen aber auf die Durchführung dieser Beschlüsse drücken. In unserm Betriebe, der Hamburger Hochbahn, haben wir jetzt so viel Material gegen die grossen Faschisten zusammengetragen, dass wir jetzt den Kampf gegen diese Leute erfolgreich aufnehmen können.

In Hamburg wie überhaupt in der Westzone müssen wir sehen, von kleinen gemeinsamen Aktionen zu grösseren gemeinsamen Aktionen zu kommen. Die Parole Lenins von dem Teewasser ist bei uns sehr aktuell. Nur auf diese Weise werden wir unser strategisches

zZiel erreichen. Wir werden Deutschland nur so eine Zukunft geben und die deutsche Einheit retten können, wenn nicht nur die Ostzone, sondern auch die Westzone ihre geschichtliche Aufgabe zu lösen versteht. (Sehr richtig!) Wir wissen, dass uns die Ostzone dabei helfen wird, und wir haben dabei auch die grosse Hilfe des internationalen Proletariats. Aber wir müssen von uns aus alle Anstrengungen machen, um unsere geschichtliche Mission zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Koenen. Berlin. (Herzlichst begrüsst): Genossinnen und Genossen! Aufs tiefste bewegt erlaube ich mir, zunächst meiner Freude darüber auszudrücken, dass ich wieder die Ehre habe, nach so langen Jahren an einer zentralen Konferenz unserer Partei, noch dazu einer Konferenz von so historischem Charakter, teilnehmen zu können. Ich möchte damit verbinden die Mitteilung über den heissen Wunsch zahlreicher Freunde, die als politische Flüchtlinge noch ausserhalb sind und noch nicht zur Arbeit heimkehren konnten. Diese Freunde haben den heissen Wunsch, gleichfalls wieder an den Tagungen, an der Arbeit, an den Opfern und auch an der Lösung der Schwierigkeiten der Partei teilnehmen zu können. Ich glaube im Namen dieser Freunde zu sprechen, wenn ich sage, dass wir dem Genossen Wilhelm Pieck auf das herzlichste dafür danken, dass er bei der Einleitung dieser historischen Konferenz auch derjenigen gedachte, die noch als Flüchtlinge im Ausland sind, dass er zum Ausdruck brachte, man brauche sie, dass darüber hinaus der Block der vier Parteien ebenfalls den Willen bekundet hat, sich für die raschere Rückkehr dieser Freunde, die sich noch im Ausland befinden, einzusetzen. Diese Freunde sind gewiss, soweit es sich um die engere Partei handelt, nicht viele; aber es gibt Hunderte von Mitgliedern der freien deutschen Jugend, Hunderte von Mitgliedern der Landesgruppe freier Gewerkschaften, die wir gegründet hatten, Hunderte von Mitgliedern des freien deutschen Kulturbundes, Hunderte von Mitgliedern der freien deutschen Bewegung, die darauf warten, hierher zu kommen und sich an der Arbeit zu beteiligen. Sie alle werden durch die Worte Wilhelm Piecks auf das tiefste berührt sein, und ihre Hoffnung, sich wieder eingliedern zu können, wird wachsen. Wir wünschen, dass ihnen der Weg zurück nunmehr bald geebnet sein wird.

Was mir auf dieser Konferenz den stärksten Eindruck machte - um das zu dem eigentlichen Thema, das ich behandeln wollte, nämlich zu den Selbstverwaltungsproblemen noch zum Ausdruck zu bringen -, ist die Betonung des neuen Weges. Ich werde mir erlauben, über diesen neuen Weg noch einige Bemerkungen hinsichtlich der Selbstverwaltung zu machen. Aber ich möchte mit Genugtuung unterstreichen, was Gen. Ulbricht in seinem Referat von der Notwendigkeit der Neugeburt des deutschen Volkes gesagt hat. Jawohl, wir brauchen ein neues Deutschland. Ein neues friedliches Deutschland muss geschaffen werden. Gen. Ulbricht betonte ja, dass es sich um einen Neuaufbau handele, nicht um den Wiederaufbau, dass wir Neulehrer suchen, neue Kräfte, dass sich um uns herum immer breitere Kreise scharen werden, wenn wir das Neue herausarbeiten. Ich darf sagen, dass auch die fortschrittlichen Kräfte im Auslande auf das Neue, das in Deutschland entsteht, besonders aufmerksam schauen. Je klarer wir machen, dass es sich nicht um den Wiederaufbau, sondern um einen Neuaufbau handelt, umso stärker werden wir die Kräfte der fortschrittlichen Strömung im Ausland an unserer Seite spüren. Sie sehen in diesem Neuschaffen die Garantie, dass es nicht wieder so kommt, wie es immer gekommen ist. Es muss ein anderes Deutschland sein, ein neues Deutschland. Das wollen sie erleben.

In demselben Sinne begrüsse ich die besondere Zuspitzung, die in der Resolution und in den Grundsätzen und Zielen der Partei, aber auch in dem Referat des Gen. Walter Ulbricht zum Ausdruck kamen, die besondere Zuspitzung gegen die Kriegsinteressenten. Den Ausdruck „Kriegsinteressenten" müsste man auf dieser Konferenz in der Diskussion meines Erachtens öfter gehört haben. (Sehr richtig!) Das scheint mir, wenn ich das sagen darf, ein Mangel in dem Verlauf der Diskussion gewesen zu sein. Jawohl, die Kriegstreiber, die Kriegsgewinnler, die Kriegsverbrecher, die Rüstungsindustriellen, die Kriegsproduzenten sind das, was wir meinen. Wenn wir sie treffen, dann schlagen wir die Trusts, dann schlagen wir die Konzerne und dann schlagen wir die Reaktion. Die Friedenssicherung ist es, die man von Deutschland erwartet. Die Friedenssicherung ist es, die in den Kreisen nicht nur des fortschrittlichen Auslandes, sondern auch in den Kreisen, die uns umgeben, in den Kreisen der Frauen, der Mütter, in den Kreisen der Intellektuellen, in den Kreisen der Bauern, aber auch in den Kreisen der eingeschriebenen Nazis, der nominellen Pg's. die

Auseinandersetzung herbeiführen wird. Die präzise Ausdrucksweise, dass es um Krieg und Frieden geht, dass wir vom Kriege aus die Frage beantworten wollen und der Friedenssicherung alles unterstellen, wird die Zersetzung dieser Kreise ebenso rasch beschleunigen, wie ich glaube, dass sie unser Ansehen in der Welt erhöhen wird. Ich glaube, dass wir mit dieser Politik der Zuspitzung die Kreise der Imperialisten am energischsten, am zielsichersten und am vernichtendsten treffen werden.

Fragen, die ich hier behandeln wollte, betreffen besonders die Probleme der Selbstverwaltung. Ich kann in dieser kurzen Rede natürlich nur einige Andeutungen darüber machen, aber die besondere Bedeutung dieser Fragen scheint mit doch aus einer kleinen Geschichte hervorzugehen, die die tschechischen Freunde in ihrem sudetendeutschen Blatt vor einem halben Jahr brachten. In der Zeitschrift „Die Einheit" wurde mitgeteilt, dass als Gottwald, jetziger stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei, von Stalin Abschied nahm, Stalin ihm gesagt habe: „Nun, lieber Freund, lass Dir die Erfolge nicht in den Kopf steigen, und vor allem, lerne verwalten!" Das ist tatsächlich die grösste Aufgabe, die auch in Deutschland vor uns steht: lerne verwalten. Sicherlich haben viele von Euch schon schweres Lehrgeld auf diesem Gebiet zahlen müssen. Von dieser Stelle aus wurde schon in einigen Reden davor gesprochen, wie Ablösung auf Ablösung erfolgen musste, weil schwere Fehler gemacht wurden, oder sich grosse Mängel herausstellten. Wir werden also lernen müssen, zu verwalten. Es wird m.E. notwendig sein, einen sehr regen Erfahrungsaustausch unter uns zu organisieren, damit nicht so oft abgelöst werden muss, damit die Einzelnen sich gestützt und gestärkt fühlen. Dieser Erfahrungsaustausch muss sofort überall in den Provinzen, in den Orten und vielleicht auch zentral organisiert werden. Wir brauchen gründliche Diskussionen über die praktische Seite des Verwaltens. Die Freunde müssen spüren, dass die Partei ihnen eine helfende Hand gibt, dass sie leitet und dass sie es ihnen ermöglicht, die neuen, komplizierten Dinge auch tatsächlich zu meistern. Es wird angebracht sein, Kurse über solche Probleme der Verwaltungsarbeit möglichst rasch hintereinander durchzuführen. Einiges geschieht auf diesem Gebiet. Ich glaube, dass noch manches hinzugefügt werden kann. Die Selbstverwaltung ist an sich schon eine Schule der Demokratie. Wir geniessen diese Schule der Demokratie, wie das auch schon zum Ausdruck kam, in der Zeit der Besetzung. Wir können also diese Schule der Demokratie in einem gewissen Umfange ungestört durchlaufen. Das ist gut, obwohl wir auf der anderen Seite wissen, wie bitter diese Dinge vom Standpunkt des gesamten deutschen Volkes aus sind, wie hart es ist, dass es soweit kommen musste.

Aber die Selbstverwaltung ist nicht nur eine Schule der Demokratie, sondern sie ist auch die Durchführung und die Anwendung der Demokratie.

F.f.

Gerade in der Durchführung und in der Anwendung der Demokratie hatten wir, wie unsere Selbstkritiker oft und gründlich genug bewiesen haben, schwere Mengen und viele Schwächen. Ich glaube, dass es notwendig ist, unseren Freunden trotz all dieser Mängel und schwächen und trotz der vielen Ablösungen Mut zu machen, dass sie nicht unnötige Befürchtungen haben sollen. Wir können zurückschauend sagen, dass die Arbeiter sich in Deutschland Jahrzehnte hindurch als durchaus fähig zur Selbstverwaltung erwiesen haben. Wir haben den Aufbau der Krankenkasse erlebt seit den 80iger Jahren. Ununterbrochen wurde an dem Werk gearbeitet, um die Sozialversicherung, insbesondere die Krankenkasse aufzubauen. Wir haben den Aufbau der Arbeitsämter erlebt, der staatlichen Vermittlung, wie sie zum Teil durch die Gewerkschaften, zum Teil durch die Gemeinden schon vor dem vorigen Krig angefangen wurde. Wir haben den Aufbau der Gewerkschaften erlebt und haben den Aufbau der Genossenschaften durchgemacht. Alles das sind Verwaltungsarbeiten Selbstverwaltungsarbeiten der Arbeiter gewesen. Millionen von Arbeitern sind durch diese Schule gegangen. Sehr oft ist ein Grobschmidt ein sehr tüchtiger Geschäftsführer geworden. So kann auch heute ein Schlosser ein sehr tüchtiger Landrat sein. Wir sollen nicht glauben, dass die Arbeiter dazu nicht fähig wären. Sie haben es schon bewisen, dass sie dazu fähig sind. Wenn die Führung nur immer in Ordnung gewesen wäre, dann, glaube ich, wäre mit den Funktionüren auf allen diesen Gebieten noch manches mehr zu leisten möglich gewesen.

Gewiss, alles das ist zerstört, ist ausgerottet. Zwölf Jahre faschistischer Verseuchung liegen dazwischen. Aber das ändert nichts an der prinzipiellen Feststellung, dass die Arbeiterklasse zur Selbstverwaltung fähig ist, fähiger als irgendeine andere Klasse . (Beifall) Und dieses Selbstbewusst sein wollen wir uns sogar nicht durch die faschistische Verseuchungsperiode nehmen lassen. Diese Fähigkeit zur Selbstverwaltung, die sich schon bewiesen hat, kann aber nur einen einzigen Schritt bedeuten. Mehr ist es nicht. Ich glaube, wir sollten darauf dringen, dass zahlreiche Genossen in die Verwaltung übergehen, die irgendwelche Fähigkeiten dazu haben, und mit der Übernahme dieser Funktionen sollte keine Disqualifizierung und keine Geringschätzung verbunden sien. Wir sehen ja schliesslich in einem anderen gewaltigen Staat, dass dort die Verwaltung des wichtigste und entscheidenste geworden ist. Wenn wir das von unseren sozialistischen Brüdern in der Sowjetunion sehen, so soll keiner von uns denken, dass eretwas geringen tut, wenn er in die Verwaltung hineingeht. Der Aufbau der neuen Verwaltung ist politisch aktuell und prinzipiell von der allergrössten Bedeutung.

Es ist schon gestern und auch heute wieder mit Recht auf die prinzipielle Seite verwiesen worden, die wir hinsichtlich unserer Staatstheorie in diesen Tagen auszuarbeiten hatten. Es wurde festgestellt, dass das stehende Heer liquidiert ist und dass die anderen Säulen der Staatsmacht, der Ausbeutung, nämlich die Staatsbürokratie ebenfalls zerbrochen ist. Es wurde festgestellt, dass in der Bodenreform, mit der Enteignung oder der Beschlagnahme der Kriegsbetriebe tatsächlich dem Militarismus der Boden entzogen wurde, dass damit also einige Bastionen der Reaktion bereits liquidiert sind. Marx, Engels und Lenin haben diese Gesichtspunkte der Beseitigung des stehenden Heeres undder Bürokratie für den Inhalt der Revolution gehalten. Genossen! wir haben zweifellos keine Revolution gehabt. Aber das, was jetzt durchgeführt ist bezw. jetzt durchgeführt wird, berechtigt uns wirklich dazu, von einem neuen Wege in Deutschland zu sprechen. Dieser neue Weg wird von anderen Voraussetzungen aus gehen, als der Weg, den wir 1918 begonnen haben. Die Voraussetzungen der Liquidierung des stehenden Heeres, des Junkertums und der Staatsbürokratie sind von so grundsätzlicher Bedeutung, dass wir sie nicht stark genug vor unsere Mitgliedschaft stellen können. Ich glaube, wenn wir das Buch "Staat und Revolution" von Lenin lesen, werden wir leicht den Gedanken des falschen Rot-Front-Kommunismus überwinden können und den Freunden klar machen können, welche Etappe wir schon durchlaufen haben bezw. noch mit Hilfe unserer grossen Alliierten zu durchlaufen haben. Der Weg ist aber noch nicht zu

Ende beschritten. Wir haben noch manches zu tun. Wir werden deswegen mit aller Präzision auszuarbeiten haben, was an die Stelle des bisherigen Staatsapparates treten soll, und da möchte ich doch in aller Kürze auf das verweisen was Lenin in "Staat und Revolution" besonders liebevoll aus Marx zitiert, nämlich die Formen, in denen die Pariser Kommune dazu übergeht, ihre Verwaltung aufzubauen. Er stellt dabei als beispielgebend für die anderen folgende Hauptthesen heraus.

1. Wahl der Deputierten des Volkes in allgemeinen, gleiche, geheimen und direkten Wahlen. Wie wir das vorschlagen.

2. Übertragung der gesamten Macht in die Hände dieser direkt gewählten Volksvertreter. So, wie das Walter Ulbricht formuliert hat: die ganze Macht in die Hände der Volksvertreter. Vom Volke soll die Macht ausgehen.

3. Die gewählten Körperschaften sollten nicht nur beratende Funktionen haben, sondern beschliessende, gesetzgebende und durchführende, ausführende Funktionen zugleich. Das ist das Geheimnis, dass wir hier zu lösen haben werden: nicht nur beratende, sondern auch durchführende Funktionen. Schon jetzt sind die Provinzialregierungen mit gesetzbeben den Funktionen ausgestattet. Sie sind auch gleichzeitig die Durchführungsorgane. Diesen Weg weiter zu beschreiten und es sich theoretisch klar zu machen, dass dies der grundlegende Unterschied istgegenüber der rein parlamentarischen Republik von Weimar und gegenüber dem früherem bürokratischen Staatsapparat, darauf kommt es heute an. Durch Verwaltung ausschüsse aus den Volksvertretern selbst die Verwaltung zu bilden, das muss der nächste Schritt sein.

4. heisst es in den Hauptthesen, die da aufgestellt werden: Die Gewählten sind für alle Beschlüsse und Handlungen der gesamten Körperschaft und ihrer Wähler direkt verantwortlich, durch sie zurückgerufen und ersetzt werden können. Das haben wir hier nur hinsichtlich der oberen Funktionen und nur hinsichtlich ~~der~~ der Berufung von oben. Vorläufig!, aber wir stehen ja vor Wahlen, und die Wahlen, die kommen werden, werden uns die Möglichkeit geben, auch dieses Problem der Abberufung zu stellen.

Da meine Redezeit zu Ende geht, kann ich nicht mehr das sagen, was ich gern sagen möchte und nicht mehr den Inhalt der anti-bürokratischen Campagne darlegen, die ich für notwendig halte: dass das Volk die Initiative entwickeln muss, dass nicht nur der Bürgermeister ein Organ der Selbstverwaltung ist, sondern das Organ der Selbstverwaltung oder die hier schon aufgezählten Frauenausschüsse, die Jugendausschüsse, die Ernährungsausschüsse, die Ausschüsse für das Bauernhilfskomitee Das Wohnungskomitee, Verwaltungsausschüsse, Versorgungsämter. Sie zusammen mit den Betriebsräteausschüssen bilden eine gewaltige Machtposition, die wir in Fragen der Selbstverwaltung entwickeln müssen. Dazu die Elternausschüsse, die Erziehungsbeiräte in den Schulen usw.
(Zuruf: Ich bitte, dass Koenen 20 Minuten lang sprechen kann!)
Genossen! ich komme zum Schluss. Ich möchte nur noch ein Wort zu einer anderen Sache sagen, die hier hereingehört und die noch nicht erwähnt wurde, nämlich zu der von Walter Ulbricht hier vorgeschlagenen Volksabstimmung für die Übereignung der früheren Kriegsbetriebe oder der Betriebe der grossen Kriegsinteressenten und der Nazis an die Organe der Selbstverwaltung. Ich glaube, dass dies ein ungeheuer wichtiger Schritt ist, gerade weil er auf dem Weg der ursprünglichsten Demokratie durchgeführt wird. Wir sollen wissen, dass dieser Schritt nicht nur in Sachsen möglich ist, Die Initiative kommt aus Sachsen. Mit Recht hat Walter Ulbricht die sächsische Angelegenheit als ein Beispiel hingestellt. Aber schaut Euch andere Verfassungen an. Auch in der Weimarer Reichsverfassung steht, dass man mit 10 % der Wahlberechtigten genügend Unterschriften aufbringt, um eine Volksabstimmung herbeizuführen. Wenn es in Sachsen keine Bedenken bei den Besatzungsbehörden geben wird, dann wird sie es anderswo auch nicht geben. Also machen wir die Volks-

abstimmung rasch und gründlich. Machen wir sie möglichst noch vor den Gemeindewahlen! Das wird der beste, der kapitalste und der wirkungsvollste Auftrag für dann sehr erfolgversprechende Wahlen sein! (Starker Beifall)

Anhang:

Auszug aus
„Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 - 1946)“
Teil C, II: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten ‚kleinen’ Nazis“

II. Zunehmend Kompromisse mit den sogenannten „kleinen" Nazis

„Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden." (Paul Merker)

Nach den bestialischen Verbrechen der Nazis schien es für alle Antifaschisten und wirklichen Demokraten eine klare politische Aufgabe zu sein, dafür zu sorgen, daß die großen wie auch alle „kleinen" Nazis, die an Verbrechen beteiligt waren, und sämtliche sonstigen Kriegsverbrecher und ihre Helfer nach dem Sieg über den Nazifaschismus ihrer gerechten Strafe nicht entgehen.

Der gesamte Erfolg der Entnazifizierung auf politischem Gebiet hing von der richtigen Beantwortung der entscheidenden Frage ab: Wie weit soll man gehen?

Wir denken, daß Stalin die einzig richtige Antwort gegeben hat, die nicht nur auf das Vorgehen gegen zweitrangige Kriegsverbrecher hätte angewandt werden müssen, sondern auch insgesamt zum Prinzip der Entnazifizierung hätte werden müssen:

> **„Frage: Wie weit sollten nach Ansicht des Kreml die verbündeten Mächte bei der Fahndung nach zweitrangigen Kriegsverbrechern in Deutschland und deren gerichtlicher Belangung gehen? Ist man der Meinung, daß die Nürnberger Entscheidungen eine hinreichend feste Basis für solche Schritte ergeben haben?**
>
> **Antwort: Je weiter man gehen wird, desto besser."**
>
> (Stalin, „Antworten auf die Fragen des Moskauer Korrespondenten der ‚Sunday Times', Mr. Alexander Werth, in einem Schreiben vom 17. September 1946", 24. September 1946, Werke Band 15, S. 92)

„Je weiter man gehen wird, desto besser" – diese These Stalins mußte unbedingt als Handlungsanleitung für die gesamte Entnazifi-

zierung in der SBZ/DDR durchgesetzt werden. Diese These Stalins bedeutete, daß die Verbrechen der Nazifaschisten möglichst weitgehend ***aufgeklärt*** werden mußten, daß auf dieser Basis möglichst alle Nazi-Verbrecher klar verurteilt werden mußten, und daß damit einhergehend auch zu klären war, welche politischen Rechte jemand wahrnehmen konnte und wem sie entzogen werden mußten.

Ähnlich formulierte auch Paul Merker im August 1945:

> „Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden."[229]

---

[229] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 105.

Ausführlich heißt es bei Paul Merker:

„Es wird sich erweisen, daß der Gegensatz zwischen nazistischen und antinazistischen Kräften nie so kraß zum Ausdruck kam, wie er nach dem Zusammenbruch des nazistischen Blutregimes zum Ausdruck kommen wird. Es wäre ein Verbrechen, diesen Gegensatz ausgleichen oder ihn mit Gewalt unterdrücken zu wollen. Es wäre ein Verbrechen, ähnlich wie 1918, von Anfang an die sogenannte reine Demokratie zu fordern und keinen Unterschied zwischen den demokratischen Massen und den nazistischen Verbrechern und den von ihnen Beeinflußten zu machen. Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden." (Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 105)

Paul Merker entwarf auch einen sehr weitgehenden konkreten Katalog entsprechend dem Prinzip „Je weiter man gehen wird, desto besser", welche Schichten des Nazi-Regimes unbedingt vor Gericht gestellt werden sollten:

„Anklage muß gegen Hunderttausende Polizisten, Scharfmacher und Spitzel in den Betrieben, Beamte der verschiedenen Behörden, Funktionäre aller Grade der nazistischen Organisationen, Lehrer der Rassenhetze und gegen alle, die freiwillig der Allgemeinen SS, dem SD, und dem Volksbeobachtungsdienst beitraten, erhoben werden." (Ebenda, S. 105)

In der „Täglichen Rundschau" wird herausgestellt, daß im Zusammenhang mit dem Anklagepunkt „verbrecherische Organisationen" Millionen von Deutschen im Nürnberger Prozeß unter Anklage stehen, aber nicht die ganze deutsche Bevölkerung:

„Er (Jackson, Hauptankläger der USA, A. d. V.) erklärte, daß wohl Millionen Deutsche, aber nicht ganz Deutschland im Zusammenhang mit dem Tatbestand der verbrecherischen Organisationen unter Anklage stehen. Der Verteidiger der Reichsregierung erklärte, daß von dieser Anklage schätzungsweise 7½ Millionen Deutsche betroffen werden." („Tägliche Rundschau", 1. 3. 1946)

Um diesen Forderungen tatsächlich gerecht zu werden, war die Verwirklichung von drei Aufgaben entscheidend, die programmatisch schon im Potsdamer Abkommen festgeschrieben waren:

1. Internierung aller Personen, die sich der Umsetzung des Potsdamer Abkommens widersetzen oder seiner Umsetzung gefährlich werden könnten.

2. Umfassende, möglichst weitgehende Aburteilung und Bestrafung aller Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer.

3. Säuberung der aktiven Nazis aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen als Voraussetzung für den Aufbau eines antifaschistischen Staates.

Dabei war klar, daß ehemalige Mitglieder der Nazipartei den Entnazifizierungsorganisationen keinesfalls angehören durften.[230]

Bei der Umsetzung dieser Aufgaben hatten die antifaschistischen und kommunistischen Kräfte mit einer Fülle von Problemen zu kämpfen:

- Schon während des Vormarsches der Sowjetarmee auf Berlin setzten sich viele bekannte Nazi-Größen Richtung Westen ab. Den Kampf für die Entnazifizierung in der SBZ/DDR stellte diese Tatsache vor ein großes Problem. Viele der in der SBZ/DDR zurückgebliebenen Nazis waren nicht so bekannt und waren entschlossen, ihre Pfründe, ihre Positionen und ihr Eigentum in der SBZ/DDR zu verteidigen und den „Kampf gegen den Bolschewismus" dort aufzunehmen. ***Diese Nazis mußten zuerst einmal als solche entlarvt werden.*** Tarnung, Verleumdung und Lüge – das waren die bewährten Mittel der aktiven Nazis, die sie bis zur Perfektion beherrschten.

---

[230] Die Sowjetische Militärverwaltung hatte ausdrücklich ohne jegliche Unterdifferenzierung festgelegt, daß etwa bei der Schaffung von antifaschistischen Frauenausschüssen ehemalige Mitglieder der Nazipartei nicht dabei sein dürfen. „Den Ausschüssen dürfen ehemalige Mitglieder der faschistischen Partei und die Funktionäre der faschistischen Frauenorganisationen nicht angehören." („Mitteilung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 3. November 1945 über die Bildung von Frauenausschüssen bei den Stadtmagistraten" in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 255)

Es war ein häufig anzutreffendes Täuschungsmanöver der Nazis, wenn sie ihre Nähe zum Nazi-Regime schon nicht vollständig verschleiern konnten, zu behaupten, sie seien lediglich nominell Mitglied in der NSDAP gewesen, hätten sich nicht aktiv für den Nazifaschismus eingesetzt – so oder so ähnlich versuchten sich nicht wenige Nazi-Verbrecher herauszureden. Viele ließen sich sogenannte „Persilscheine" unterschreiben, Versicherungen, die angeblich ihre Unschuld dokumentieren sollten. Oftmals konnte die Echtheit oder der Wahrheitsgehalt dieser Schriftstücke nicht genau nachgeprüft werden. Um diese Probleme richtig anpacken zu können, mußte der Grundsatz gelten, den Paul Merker zu Recht betonte und begründete:

> „Keinem ehemaligen nazistischen Funktionär, keinem ehemaligen bewährten nazistischem Parteimitglied, keinem SS-Mann, keinem SA- oder NSKK-Funktionär darf Glauben geschenkt werden. Sie alle sind im Geiste der Lüge, der Hinterhältigkeit, der Demagogie, der vollkommenen Charakterlosigkeit, des Terrorismus, des Raubes und des Mordes erzogen worden. Sie alle stehen mit ihren ‚Ehrbegriffen' denjenigen der Antinazisten unversöhnlich gegenüber. Sie alle werden für ihre persönliche Unbill, den Verlust ihrer Macht und ihres Raubes nicht sich selbst und ihrem Regime die Schuld geben, sondern dem ‚Neid der Sklavenvölker', dem ‚Haß der Juden', den ‚Weltherrschaftsplänen der Bolschewiken'. Sie alle werden sich, je weniger ihnen blieb, desto mehr mit dem Gedanken trösten, zur Herrenrasse, zur Creme der Menschheit zu gehören. Sie werden sich vor den Besatzungsbehörden einerseits, wie heute schon unzählige Beispiele beweisen, bis in den Staub verbeugen, und zur selben Stunde auf blutige Rache sinnen. Am Tage werden sie, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die ergebenen, tadellosesten Diener der Besatzungsbehörden sein, bei Nacht aber als Mitglieder von Feme-Gerichten amtieren, Antinazisten und Juden überfallen und Sabotage verüben oder verüben lassen."[231]

[231] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 104.

Paul Merker machte noch ein weiteres großes Problem bewußt: „Selbst bei energischstem Vorgehen wird es außerordentlich schwierig sein, aller schweren Verbrecher habhaft zu werden; denn wie wir gesehen haben, trat selbst in der Nazi-Zeit nur ein Teil offen auf: Viele waren im Geheimen als SD- und VBD-Spitzel (Spitzel des „Volksbeobachtungsdienstes", einer Unterorganisation des SD, A. d. V) auf alle Institutionen des Staates, der Wirtschaft und der Armee verstreut." (Ebenda, S. 105)

- Ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß nicht alle Beamte, Wissenschaftler oder andere Intellektuelle, die an Nazi-Verbrechen beteiligt waren oder im Nazi-Staatsapparat arbeiteten, Mitglieder der Nazipartei, der SS oder der SA waren. Um die Schuld dieser Personengruppe festzustellen, war die Prüfung der Mitgliedschaft in einer Nazi-Organisation oder auch die Feststellung einer nicht ganz nazikonformen Haltung zwischen 1933 und 1945 kein ausreichendes Kriterium. Es galt, die Taten jedes einzelnen genau zu prüfen, um den Nazi-Kollaborateur genau von demjenigen zu unterscheiden, der aus Egoismus oder ähnlichem stillgehalten hat, damit zwar auch eine Mitschuld an den Nazi-Verbrechen auf sich geladen hatte, aber eben anders behandelt werden mußte als der Kollaborateur, der an Nazi-Verbrechen beteiligt war, sie unterstützt und ermöglicht hat.

Die von Paul Merker formulierte Position bot eine Grundlage, um diese nötige Unterscheidung genauer zu fassen und systematisch differenziert auszuarbeiten:

> „Nicht nur diejenigen, die mit eigenen Händen Mord, Raub und Zerstörung verübt haben oder den direkten Befehl dazu gaben, sondern auch die intellektuellen Urheber müssen verfolgt werden. Unter anderem alle diejenigen, welche die verbrecherische Rassentheorie entwickelten und durch Artikel, Bücher und Reden verbreiteten, die zum Rassenhaß und zu Judenpogromen aufstachelten, die Geld zur Finanzierung der nazistischen Bewegung gaben, und die Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Hess, Rosenberg, Ley, Haushofer und Konsorten moralisch durch ihre Autorität unterstützten.
>
> Sie alle haben sich an der Vorbereitung und Durchführung des millionenfachen Meuchelmordes beteiligt und sind als Massenmörder zu bestrafen. Es darf weder vor Monopolisten, Großgrundbesitzern, Königssöhnen, Herzögen, Prinzen, Adelssöhnen, Generalen, hohen Politikern und Beamten, noch vor sogenannten Wissenschaftlern Halt gemacht werden, wenn man eine Wiederholung dieser furchtbaren Ereignisse wirklich verhindern will."
> (Ebenda, S. 102)

Die KPD/SED stand also vor der wichtigen Aufgabe, die Nazis zu erkennen und aufzuspüren, um möglichst umfassend mit ihnen abzurechnen und so im Kampf für die politische Entnazifizierung voranzugehen.

- Ein weiteres Problem war, daß viele Nazis nicht ganz zu Unrecht damit spekulierten, daß sie aufgrund ihrer Kenntnisse, ihres

Spezialwissens auf ihrem Gebiet – ob in der Verwaltung oder in anderen Bereichen – für die Aufrechterhaltung der Staatsgeschäfte direkt nach 1945 benötigt würden, weil es viel zuwenig demokratische Kräfte für diese Positionen gab. In ihrer großen Mehrheit hatten die antinazistischen Kräfte in der Tat keine Erfahrung auf dem Gebiet der Staatsverwaltung, sondern mußten sich die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erst in einer mehrjährigen Ausbildung aneignen.

Gerade weil eine Diskrepanz bestand zwischen den vorhandenen antinazistischen Kräften und den benötigten Kenntnissen für die Staatsverwaltung, mußte diese Lücke geschlossen werden durch die Stärkung der antinazistischen Kräfte und durfte nicht der falsche Weg der Kompromisse eingeschlagen werden, indem in begrenzter Zahl Nazis im Staatsdienst belassen oder wiederaufgenommen werden.

☆ ☆ ☆

Auf keinem anderen Gebiet der Tätigkeit der KPD/SED läßt sich ein solches Hin und Her feststellen wie 1945/1946 beim Kampf um die Entnazifizierung auf politischem Gebiet. Hier stehen praktisch zur gleichen Zeit diametral entgegengesetzte Positionen mehr oder weniger direkt nebeneinander. Dieses Problem wird in den Stellungnahmen der KPD/SED nirgends aufgedeckt, sondern weitgehend zugedeckt durch eine begriffliche Verwirrung, die größer kaum sein kann. „Nominelle Pgs", „kleine Nazis" und „große Nazis", „einfache Mitglieder" der Nazipartei, „Mitläufer" und andere Begriffe werden in den Beschlüssen, Publikationen und Organen der KPD/SED durcheinander verwendet. Teilweise werden Begriffe wie „kleine Nazis" in Artikeln des Zentralorgans der KPD abgelehnt, vom Vorsitzenden der KPD dann aber doch wieder verwendet.

Eine eindeutig festgelegte und von oben bis unten einheitlich durchgeführte Linie ist für diesen Zeitabschnitt nicht feststellbar, auch wenn sich eine bestimmte Tendenz hin zu einer kompromißlerischen Linie gegenüber einem Großteil der Nazis feststellen läßt.

Die ***Beschlußlage,*** vor allem durch einen Parteitag oder eine Parteikonferenz oder aber durch das ZK, gibt keine echte Klarheit. Nach dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war für die Beschlußlage für die Zeit 1945/1946 zunächst maßgeblich der ***Beschluß der Blockparteien der SBZ „Bestrafung der Naziverbrecher"*** vom 30. Oktober 1945. An der Formulierung dieses Beschlusses hatte die

KPD zweifellos einen maßgeblichen Anteil. Darin wird versucht, durch die Festlegung einiger Kategorien ein differenziertes Vorgehen gegenüber den Nazis zu entwickeln. Deren Kern ist die Unterscheidung zwischen „aktivistischen" Nazis und „nominellen" Mitgliedern der Nazi-Partei, wobei gegenüber diesen nominellen Mitgliedern bereits eine kompromißlerische Abschwächung der nötigen Entnazifizierung festzustellen ist. Die ***Resolution der „Reichskonferenz" der KPD*** vom 2./3. März 1946 vertrat dann – gegen ziemlich breiten Protest aus zahlreichen Grundeinheiten der KPD – bereits ziemlich offen eine kompromißlerische Haltung zu den sogenannten „kleinen Pgs", die großteils als angeblich nur „Irregeführte" in Schutz genommen werden. Nach der Gründung der SED bedeutete dann der ***Beschluß des SED-Parteivorstands „SED und nominelle Pgs"*** vom 20. Juni 1946 eine weitere Aufweichung der antinazistischen Frontlinie, indem faktisch für alle „einfachen Mitglieder der Nazipartei, die nicht besonders (!) belastet sind", eine Art politische Amnestie beschlossen wird.

Im vorliegenden Material finden sich neben völlig falschen Stellungnahmen, wie etwa die eines FDGB-Mitglieds, das den nazistischen Zellenleitern eine Beurteilung zukommen lassen will, „die dem gesunden Volksempfinden entspricht", auch sehr richtige Positionen, welche herausstellen, wie sehr die sogenannten „kleinen" Nazis unerläßliche und tragende Säulen des Naziterrors waren.

1. Juni – Dezember 1945

Die erste Debatte über das Herangehen an die Mitglieder der Nazipartei (Juni – Juli 1945) beginnt fünf Wochen nach der Befreiung vom Nazismus am 16. 6. 1945 in der „Deutschen Volkszeitung", dem ***Zentralorgan der KPD,*** mit dem Artikel von Anton Ackermann „Keine Nachsicht mit dem Nazismus!". Nachdem Ackermann zu Recht zur Wachsamkeit gegen Nazis aufgerufen hat, warnt er vor einer angeblichen „Werwolf-Angst-Psychose", als wäre das in der SBZ das Problem gewesen und nicht die Unterschätzung der noch vorhandenen Kräfte der Nazis. Wichtig ist der Schluß des Artikels, weil sich daran kontroverse Diskussionen entzündet haben:

„Einfache Mitglieder der Nazipartei – das ist ein festes Prinzip unter allen bewußten Antifaschisten – werden nicht angetastet, sofern sie sich wie anständige Menschen betragen und sich den neuen Verhältnissen gegenüber loyal verhalten. Daß Übereifer nur schadet, gilt besonders in dieser Hinsicht, und deshalb soll man sich davor hüten. Aber ***wachsam*** gilt es zu sein."[232]

Falsch ist die generelle Aufforderung, alle „einfachen Mitglieder" nicht anzutasten. Falsch ist zudem, bei der Beurteilung der „einfachen Mitglieder" nur darauf zu achten, wie sie sich ***heute,*** also im Juni 1945 verhalten, da es doch gerade vor allem um ihr „Verhalten" vor dem 8. Mai 1945 gehen muß, um ihre Beteiligung bzw. Mitschuld an den Nazi-Verbrechen.

In der Nummer 15 der „Deutschen Volkszeitung" vom 29. 6. 1945 wird mit dem Artikel „Antwort auf eine oft gestellte Frage ***Was tun wir mit den kleinen ‚Pgs'?*** – Wachsamkeit, Sühne und klare Einschätzung" versucht, die begonnene Debatte aufzubereiten.

Die Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" nimmt am 29. 6. 1945 Bezug auf den Artikel von Ackermann vom 16. 6. 1945 und verteidigt zunächst dessen falsche Linie:

„Die Stellungnahme der ‚Deutschen Volkszeitung' ist in großen Zügen bereits im Aufsatz des Genossen Ackermann vom 16. Juni 1945 bekanntgegeben worden. In diesem Aufsatz heißt es nämlich dazu: ‚Einfache Mitglieder der Partei – das ist ein feste Prinzip unter allen bewußten Antifaschisten – werden nicht angetastet, sofern sie sich wie anständige Menschen betragen und sich den neuen Verhältnissen gegenüber loyal verhalten. Daß Übereifer nur schadet, gilt besonders in dieser Hinsicht, und deshalb soll man sich davor hüten.' Die Zuschriften, die bei der Redaktion täglich einlaufen, machen aber eine weitere Klärung notwendig.

Selbstverständlich sind alle Mitglieder der ehemaligen Nazipartei mit äußerster Wachsamkeit zu behandeln. Irgendeinem von ihnen auch nur irgendwelche verantwortliche Posten anzuvertrauen, hieße gerade die für diese Kreise notwendige Umerziehungsarbeit am falschen Ende zu beginnen."

[232] Deutsche Volkszeitung, 16. 6. 1945.

Zustimmend wird eine Zuschrift zitiert, in der es über die Nazis sehr richtig heißt:

„Ihnen steht ein Platz, an dem sie auch nur einem einzigen Bürger übergeordnet sind, keinesfalls mehr zu."

Dann wird auf die sogenannten „Prozentnazis" eingegangen, das heißt auf jene, die da nach dem 8. Mai 1945 behaupteten, sie wären nur aus wirtschaftlichen Gründen Mitglieder der Nazipartei geworden, im übrigen aber innerlich Gegner des Nazismus gewesen. Die Redaktion zitiert hier wiederum zustimmend eine völlig richtige Zuschrift:

„Auch hier trifft eine Zuschrift von Hermann Butzke ins Schwarze, wenn es darin unter anderem heißt:

‚Ihr seid eingetreten, um Nachteile zu vermeiden und Vorteile zu genießen. Ihr habt Euch verkalkuliert, nun tragt den Schaden, den Ihr Euch zuzuschreiben habt und für den niemand verantwortlich ist. Jeder Pg ist verantwortlich für die Untaten der Partei. Ihr könnt nicht jahrelang die Vorteile genossen haben, um Euch nun außerhalb der Partei teilhaftig der Vorteile der Nichtparteizugehörigkeit zu machen.'

Klare und eindeutige Sprache den NSDAP-Mitgliedern gegenüber. Jedem Versuch, den sie machen sollten, sich ihrer schweren Verantwortung zu entziehen, sich zu tarnen oder gar aktive Gegenarbeit zu betreiben, ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wenn manche Maßnahmen, die von einzelnen Behörden getroffen werden, nicht dieser Forderung entsprechen, dann muß die antifaschistische Öffentlichkeit dafür Sorge tragen, daß begangene Fehler berichtigt werden."

Nach diesen zweifelsohne sehr richtigen Passagen werden dann in dem Artikel einige Zuschriften zitiert, die für falsch gehalten und als angebliche „Übertreibungen" zurückgewiesen werden:

„Falsch aber ist jene Auffassung, die in einer Zuschrift von Ernst L. Zimmermann zum Ausdruck gebracht wird. Zimmermann schreibt unter anderem folgendes:

‚Aber geht unser Kampf denn allein gegen die Hitlerpartei? Geht unser Kampf nicht vielmehr gegen den Faschismus? Und sind Sie, Frau Krause, nicht auch eine Faschistin gewesen? Ach, Sie konnten sich nicht wehren, weil Hitler die Macht hatte? (...) Natürlich weh-

ren Sie sich dagegen, Faschistin genannt zu werden, aber Sie sind es aus Dummheit doch.'

Zimmermann wendet sich hier gegen eine symbolische Frau Krause, die wahrscheinlich Vertreterin jener Schicht sein soll, die heute noch unzufrieden ist, über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens klagen, sich schuldlos fühlen, weil sie der Partei nicht angehörten, ihre eigene Mitschuld nicht sehen und auch nicht die Notwendigkeit erkennen, durch eigenen Einsatz am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Sie nun als Faschistin abzustempeln, wäre genau so falsch wie unsinnig. Falsch darum, weil man nicht neben dem Hitlerismus in Deutschland noch eine sogenannte gemäßigte Spielart, den Faschismus, konstruieren kann, und unsinnig, weil natürlich nicht unser ganzes Volk, mit Ausnahme der wirklichen Hitlergegner, Faschisten genannt werden können, nur aus dem Grunde, weil sie die Machtübernahme Hitlers und seine weiteren Verbrechen nicht verhindert haben."

Diese Antwort ist im Kern nicht richtig. Die Zuschrift weist doch auf das große Problem hin, daß es wirklich nicht nur um die Naziparteimitglieder geht, wenn man vom Nazifaschismus spricht. Nicht alle außerhalb der Nazipartei waren Nazis, aber erstens gab es außerhalb der Nazipartei sehr viele Nazis und zweitens hatte der Nazifaschismus mit seinen Massenorganisationen innerhalb der deutschen Bevölkerung einen sehr weitreichenden Einfluß. Dies mit dem Hinweis auf die Problematik des Begriffs „Faschismus" in bezug auf den Nazifaschismus in Deutschland abzutun – dazu noch mit dem Hinweis auf den angeblich richtigeren Begriff „Hitlerismus", der in Wirklichkeit den Nazifaschismus falsch auf die Person Hitlers reduziert –, lenkt die Debatte vom Kernpunkt ab, den der Leserbrief richtig hervorgehoben hat: Wie geht man an die Nazis ohne Parteimitgliedsbuch heran?

Es ist eine unzulässige Vereinfachung, wenn es von seiten der Redaktion als Fazit heißt:

„Klare Abgrenzung zwischen NSDAP-Mitgliedern und den anderen deutschen Männern und Frauen, das ist zunächst einmal das Erste. Eine zweite Frage ist dann die Gesamtschuld des ganzen Volkes."

Die Losung Paul Merkers, daß der Gegensatz zwischen Nazis und Antinazisten bis zum Letzten ausgetragen werden muß, wird hier

zurückgezerrt auf die Unterscheidung zwischen Parteimitglied und Nichtmitglied, die an erster Stelle zu stehen habe.

Zitiert wird im weiteren auch folgende Zuschrift, in der es richtig heißt:

„Nur kein falsches Mitleid, es war ja nur ein kleiner Pg. Viel Kleines ergibt ein Großes, denn nur die Masse der kleinen Pgs gaben dem wirklichen Kriegsverbrecher Hitler die Macht zur Durchführung seiner sadistischen Pläne und führten sie meistenteils selber aus."

Die Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" stellt sich gegen diese richtige Position und nimmt wie folgt Stellung:

„Gewiß sind die Mitglieder der Partei als unmittelbare Träger und Anhänger des Programms schwerer belastet, und sie werden das noch in aller Schärfe zu fühlen bekommen. Doch auch die Masse des Volkes, die außerhalb der Partei stand, wurde zum Werkzeug in der Hand Hitlers, trägt eine bestimmte Verantwortung und Mitschuld. Wenn es nun Unsinn ist, die Schuld der wirklich verantwortlichen Anstifter und Führer aller Verbrechen und Untaten des Dritten Reiches mit der jedes einzelnen Deutschen gleich zu setzen, so kann man ebensowenig den kleinen Pg mit der gleichen Schuld bemessen wie seine Führer. Allerdings wenn er unmittelbar an den Verbrechen beteiligt war, dann trifft ihn genau dieselbe Strafe wie den Führenden. (...) Der kleine Pg wird die Strafe erhalten, die ihm gebührt, und sei es zunächst harte Arbeit. Er wird ungefährlich sein und verschwinden (?), wenn wir wachsam gegen jeden sind, der unser Aufbauwerk stört (...)."[233]

In der Antwort der Redaktion wird mit der Methode der Demagogie gearbeitet. Im Leserbrief wird gar nicht behauptet, daß die Schuld der „großen" und „kleinen" Nazis „gleichgesetzt" werden soll, sondern es wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Naziführer ohne ihren millionenfachen Anhang, ohne die Millionen Mitglieder der Naziorganisationen niemals diese ungeheuerlichen Verbrechen hätten begehen können.

Übertriebene Härte im Umgang mit den Nazianhängern gab es – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang. Das war mit Sicherheit

[233] Hervorhebung durch (?) RF).

keine reale Gefahr. Vielmehr war die große Gefahr, daß dem Druck, der von den Massen der Nazianhänger ausging, immer mehr nachgegeben, zwischen Nazianhängern und Nazigegnern versöhnt und ein konsequenter Kurs der Entnazifizierung, vor allem gegenüber den sogenannten „kleinen" Nazis, aufgegeben wird. Es ist eine Bagatellisierung der von diesen Nazi-Massen ausgehenden Gefahren, wenn der Gedanke zugelassen wird, daß diese „ungefährlich" seien und dann sogar „verschwinden" würden.

Entgegen den zuvor benannten falschen Positionen der Stellungnahme der Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" wird in einem Leitartikel vom 12.7.1945 mit dem Titel „Bis zur Wurzel des Nazismus (...)" [234] Umfang und Tiefe des Problems des Nazismus aufgezeigt. Ausgehend von der Entlarvung eines Nazis „ohne Parteibuch" wird darin frontal und richtig Position bezogen gegen die unzureichende, irreführende und die Probleme verharmlosende Unterscheidung „Pg/Nicht-Pg".

Sozusagen programmatisch wird in diesem Artikel dazu aufgefordert, jeden Fall konkret anhand von Tatsachen zu untersuchen, um so die Schuld des einzelnen feststellen zu können:

> „Der Kern des Problems: zu erkennen, was Nazismus ist.
>
> Die Schwierigkeiten: seine Aufdeckung, die Differenzierung und schließlich Treffen der richtigen Entscheidung zu seiner Liquidierung.
>
> Zu erkennen, was Nazismus ist – damit fängt es an. In den wenigsten Fällen ist das äußerlich von der Person her zu entscheiden. Nämlich nur dort, wo es sich um bekannte Naziführer, Kriegsverbrecher, SS-Banditen, Gestapolumpen handelt. Über die brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten. Sie sind, sofern sie sich nicht schon dem Gericht durch feigen Selbstmord entzogen haben oder bereits in sicherem Gewahrsam sind, aufzuspüren und ihrem gerechten Schicksal auszuliefern. Bei ihnen wird der Nazismus zugleich mit ihrer werten Person liquidiert werden. Das ist die klare Forderung aller anständigen Menschen in der ganzen Welt.
>
> Der Nazismus ist weiter verkörpert in einem Heer mittlerer und untergeordneter ehemals brauner Bonzen. Ihre Schuld ist eindeutig, beim einen größer, beim anderen geringer – aber straffällig sind sie alle. Nur hat das Maß ihrer Strafe dem Maß ihrer Schuld zu entsprechen. Man muß differenzieren. Und dabei vergrößert sich der Kreis: bis wir bei den unentwegten Ja-Sagern, den Mitmachern und Mitläufern, den ‚Mußnazis' und schließlich bei den einst begeisterten, zuletzt aber schwer enttäuschten Pgs angelangt sind.
>
> Prüft und sichtet man derart konkret, dann stößt man immer wieder auf das Entscheidende. Nämlich darauf, ***daß die schematische Trennung zwischen Pg und Nicht-Pg sinnlos und die Unterscheidung zwischen Amtswalter- und Führungsdienstgraden eine irreführende Differenzierung ist.*** Worauf es einzig und allein ankommt – dafür ist dieser Erich Schaller geradezu das Musterbeispiel – ist die ganz konkrete Unterscheidung zwischen aktiven Nazis, passiven Elementen und Nazigegnern. Einer kann ohne Parteibuch, wie dieser Schaller, der Naziverbrecher in Reinkultur sein: Denunziant, Hetzer, Bluthund – der andere kann sich anständig benommen haben, auch wenn er ein Pg war. Und dazwischen liegen viele, viele Grade der Unterscheidung.
>
> Man sieht, es kommt einzig und allein darauf an, jeden Fall ganz konkret zu betrachten und sich zweckentsprechend zu verhalten. Man muß wirklich hieb- und stichfest alle Tatsachen feststellen.
>
> Das ist notwendige Voraussetzung. Sind aber die Tatsachen sicher, dann unerbittlich und konsequent vorgehen; nicht ruhen und rasten, bis die Sache geklärt und erledigt ist." [235]

Diese Positionen des Artikels „Bis zur Wurzel des Nazismus ..." hätten zu einer Grundlage des Kampfes der KPD um das Hauptkettenglied Entnazifizierung werden müssen!

Doch zwei Tage später veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung" am 14.7.1945 einen Artikel, der sich direkt gegen diese richtigen Ausgangspunkte und Herangehensweisen zur Frage der Entnazifizierung richtet, unter dem Titel „Wer ist ein aktiver Nazi, und wer soll bestraft werden? Die Forderung der Antifaschisten: Strenge Bestrafung jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat (?!) schuldig gemacht haben".[236]

[234] Deutsche Volkszeitung, 12.7.1945.

[235] Ebenda, Hervorhebung RF.

[236] Deutsche Volkszeitung, 14.7.1945, Hervorhebung durch (?!) RF.

Der Artikel wendet sich gegen die Position all der Genossinnen und Genossen, welche ein scharfes Vorgehen gegen alle Nazis fordern und dabei angeblich nicht richtig zwischen den Hauptverbrechern und den anderen unterscheiden würden:

> „Ihr Augenmerk richtet sich weniger gegen die wirklich verantwortlichen, führenden und aktiven Nazisten – sie sehen nur den kleinen Nazi in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.
>
> So schreibt uns jemand:
>
> ‚Wieder einmal hat die Frage der kleinen Pgs eine Auslegung gefunden an öffentlichem Ort von in leitender Stelle befindlicher Seite, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Folgte man dieser Auslegung, so wird die Verfolgung der «großen» Kriegsverbrecher anerkannt – dann aber gesagt – die kleinen Pgs seien zu schonen.'
>
> Also meint der Verfasser, ohne sich klar auszudrücken: dieselbe (?!) Verfolgung der großen Kriegsverbrecher wie der einfachen Pgs."[237]

Auch hier wird wieder mit einer Unterstellung und mit Demagogie gearbeitet, wenn behauptet wird, daß der Verfasser „dieselbe Verfolgung" fordern würde.

Dennoch wird dann zu Recht festgehalten, daß der „kleine Pg" bestraft werden muß, wenn er Verbrechen begangen hat:

> „Stellen wir erst einmal eine Sache richtig: Niemals und an keiner Stelle wurde die Behauptung aufgestellt, die kleinen Pgs nicht anzurühren. Ein sogenannter ‚kleiner Pg' kann ein großer Verbrecher sein. Wenn also ein einfaches Mitglied der Partei aktiv mitbeteiligt an den Verbrechen der Naziführung war, dann trifft ihn die Strafe genau wie jeden anderen Kriegsverbrecher. Wer Menschen aus eigenem Antrieb oder auf Befehl mordete, folterte, beraubte, denunzierte, – der wird schonungslos abgeurteilt. Ihm wird es auch nicht lange möglich sein (?!), sich harmlos zu tarnen, zu verkriechen oder unter anderer Maske ein verderbliches Spiel zu beginnen."[238]

Hier wird im Grunde nur deutlich, daß von Redaktionsseite aus versucht wird, die eigene falsche Position zu den „kleinen Pgs" irgendwie nachzubessern, ohne allerdings den Kern dieser falschen Position aufzudecken und zu verwerfen, nämlich die irreführende und verharmlosende Unterscheidung zwischen „kleinen" und „großen" Nazis als Beurteilungskriterium einzuführen, anstatt die Forderung zu erheben, jeden Fall konkret anhand von Tatsachen zu untersuchen, um so die Schuld des einzelnen festzustellen.

[237] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

[238] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

Auf den ***Erweiterten Sitzungen des ZK der KPD, August/September 1945,*** wurden mehrere Probleme der Entnazifizierung diskutiert, auf die wir genauer eingehen wollen.

Es wurde die Frage debattiert, wie mit den „nominellen" Mitgliedern der Nazipartei in bezug auf eine Mitgliedschaft in der KPD umzugehen ist.

Matern aus Sachsen führt auf der Sitzung der Sekretariat- und Agitprop-Leiter am 28.9.1945 in seinem Beitrag zur Lage auf dem Land folgendes aus:

> „Ich würde folgendes vorschlagen: Wenn jetzt solche Bauern, die früher der NSDAP angehörten und die im Dorf Ansehen (?!) genießen, nun in unsere Partei wollen, so sollte man im Dorfe eine Versammlung einberufen und die Frage öffentlich stellen, ob man sie aufnehmen kann. Denn wir haben Dörfer, da waren 98% Mitglied der NSDAP. Die Nichtmitglieder waren, die wollen wir auch nicht haben, denn die haben auch kein Ansehen im Dorf."[239]

Matern behauptet hier allen Ernstes, daß er die nazistische Stimmung im Dorf dazu benutzen will, um zu entscheiden, welcher Nazi für die KPD so „interessant" sein könnte, daß er Mitglied in der KPD werden sollte. Nichtmitglieder der NSDAP schließt Matern von vornherein als Kandidaten für die Mitgliedschaft in der KPD aus, da sie „kein Ansehen" im ehemaligen Nazi-Dorf genießen würden! Diese Position Materns kann man nur als Sabotage am Kampf für die Entnazifizierung bezeichnen.

Sägebrecht aus Brandenburg vertritt auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD einen Tag später eine im Kern richtige Position, die sich

[239] In: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 35/36.

indirekt gegen Matern richtet. Er schildert realistisch das Problem, daß Nazis versuchen, sich in die KPD einzuschleichen:

> „Ein Teil der Bauern, die bei den Nazis waren, versuchen es zu verschweigen, aber andere sehen ein, daß es nicht richtig war, daß sie zur NSDAP gegangen sind, und sie wollen heute der KPD beitreten. Wir haben ihnen gesagt, daß sie sich in der Bodenreform als Antifaschisten bewähren sollen, später wird für sie auch die Frage stehen, ob sie Mitglied der Partei werden können. (...) Wir müssen dort auf dem Lande, wo wir früher keine Ortsgruppen hatten, vorsichtig sein, damit sich nicht unter dem Deckmantel der Kommunistischen Partei Faschisten organisieren können."[240]

Wie verheerend der damalige ideologische Zustand innerhalb der KPD gewesen sein muß, wird aus dem Referat Oelßners auf der Sitzung des erweiterten ZK der KPD vom 28.9.1945 ersichtlich. Oelßner stellt fest, daß auch in die Reihen der KPD das nazistische Gift eingedrungen sei. Es kämen in die Partei neue Mitglieder, die

> „zum Teil überhaupt keine Ahnung haben, was Marxismus und Leninismus ist. Alle diese Schlacken der nazistischen Ideologie bringen sie in unsere Partei hinein. Ich sage nicht, daß wir etwa Furcht haben sollen, diese Leute in die Partei aufzunehmen. Sie abzulehnen, wäre töricht; denn dann würden wir wieder eine kleine Gruppe bleiben, klein aber rein, aber unter uns! Das erfordert aber von uns eine ganz bestimmte ideologische Aufklärungsarbeit innerhalb der Partei, einen Kampf gegen die Nazi-Ideologie auch innerhalb der Partei."[241]

Was diese Leute in der KPD zu suchen hatten, bleibt das Geheimnis Oelßners.[242] Die Formulierung „klein aber rein" ist reine Dem-

[240] Ebenda, S. 49.

[241] Ebenda, S. 62.

[242] Pieck, der Vorsitzende der KPD, forderte schon im Dezember 1944, daß auch solche Kräfte in die KPD aufgenommen werden können, die noch nicht völlig mit der faschistischen Ideologie gebrochen haben:

„Diesen Chancen muß ihr Parteiaufbau (der KPD, A. d. V.) *entsprechen,* ihre Organisationsform muß so gestaltet sein, daß sie *möglichst breite Massen* in sich aufnehmen kann, wenn diese auch noch nicht völlig mit der alten, teils kleinbürgerlichen-sozialdemokr[atischen], teils sogar fasch[istisch-]imp[erialistischen]

Fortsetzung nächste Seite

agogie. Damit soll offenbar die oberfaule Politik gerechtfertigt werden, daß die KPD, im Bestreben, Massenpartei zu werden, sogar nazistisch eingestellte Elemente aufnahm und dann das Problem hatte, daß sie selbst innerhalb der Partei massiv mit der Nazi-Ideologie konfrontiert war. Aber selbst diese Erkenntnis reicht Oelßner nicht, um klipp und klar zu fordern, daß die KPD von diesen Elementen gereinigt werden muß. Vielmehr verteidigt er diese verheerend falsche Aufnahmepolitik unter dem Vorwand der „Gefahr des Sektierertums".[243]

Fortsetzung der Fußnote

Ideologie gebrochen haben." (Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften", Band VI, S. 310)

[243] Daß ein Gemisch aus reaktionärer und Nazi-Ideologie auch in der KPD stark verbreitet war, macht folgender Bericht der Genossin Malter auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20.11.1945 an der Frage der Haltung zu den Frauen deutlich:

„Aber ich kann Euch aus einer Bezirksparteischule berichten, Genossen, auf der ich als Lehrerin über die Arbeit der Frauenausschüsse tätig war, wo wiederum Parteifunktionäre aufgetreten sind und erklärt haben: man soll die Frauen nicht in Berufe nehmen; die Frau hat ihre natürlich Berufung als Frau und Mutter, und wenn der Mann den ganzen Tag gearbeitet hat, hat er abends das Recht, seine Ordnung und Bequemlichkeit zu haben. (...) solche Äußerungen beweisen doch, daß gerade in den jüngeren Parteikreisen eine solche ausgesprochene Nazi-Ideologie vorhanden ist und daß wir dort noch eine breite Aufklärungsarbeit zu leisten haben." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 317/318)

Gewiß ist eine solche diskriminierende Haltung zu den Frauen nicht nur für die Nazi-Ideologie typisch, sondern tief in der reaktionären Ideologie überhaupt verankert. Aber die Nazis haben gerade auch in dieser Hinsicht die reaktionären Haltungen und Einstellungen auf die Spitze getrieben. Daher ist es durchaus angebracht, daß die Genossin von einer „ausgesprochenen Nazi-Ideologie" spricht. Solche Einstellungen waren keine Einzelfälle und sogar im Zentralorgan der KPD und auf einer zentralen Parteikonferenz der KPD zu finden.

In Nr. der 12/1945 der „Deutschen Volkszeitung" wurden zwei Leserbriefe zum Thema „Wo steht die deutsche Frau?" abgedruckt. In dem einen heißt es unkommentiert und unkritisiert, obwohl es eine Stellungnahme der Redaktion gibt:

„Wir müssen nun alle Maßnahmen treffen, um alle deutschen Frauen wieder zu wahrem Frauentum zu führen, das seine Hauptaufgabe im Helfen, Trösten und Heilen sieht." („Deutschen Volkszeitung", 26.6.1945)

Fortsetzung nächste Seite

Ein weiterer Diskussionspunkt war das Herangehen an die Nazis in den Betrieben.

Ulbricht vertritt in seinem richtungsweisenden Referat über Gewerkschaftsfragen die Position, daß man ***öffentlich*** die Haltung zu den Nazis in den Betrieben nicht ändern könne, aber im „persönlichen Gespräch" müsse man mehr „differenzieren". Ulbricht geht es um folgendes:

> „Sie (die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, A. d. V.) sind betrogen worden, sie sind einen falschen Weg gegangen, und heute sollen sie endlich den richtigen Weg gehen (...)
>
> Diese Auffassung, daß wir sie alle vernichten wollen (...) muß man wegbringen. Momentan können wir das noch nicht auf dem Wege der Presse, aber in den Betrieben muß das bereits offen gesagt werden."[244]

Das ist ein krasser Beleg für die „Aufweichungspolitik" von Ulbricht und anderen in der Haltung zu den Nazis. Ulbricht behauptet, daß die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei „betrogen" worden seien, und übergeht damit, daß diese zum größten Teil in die Nazipartei eingetreten waren, obwohl oder sogar weil sie um die verbrecherischen Ziele und Taten der Nazifaschisten wußten.

Fortsetzung der Fußnote

Auf der „Reichskonferenz" der KPD vom 2./3. März 1946 erklärte ein Teilnehmer: „Benutzen wir aber auch einmal das von Herzen kommende Wissen unserer Frauen, die nicht nur von der logischen, vernunftmäßigen Seite an die Fragen herangehen, sondern eben oft genug mit dem Herzen entscheiden (...)" (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 247)

Ein anderer Teilnehmer äußerte auf dieser Konferenz, „wir müssen jetzt so schnell wie möglich versuchen, für unsere Mädchen Arbeitsstätten zu erschließen, die ihrer physischen Konstitution entsprechen, nicht wie das bisher von manchen Leuten unseren Mädchen anheimgestellt wurde, Maurer, Schlosser oder Zimmermann zu werden. Jawohl, sagen wir, wenn es notwendig ist, auch das, aber es gibt tausend Möglichkeiten, unsere Mädchen wirklich an Stellen unterzubringen, wo sie ihre ganze Kraft in den Dienst des schaffenden Volkes stellen können." (Ebenda, S. 260)

[244] Ulbricht zitiert nach: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 385.

Ulbricht schreckt hier auch nicht vor dem Bekenntnis zur Doppelzüngelei zurück, nämlich ganz bewußt in den Betrieben gegenüber den Nazis mündlich eine andere Haltung einzunehmen als in den öffentlichen Erklärungen in den Parteiorganen. Damit wird den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei faktisch der Wink gegeben, daß das, was in der Presse geschrieben wird, sowieso nicht so gemeint sei und über kurz oder lang auch fallengelassen würde. Mit kommunistischer Politik, die in Wort und Tat übereinstimmt, hat Ulbrichts Position nichts zu tun.

Am 18. Oktober 1945 erschien in der „Täglichen Rundschau", der Zeitung der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ, der Artikel „Keine Kompromisse!". Dieser Artikel nahm sich bestimmte Argumentationsmuster zur Entlastung der Nazis vor, die bereits im Oktober 1945 so massiv vorhanden gewesen sein müssen, daß die „Tägliche Rundschau" mit dem Leitartikel auf Seite eins darauf reagierte und diese mit der Forderung „Keine Kompromisse!" zurückwies.

Der Artikel stellt an die Spitze der Argumentation, daß die Antifaschisten nach dem 8. Mai, gezeichnet von dem bißchen Leben, das Hitler gelassen hatte, von der ersten Stunde an dafür kämpften, das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung, „ihres Volkes", allem „Undank" zum Trotz, neu zu formen. Wobei der Artikel deutlich macht, daß die Sowjetarmee das Leben der zwei Millionen Bewohner Berlins regelte: „Was von deutscher Seite dazu getan wurde, bleibt ausschließlich ein ***Verdienst der aktiven Antifaschisten.***"

Der Artikel schildert als ***erste*** große Gefahr die lügnerische Dreistigkeit der Faschisten, die die Tatsache, daß sie nicht allesamt sofort erschossen wurden, als Schwäche auslegten und ohne Skrupel sich auf antifaschistischen Listen eintrugen, alles unterschrieben, was unterschrieben werden mußte, usw.

Als ***zweite*** große Gefahr beschreibt der Artikel die heuchlerische Berufung auf „Fachkenntnisse" und fordert dagegen den eindeutigen Vorrang demokratischer Grundhaltung vor Fachkenntnis.[245]

---

[245] Ähnlich argumentiert der Genosse Wandel in seiner Rede zur Schulreform auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 28.9.1945, in der er sich für die „Unnachsichtigkeit bei der Säuberung des Lehrkörpers" einsetzte und die Aufweichung der Entnazifizierung unter dem faulen Vorwand, daß dann ja fast keine

Fortsetzung nächste Seite

Als ***drittes*** zerpflückt der Artikel mit berechtigter Wut das unsägliche „Argument", man sei ja nur für die Nazis gewesen, um Posten, Verdienst und Familie zu sichern. Sehr deutlich wird auf den Egoismus derjenigen verwiesen, denen gleichgültig war, wenn Millionen starben, und die lügen, wenn sie sagen, „man konnte nichts machen", denn Tausende riskierten Zuchthaus und KZ und ihre Ermordung, um nicht „am organisierten Mord des Nazisystems mitschuldig zu bleiben".

Da nun die Zeit des Egoismus und der Lippenbekenntnisse vorbei sei, müssen sich die Nazianhänger nun eben auf ein „bescheideneres Leben" einrichten. Eindringlich zieht der Artikel die Schlußfolgerung:

> „Daß vom Faschismus politisch und moralisch infizierte Menschen heute noch verantwortliche Posten – und möchte es der niedrigste bei einem Bezirksvorstehers sein – bekleiden, ist vollkommen unmöglich.
>
> So ein Mensch wird immer schädlich wirken, bewußt oder unbewußt.
>
> Ein Kompromiß mit den Faschisten wäre das gefährlichste (...)."[246]

Fortsetzung der Fußnote

Lehrer mehr da seien, entschieden zurückwies. Wandel hebt sehr richtig hervor, daß die Säuberung der Schule von den Nazis die entscheidende Frage ist:

„Wenn wir schon überall den Grundsatz einer Säuberung von früheren Nazis aufstellen, so ist das auf dem Gebiete der Erziehung doppelt und dreifach zu fordern, obwohl täglich das Leben auf uns einstürmt und uns auf das gegenteilige Gleis schieben will, weil keine Lehrer vorhanden sind. Wir wollen die neue Schule schaffen. Wir wollen nicht nur den Schulbetrieb so schnell wie möglich aufnehmen, sondern wollen die neue demokratische Schule schaffen. Dabei wollen wir lieber bestimmte Schwierigkeiten in Kauf nehmen, die auftreten, weil wir auf Alte verzichten müssen, die nicht brauchbar sind (...) Die Frage der Säuberung ist die entscheidende Frage (...) Es gibt darunter welche, die nicht in der Nazipartei waren, sondern sogar gegen die Nazis aufgetreten sind, die aber Stockreaktionäre sind." (Ebenda, S. 89)

[246] „Tägliche Rundschau", 18. Oktober 1945.

Der Artikel geht dann zur direkten Kritik an dem Vorhaben über, daß in Sachsen Nazis in die Arbeit des Neuaufbaus eingeplant werden sollten.

> „Nachsicht oder gar Flauheit im Kampf gegen die Faschisten wäre ein neuer Anfang zu neuem Ende. Wenn man in keinem Fall alle Dinge über einen Kamm scheren darf, ***die Faschisten muß man alle über einen Kamm scheren.*** Die Frage, ob Faschisten heute noch in besonders gelagerten Fällen zu leitenden Posten für verantwortliche Positionen herangezogen werden können, muß ***mit einem klaren Nein beantwortet*** werden."[247]

Nach diesem Leitartikel in der „Täglichen Rundschau" hat der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien"[248] am 30. Oktober 1945 die ***„Entschließung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien über die Bestrafung der Naziverbrecher und gerechte Sühnemaßnahmen gegen aktive Nationalsozialisten"*** gefaßt. Dieses Dokument muß zur Beurteilung der Linie und Politik der KPD herangezogen werden, da die KPD in diesem Block eine führende Rolle spielte.[249] Nach dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war dieses Dokument auch für die Beschlußlage der KPD für die Zeit 1945/1946 sehr maßgeblich, zumal es ein anderes zentrales Dokument der KPD bis zur Gründung der SED dazu nicht gab.

[247] Ebenda.

[248] Das ZK der KPD hat in seinem Aufruf vom 11. Juni 1945 die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien gefordert. Dieser Block kam am 14. Juli 1945 zustande. Bei den vereinbarten Aufgaben stand an erster Stelle die „Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage." („Kommuniqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien", 14. Juli 1945, in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 92)

[249] Das richtungsweisende Gesetz für die Entnazifizierung war im weiteren die Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Januar 1946, welche die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konkretisierte und für ganz Deutschland die Kriterien und Richtlinien für die Entnazifizierung festlegte. Auf dieser Grundlage wurden dann in den einzelnen Provinzen der SBZ Entnazifizierungsgesetze beschlossen.

Ausgangspunkt des Dokuments ist die richtige Feststellung, daß die Verbrechen des Nazistaates „ohne Beispiel in der Geschichte" sind und es notwendig ist, „alle Verbrechen auf das strengste zu ahnden, die von den Anhängern des Naziregimes (...) begangen worden sind".

In dem Dokument werden Richtlinien für deutsche Gerichte formuliert, die Naziverbrecher abzuurteilen haben. Gefordert wird auch die Schaffung neuer Gesetze, weil die bestehenden Gesetze (gemeint sind die bürgerlichen Strafgesetze usw. vor der Nazizeit) dafür nicht ausreichen:

> „Um sicherzustellen, daß die vom Hitlerregime und seinen Anhängern an der Menschheit und am deutschen Volke begangenen Verbrechen restlos gesühnt werden, muß außer durch energische Anwendung der bestehenden Gesetze durch entsprechende neue Gesetze[250] folgendes klargestellt werden:
>
> a) Als strafbar müssen alle diejenigen aus nazistischer Gesinnung heraus begangenen Verstöße gegen Menschlichkeit und Sittlichkeit behandelt werden, die zwar nach dem am Orte und dem Zeitpunkt der Tat geltenden Gesetz nicht verfolgt werden konnten, die aber nach dem natürlichen sittlichen Empfinden als strafbar anzusehen sind und daher Ahndung verlangen.
>
> b) Unter Strafe zu stellen sind hiernach insbesondere alle solche Handlungen, die gegen andere Menschen um ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Abstammung willen, gegen Kranke und Hilflose, gegen Ausländer und gegen die Insassen von Konzentrations-, Arbeits- oder Sammellagern gerichtet gewesen sind oder die der Förderung der nazistischen Willkürherrschaft gedient haben oder von Personen in leitenden Stellungen wider besseres Wissen zur Verlängerung des Krieges begangen worden sind sowie ferner die öffentliche Propagierung solcher Handlungen.
>
> c) Ferner ist festzustellen, daß für die Zeit der nazistischen Willkürherrschaft die Verjährungsfrist für Naziverbrechen als unterbrochen gelten muß.

[250] Eine mehr ins Detail gehende Analyse der Entnazifizierung in der SBZ müßte demnach auch der Frage nachgehen, welche Gesetze auf diesem Gebiet neu geschaffen wurden.

> d) Die Höhe der Strafe für Naziverbrechen muß der Schwere der Verfehlung, die in einem solchen Verbrechen liegt, entsprechen."[251]

Die Anhänger der Nazipartei und des Naziregimes werden unabhängig von der individuellen strafrechtlichen Verfolgung in ***drei Kategorien*** unterteilt. Die erste Kategorie sind sogenannte „aktivistische Nazis", was nicht unbedingt von der formellen Mitgliedschaft in der Nazipartei abhing:

> „Als aktivistische Nazis müssen alle Personen behandelt werden, die in der aufgelösten NSDAP, ihren Gliederungen, angeschlossenen und betreuten Verbänden und Organisationen ein Amt mit politischer Verantwortung bekleidet haben oder als Mitglieder des Großdeutschen Reichstages oder Preußischen Staatsrats oder auf sonstige Weise sich fortgesetzt öffentlich als Träger der Politik und der verbrecherischen Bestrebungen der NSDAP betätigt haben, auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren.
>
> Die den aktivistischen Nazis persönlich aufzuerlegenden Maßnahmen und Leistungen sollen bestehen:
>
> a) im Ausschluß aus der öffentlichen Verwaltung und von der Betätigung in allen Stellungen, die ein öffentliches Vertrauen erfordern oder mit einer besonderen Verantwortung für das Wohl der Gesamtheit verbunden sind;
>
> b) in zusätzlichen Arbeits-, Sach- und Geldleistungen, in der Kürzung von Versorgungsbezügen sowie in Beschränkung ihrer Teilnahme an der allgemeinen Versorgung, solange noch eine Mangellage besteht;
>
> c) in der Versagung der politischen Rechte einschließlich der Zugehörigkeit zu den Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und zu den antifaschistisch-demokratischen Parteien."[252]

Die zweite Kategorie sind „die nichtaktivistischen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen". Es heißt richtig, daß diese nichtak-

[251] „Entschließung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. Oktober 1945 über die Bestrafung der Naziverbrecher", zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 187. Die Entschließung wurde auch als Leitartikel in der „Deutschen Volkszeitung", Zentralorgan der KPD, am 4. November 1945 abgedruckt.

[252] Ebenda, S. 188.

tivistischen, d. h. nominellen Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen ebenfalls Schuld auf sich geladen haben:

> „Auch die nichtaktivistischen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen haben als Anhänger dieser Terror-, Mord- und Kriegspartei eine schwere politische und moralische Schuld auf sich geladen, auch sie tragen eine große Verantwortung für die Folgen der Hitlerbarbarei und des Hitlerkrieges. Nur das offene Bekenntnis über die Verderblichkeit des Weges, den sie mit Hitler gegangen sind, und ihre keine Mühe und kein Opfer scheuende aktive Teilnahme am Wiederaufbau Deutschlands und an der Wiedergutmachung der Kriegsschäden können den Mitgliedern und Anhängern der NSDAP den Weg in die demokratische Gemeinschaft des Volkes wieder eröffnen."[253]

Das ist als Anforderung zu wenig. Hier hätte auch gefordert werden müssen, daß die Behandlung dieser ehemaligen Nazis auch davon abhängig zu machen ist, wie weit sie aktiv bei der Entnazifizierung mithelfen, um versteckte Nazis zu finden, sie abzuurteilen und unschädlich zu machen, und als ein Kernpunkt, inwieweit sie dabei mithelfen, maximal über ihre eigene Mitschuld aufzuklären. Das ist mehr als nur „das offene Bekenntnis über die Verderblichkeit des Weges, den sie mit Hitler gegangen sind" und die „Teilnahme am Wiederaufbau Deutschlands und an der Wiedergutmachung der Kriegsschäden", denn nötig war die aktive Beteiligung an der Entnazifizierung.

Falsch ist, daß dieser großen Gruppe gegenüber von vornherein auf jegliche Bestrafung und Sühnemaßnahmen verzichtet werden soll:

> ***„Ohne die politische Verantwortung aller sonstigen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen abzuschwächen,*** sind diese, soweit sie nicht im Sinne dieser Richtlinien zu den Naziverbrechern oder zu den aktivistischen Nazis gehören, ***von der Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen*** in der Erwartung, daß sie mit ihrer politischen Vergangenheit vollkommen brechen und sich mit ihrer ganzen Kraft am Wiederaufbau unseres Landes beteiligen. Sie dürfen jedoch in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Betrieben nur dann beschäftigt werden, wenn andere Bewerber gleicher Eignung nicht vorhanden sind.

[253] Ebenda, S. 186.

> Als Mitglieder einer der antifaschistisch-demokratischen Parteien können ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederung keine Aufnahme finden, solange nicht eine entsprechende neue Beschlußfassung des zentralen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vorliegt."[254]

Es ist in sich unlogisch, auf der einen Seite die politische Verantwortung dieser Nazis für die Verbrechen der Naziherrschaft zu betonen, auf der anderen Seite aber zu erklären, daß sie pauschal und von vornherein ***„von der Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen"*** seien. Das war ideologisch und politisch ein falsches Signal an diese nicht unerhebliche Gruppe von Nazis. Denn man gab ihnen damit zu verstehen, daß sie „geschont" werden sollten. Der gesamte Prozeß des Aufreißens der Kluft zwischen Nazis und Antinazisten als Grundbedingung der Entnazifizierung wurde damit nicht forciert, sondern dieser Riß wurde weiter zugekleistert.

Schließlich gab es noch eine dritte Kategorie für die Beurteilung von ehemaligen Anhängern des Naziregimes, denen sogar die Mitgliedschaft in antifaschistisch-demokratischen Parteien offenstand:

> „Diese Beschränkungen gelten nicht
>
> a) für diejenigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, die wegen ihres politischen Verhaltens aus diesen Organisationen ausgeschlossen oder wegen ihrer politischen Haltung ihrer Freiheit beraubt oder unter Anklage gestellt worden sind oder die nachweisbar unter Einsatz ihrer Person am Kampf gegen den Nazismus teilgenommen haben;
>
> b) für lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1920 geboren sind."[255]

Hier ist ***ein*** klares Kriterium enthalten: die nachweisbare Teilnahme am Kampf gegen den Nazismus unter Einsatz des eigenen Lebens. Daneben steht aber noch ein zweites, unklares Kriterium, der Ausschluß aus der Nazipartei „wegen ihres politischen Verhaltens". Damit wird alles wieder verschwommen, denn es gab auch Ausschlüsse

[254] Ebenda, S. 188/189, Hervorhebungen RF.

[255] Ebenda, S. 189.

aus innernazistischen Gründen (siehe die Liquidierung des Röhm-Flügels der Nazipartei 1934).

Nicht überzeugend ist auch die Jahresgrenze 1. Januar 1920. Denn darunter fallen auch die Nazis, die 1945 schon mehrere Jahre erwachsen waren und die volle Verantwortung für ihr Handeln zu tragen hatten.

Diesen ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei die Möglichkeit der Mitgliedschaft in den antifaschistischen Parteien, also auch in der KPD, zu eröffnen, war ein falscher Schritt der KPD im Kampf für die Entnazifizierung.

Die ***Beschlüsse der Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern der beiden Parteien*** vom 20. und 21. Dezember 1945 stellten unserer Meinung nach weitgehend richtig fest:

> „Nur die Hauptkriegsverbrecher sitzen in Nürnberg vor dem Gericht der Vereinten Nationen auf der Anklagebank. Die Zahl ihrer aktiven Mitverbrecher aber ist groß, und ihnen ist das Handwerk noch nicht gelegt."[256]

Weiter heißt es darin:

> „Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind alle jene Günstlinge des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die mit dem Untergang des ‚Dritten Reiches' ihre Pfründe verloren haben.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind alle mit der Zerschlagung des Nazistaates ins Nichts geschleuderten asozialen Elemente aus den Reihen der faschistischen Terrororganisationen, die sich immer mehr in bloße Banditen und kriminelle Verbrecher verwandeln.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind aber auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völker- und Rassenhetze, die in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hatten und beileibe noch nicht überwunden sind."[257]

[256] Zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 349.

Sehr wichtig ist, wenngleich auch hier die nationalistische Beimengung vom „Unglück unseres Volkes" enthalten ist, daß hier nicht nur von den Nazi-Hauptverbrechern die Rede ist, sondern von „den aktiven Nazis", vor deren Manövern gewarnt wird:

> „Den aktiven Nazis, die am Unglück unseres Volkes die Hauptschuld tragen, darf ***kein Wahlrecht*** gewährt werden. Vor allem muß verhindert werden, daß ***versteckte Nazis*** oder Reaktionäre in die neuen Gemeindevertretungen gewählt werden."[258]

Hier wird deutlich, daß Umfang und Tiefe der Entnazifizierungsprobleme viel weitreichender sind als die Verurteilung und Bestrafung der hauptsächlichen Naziverbrecher, wenngleich hier nichts weiter über das brennende Problem der Haltung zu den sogenannten „kleinen" Nazis ausgeführt wird.

Auch auf der ***„Reichsberatung" der KPD*** am 8./9. Januar 1946 war ein zentrales Thema die Entwicklung der KPD im Zusammenhang mit der Frage der Haltung zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei.

Dahlem schildert in seinem Referat beispielhaft die Mitgliederentwicklung der KPD in Mecklenburg-Vorpommern. Vor 1933 hatte die KPD dort 3 000 Mitglieder, am 31. 8. 1945 waren es ca. 8 000, am 31. 12. 1945 bereits 34 000.[259]

Dahlem lobt diese Entwicklung ausdrücklich und polemisiert gegen ein „Sektierertum" bei älteren Kadern, die gegen eine Verwässerung der Partei kämpfen.[260] Dahlem propagiert dagegen, „ziemlich schnell" eine „Millionenpartei"[261] zu werden. Bezeichnend ist hier wiederum die Akzentsetzung der ideologischen Abgrenzung gegen links. Ganz

[257] Zitiert nach: ebenda, S. 349.

[258] Zitiert nach: ebenda, S. 355.

[259] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 32.

[260] Ebenda, S. 33.

[261] Ebenda, S. 35.

gewiß war damals aber das „linke" Sektierertum für die Entwicklung der KPD keine echte Gefahr, sondern vielmehr der Rechtsopportunismus, von dem aber überhaupt keine Rede ist.

Daß unter diesen mehreren Zehntausend neuen Mitgliedern gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern viele ehemalige Mitglieder der Nazipartei sein mußten, wird an anderer Stelle klar.[262] Warncke aus Mecklenburg gibt selbst zu, daß aufgrund der hohen Anzahl von Umsiedlern, die oftmals ihre Mitgliedschaft in der NSDAP verheimlichten, wohl ehemalige Nazis in die KPD aufgenommen wurden. Seine Schlußfolgerung lautet entsprechend der Linie von Oelßner: „nicht unsere Tore zu verschließen aus Angst, wir könnten einige Nazimitglieder aufnehmen".[263]

Am 9. Januar 1946 wird dann auf der „Reichsberatung" ein ZK-Beschluß der KPD verabschiedet, der besagt, daß in die KPD ehemalige einfache Mitglieder der HJ, aber auch unbesoldete untere Funktionäre der HJ („wenn sie sich keine verbrecherischen Handlungen gegen Antifaschisten und Angehörige anderer Völker zu schulden kommen ließen") aufgenommen werden können, wenn sie aufrichtig mit der Nazi-Ideologie gebrochen und durch „aktive Mitarbeit am demokratischen Aufbau" dies unter Beweis gestellt haben.[264] Dieses Kriterium ist – wie schon mehrmals ausgeführt – gerade nicht ausreichend für eine antinazistische Haltung, ja geschweige Aufnahmekriterium für die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei.[265]

[262] Eggerath aus Thüringen berichtet, daß dort die Nazis besonders großen Masseneinfluß hatten. Städte, wo über 90 % 1932 für die Nazis gestimmt hatten, sind keine Seltenheit. 95 % der Beamten und 92 % der Lehrer waren in Thüringen in der NSDAP. In vielen Dörfern waren 100 % Mitglieder der NSDAP (ebenda, S. 127/128).

[263] Ebenda, S. 50.

[264] Ebenda, S. 371. Mit der Formulierung „keine verbrecherischen Handlungen gegen Antifaschisten und Angehörige anderer Völker" werden die Verbrechen gegen die deutschen Jüdinnen und Juden nicht benannt.

[265] Zu den Kriterien und Anforderungen an die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei vgl. Resolution und Referat zu „Kommunistische Kader", in: „Rot Front", Nr. 4, Juli 1997, S. 91 ff.

Es gab auch andere Stimmen auf dieser „Reichsberatung", welche die Entnazifizierung auf breitester Grundlage forderten und sich so indirekt gegen die dort vertretenen rechten Positionen stellten. Der Genosse Schreck aus Mannheim betont sehr richtig, daß

> „die Aufgaben, die dem deutschen Volk gestellt sind, nur gelöst werden können, wenn die Entnazifizierung auf breitester Grundlage durchgeführt wird."[266]

In Mannheim sei die KPD dann auch so vorgegangen, berichtet Schreck. Schon vor dem ersten Gesetz der Alliierten habe sie begonnen, die Betriebe zu säubern, und heute sei kein aktiver Nazi mehr in den wichtigen Großbetrieben zu finden.[267]

2. Januar – April 1946

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 31. 1. 1946 findet sich auf Seite eins ein Artikel mit dem Titel „Was wird aus den Nazis?" (gezeichnet mit dem Kürzel M. K.). Er vertritt im Grunde die Linie

[266] Zitiert nach Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 175.

[267] Auf der Reichskonferenz der KPD am 2./3. März 1946 berichtete ein Delegierter aus Hessen, daß „wir den Denazifizierungsprozess zu 100 % durchgeführt hatten und damit unpopulär geworden waren. Wir können ruhig sagen, daß wir in Groß-Hessen uns wegen unserer aktiven Tätigkeit bei der Denazifizierung einer großen Unbeliebtheit erfreuten, (...) dadurch, daß wir so unpopulär waren, sind wir eine aktive Partei ohne Wähler gewesen." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 78/79)

Ähnlich schilderte Genosse Sperling aus München die Situation dort: „Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die im Interesse der Klärung und des demokratischen Wiederaufbaus klar und offen die Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes und die daraus resultierende Frage der Wiedergutmachungspflicht gestellt hat. Das wurde dazu benutzt, um die Überreste faschistischer Ideologie, die noch in Millionen von Köpfen unserer Landsleute sitzt, gegen uns zu aktivieren" (ebenda, S. 226). Angesichts dessen stellt er zu den Gemeindewahlen fest „daß die Wahlen verfrüht seien" (ebenda, S. 223).

des Beschlusses der Blockparteien *„Bestrafung der Naziverbrecher"* vom 30. Oktober 1945 und begründet diese.

Bemerkenswert und hervorzuheben ist darin allerdings folgende Passage, die über diese Entschließung hinausgeht und völlig zu Recht den falschen und irreführenden Begriff von „kleinen und großen Nazis" direkt bekämpft:

> „Wir wollen aus unserem Sprachgebrauch jenen falschen Begriff von kleinen und großen Nazis ein für allemal ausmerzen. Der kleine Nazi, das heißt derjenige, der kleinere Posten im Haus und an der Arbeitsstelle innehatte, sich als Stellvertreter Hitlers betrachtete und danach handelte, darf genau so wenig seiner Strafe entgehen wie der große Nazi, der in hohen Führungsposten saß. Jeder im Volke weiß das, jeder kennt einen dieser widerwärtigen, bösartigen Blutegel."[268]

„Wir wollen aus unserem Sprachgebrauch jenen falschen Begriff von kleinen und großen Nazis ein für allemal ausmerzen" – diese klare und richtige Stellungnahme muß doppelt und dreifach unterstrichen werden.

In der „Deutschen Volkszeitung vom 3. 2. 1946 ist unter dem Titel „Die nichtaktiven Nazis" ein Interview mit Wilhelm Pieck abgedruckt. Das Interview bezieht sich auf Piecks Rede am 30. Januar 1946 im Großen Sendesaal des Berliner Funkhauses. Piecks Aussagen stehen in direktem Gegensatz zu dem soeben zitierten Artikel vom 31. 1. 1946:

> „Es ist meine Stellungnahme zu den sogenannten kleinen Nazis, denen die Möglichkeit gegeben werden soll, sich in der antifaschistisch-demokratischen Kampffront zu betätigen, um sich dadurch von der Schande, Nazimitglied gewesen zu sein, zu befreien und sich wieder Vertrauen (?!) bei den Antifaschisten zu erwerben. Meine Ausführungen in der Versammlung haben bei einigen Teilnehmern oppositionelle Zwischenrufe ausgelöst. Mir ist diese Stimmung durchaus verständlich, denn sie entspricht im Grunde genommen einem gesunden Gefühl der Ablehnung alles dessen, was mit dem Nazismus zusammenhängt, den wir selbstverständlich mit aller Energie bekämpfen (...) aber sie (diese Stimmung, A. d. V.) ist in keiner Weise politisch orientiert (?!) und übersieht vollständig die ungeheure Notlage (?!), in der sich unser Volk befindet. Wir müssen doch das größte Interesse daran haben, unsere Kampffront für die demokratische Erneuerung und für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes, wie insbesondere auch für die Schaffung von Garantien gegen jede Aggression von deutscher Seite, so breit wie möglich zu machen. Dabei können wir unmöglich auf die Millionenmassen verzichten, die der Hitlerfaschismus, sei es durch Druck oder andere Mittel, in seine Partei hineingebracht hat. Wir wissen, daß davon ein sehr großer Teil (?!) sich nicht an der Durchführung der faschistischen Verbrechen beteiligte, wenn diese auch durch die Mitgliedschaft in der Partei begünstigt wurden."[269]

[268] „Deutsche Volkszeitung", 31. 1. 1946.

Mehrere Punkte sind hier im negativen Sinn hervorzuheben.

Erstens: Pieck verwendet ungeniert den Begriff von den „kleinen Nazis", der nur wenige Tage zuvor im Zentralorgan der KPD zu Recht als untauglich abgelehnt worden ist. Mit dem Begriff „kleine Nazis" suggeriert Pieck, daß diese ja nicht so „schlimm" gewesen sein können, weil sie ja so „klein" waren etc., um große Teile der Nazis samt ihren Anhänger aus der Schußlinie zu nehmen. Die „Aufweichungspolitik" gegenüber den Nazis wird also ausgeweitet.

Zweitens: Pieck beschimpft geradezu unverschämt all jene, die sich gegen die rechten Positionen innerhalb der KPD zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei stellen, als „unpolitisch" und tut damit deren Kritik als nicht ernstzunehmen ab.

Drittens: Als „politisch" stellt er die Linie hin, die aus Angst davor, daß die nazistischen Millionenmassen die Kräfte der Reaktion stärken könnten, das Entgegenkommen gegenüber diesen Kräften propagiert. „Politisch" ist diese Position, aber es ist eindeutig eine rechte Politik des Anbiederns an diese nazistischen Millionenmassen.[270]

[269] „Deutsche Volkszeitung", 3. 2. 1946, Hervorhebungen durch (?!) RF.

[270] Pieck weist im Laufe des Interviews alle Bedenken zurück und begründet dies damit, daß die ehemaligen Nazimitglieder ja geprüft würden.

„Reporter: Herr Pieck, was könnten Sie mir über etwaige Maßnahmen sagen, die bei einem Entgegenkommen gegenüber den nominellen Nazimitgliedern Sicherheiten bieten?

Fortsetzung nächste Seite

Viertens: Pieck beschönigt die Nazis, wenn er behauptet, daß „Millionenmassen" angeblich durch „Druck oder andere Mittel" in die Nazipartei hineingebracht worden seien. In Wirklichkeit war „Druck" angesichts des großen freiwilligen Zustroms zur Nazipartei zumeist nicht notwendig, und „andere Mittel" waren eben auch nicht vor allem Drohungen, sondern die Aussicht auf eine „Herrenposition", auf einen hohen Anteil an der Beute beim nazifaschistischen Raubkrieg usw. Völlig an der Wirklichkeit vorbei geht auch Piecks Behauptung, „ein sehr großer Teil" der Nazis habe sich „nicht an der Durchführung der faschistischen Verbrechen beteiligt".

Es muß hier betont werden, daß es der Vorsitzende der KPD war, der mit dieser falschen Position und auf diese unzulässige Weise sich von berechtigter Kritik abgegrenzt hat und sich dabei zu einer derartigen Beschönigung der großen Masse der Nazis verstiegen hat.

Am 16. 2. 1946 wurde in der „Deutschen Volkszeitung" der ***Entwurf der Resolution „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands"*** abgedruckt. Im Vorspann zum Entwurf wurden die Parteiorganisationen der KPD ausdrücklich dazu aufgerufen, diesen Entwurf zu diskutieren und die Kritiken direkt an das ZK weiterzuleiten. Diese Resolution sollte dann von der Parteikonferenz der KPD am 2/3. März 1946 verabschiedet werden.

Dieser Entwurf führte zu einer heftigen innerparteilichen Debatte über die Haltung zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei und über die sogenannten „Mitläufer" der Nazis.

Die debattierte Passage des Resolutionsentwurfs lautet vollständig:

Fortsetzung der Fußnote

Pieck: Diese Sicherheit liegt in dem Charakter unserer ganzen Bewegung, die gerichtet ist auf die Schaffung einer wahren kämpferischen Demokratie, auf den Aufbau der Wirtschaft und auf die Sicherung des Friedens.

Reporter: Werden nicht die Nazimitglieder in ihrer Gesamtheit von der ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen, was dem eigentlichen Zweck abträglich sein muß?

Pieck: Sicher werden sehr viele von ihnen versuchen, uns über ihre wahre Gesinnung zu täuschen, Herr Klein. Aber wir haben genügend Erfahrung und auch genügend Mittel in der Hand, unsere Prüfungen so vorzunehmen, die uns vor einem Betrug sichern." („Deutsche Volkszeitung", 3. 2. 1946)

„Es wäre falsch und undemokratisch,

die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis

von dem demokratischen Neuaufbau auszuschließen. Die deutschen Imperialisten, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer haben es verstanden, durch eine skrupellose Propaganda Millionen deutscher Männer und Frauen irrezuführen. Nachdem sie unser Volk in das furchtbare Elend der Wirtschaftskrise gestürzt hatten, nutzten sie den tiefen Haß der Volksmassen gegen das verfaulende kapitalistische System aus, indem sie einen Ausweg aus der Krise auf Kosten anderer Völker versprachen.

Heute haben Millionen (?!) ehemaliger Nazianhänger erkannt, daß dieser Weg falsch und verderblich war. Es gibt heute fast keine Familie in Deutschland, die von den Naziverbrechern nicht in größtes Leid und bitterste Not gestürzt wäre. Es ist heute allen Einsichtigen klar, daß Hitler unser Volk in sein größtes nationales Unglück geführt hat.

Mögen die ehemaligen Nazianhänger auch eine besondere Schuld unserem Volke gegenüber (?!) tragen, es wäre doch abwegig, die Irregeführten (?!) jetzt für die begangenen Verbrechen hauptverantwortlich (?!) zu machen. Soweit sie nicht persönlich Verbrechen begangen haben, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihren früheren Anschauungen vollzogen haben, soll daher den bloß nominellen Mitgliedern der Nazipartei die Gelegenheit gegeben werden, durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampfe gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben und gleichberechtigte Glieder unseres Volkes zu werden.

Gewisse Kreise wollen durch eine übertriebene Hetze gegen die nominellen Nazis und die kleinen Pgs (!), die wirklichen Verbrecher, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer in den ***Hintergrund*** treten lassen, damit sie um so ungestörter ihre faschistische reaktionäre Politik weitertreiben können. Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und ***die Großen laufen läßt,*** sondern

wir wollen, daß vor allem die großen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten bestraft werden."[271]

Diese Passage des Resolutionsentwurfs muß in mehrfacher Hinsicht scharf kritisiert werden:

Erstens: Hier wird frontal Stellung bezogen gegen die notwendige Diktatur über die Nazis, die auch die Nichtteilnahme der Nazis am demokratischen Aufbau in der Hinsicht garantieren muß, daß diese zwar arbeiten müssen, aber demokratische Rechte entzogen bekommen. Diese Diktatur mußte natürlich auch über die „Mitläufer" der Nazis ausgeübt werden. Das wird im Entwurf demagogisch als „undemokratisch" verleumdet.

Zweitens: „Mitläufer", „nominelle Nazis", „kleine Pgs", „ehemalige Nazi-Anhänger" – all diese Begriffe werden nicht analysiert, sondern durcheinandergewirbelt. Damit wird das Element der Verwirrung benutzt, um die ganz rechte Linie der Resolution zu verschleiern, wie zum Beispiel auch die extrem beschönigende und völlig aus der Luft gegriffene Einschätzung, daß „Millionen ehemaliger Nazianhänger" erkannt hätten, daß der Nazi-Krieg „falsch und verderblich war".

Drittens: Demagogisch und irreführend ist die Konstruktion, daß jemand die „kleinen Pgs" „hauptverantwortlich" machen wollte, die „Kleinen hängt und die Großen laufen läßt", perfide die Abgrenzung von „gewissen Kreisen" etc. – dies dient nur der Rechtfertigung eines Freispruchs für Millionen ehemaliger Nazis. Durch die Gegenüberstellung von „kleinen Pgs" und „wirklichen Verbrechern", den Kapitalisten etc., werden die „kleinen Pgs" pauschal als nicht-verbrecherisch hingestellt.

Viertens: Richtig ist hier zwar, daß es nicht nur auf Loyalität ankommt bei der Teilnahme am Neuaufbau, sondern auch um den Bruch mit den Nazi-Anschauungen. Jedoch greift auch dieses Kriterium zu kurz, da es – wie wir schon ausgeführt haben – insbesondere auch auf die eigene aktive Teilnahme am Kampf für die Bestrafung

[271] „Deutsche Volkszeitung", 16.2.1946, Hervorhebung durch (?!) und (!) RF, alle anderen Hervorhebungen im Original.

aller Naziverbrecher und die Liquidierung aller nazifaschistischen Einflüsse ankam.

Fünftens ist es eine Verharmlosung der Nazianhänger, hier einfach von „Irregeführten" zu sprechen, weil dadurch die nazifaschistische Überzeugtheit und das willentliche und aktive Eintreten für die verbrecherischen Maßnahmen und Ziele der Nazis ausgeblendet wird.

Der Entwurf dieser Resolution hat innerhalb und außerhalb der KPD eine Flut von Stellungnahmen ausgelöst.[272]

Da waren auf der einen Seite die zustimmenden Äußerungen – in erster Linie von NSDAP-Mitgliedern, die das alte Lied anstimmten:

Angeblich sei man zur Zeit des Nazifaschismus „nur dem dauerhaften Druck" erlegen (S. 419), heißt es da. Oder es ist die Rede von „fast 30jähriger untadeliger Dienstzeit" (S. 422). Es wird dreist behauptet: „wir haben keinem Mensch ein Leid zugefügt" (S. 425). Vor allem habe man sich, wie es heißt, angeblich „längst umgestellt" (S. 426).

Die SA-Leute auf dem Land hätten angeblich mit Judenverfolgungen nichts zu tun gehabt – „das Skatspielen" sei „meist das Wichtigste" (S. 432) gewesen, hieß es unverfroren in einem Brief an das ZK der KPD. Und die NS-Frauenschaft sei angeblich „oft ein Kaffeekränzchen ohne politische Bedeutung" (S. 424) gewesen.

Ein Mitglied des FDGB erdreistete sich, vom ZK der KPD zu fordern, den nazistischen „Zellenleitern eine Beurteilung zukommen zu lassen, die dem gesunden Volksempfinden entspricht" (S. 443).

Und dann durfte auch nicht fehlen, daß „die kleinen Pgs" angeblich „nur das Gute" gewollt hätten und angeblich „nur Idealisten gewesen" seien (S. 448). Leider sind die Antworten des ZK nicht bekannt oder es hat keine gegeben.

[272] Siehe Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 402 ff. Dort sind im Kapitel „Entschließungen, Anträge und Zuschriften" auf über 250 Seiten zahlreiche Stellungnahmen zum Entwurf der „Resolution der Reichskonferenz der KPD" dokumentiert.

Alle weiteren Seitenangaben bis S. 272 beziehen sich auf diese Quelle.

Aufschlußreicher jedoch sind die ***Protestschreiben von KPD-Grundorganisationen,*** die das ZK der KPD erhielt.

Das ZK und die Äußerungen Wilhelm Piecks werden sehr grundsätzlich von der KPD-Ortsgruppe Waltersdorf kritisiert:

„Die Stellungnahme der Parteileitung zu den ehemaligen Nazis wird in der Zeitung unserer Partei immer so gebracht, als wäre diese Ansicht die Meinung der gesamten Partei.

Es dürfte unserer Parteileitung bekannt sein, daß dies bei weitem nicht der Fall ist, sondern daß die Genossen, die mit den ‚armen kleinen Pgs und nominellen Nazis' zu tun haben, eine ganz andere Einstellung zu diesen haben.

Der Widerspruch selbst bei den Ausführungen unseres Genossen Wilhelm Pieck sollte das bewiesen haben.

Es ist ein leichtes, diesen Widerspruch damit abzufertigen, als verstünden die widersprechenden Genossen nichts von der ‚großen Politik'.

Wer nomineller Nazi oder kleiner Pg ist, kann nicht nach irgendwelchen Formeln am grünen Tisch (auch vom Zentralkomitee) festgestellt werden. Das können nur die Ortsgruppen für den Bezirk ihrer Ortsgruppe selbst feststellen, da sie die Tätigkeit aller Nazis am besten beurteilen können.

Nach unserer Meinung – und das ist die Meinung des größten Teiles der ‚kleinen KPD-Genossen' – zählt der Nazi, der bis zur letzten Minute zu Adolf Hitler gehalten hat und für diesen eingetreten ist und dadurch die illegale Tätigkeit unserer Genossen gefährdet oder unterbunden hat, zu den aktiven Nazis.

Wer dieses verkennt, der gefährdet die antifaschistische Tätigkeit und verwässert die Demokratie.

Die Einschränkung ‚soweit sie nicht persönliche Verbrechen begangen, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihrer früheren Einstellung vollzogen haben ...' ist ***viel zu einengend.***

Wir haben viele Nazis, die persönlich keine direkten Verbrechen begangen haben, die keine führenden Funktionäre waren – und welcher Nazi zeigt sich nicht heute als Unschuldslamm und ‚macht ganz groß in antifaschistischer Haltung' –.

Aktiver Nazi ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat.

Wir bitten Euch, in diesem Punkt Eure Ansicht noch grundlegend zu ändern, sonst bringt Ihr wohl auf der Parteikonferenz die Ansicht des ZK zum Ausdruck; aber niemals die der Masse unserer Genossen.

Wir hier unten haben heute schon die üblen Auswirkungen Eurer Einstellung zu den Nazis zu tragen. Wenn Ihr auf dem Wege über die Parteikonferenz Eure Ansicht zu der der Mitglieder der Partei stempelt, dann tragt Ihr auch die Verantwortung für alles das, was wir hier unten durchaus erwachsen sehen.

Ihr tut ja die Warnungen, die wir Euch zurufen, ab mit dem Bemerken: ‚damit zeigt man, daß man von der Politik nichts verstünde.' Sehr leicht gesagt, hoffen und wünschen wir, daß es Euch nicht einmal wieder leid tun wird, diese Warnungen überhört zu haben.

Noch besser aber ist es, Ihr hört in letzter Minute auf die Warnungen der Genossen, die täglich mit den ‚nominellen Nazis und den kleinen Pgs' in Berührung kommen." (S. 433/434, Hervorhebungen RF)

„Aktiver Nazi ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat." Diese Formulierung ist unserer Meinung nach eine wichtige Hilfe, um am jeweiligen Ort oder im jeweiligen Betrieb unterscheiden zu können, wer „nominelle" und wer „aktiver Nazi" war.

Gerade angesichts der Manöver der Nazis, sich als nur nominelle Nazis auszugeben, ist es ein richtiger Hinweis, daß darüber vielfach nur die genaue Kenntnis und der konkrete Einblick der Genossinnen und Genossen vor Ort Klarheit schaffen konnten: ***„Das können nur die Ortsgruppen für den Bezirk ihrer Ortsgruppe selbst feststellen, da sie die Tätigkeit aller Nazis am besten beurteilen können."***

Bezeichnend ist, daß solche klaren Handlungsanleitungen sich *nicht* in den Direktiven der KPD-Parteizentrale finden. Noch schlimmer aber ist, daß solche klaren Vorschläge nicht aufgegriffen, sondern mit mehr als zweifelhaften Methoden abgeschmettert wurden.

Ein weiterer Kernpunkt vieler Kritiken war, daß vor allem sehr klar die ***Funktion*** der sogenannten „kleinen Pgs" aufgezeigt wurde. Insbesondere die KPD-Stadtteilgruppe Berlin-Kreuzberg verwies darauf, daß „die kleinen Pgs" die „ausführenden Organe" und das „Rückgrat" des Nazismus waren:

> „Zur Beleuchtung der Pg-Frage möchten wir nur an den Ausspruch Hitlers erinnern: ‚Schmäht mir nicht die kleinen Pgs. Sie sind die Garanten des Dritten Reiches.' Und waren sie es etwa nicht?
>
> Die kleinen Pgs. waren die ausführenden Organe, und sie gaben sich gerne dafür und dazu her. Tausende und abermals Tausende in die KZ-Lager brachten ja diese Pgs, fühlten sich als Denunzianten sehr stolz und [sind] somit das Rückgrat des Nationalsozialismus gewesen. Auf Grund der Mitgliederzahl und seiner Mitläufer war es einem Hitler nur möglich, einen derartig grauenhaften Krieg zu führen, ja noch vor Kriegsende spielten die Pgs mit einem Sieg auf die Volksmassen einen Druck aus." (S. 427)

Die KPD-Ortsgruppe Blankenfeldt ergänzte, daß es unbedingt nötig sei, auch und gerade gegen die Blockleiter vorzugehen:

> „Sie sind mit dem Vorsatz in die NSDAP gegangen, für die Partei zu arbeiten, trotzdem jeder Einzelne genau wußte, welche Ziele Hitler verfolgte und grade den Amtswaltern (Pol. Leitern), diesen Stubenschnüfflern haben wir es zu verdanken, daß Tausende u. Abertausende in die K. Z. gelangten." (S. 436)

Die KPD-Grundorganisation Neue Schleuse bezeichnete die große Masse der „kleinen Pgs" als „die Zuträger und Stützen der großen Nazibonzen" (S. 459).

Die Straßengruppe Stadtpark der KPD, Ortsgruppe Wittenau, machte unter anderem folgenden Änderungsvorschlag:

> „Die Straßengruppe Stadtpark ist der Auffassung, daß sämtliche Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen als Mitschuldige am Faschismus zu betrachten sind und ihnen daher kein Wahlrecht zu gewähren." (S. 606)

Gewicht hat auch die Entlarvung der lügnerischen Methoden der Nazis, worauf eine Zuschrift hinwies: „die wußten alle, was sie taten; nur jetzt stellen sie sich etwas tölpisch, sie wollten früher alle an Gemeinheiten groß werden." (S. 437)

Aus der KPD-Ortsgruppe Stadtlengsfeld schrieb Paul Gerhardt folgende Kritik am Resolutionsentwurf:

> „In der Resolution für die Parteikonferenz wird unter ‚die einstigen Mitläufer der Nazis' ausgeführt, daß diese ‚armen, irregeführten Geschöpfe den falschen und verderblichen Weg, dem sie gefolgt waren, erkannt hätten' usw. Haben die Hauptschuldigen die Sühne für ihre Verbrechen zu tragen, so sind die Mitläufer doch erst Schuld daran, daß es diesen Verbrechern möglich war, durch die stillschweigende Zustimmung der Mitläufer ihre Untaten zu begehen.
>
> Die Annahme der Parteizugehörigkeit der NSDAP erfolgte doch meistens nur um ***persönlicher*** Vorteile willen. Wer nicht Pg. war, war vom Futternapf ausgeschlossen. Bis 33 stand dieser Gesellschaft noch genügend soz[ialistische] Literatur zur Verfügung, es hätten sich auch die ‚Intellektuellen' etwas politisch bilden können und wären nicht dem Rattenfänger in ihrer pol. Dummheit zum Opfer gefallen.
>
> Trotzdem sie sahen, wie klassenbewußte Arbeiter in den Heldenkellern von einer sadistischen Bande gefoltert wurden, wie Familienväter auf Nimmerwiedersehen verschwanden, hat sich keine Hand gerührt, wurde kein Wort laut, um diese Taten zu ändern. Ihre soziale Lage war ja gesichert, dafür wurden sie ja Pg." (S. 496)

Paul Gerhardt betonte, daß die Frage, ob ein Nazi aus Eigennutz oder Dummheit gehandelt hat, unwesentlich sei, denn „Feind bleibt Feind" (S. 497). Die Wirkung des Handhinhaltens gegenüber den Nazis, so diagnostizierte er sehr genau, sei verheerend:

> „Im ersten Augenblick wird er die Hilfe dankbar empfinden, im nächsten Augenblick ist sein Gedanke, daß ihm diese Hilfe ja zusteht, und von da ist der Schritt nicht weit, daß diese Hilfe ungenügend und es eigentlich eine Gemeinheit ist, daß sich nicht die ganze Welt um ihn bekümmert." (S. 498)

Ziemlich einheitlich wurde gerade auch ***Zeit*** gefordert, die Notwendigkeit eines längeren Zeitraum herausgestellt, um mit den Nazis fertigzuwerden, so zum Beispiel in der bereits zitierten Stellungnahme einer KPD-Grundorganisation aus Berlin-Kreuzberg:

> „Alle Pgs haben erst eine zweijährige praktische Aufbauarbeit zu leisten und werden in erster Linie Schutt und Trümmer beseitigen müssen" (S. 427).

Aus Halle wurde der Antrag gestellt:

„Um eine Reinhaltung aller Verwaltungsbezirke von ehemaligen Nationalsozialisten während der ersten Jahre des Wiederaufbaues zu erzielen, beantragt der Stadtteil VIII, daß es allen Nationalsozialisten sowohl nomineller als auch aktiver Natur bis zum Jahre 1950 nicht gestattet wird, in einer Behörde irgendeine Stellung einzunehmen." (S. 437)

Die Ortsgruppe Waltersdorf der KPD stellte die Forderung,

„bei den ersten stattfindenden Wahlen nicht nur Kriegsverbrecher und führende Pgs auszuschalten, sondern sämtliche Mitglieder der früheren NSDAP und ihren Untergliederungen das Wahlrecht abzusprechen." (S. 454)

Ähnlich argumentiert auch die KPD-Gruppe Neue Schleuse, die über die NSDAP-Mitglieder hinaus auch alle Offiziere vom Wahlrecht ausschließen wollte:

„Alle ehemaligen Pg sind vorerst nicht würdig, das Wahlrecht auszuüben, denn gerade die große Masse der kleinen Pg waren einst die Zuträger und Stützen der großen Nazibonzen. Die Masse der ehemaligen kleinen Pg – mit wenigen Ausnahmen – zeigen gerade hier in unserem ausgesprochenen Industrieort, daß sie nichts zugelernt haben und sich vorerst auch nicht umstellen wollen. (...) Ehemaligen Offizieren vom Leutnant an, soweit sie sich nicht innerhalb der Kriegsjahre gegen die Kriegspolitik der Nazipartei antifaschistisch betätigt haben, müßte man ebenfalls das Wahlrecht absprechen, denn gerade diese Herren Offiziere waren diejenigen, die manchen guten Antifaschisten in den Tod getrieben haben." (S. 459)

Die Straßengruppe 574 in Berlin-Friedrichshain schlägt folgende Ergänzungen zur Resolution vor:

„Die Straßengruppe ist sich darüber einig, daß ein bestimmter Teil der kleinen Pgs nicht so harmlos war, wie sie es heute gern scheinen möchten. Ein bestimmter Teil der Pgs waren die Denunzianten, die die Genossen in die Kz's gebracht und die Bevölkerung 12 jahrelang terrorisiert haben. Es sind die Pgs, die heute ein Heer von Rechtsanwälten gegen die Arbeitenden in Bewegung bringen und wo sie nur können, den Wiederaufbau sabotieren. Die Straßengruppe 574 Friedrichshain empfiehlt folgendes zur Behandlung der Pgs:

Ein Urteil der Einstellung der Pgs zum demokratischen Aufbau ist z. Z. noch verfrüht. Sie sind der Meinung, daß die Pgs sich erst die volle berechtigen Einfügung (hier ist wohl gemeint: „die voll berechtigte Einfügung", A. d. V.) in die Gemeinschaft verdienen müssen. Zu diesem Zweck werden sie von den Arbeitsämtern erfaßt und von diesen zur praktischen Arbeit und zwar an der Trümmerbeseitigung und am Aufbau des Verkehrs und der Produktionsstätten mindestens 1 Jahr beschäftigt. (...) Diejenigen Pgs, welche sich weigern, am Aufbau mitzuarbeiten, werden den aktiven Pgs gleichgestellt und als solche behandelt." (S. 516)

Besonders wichtig ist auch die Kritik der „Sozialistischen Betriebszelle" [273] der Feinmechanik GmbH in Babelsberg, die fordert, daß man die „großen" Nazis hängt, aber auch die „kleinen" ***nicht*** laufen läßt:

„Die Auffassung über die Millionenmassen der Nazis, wie sie in dem Entwurf zur Resolution niedergelegt ist, entspricht nicht unserm Empfinden. Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, aber ***wir wollen, daß man die Großen hängt und die kleinen auch nicht laufen läßt.*** Wir sind nicht der Ansicht, daß die große Masse der Abzeichenträger als nominelle Pgs, sondern als Aktivisten zu betrachten sind. (...) Wir können nur die als nominelle Pgs anerkennen, die, aus Angst und Verfolgung in die NSDAP getrieben, schon während des Krieges durch Agitation gegen Hitler oder Unterstützung Verfolgter aktiv mit uns gekämpft haben. Dieses festzustellen ist Aufgabe der Betriebs- und Straßengruppen oder der evtl. dafür eingesetzten Sonderausschüsse. Alle anderen Abzeichenträger sind Aktivisten und müssen als solche behandelt werden. Es ist heute ***noch lange nicht an der Zeit,*** daß wir diesen Aktivisten das Wahlrecht geben können, oder daß sie sogar gewählt werden könnten. Wir stemmen uns mit allen Mitteln dagegen, daß sie in irgendeiner antifaschistischen Organisation aufgenommen werden, weder in eine der politischen Parteien noch in den FDGB. Für uns waren die Hitler, Göring, Goebbels und Konsorten, die Männer, Frauen und Kinder zynisch ermorden und quälen ließen, keine politischen Führer, sondern eine gemeine Verbrecherbande, und die ***Mitglieder*** ihrer Partei, die ihrem Treiben Beifall klatschten, sind ***kriminell belastet.*** Man soll niemals sagen, daß die einfachen Pgs unwissend waren. Sie alle kannten die Judengesetze, sie alle haben die Judensterne gesehen, die ihre Träger in gemeinster Weise kenntlich machten. Erinnern wir uns doch der Lokale und Geschäfte, bei denen der Eintritt ‚Juden und Hunden' verboten war. Sie alle kannten die KZ-

[273] Das war ein Zusammenschluß von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern in einer Betriebsgruppe dieses Werks.

Lager und wußten, daß unsere Genossen dort zu Tode gefoltert wurden. Ihre persönliche Stellung, ihr persönliches Ich bestimmte ihre Solidarität mit den Verbrechern der Nazipartei. Das sind Menschen, die zu jeder anderen Zeit jedes gemeine Gift in sich aufnehmen würden, selbst wenn es ihren Mitmenschen noch so viel Qual und Leid brächte, nur um ihr eigenes Leben schön zu gestalten. Diese nominellen Pgs, die nur ihr Nazitum ablegten, weil der Krieg unglücklich für sie zu Ende ging, erhofften ja bis zur letzten Stunde noch den Sieg Hitlers und bedauern noch heute insgeheim seine Niederlage. Wir appellieren an das proletarische Gewissen unserer Genossen. Hört ihr nicht mehr das Weinen der Mütter, Frauen und Kinder? Oder glaubt ihr vielleicht, daß irgendeiner der kleinen Pgs der Hakenkreuzfahne den Rücken gekehrt hätte, wenn der Krieg anders ausgelaufen wäre?" (S. 572/573, Hervorhebungen RF)

Alle diese Vorschläge und Kritiken wurden unseres Wissens ***nicht öffentlich*** dokumentiert. Wie bereits ausführlich gezeigt, hatte Wilhelm Pieck schon in der „Deutschen Volkszeitung" vom 3.2.1946 derartige Kritiken und Proteste abgebügelt.

Auf der Reichskonferenz selbst wird erstaunlicherweise ebenfalls nicht über den Resolutionsentwurf diskutiert, obwohl es – wie gezeigt – eine Fülle von Eingaben und Beiträgen von KPD-Bezirks-, Orts- und Betriebsgruppen gab, die direkt ans ZK der KPD geschickt wurden. Der Resolutionsentwurf wurde mit relativ unbedeutenden Veränderungen, aber mit den falschen Passagen trotz der heftigen Kritik von der KPD-Basis von der Reichskonferenz verabschiedet und veröffentlicht.[274] Dies wirft durchaus ein Schlaglicht auf die mangelnde innerparteiliche Demokratie in der KPD im März 1946.[275]

[274] Vgl. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 525 ff.

[275] Vor ihrer inhaltlichen Kritik protestierte die KPD-Ortsgruppe Strausberg gegen die undurchsichtige Art der Einberufung der Parteikonferenz:

„Bevor wir unsere Änderungsvorschläge formulieren, protestieren wir gegen die kurzfristige und nach unserer Auffassung undemokratische Durchführung dieser Konferenz. Bis heute ist uns durch die Kreisleitung (...) noch keine Anweisung darüber zugegangen, ob und wieviel Delegierte von der Ortsgruppe zu dieser Konferenz zu wählen sind. Wir haben also keinerlei Gelegenheit, unsere Auffassung zu dieser Resolution persönlich zu vertreten. Wir sind durchaus Anhänger des von den Bolschewiki geschaffenen Prinzips des demokratischen Zentralismus, können

Fortsetzung nächste Seite

Um eine Frage wird – wenn auch nur mit indirekter Polemik – auf der Reichskonferenz eine Debatte geführt, und zwar um die Frage des Hauptkettenglieds der Politik der KPD im demokratischen Kampf.

Ulbricht behauptet in einem Redebeitrag:

„Unsere erste Aufgabe nach dem Sturz des Hitlerfaschismus war ***die Linderung der Not des Volkes*** und die Durchführung aller notwendigen Maßnahmen, um das Fundament für den demokratischen Aufbau Deutschlands und für die Sicherung des Friedens zu schaffen." (S. 171, Hervorhebung RF)

Ulbrichts „erste Aufgabe" sind in Wirklichkeit zwei Aufgaben. Die „Linderung der Not des Volkes" und der Allgemeinplatz „Durchführung aller notwendigen Maßnahmen" werden als erste Aufgabe der KPD nach dem 8. Mai 1945 bezeichnet. Ulbricht erklärt damit sozusagen deutsch-nationalistisch die Sorge um das Wohlergehen der deutschen Bevölkerung zum Hauptkettenglied der Politik der KPD. Das steht im direkten Gegensatz zu der richtigen These vom Hauptkettenglied Entnazifizierung. Auch der weitere Verlauf des Satzes und die nächsten Absätze retten Ulbricht nicht, denn dort werden nur Allgemeinplätze vertreten. Mit keinem Wort ist von der Entnazifizierung als zentraler Aufgabe die Rede.

Diese direkt gegen eine radikale Politik der Entnazifizierung gerichtete These Ulbrichts kritisierten indirekt Kader der KPD in Redebeiträgen auf der Reichskonferenz.

Die Genossin Gertrud Rast aus Hamburg geht in ihrer Selbstkritik zur Politik der KPD in Hamburg indirekt auch auf diese Position Ulbrichts ein. Ihre Selbstkritik richtet sich auch gegen Ulbricht, indem sie klarmacht, daß das Hauptkettenglied die Entnazifizierung sein mußte, daß also keineswegs die „Leistungssteigerung" auf dem Gebiet der Produktion vorrangig war, um wirklich die Nazis bekämpfen zu können:

Fortsetzung der Fußnote

aber dieses Organisationsprinzip natürlich nur anerkennen, wenn die zentrale Politik der Partei durch demokratische Aussprache und daraus folgenden Beschlüssen geschaffen wird." (S. 601)

„Dann haben wir einen zweiten Fehler gemacht, indem wir in einigen Versammlungen die Parole der Leistungssteigerung verkündet haben, ohne dabei zu beachten, daß man die Leistung nicht steigern kann, ohne vorher die Denazifizierung durchgeführt zu haben, weil nämlich sonst die Leistungssteigerung nicht dem Volk zugute kommt, sondern sehr leicht nur dazu dienen kann, die Existenz der Nazis zu verbessern (...)" (S. 308).

W. Koenen polemisiert zu Recht gegen die falsche These vom „Wiederaufbau", die unausgesprochen Ulbrichts Losung von der Hauptaufgabe „Linderung der Not des Volkes" zugrunde liegt:

„Je klarer wir machen, daß es sich nicht um den Wiederaufbau, sondern um einen Neuaufbau handelt, um so stärker werden wir die Kräfte der fortschrittlichen Strömung im Ausland an unserer Seite spüren." (S. 336)

Koenen stellt hier richtig der These vom „Wiederaufbau", die ja durch das Wörtchen „wieder" nahelegt, daß es keinen radikalen Bruch mit dem Alten, mit dem Nazismus geben wird, die These vom „Neuaufbau" entgegen, d. h. daß es darum geht, mit dem Nazismus zu brechen, ihn zu vernichten, um ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen.

Eine direkte Kritik an Ulbrichts falscher These ist von Kadern der KPD, die an der Reichskonferenz teilnahmen, nicht zu finden.

Auf der ***Berliner Funktionärskonferenz der KPD*** am 8. März 1946 sagte Pieck hierzu eigentlich nichts Neues. Aber er reagiert auf seine Weise auf die oben geschilderte innerparteiliche Auseinandersetzung, und zwar falsch. Er setzte die „Millionenmassen der ***einfachen*** Nazis" gleich mit den „nichtaktivistischen Nazis" und hielt ein Plädoyer dafür, die nichtaktivistischen Nazis „normal" zu behandeln:

„Wir wollen diesen Menschen die Möglichkeit geben, auf normale Weise wie jeder andere Bürger sich an der Aufbauarbeit zu beteiligen und auch an unserem Kampf gegen den Faschismus teilzunehmen."[276]

Pieck setzt sich in seiner Rede dafür ein, daß die „Millionenmassen der einfachen Nazis" sich auf „normale Weise" an der Aufbauarbeit

[276] „Deutsche Volkszeitung", 12. 3. 1946.

„beteiligen" und „auch" am Kampf gegen den Faschismus teilnehmen könnten. Der faule Punkt ist hier die Formulierung „auf normale Weise". Pieck setzt mit dem Versprechen einer „Normalität" für die große Masse der Nazis ein ganz falsches Signal. Das erforderliche harte Vorgehen gegen die Nazis, die Prüfung eines jeden einzelnen von ihnen hinsichtlich des Ausmaßes seiner Teilnahme an den Nazi-Verbrechen, seine dementsprechende Bestrafung usw., all das wischt Pieck mit seinem Normalitäts-Appell beiseite. Wenn man nicht so verfahren würde, wie Pieck es für richtig hält, dann bestünde die Gefahr, „die Millionenmassen der einfachen Nazis der Reaktion in die Arme zu treiben." Das ist ein fatales Argument. Denn Pieck erklärt damit faktisch, daß das Eintreten für eine konsequente Entnazifizierungspolitik zur Stärkung der Reaktion führen würde. Pieck propagiert damit offen die grundsätzlich falsche Haltung, reaktionäres Bewußtsein und rückschrittliche Haltungen nicht konsequent zu bekämpfen, sondern davor zurückzuweichen und sich anzubiedern.

Wichtig ist jedoch die Feststellung in den Ausführungen Piecks, daß die KPD immerhin ***keine Nazis aufnehmen*** wird, auch keine nominellen:

„Das ist oft so ausgelegt worden, als ob wir mit der Aufhebung der Sondermaßnahmen gegen diese Leute ihnen gleichzeitig den Eintritt in eine der antifaschistisch-demokratischen Parteien ermöglichen. ***Wer das behauptet, entstellt unsere Bestrebungen."***

Interessant ist auch, daß Pieck mit folgender Frage konfrontiert wurde:

„Wenn mir eben eine Anfrage heraufgereicht wurde, ob wir die nazistischen Kriegsversehrten auch den anderen gleichstellen wollen, so sage ich: hier trifft die gleiche Unterscheidung zu, wie wir sie für die Nazimitglieder in der Industriearbeit, in der Landwirtschaft usw. machen. Es geht hier darum, sehr sorglich zu prüfen, wo die Grenze zwischen den aktiven Nazis und den nominellen Nazimitgliedern zu ziehen ist."

In einem Bericht über das Arbeitsprogramm der Opfer des Faschismus wird richtig – mit anderem Akzent als bei Pieck – die Aufgabe gestellt, alle Nazi-Verbrecher aufzuspüren, wobei Zitate aus einer Rede des Berliner Stadtrats Geschke angeführt werden:

„,Es gab in Deutschland sechs und eine halbe Million Pgs. Heute aber will es keiner gewesen sein. Wir werden nie vergessen, was wir

erlitten und durch wen. Wir suchen und finden sie ... Wir müssen die Mörder und Denunzianten fassen, wenn wir das nazistische Gift ausrotten wollen.'

Jeder muß dem Hauptausschuß helfen beim Suchen und bei der Entlarvung der aktiven Nazis und Denunzianten, bei der Überprüfung derjenigen, die nach der Niederschlagung der Nazis plötzlich den Wohnort wechselten, und derjenigen, die sich innerhalb der politischen Parteien gegen die Einheit stellen."[277]

Die *Vortragsdisposition Nr. 7/1946: „Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pgs"* beginnt mit einer nicht klaren Darstellung der Lage 1945, bei der es eigentlich nur um die Not, „Verwüstungen" usw. in Deutschland geht. Zu den Verbrechen, die nur in allgemeinster Form aufgezählt werden, heißt es dann, zum Teil richtig: „ihr endgültiges Ausmaß wird wohl erst nach vielen Jahren vollständig zu übersehen sein." (S. 3)

Die Vortragsdisposition orientiert sich stark am Beschluß der Blockparteien der SBZ über die *„Bestrafung der Naziverbrecher"* vom 30. Oktober 1945, der bereits besprochen wurde.

Die Disposition enthält kaum etwas wirklich Neues, aber ein Punkt ist wichtig, nämlich der Abschnitt über „Die Notwendigkeit der Differenzierung". Hier spürt man, daß zu der Diskussion in der KPD faktisch Stellung genommen wird.

Zu Recht abgelehnt wird die Differenzierung in „Pgs und Nicht-Pgs", da auch „Nicht-Pgs" Naziverbrecher sein konnten, ebenso die Unterscheidung in „‚kleine' und ‚große' Nazis", da beide Differenzierungen keinen Aufschluß über die tatsächliche Beteiligung an Naziverbrechen geben:

„Andererseits gibt es auch viele sogenannte ‚kleine' Nazis, die die Antifaschisten der Gestapo denunzierten und auslieferten. Es gibt viele ‚kleine' Nazis, die ganz große Verbrechen auf dem Gewissen haben. Was hätten Hitler und Himmler tun können, wenn nicht zahllose ‚kleine' Nazis alle ihre verbrecherischen Maßnahmen unterstützt und die vielen Untaten begangen hätten?" (S. 15)

Als korrekte Differenzierung wird propagiert:

[277] „Deutsche Volkszeitung", 9. 10. 1945.

„Die einzige richtige Differenzierung ist die Differenzierung zwischen aktiven und nichtaktiven Nazis (d. h. nominellen „Pgs".). Diese Differenzierung liegt auch der bedeutungsvollen Entschließung der Einheitsfront der antifaschistischen Parteien vom 30. Oktober 1945 zugrunde. Diese Differenzierung ist richtig, weil sie die tatsächliche Lage der Vergangenheit und Gegenwart in Betracht zieht. Denn es kommt nicht darauf an, ob die ehemaligen NSDAP-Mitglieder im Rang ‚klein' oder ‚groß' waren, sondern ob sie aktiv die verbrecherische Hitlerpolitik unterstützt haben oder nicht. *Die Verhaltensweise der ehemaligen NSDAP-Mitglieder ist entscheidend."* (S. 15/17)

Nun wäre es wichtig gewesen, diesen entscheidenden Punkt, die tatsächliche Verhaltensweisen als Grundlage der Differenzierung und Beurteilung zu beleuchten, zu problematisieren, vor möglichen Fallen zu warnen usw. Doch dies geschieht nicht.

Die Nazis werden aktuell in zwei Gruppen eingeteilt: Zum einen solche, welche begonnen hätten umzudenken und bereit seien, am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Zum anderen gäbe es „immer noch viele", welche „die unverbesserlichen Nazis" seien, denen der schonungslose Kampf angesagt werden müsse.

In einem weiteren Punkt wird nun aber gegen links polemisiert und ohne jeden echten Beleg behauptet:

„Es gibt einige Antifaschisten, die diese Verschiedenheit des Verhaltens der Pgs. nicht sehen wollen und jede (?!) Differenzierung verneinen. Sie behaupten, ‚alle müssen eingesperrt werden'. Sie kommen sich sehr radikal vor und bemerken dabei oft nicht, *daß sie damit gewissen Kreisen dienen, die durch eine übermäßige Hetze (?!) gegen die nominellen Pgs. ablenken wollen vom Kampf gegen die Trust- und Konzernherren, die wahren Hintermänner und Auftraggeber der Nazipartei."* (S. 19, Hervorhebungen durch (?!) RF)

Welche Antifaschisten „jede Differenzierung" der „Pgs" ablehnen und behaupten würden, „alle müssen eingesperrt werden", dies bleibt hier ohne Beweis. Statt dessen wird ein Zitat aus der Resolution „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands" (als Entwurf veröffentlicht in der „Deutschen Volkszeitung" am 16. 2. 1946, verabschiedet von der Parteikonferenz der KPD am

2./3. März 1946)[278] nachgeschoben, in dem mit der bereits kritisierten Verdächtigung gearbeitet wird, „gewissen Kreisen" – gemeint sind die Helfershelfer der Reaktion – zu dienen.

Als angebliche „Gefahr" wird dann herausgestellt,

> „die Stoßrichtung unseres Kampfes nicht gegen die Trust- und Konzernherren, die Hauptschuldigen unseres Unglücks (?!), zu richten, sondern gegen die Millionenmassen der nominellen Pgs., die in vielen Fällen bereits ehrlich mit dem Nazismus gebrochen haben." (S. 19, Hervorhebung durch (?!) RF)

Das ist eine irreführende Polemik, da sie einen Gegensatz konstruiert, der so eben nicht besteht. Daß dabei „Millionenmassen" von Nazis bescheinigt wird, nur „nominelle" Mitglieder der Nazipartei gewesen zu sein, ist eine krasse Verharmlosung, da sie praktisch einen sehr großen Teil der Nazipartei freispricht von der Anklage der Teilnahme an den Nazi-Verbrechen, was der Realität der Beteiligung an den Naziverbrechen völlig widerspricht.

Die Ausführungen der Vortragsdisposition münden dann – nicht zufällig mit einem Zitat von Pieck aus dem zuvor kritisierten Interview „Die nichtaktiven Nazis" in der „Deutschen Volkszeitung" vom 3.2.1946 versehen – in den Schmusekurs gegenüber den nominellen „Pgs" mit der folgenden falschen Begründung:

> „Die Aufgaben sind zu groß, als daß wir einen so beträchtlichen Teil unseres Volkes davon ausschließen können." (S. 21)

Der Gedanke eines notwendigen Risses und Kampfes im „Volk" wird damit nicht zugelassen. Schließlich sollen die „Pgs" mit folgendem Argument entlastet werden:

> „Aber ist ihre Schuld etwa größer als die der Soldaten, die aktiv den räuberischen Hitlerkrieg unterstützten?
>
> Daher erklärt die KPD:
>
> ***Wer heute aus den Reihen der nur nominellen Mitglieder der NSDAP ehrlich und aufrichtig mit uns gehen will, sei uns willkommen. Die Vergangenheit soll nicht als ständiger Ballast an ihm hängenbleiben.***" (S. 21)

[278] Siehe dazu S. 262 ff in dieser Nummer.

Die Soldaten der Nazi-Wehrmacht, ob Mitglieder der Nazipartei oder nicht, die aktiv den räuberischen Krieg des Nazifaschismus unterstützten, machten sich damit ohne Zweifel schuldig. Die Mitglieder der Nazipartei gehörten aber gerade jener verbrecherischen politischen Partei an, die als lenkende politische und organisatorische Kraft überall an der Spitze stand bei der Durchführung der Verbrechen des Nazifaschismus. Die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht als Entschuldigungsgrund für die „nominellen" Nazis anzuführen, ist daher wirklich demagogisch.

Doch ist dies nur der Auftakt dafür, die „nominellen Mitglieder der NSDAP" schlichtweg „willkommen" zu heißen, falls sie „ehrlich und aufrichtig" kommen wollen, und sie mit dem Versprechen zu ködern, ihre Nazimitgliedschaft werde als „Ballast" entsorgt, ja ihnen wird die Absolution für „die Vergangenheit" angeboten, denn diese dürfe sie nicht als „ständiger Ballast" belasten. Eine solche „Vergangenheitsbewältigung" kurz nach dem Ende der Naziverbrechen ist unerträglich – erst recht in einer Schulungsbroschüre der KPD.

Immerhin werden noch „die Gefahren der Tarnung" der Nazis erwähnt, aber diese Gefahr wird nicht als bedeutend angesehen, weil – Zitat Pieck-Rede vom 3.2.1946 – „die Kraft unserer Bewegung so groß" sei, dem entgegenzutreten.

Abschließend verwahrt sich die Vortragsdisposition noch dagegen, daß die KPD zu dieser Frage einen „neuen Kurs" fahre.

Aber klar ist, daß die Resolution der KPD Mitte Februar/Anfang März 1946 und die Rede von Pieck von Anfang Februar 1946 in der KPD großen Widerspruch ausgelöst haben und offenkundig einen Schritt nach rechts bedeuteten. Kennzeichnend für die Vortragsdisposition ist, daß zunächst einige Einwände aus der Diskussion aufgegriffen und auch richtig wiedergegeben werden, dann aber unseriös gegen berechtigte Kritik polemisiert wird, die nicht korrekt wiedergegeben wird, um schlußendlich den Schmusekurs gegenüber den „nominellen Nazis" zu rechtfertigen.

In Anton Ackermanns Referat auf dem ***15. Parteitag der KPD*** im April 1946 ist unseres Wissens die einzige Stelle in Dokumenten oder Beiträgen führender Kader der KPD enthalten, wo ***im Zusammenhang mit den nominellen Nazis*** die ideologische Offensive gegen die Nazi-Ideologie gefordert wird.

„Erst wenn dieser ideologische Kampf erfolgreich entfaltet sein wird, werden wir auch unsere Stellung zu den nicht aktiven Pgs in das richtige Verhältnis zu der ***grundlegenden*** Aufgabe bringen, nämlich zu der Aufgabe der Vernichtung des Faschismus in allen seinen Erscheinungen und bis in seine Wurzeln. Mit anderen Worten: Es kommt nicht nur darauf an, den ehemaligen nichtaktiven Pgs zu sagen, daß wir keinesfalls gedenken, sie zu vernichten, sondern ihnen eine Rückkehr in die demokratische Gemeinschaft ermöglichen wollen; ***es kommt vor allem darauf an, den Nazi, der noch in vielen von ihnen steckt, gründlich auszutreiben.***"[279]

Dies auf dem Parteitag vor den Genossinnen und Genossen der KPD festzustellen, ist die eine Sache. Eine andere Sache aber ist es, diese Position in der tagtäglichen Praxis unter den großteils noch rückständigen und ideologisch noch sehr weitgehend reaktionär eingestellten Massen und gegenüber der pausenlosen Hetze der Reaktion durchzusetzen, wobei die nominellen Nazis einen nicht geringen Teil auch unter den werktätigen Massen ausmachten.

3. Ausblick: Nach Gründung der SED

Im ***„Aufruf des Blocks der antifaschistischen Parteien und des Landesverbandes Sachsen des FDGB zum Volksentscheid über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes"*** vom 25. Mai 1946 wird im Zusammenhang mit den nominellen Nazimitgliedern die Frage aufgeworfen und beantwortet:

„Warum werden nominelle Nazimitglieder gewisse gewerbliche Betriebe zurückerhalten?

Weil wir damit bekunden wollen, daß die ***großen*** Nutznießer des Krieges bestraft werden sollen und nicht die damaligen ***kleinen*** Mitläufer."[280]

[279] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 107, Hervorhebungen RF.

[280] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 283, Hervorhebung RF.

Gerade diese Gegenüberstellung ist falsch: Hier „die großen Nutznießer", da „die damaligen kleinen Mitläufer", als ob es nur „die großen Nutznießer" zu bestrafen galt. Damit distanziert sich die SED faktisch auch von der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und den Entnazifizierungsbeschlüssen der Alliierten überhaupt, die Bestrafung und Sühnemaßnahmen keineswegs nur für die vergleichsweise wenigen „großen Nutznießer", sondern auch für die große Zahl „nicht so großer" und „kleiner" Nutznießer vorsahen.

Im ***„Beschluß des Parteivorstands der SED „SED und nominelle Pgs"***[281] vom 20. Juni 1946 wird zunächst auf die Erfolge bei der Entnazifizierung in dem Jahr seit Zerschlagung des Nazifaschismus verwiesen. Ebenso wird bekräftigt:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt auch weiterhin ihre Entschlossenheit, unnachgiebig den Kampf zur Unschädlichmachung der hitlerschen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zu führen, die sich durch ihre Taten gegen das eigene Volk und gegen andere Völker als Feinde der Menschheit offenbart haben. Sie müssen aus dem Leben des deutschen Volkes ausgeschaltet werden."[282]

Im Mittelpunkt des Beschlusses stehen aber die „nominellen" Mitglieder der Nazipartei. Die ganze Passage dazu lautet:

„Auch die ***nominellen Mitglieder*** der NSDAP haben auf Grund ihrer Mitgliedschaft zur Nazipartei einen Teil Schuld und Mitverantwortung für die verbrecherische Hitlerbande auf sich geladen. In dem verflossenen Jahre haben aber zahlreiche ehemalige ***einfache Mitglieder*** der Hitlerpartei in den Gemeinden und Städten loyal beim demokratischen Wiederaufbau mitgearbeitet. Sie haben damit bekundet, daß ihre frühere Einstellung falsch war, andere sind auf dem Wege, anzuerkennen, daß sie nur durch die Eingliederung in die demokratische Ordnung und durch eigene praktische Mitarbeit wieder gutmachen können, was sie in der Vergangenheit an Schuld auf sich geladen haben.

[281] Diesem Beschluß war vorangegangen, daß nach Entscheid der Landesverwaltung von Sachsen die ehemaligen nominellen Mitglieder der Nazipartei an der Volksabstimmung über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher teilnehmen konnten, was die SED in ihrem Beschluß nachträglich ausdrücklich begrüßte.

[282] „SED und nominelle Pgs", Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 20. Juni 1946, in: „Dokumente der SED", Band I, S. 52.

*Auf Grund dieser Erwägungen hält die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Zeitpunkt für gekommen, das Problem der Eingliederung der Massen der ehemaligen **einfachen Mitglieder** und **Mitläufer** der Nazipartei in den demokratischen Aufbau Deutschlands einer Lösung zuzuführen. Alle früheren **einfachen Mitglieder der Nazipartei, die nicht besonders belastet sind** und sich als aktive Mithelfer an der neuen demokratischen Ordnung betätigen, sollen als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden.“*[283]

Hier fällt auf, daß in einem Atemzug und im selben Zusammenhang mit den „nominellen Mitgliedern“ der Nazipartei ***ohne Unterscheidung, ohne begriffliche Abgrenzung und Definition*** mehrere Begriffe aneinandergereiht werden, als ob diese alle das gleiche besagen würden:

- „nominelle Mitglieder“ der Nazipartei;
- „einfache Mitglieder“ der Nazipartei;
- „einfache Mitglieder der Nazipartei, die ***nicht besonders belastet*** sind“;
- „Mitläufer“.

Wenn es wirklich nur um die nominellen Mitglieder der Nazipartei geht, ist unklar, warum hier nicht durchgehend nur von nominellen Mitgliedern die Rede ist. Oder aber es sind nicht nur die nominellen Mitglieder gemeint, dann wäre es nötig, klar auszusprechen, wer oder was mit dem jeweiligen Begriff gemeint ist.

„Nominelles Mitglied“ besagt, daß die betreffende Person als Mitglied der Nazipartei eingeschrieben ist, sich aber über seine Mitgliedschaft hinaus ***nicht aktiv*** nazistisch betätigt hat.

„Einfache Mitglieder“ der Nazipartei sind nicht einfach identisch mit den nominellen Mitgliedern. Dies besagt eigentlich nur, daß die betreffende Person keine leitende Funktion in der Nazipartei gehabt hat. Ein „einfaches Mitglied“ der Nazipartei konnte aber selbstverständlich nazistisch sehr aktiv und auch direkt an Nazi-Verbrechen beteiligt gewesen sein und war dies sehr häufig auch. Daher ist es ein

[283] Ebenda, S. 52/53, fette Hervorhebungen RF.

folgenschwerer Fehler, die „einfachen Mitglieder“ pauschal als „nominelle Pgs“ zu behandeln.

In der Aufzählung folgt der Begriff „einfache Mitglieder der Nazipartei, die ***nicht besonders belastet*** sind“. Hier wird deutlich, daß der Parteivorstand der SED ein Problem bei den „einfachen Mitgliedern“ sah, die teilweise sogar sehr erheblich mit Nazi-Verbrechen „belastet“ waren. Die Einschränkung auf „nicht besonders belastete“ Nazis macht die Sache aber auch nicht viel besser. Denn diese sollen gemäß dem Beschluß des SED-Parteivorstands gleich wie die nominellen Nazis behandelt werden und möglichst rasch als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden. Gegen die „nicht besonders belasteten“ Nazis waren aber viel schärfere Sühnemaßnahmen erforderlich als gegen die nur nominellen Nazis. Um so unverständlicher ist, daß sich die SED nach nur einem Jahr seit der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus dafür einsetzte, diese als Staatsbürger anzuerkennen und zu behandeln. Auch dies war unserer Meinung nach ein falsches Signal.

Indem nun zusätzlich auch noch die „Mitläufer“ aufgezählt werden, wird die Konfusion nahezu perfekt. Denn unter Nazi-“Mitläufer“ wird gemeinhin jemand verstanden, der ohne überzeugter Nazi zu sein, aus Anpassungssucht, Karrierismus, Sorge um die eigene Haut usw. bei den Nazis mitgemacht hat. Das kann bis zum direkten „Mitlaufen“ bei Naziverbrechen reichen. Dabei muß beachtet werden, daß das gesamte System der nazistischen Organisierung darauf angelegt war, möglichst viele, ja möglichst alle direkt in die Teilnahme an nazistischen Verbrechen einzubinden.

In dem Beschluß „SED und nominelle Pgs“ wird „zahlreichen ehemaligen einfachen Mitgliedern“ der Nazipartei bescheinigt, daß sie loyal beim demokratischen Wiederaufbau mitarbeiten würden, andere seien auf dem besten Wege, dies ebenfalls zu tun. Offenbar wird hier nicht die Gefahr gesehen, die gerade von dieser riesigen Masse ehemaliger Nazi-Mitglieder für den demokratischen Wiederaufbau ausgeht. Vor irgendeiner Gefahr wird nicht gewarnt, nicht zur erhöhten Wachsamkeit im Kampf für die vollständige Entnazifizierung aufgerufen. Es gibt keine Richtlinien und Hilfestellungen für diesen komplizierter werdenden und verschärft zu führenden Kampf.

Das Kriterium der „loyalen Mitarbeit“ reicht bestimmt nicht aus. Denn mit diesem Kriterium war nicht wirklich zu entscheiden, ob

sich bei den betreffenden ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei tatsächlich ein antinazistisches Bewußtsein herausgebildet hatte, oder ob diese „Loyalität" nicht einfach aus Anpassung erfolgte, um in der SBZ mit dem Strom zu schwimmen. Gefordert waren andere Kriterien, vor allem der aktive Kampf gegen die Nazis, die Hilfe bei der Entlarvung der nazistischen Kräfte, das Eingeständnis und die Aufklärung über die eigene Mitschuld.[284]

In einer Kolumne des *„Neuen Deutschland"*, dem Zentralorgan der SED, heißt es in der Ausgabe vom 7.6.1946:

> „Die Kleinen und die Großen
>
> Die Kleinen hängt man, die Großen – sitzen in Nürnberg. Solche und ähnliche Gedanken trüben heute vielfach den Blick der kleinen Nazis für den neuen Tag. Diese ehemaligen Bürger erster Klasse schauen meist scheel nach Nürnberg, wo sich das bisher noch ganz erträgliche Geschick der ersten Garnitur so lange hinauszögert. (...)
>
> Für uns ist das Problem der kleinen Pgs durchaus nicht klein. Das wird schon aus der Tatsache klar, daß acht Millionen Deutsche unmittelbar in der Nazipartei und ihren Gliederungen organisiert waren. (...)

[284] Im „Sozialistischen Bildungsheft" Nr. 8/1946 vom 1.10.1946 mit dem Titel „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion" wird versucht, eine Definition dafür zu geben, wer „fortschrittlich" ist, und die Frage zu beantworten: Wer ist heute reaktionär?":

„Wer durch sein Handeln den Frieden festigen hilft und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands fördert, ist fortschrittlich, selbst wenn er vielleicht in manchen untergeordneten Fragen altmodische Ansichten vertritt. Wer aber militaristische und imperialistische Bestrebungen verfolgt und den demokratischen Neuaufbau schädigt, verzögert oder kompliziert, ist ein Reaktionär, unabhängig davon, ob er dabei schöne Reden führt oder nicht." („Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion", „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 8, 1946, S. 2)

Es wird nicht näher ausgeführt, was „manche untergeordnete Fragen" sein sollen. Der Begriff „altmodisch" klingt auch eher nach Verharmlosung, da es sicherlich nicht um die Hutmode oder ähnliches ging. Vor allem aber kann diese Formel auch eine Brücke sein, bei den ehemaligen Nazis und sonstigen Reaktionären ideologisch nicht mehr so genau hinzusehen und sie nur danach zu beurteilen, ob sie sich aktuell loyal verhalten. Das bedeutet, den nötigen harten ideologischen Kampf hintanzustellen.

> Wir sind der Meinung, daß kein ehemaliger Pg Mitglied einer antifaschistischen Partei werden soll, bevor nicht in Nürnberg die Aufdeckung aller faschistischen Untaten abgeschlossen ist. Wir hoffen, daß dieses Prinzip auch bei den anderen Parteien voll zur Anwendung kommt. Das ist besonders deshalb notwendig, weil die kleinen Pgs immer wieder versuchen, bei den antifaschistischen Parteien unterzuschlüpfen, indem sie sich als Demokraten ausgeben, ohne die geringste Spur einer Wandlung zu zeigen.
>
> Das mag für viele Pgs, die nicht mehr Schuld auf sich geladen haben als so mancher Vg,[285] hart sein. Nach diesem einen Jahr des Wartens mögen sie auch weiterhin Geduld zeigen. Schließlich mußten wir uns, ehe wir in den Wiederbesitz unserer staatsbürgerlichen Rechte kamen, zwölf Jahre gedulden. Die nominellen Pgs können aber überzeugt sein, daß wir es als eine deutsche Angelegenheit (?!) betrachten, ihnen die gleichen Rechte einzuräumen, sobald es die Verhältnisse erlauben."[286]

Hier wird zwar im Ansatz versucht, gegen die Vorstellung „Die Kleinen hängt man, die Großen sitzen in Nürnberg" anzukämpfen. Aber es ist nur ein Ansatz, der im weiteren verdorben wird. Ausgehend von einer deutsch-nationalistischen Grundposition („deutsche Angelegenheit") wird im Kern den „nominellen" Mitgliedern versprochen, daß ihnen bald die gleichen Rechte wie den antinazistischen Kräften eingeräumt werden. Zudem wird der falsche Begriff von den „kleinen Pgs" übernommen, ja es wird ihnen sogar die Möglichkeit der Aufnahme in die antifaschistischen Parteien in naher Zukunft schmackhaft gemacht. Beide Positionen bedeuten eine Aufweichung der Entnazifizierung.

Es wird in diesem Artikel zu Recht davor gewarnt, daß viele Nazis versuchen, in den antifaschistischen Parteien unterzutauchen. Und es wird der ***Zeitfaktor*** eingebracht, aber eher zur Beruhigung, statt als Hinweis auf einen notwendig längeren Zeitraum einer konsequenten Entnazifizierung: Die Antifaschisten mußten 12 Jahre auf ihre Rechte

[285] „Vg" ist die Abkürzung für „Volksgenosse", ein nazifaschistischer Ausdruck für alle, die als zur „Volksgemeinschaft" zugehörig eingeschätzt werden, ohne „Pg", d. h. „Parteigenosse", also Mitglied der Nazipartei zu sein. Es war ein Fehler, daß die SED diesen Nazi-Begriff in der eigenen Propaganda verwendet.

[286] „Neues Deutschland", 7.6.1946, Hervorhebung durch (?!) RF.

warten, so die Argumentation des Artikels, da werden die Nazis sich nach „diesem einen Jahr des Wartens" auch noch ein wenig gedulden können.

Kurze Zeit später wird dann im „Neuen Deutschland" vom 20.6.1946 ein Gesetzentwurf der SED zu den Gemeindewahlen abgedruckt. Dieser behandelt, wer zur Wahl zugelassen wurde und wer nicht. Ausdrücklich ausgeschlossen waren die Mitglieder der SS, des SD und der Gestapo, aber untere Funktionäre der SA und der NSDAP durften wählen (untere Funktionäre der NSDAP, das sind gerade die von Rudenko im Nürnberger Prozeß so prägnant als wichtige „kleine Nazis" beschriebenen Blockleiter).[287] Die SMAD hat diesen Vorschlag der SED bewilligt, dieser war auch Grundlage für den Volksentscheid in Sachsen. Es war also klar, daß auch Nazi-Funktionäre wählen durften.

Im „Neuen Deutschland" vom 2.7.1946 wurden die Wahlergebnisse des Volksentscheids in Sachsen abgedruckt.[288] Von den Wahlberechtigten waren zirka die Hälfte, also 1,8 Millionen ehemalige Mitglieder der NSDAP.[289] Das Fazit dieses Artikels lautet: Das Wahlergebnis sei ein erster sichtbarer Beweis, daß diese „Pgs" mit der Vergangenheit brechen. Und: „Die Mehrheit von ihnen hat die Prüfung bestanden". Richtige Stimmabgabe heißt Bruch mit dem Nazismus, so das „Neue Deutschland" – etwas zu einfach die Gleichung, wenn die Handlungsanleitung für die Entnazifizierung wirklich heißt: „Je weiter man geht, desto besser."

Zwei Tage später, am 4.7.1946, erschien im „Neuen Deutschland" „Unser Leitartikel – Der Volksentscheid und die nominellen Pgs" von A. Ackermann. Ackermann analysiert das Wahlergebnis des Volksentscheids in Sachsen im Hinblick auf die ehemaligen „Pgs":

[287] Im „Neuen Deutschland" vom 1.9.1946 wird Rudenkos Schlußrede im Nürnberger Prozeß geschildert. Es wird richtig die verbrecherische Rolle gerade der Blockleiter herausgestellt, die jedoch nach dem Vorschlag der SED bei den Gemeindewahlen in der SBZ wählen durften!

[288] 3,67 Mio. waren wahlberechtigt, 3,46 Mio. Stimmen insgesamt abgegeben, gültig: 3,25 Mio.; mit „Ja" stimmten: 2,68 Mio. = 77,7 %, mit „Nein": 0,57 Mio. = 16,5 %, (ungültig: 204 657 = 5,8 %). („Neues Deutschland", 2.7.1946)

[289] „Neues Deutschland", 4.7.1946.

„Zweifellos wäre dieses Resultat nicht möglich gewesen, hätte nicht ein beträchtlicher Teil der ehemaligen Pgs mit ‚Ja' abgestimmt. Das gilt es zu erkennen und offen auszusprechen.

Die ehemaligen Mitglieder der NSDAP stellen zusammen mit ihrem Familienanhang auch im Lande Sachsen die gute Hälfte aller Abstimmungsberechtigten dar. (...) unserer Meinung nach will es schon etwas heißen, wenn in so relativ kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reiches' das Gros der ehemaligen nominellen Pgs in geheimer und freier Abstimmung eine solche Entscheidung gegen Hitler, seine verbrecherische Politik und seine aktiven Helfer und Hintermänner trifft. (...)

Es besteht auch kein Zweifel, ***wer*** von den ehemaligen Pgs in Sachsen mit ‚Ja' abstimmte und wo die etwa 16 Prozent Neinsager zu suchen sind. Mit ‚Ja' gestimmt haben die unbelasteten ehemaligen NSDAP-Mitglieder: vor allem die Eisenbahner, Postler, Lehrer, kleinen Geschäftsleute und viele ähnliche Kreise, die überhaupt nicht freiwillig, sondern nur unter politischem, moralischem und vor allem wirtschaftlichem Druck einmal den Aufnahmeschein für die NSDAP ausgefüllt haben. Ferner die enttäuschten und betrogenen kleinen Nachläufer, die auf die nationale und soziale Demagogie (vor allem auf die zeitweise mit höchster Lautstärke betriebene ***antikapitalistische*** Demagogie) der Hitler, Goebbels und Ley hereingefallen waren, die also als Betrogene zum Mitläufer des Faschismus wurden und nun, da die fürchterlichen Ergebnisse dieser Verbrecherherrschaft vorliegen, sich voll ehrlichen Abscheus davon abkehren.

Der Volksentscheid in Sachsen gegen die Kriegs- und Naziverbrecher war für die ehemaligen nur nominellen Pgs der (?!) Prüfstein. Hier hatten sie die Gelegenheit, mit der Vergangenheit zu brechen und das Anrecht auf die Eingliederung in die demokratische Gemeinschaft zu erwerben. Die Mehrheit von ihnen hat die Prüfung bestanden."[290]

Dieser Argumentation Ackermanns ist in mehrerer Hinsicht zu widersprechen:

Erstens kann das Wahlverhalten der ehemaligen NSDAP-Mitglieder nicht als eine Entscheidung gegen „Hitlers verbrecherische Poli-

[290] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

tik" gewertet werden, weil die Motive der Abstimmung ja unklar sind. Es ist davon auszugehen, daß ein beträchtlicher Anteil der Stimmen aus purem Opportunismus mit „Ja" abgegeben wurden, weil man sich dadurch Vorteile versprach. Jedenfalls kann Ackermann dies nicht einfach ausschließen.

Zweitens: Es ist völliger Unsinn, diese eine Entscheidung – ein Kreuzchen auf einem Stimmzettel! – gar zu ***dem*** Prüfstein zu erklären und zu behaupten, es habe für die ehemaligen NSDAP-Mitglieder mit der Stimmabgabe die „Gelegenheit" bestanden, mit der Vergangenheit zu brechen" und gar zu schlußfolgern, die „Mehrheit von ihnen" hätte damit „die Prüfung bestanden".

Diese Einschätzungen sind wiederum ein Beispiel für eine extreme Beschönigung der Realität durch Kader der SED, um sich so bei reaktionären Teilen der Massen anzubiedern.

Drittens: Die ganze Passage ist in vielfacher Weise eine Beschönigung dieser Nazis. Sie traten natürlich in den meisten Fällen keineswegs nur unter Zwang in die Nazipartei ein, sondern weil sie sich Vorteile versprachen. Sie waren auch keineswegs irgendwelche gutmeinenden, eigentlich antikapitalistisch eingestellten Leute. Sie kannten allesamt genau die rassistisch-antisemitische „Herrenmenschen"-Hetze der Nazis. Es ist ebenfalls aus der Luft gegriffen und falsch, ihnen allen „ehrlichen Abscheu" zu bescheinigen. Sehr viel kritischer wurden die Ergebnisse der Wahlen zur Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen übrigens von der SMAD kommentiert.[291]

[291] Zwar wird der Volksentscheid als Erfolg der SED eingeschätzt, dann heißt es aber auch:

„3. Die 16,5 %, die dagegen gestimmt haben, repräsentieren die Reaktion sowie rückständige Schichten, die sich noch im Schlepptau der Reaktion bewegen, die der Sowjetunion feindlich gesinnt ist; denn es war offenkundig, daß das Referendum auf Anweisung und mit direkter Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden durchgeführt wurde.

4. Ein gewisser Teil der Bevölkerung sprach sich für die Enteignungen der Unternehmen von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht aus tiefer innerer Überzeugung, sondern aus Furcht vor möglichen Folgen im Falle des Scheiterns des Volksentscheid aus: Verschärfung des Besatzungsregimes, Senkung der Nahrungsmittelrationen usw." („Memorandum S. Tjulpanovs für M. Suslov über den Ausgang des

Fortsetzung nächste Seite

Oelßners Stellungnahme im „Neuen Deutschland" vom 13. 8. 1946 bietet im Vergleich mit Ackermanns zuvor besprochenem Leitartikel vom Juli 1946 nichts Neues. Allerdings diente dieser Artikel der Schulung der SED. Ein interessanter Aspekt ist jedoch enthalten: Eine bürgerliche Zeitung brachte die Meldung, „daß eine SED-Ortsgruppe die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zu ihrer Versammlung einladet". Oelßner weist dies ***nicht*** als Verleumdung zurück. Er argumentiert, daß man die Millionen (!?) von nominellen Mitgliedern der Nazi-Partei nicht ignorieren dürfe, daß man sie auch brauche:

> „Unser Land kann auf die Mitarbeit dieser Millionenarmee nomineller Pgs nicht verzichten. Sie sind aus dem wirtschaftlichen, politischen (!) und kulturellen Leben nicht auszuschalten. (...)
>
> Besondere Bedeutung erlangt die Frage bei den bevorstehenden Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Viele ehemalige Nazis haben das Stimmrecht erhalten."[292]

Selbstverständlich mußten die Nazis politisch ausgeschaltet werden, etwa in den verschiedenen demokratischen Ausschüssen, Komitees usw., und insgesamt war überhaupt klar, daß Nazis eben nichts mitzuentscheiden haben durften. Oelßner vermengt demagogisch die verschiedenen Bereiche: Wirtschaftlich durften und mußten die Nazis arbeiten, politisch mußte aber klar sein, daß sie ausgeschaltet werden müssen, wenn der Kampf zwischen Antinazisten und Nazis bis zum Letzten ausgetragen werden soll.

Im „Neuen Deutschland" vom 16. 10. 1946 wird dann ganz offen die Parole propagiert: „Die SED steht auf dem Standpunkt, daß die Großen hängen müssen, die Kleinen aber eine Chance haben sollen." Hier geht es jetzt schon nicht mehr um „nominelle" Mitglieder der Nazipartei, sondern um die „Kleinen" im allgemeinen, die von der SED pauschal freigesprochen werden.

In der ***„Erklärung des Zentralsekretariats der SED aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg"*** vom 16. 10. 1946 heißt es:

Fortsetzung der Fußnote

Volksentscheids in Sachsen" (Auszug) vom 9. Juli 1946, in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", Bonn 1998, S. 49)

[292] „Neues Deutschland", 13. 8. 1946, Hervorhebung durch (!) RF.

„Nie wieder darf es reaktionären Kräften gelingen, unsere neu errungenen demokratischen Freiheiten und Einrichtungen zu zerstören. Damit aber jede Gefahr gebannt wird, darf die Hinrichtung in Nürnberg nur der Anfang der Abrechnung mit allen ***großen*** Pgs und ihren Hintermännern in der Industrie und Landwirtschaft sein. Nicht einer, der an einer ***hervorragenden*** oder ***leitenden*** Stelle im Staat oder in der Wirtschaft unter Hitler stand, darf seiner gerechten Strafe entgehen. (...)

Der Vollzug der Gerechtigkeit an Göring und seinen Komplicen sollte gleichzeitig allen ehemaligen nominellen Mitgliedern der NSDAP Anlaß zu einer ernsten Gewissensprüfung sein. Wer jetzt nicht auch innerlich den Bruch mit dem Ungeist des Faschismus vollzieht, der wird sich bei unserer neuen demokratischen Entwicklung selbst lebensunfähig und unglücklich machen.

Alle diejenigen, die ***nur irrten,*** wo ihre ***Führer Verbrechen*** begingen, sollten nach dem Nürnberger Prozeß und seinem Schlußakt, der Exekution, den Willen zu einem neuen und besseren Leben beweisen. (...)

Eine der Aufgaben, die sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gestellt hat, besteht darin, die nominellen Mitglieder der NSDAP, nach der vorgesehenen gesetzlichen Prüfung, in unser demokratisches Volksganzes (?!) einzugliedern und ihnen auch die staatsbürgerlichen Rechte zu geben, ohne die es freie Menschen nicht gibt.

Man kann heute bereits sagen, daß viele dieser kleinen Pgs sich im Aufbau bewährt haben."[293]

Auch hier wird einseitig die Aufmerksamkeit nur auf die Nazi-Hauptverbrecher und Hauptkriegsverbrecher gelenkt, als ob es zwischen diesen und den „nominellen Pgs" keine anderen Nazi-Verbrecher gegeben hätte.

Der Abschluß des Nürnberger Prozesses hätte demgegenüber Anlaß sein müssen, zum verstärkten Kampf für die Entnazifizierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen aufzurufen, insbesondere auch zur Fortsetzung der Bestrafung und Sühnemaßnahmen all der Nazis in mittleren und unteren Positionen, ja egal in welcher Position, welche durch ihre Mitwirkung die beispiellosen Nazi-Verbrechen bis hin zum Völkermord erst ermöglicht haben.

[293] „Neues Deutschland", 16. 10. 1946, Hervorhebung durch (?!) RF.

Die Anklage in Nürnberg warf die Frage nach der Verantwortlichkeit der sogenannten „einfachen Parteimitglieder" nicht auf.[294] Dies bedeutet aber nicht, daß diese Verantwortlichkeit nicht bestand, geschweige denn, daß es nunmehr nur noch darum hätte gehen müssen, geflüchtete Hauptkriegsverbrecher zu ergreifen und abzuurteilen.

Das Zentralsekretariat der SED bescheinigt den „nominellen Nazis" weitgehend, daß sie „nur irrten", während „ihre Führer Verbrechen begingen". Damit wird der völlig falsche Gedanke nahegelegt, daß eigentlich nur die Führer Verbrechen begangen hätten.

Falsch ist die Feststellung, daß die „nominellen Nazis" möglichst rasch die staatsbürgerlichem Rechte erhalten sollten, „ohne die es ***freie Menschen*** nicht gibt", gerade so, als ob es Aufgabe der SED sei, diese ehemaligen Nazis aus ihrer selbst verschuldeten und zu Recht bestehenden Lage zu „befreien".

Aus „nominellen Mitgliedern" werden unter der Hand im nächsten Absatz „kleine Pgs", was dazu dient, nicht nur fälschlicherweise den „nominellen Mitgliedern" Staatsbürgerrechte in Aussicht zu stellen, sondern dies auch noch auszudehnen auf „kleine Pgs", also auf Mitglieder der NSDAP, die lediglich keine Funktionäre waren, aber in vielen Fällen Verbrechen begangen hatten, daran beteiligt waren oder diese unterstützt haben. Gänzlich unangebracht ist auch der schmeichelnde Tonfall in diesem faktischen Plädoyer für jene Mitglieder der Nazipartei, die sich angeblich bereits nach so kurzer Zeit so weitgehend beim „Aufbau" bewährt hätten.

Hier wird wiederum ignoriert, daß dieser Einsatz – selbst wenn er denn in diesem Ausmaß bestand, wie das ZK der SED hier behauptet – keineswegs ein ausreichendes Kriterium für eine antifaschistische Grundhaltung war.

[294] Der sowjetische Hauptankläger Rudenko erklärte dazu: „Diese Beweise reichen voll aus, um die gesamte Hitlerpartei zu einer verbrecherischen Organisation, im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes, zu erklären. Die Anklage wirft jedoch nicht die Frage nach der Verantwortlichkeit der einfachen Parteimitglieder auf (...)." („Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", S. 162/163)

Der einzige namentlich gezeichnete Artikel von ***Paul Merker*** zur Entnazifizierung ist im „Neuen Deutschland" vom 5. 11. 1946 abgedruckt. Bezeichnend ist, daß er sich als einziger Kader der KPD überhaupt die wichtige Aufgabe vornimmt, die Kontrollratsdirektive Nr. 38 zu erläutern und auf die eigene Praxis anzuwenden.

Doch auch Merker hat sich in diesem Artikel der kompromißlerischen Linie und Politik der SED erheblich angepaßt, wenn er bei den westlichen Alliierten kritisiert,

> „daß die wirklichen Verbrecher freigesprochen und in Amt und Würden belassen wurden, während man kleine nominelle Nazis auf das schärfste verurteilte."[295]

Richtig wäre es gewesen, das Vorgehen gegen die „kleinen" Nazis zu unterstützen, die Verschärfung des Vorgehens gegen diese weiterhin zu fordern, ***und*** soweit die „Großen" freigesprochen wurden, dieses Vorgehen konkret und hart zu kritisieren.

Völlig aus der Luft gegriffen ist Merkers Behauptung, daß die Zugehörigkeit zur Nazipartei „in vielen Fällen erzwungen" worden sei. Das war eindeutig nicht der Fall, und Merker mußte dies eigentlich auch wissen.

Zusammenfassung

Unbestreitbar ist, daß in der KPD 1945 die Position vorhanden war, die Entnazifizierung maximal durchzuführen, den Gegensatz zwischen Nazis und Anti-Nazis bis zum Letzten auszutragen. Das zeigen hervorragende Ausführungen, etwa in Artikeln der „Deutschen Volkszeitung". Hier war eine Fülle von wichtigen und richtigen Positionen zu finden, die auf der Linie des Stalinschen Mottos zur Entnazifizierung liegen: „Je weiter man gehen wird, desto besser", und die Bestrafung und Aburteilung aller Nazis entsprechend ihrer begangenen Verbrechen und ihrer Schuld fordern.

[295] „Neues Deutschland", 5. 11. 1946.

Im Gegensatz zu diesen richtigen Ansätzen stehen von Anfang an rechte Positionen, insbesondere auch führender Kader der KPD, die ebenfalls in der „Deutschen Volkszeitung" verbreitet wurden. Die gegensätzlichen Auffassungen haben sich deutlich anhand folgender Kriterien feststellen lassen:

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß die Verbrechen des Nazifaschismus unmöglich ohne die Mitwirkung der Millionenzahl sogenannter „kleiner" Nazis hätten durchgeführt werden können und daher alle Nazis (außer denjenigen, welche trotz formeller Nazi-Mitgliedschaft nachweislich den Kampf gegen den Nazifaschismus unterstützt haben) verbrecherische Schuld auf sich geladen haben und bestraft werden mußten. Daher entspricht es der konsequent antinazistischen Position, die Unterscheidung zwischen „kleinen" und „großen" Nazis überhaupt abzulehnen. Dagegen unterscheiden die kompromißlerischen Positionen zwischen „nominellen", „kleinen" und „großen" Nazis, um einseitig die Hauptschuld der sogenannten „großen" Nazis zu betonen und andererseits die große Masse der Nazis von der Schuld an den Nazi-Verbrechen weitgehend zu entlasten, sie von der politischen Unterdrückung und Bestrafung weitgehend zu befreien.

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß es sich bei den Millionen von Nazi-Mitgliedern und -Anhängern keineswegs einfach um „betrogene" oder gar „gutmeinende" und „idealistische" Menschen handelte, denen man nur ihre Augen über den an ihnen begangenen Betrug öffnen müsse. Denn diese Nazimassen kannten die verbrecherischen, völkermordenden Ziele und Taten des Nazifaschismus. Sie beteiligten sich aus innerer Übereinstimmung, aus eigener Raubgier, aus Karrierismus oder sonstigen üblen Gründen auf diese oder jene Weise an der Realisierung der Naziverbrechen, sie waren insofern allesamt „kriminell belastet". Dagegen bescheinigten die kompromißlerischen Positionen der Masse der Nazis, mehr oder weniger aus gutem Glauben heraus gehandelt zu haben und durch den an ihnen begangenen Betrug nahezu auch „Opfer" des Nazifaschismus geworden zu sein, die so bitter „enttäuscht" worden seien.

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß die Entnazifizierung auf politischem Gebiet gemäß Stalins Formulierung „Je weiter man gehen wird, desto besser" gerade auch ***Zeit braucht,*** um wirklich überall vor Ort, in jedem Betrieb, in allen In-

stitutionen, allen Dörfern usw. die Nazi-Verbrecher aufzuspüren und gemäß ihrer Schuld zu bestrafen. Damit war auch, so wurde betont, jede voreilige „demokratische" Teilhabe von Nazis an politischer Selbstverwaltung oder Wahlen unvereinbar. Die kompromißlerische Position dagegen war bestrebt, das Verhältnis zur Masse der Nazi-Mitglieder möglichst rasch zu „normalisieren", sie so rasch wie möglich vom „ständigen Ballast" ihrer Nazi-Vergangenheit zu „befreien". Dabei sollte als Kriterium der Haltung zu ihnen primär auch nicht ihre Nazi-Vergangenheit genommen werden, sondern – den Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften verkleisternd – vordergründig ihre Loyalität gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau.

Die Analyse der wichtigsten Beschlüsse der KPD bzw. der SED hat gezeigt, daß die rechten, kompromißlerischen Positionen sich weitgehend auch in den Parteibeschlüssen niedergeschlagen haben und vor allem von führenden Kadern der KPD bzw. SED wie Pieck, Ackermann und Oelßner vertreten wurden.

Wir haben aber auch festgestellt, daß gegen die Durchsetzung dieser rechten, kompromißlerischen Positionen von Anfang an Widerstand innerhalb der Reihen der KPD, von einzelnen Orts- und Betriebsgruppen der KPD, aber auch von einzelnen KPD-Mitgliedern geleistet, sehr richtige Kritik und berechtigter Protest geäußert wurde.

Bezeichnend ist, daß es aber eine echte Debatte mit lebendigem „Hin und Her" über die gegensätzlichen Positionen weder öffentlich noch intern gegeben hat. Damit wurde eine wichtige Chance gründlich vertan.

Bezeichnend für die öffentliche Debatte 1945 ist, daß sich Kader der KPD, wie z. B. Paul Merker, die früher an anderer Stelle richtige Positionen vertreten haben, nicht öffentlich und namentlich in diese Debatte eingeschaltet und dann sogar selbst inhaltlich nachgegeben haben.

Sehr negativ zu bewerten ist, daß die Vertreter der rechten Auffassungen, mithin entscheidende Teile der Parteileitung, nicht bereit waren, sich einer offenen und öffentlichen Debatte zu stellen. Sofern die berechtigten Kritiken veröffentlicht wurden, wurden sie mit demagogischen Winkelzügen „widerlegt" oder für „unpolitisch" erklärt. Intern ist – etwa auf der Parteikonferenz der KPD Anfang März 1946

– keinerlei Auseinandersetzung mit den Kritiken feststellbar, die faktisch vertuscht wurden.

Die Verabschiedung der kompromißlerischen Resolution der Parteikonferenz vom März 1946 ohne Rücksichtnahme auf eine Fülle berechtigter Kritiken und Anträge von der Parteibasis stellt ohne Zweifel einen wichtigen negativen Einschnitt in bezug auf das Hauptkettenglied Entnazifizierung dar, wodurch dann auch die Haltung der SED ab April 1946 sehr weitgehend bestimmt wurde.

Es bleibt zu prüfen, ob und inwieweit richtige Positionen nochmals an Boden gewonnen haben, als 1947/48, ausgehend von der SMAD, weitere Maßnahmen der Entnazifizierung durchgeführt wurden.

Inhalt:

Vorwort.....I

1. Entwurf der „Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946“.....1

„Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“

1. Der Kampf um die endgültige Liquidierung von Faschismus und Reaktion
2. Die demokratische Initiative des Volkes ist die Grundlage undder Hebel des Neuaufbaus
3. Die Erfahrungen der Aktionseinheit und die Vereinigung von SPD und KPD
4. Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront

2. Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf.....13

Von kommunistischen Stellungnahmen bis hin zu pro-nazistischen Erklärungen

2. Referat von Walter Ulbricht: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“.....59

4. Zwei Diskussionsbeiträge zum Referat von Walter Ulbricht.....83

Anhang:
Auszug aus „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 - 1946)“, Teil C, II: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten ‚kleinen’ Nazis“.....95

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen,** an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren.** Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**

★ ★ ★

Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisierung einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Band 1:
Karl Marx / Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten

92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)

96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)

159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8

Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)

137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)

276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2

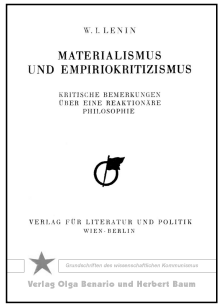
Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)

45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9

Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)

185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (1904)

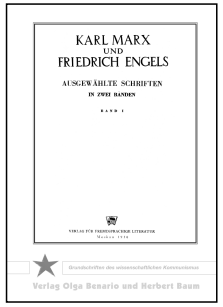
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (1905)

192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
Materialismus und Empiriokritizismus (1908)

410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4

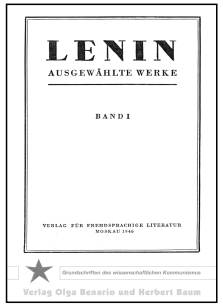


Karl Marx / Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1950 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848 – 1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3



W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1946/47 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884 – 1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917 – 1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx / Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx / Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx / Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party

83 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx / Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx / Federico Engels
Manifiesto del Partido Comunista

87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست

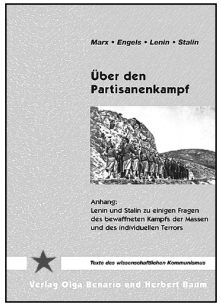
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
К. Маркс и Ф. Энгелсь
Манифест Коммунистической Партии
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx / Friedrich Engels
Manifest Komunisticke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfs der Massen und des individuellen Terrors

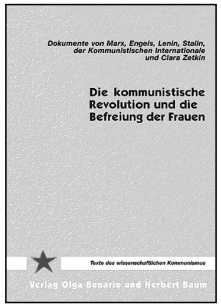
Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjetunion zusammengestellt worden und behandeln die Grundlagen und Grundfragen des Partisanenkampfs, sie sind Ausgangspunkt für eine umfassende Analyse der Partisanenkämpfe gegen den Nazifaschismus sowie eine Waffe im Kampf gegen den revisionistischen „friedlichen Weg zum Sozialismus“.

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Programm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die programmatische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurückkommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

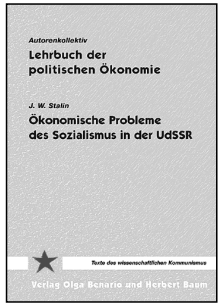


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung steht die Frauenfrage als Frage der proletarischen Revolution, als Frage des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus. Es finden sich u.a. Texte über die Ursprünge der Unterdrückung der Frau, die Perspektive ihrer Befreiung sowie über Probleme und Fragen der kommunistischen Arbeit unter den werktätigen Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

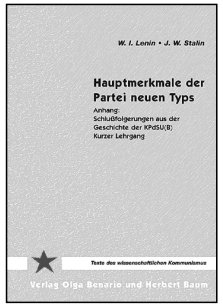
Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin
Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

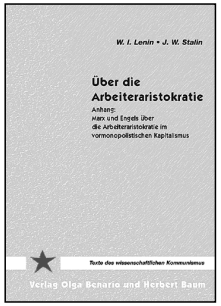


W. I. Lenin / J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
ISBN 978-3-932636-22-6

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin / J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofite, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
ISBN 978-3-932636-23-3

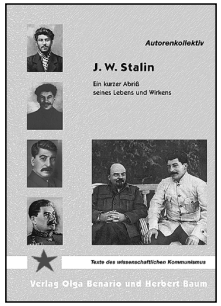
Marx, Engels, Lenin, Stalinds
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden antikommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
J. W. Stalin
Ein kurzer Abriß
seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund müssten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltsvolle Kentnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

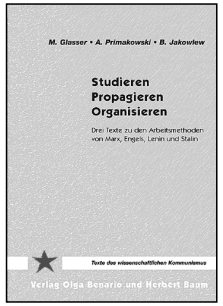
409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
ISBN 978-3-932636-65-3

Stalin Werke Band 1 bis 13
sowie die vorhandenen Schriften 1934 – 1952, inklusive der “Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang”

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
ISBN 978-3-932636-73-8

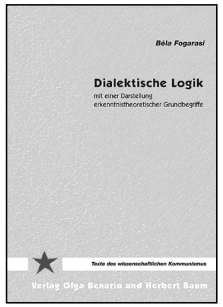
Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2

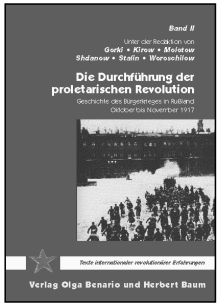


Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiert und rechtfertigt, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

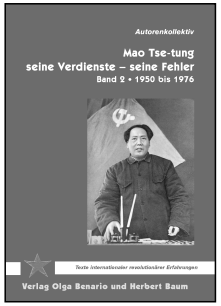


Unter der Redaktion von
Gorki, Kirow, Molotow,
Shdanow, Stalin, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisierung und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung
seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.
Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.
Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.
In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1
Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7

★ ★ ★

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten
Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlachtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution”, auf den angeblich „friedlichen Weg” und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.
Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg” der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege” von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik” der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956).
Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie”.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv
Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albaniens vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnews gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv
Der XX. Parteitag der KPdSU 1956
Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

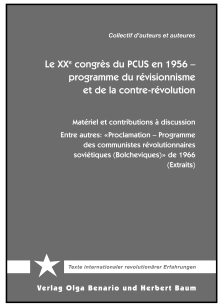
★★★

in russischer Sprache:

20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи
в том числе с выдержками
„Программное заявление
Революционных коммунистов
Советского Союза (большевиков)“
1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

Le XXe congrès du PCUS en 1956
Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)“ de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €
ISBN 978-3-86589-005-4

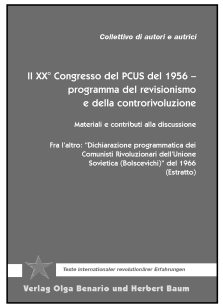
in türkischer Sprache:

SBKP 1956’daki 20. Parti Kongresi

Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolşevik) 1966 Tarihli Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrime dönüşmesinde tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

Il XX° Congresso del PCUS del 1956
Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell’Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen

Zur Geschichte Afghanistans
Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAfS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6

Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968
mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde aufgestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11. 1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Rote Fahne
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

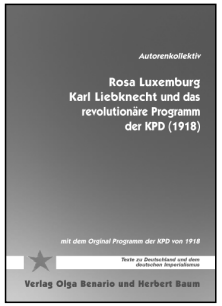
Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv
Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv
Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)
Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €
ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff
Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv
1418 Tage
Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv
Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)
Alfred Klahr
Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv
Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

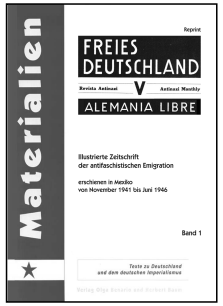
204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer
„Unser Land spie uns aus“
Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazideutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Internationale Hefte der Widerstandsbewegung
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Féderation Internationale des Résistants) herausgegeben Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Heftreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

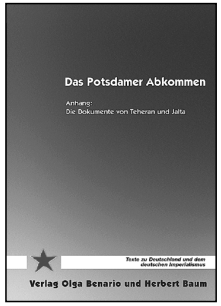
Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertreten und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €
ISBN 978-3-932636-49-3
Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €
ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €
ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4

Autorenkollektiv
Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €
ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

10 Jahre „Deutsche Einheit“:
Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf
Nazis, Staat und Medien –
ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtieler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

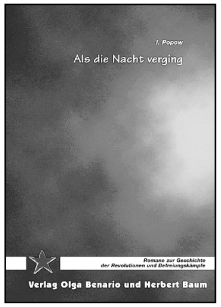
A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomisten“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5

S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteiarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

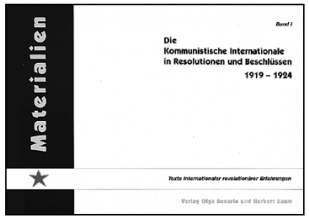
Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.



Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1

Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8

Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8

Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien
(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952
Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH)
und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3

Dokumente zum Studium der
Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale
Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien
Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:
Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien
(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas
gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:
Die Polemik über die Generallinie der
internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens
gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6

★ ★ ★

Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien
(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:
Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“
und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2

★ ★ ★

Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen
der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €